

■ GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

■ ENSEMBLE CONTRE LE RACISME



■ INSIEME CONTRO IL RAZZISMO

INHALTSVERZEICHNIS

TABLE DES MATIÈRES

Gemeinsam gegen Rassismus Ensemble contre le racisme Insieme contro il razzismo

Editorial		
Georg Kreis	Gemeinsam gegen Rassismus	3
Georg Kreis	Ensemble contre le racisme	5
Thema		
Doris Angst	Umsetzung der Konvention gegen Rassismus: Jedem seine Rolle	7
Alex Sutter	Schweizerische NGO aktiv gegen Rassismus: Ergebnisse einer Umfrage Résultats de l'enquête effectuée auprès des ONG suisses	11
Brigitta Gerber	Antirassistische Bewegungen in der Schweiz: ein Ein- und Überblick	33
Alexandre Mariethoz	Vers un antiracisme pluriel	38
Ruedi Tobler	Das <i>Forum gegen Rassismus</i> – eine erfolgreiche Misserfolgsgeschichte	41
Margrith von Felten et al.	Solidarité sans frontières – gegen einen Abbau der Grundrechte	46
Thomas Kessler	Integral gegen Rassismus – für Ausländerintegration	49
	Jüdische Öffentlichkeitsarbeit – eine Standortbestimmung	53
Monique Eckmann, Anne-Catherine Salberg, Claudio Bolzman, Karl Grünberg, Miryam Eser Davolio, Monique Eckmann	Violence raciste en Suisse romande: de l'expérience des victimes à l'action contre le racisme	55
	Rassismusprävention in der Schule	60
	Perspectives pour une pédagogie antiraciste	65
Interna		
	Pressemeldung ECRI	72
	Communiqué ECRI	73
	Comunicato ECRI	74
	Communiqué Versoix	75
	Pressemeldung Versoix	76
	Comunicato Versoix	77
Georg Kreis	Vortrag in Zürich	79
Boël Sambuc	Vortrag in Genf	81
Media		
Dominique Im Hof	Literatur zu Antirassismus	86
Ruedi Tobler	Gegen Rassismus erziehen	90
Brigitte Kossek	Gegen-Rassismen – Konstruktionen, Interaktionen, Interventionen	93
Walter Kälin	Grundrechte im Kulturkonflikt. Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft	93
Azouz Begag	Fast überall «Retten Sie wenigstens mein Kind» Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs berichten	94
	Zur Zeit: Flüchtlingspolitik	95
CPRSI	Dossier 2000: Clandestin	95
	Pressespiegel Rassismus, 1. Halbjahr 2000	96
	Revue de presse sur le racisme, 1 ^{er} semestre de l'an 2000	103



Forum

Muriel Beck Kadima	Die Weltkonferenz gegen Rassismus: Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen	110
	UNITED for Intercultural Action	112
Postulat Mörgeli	Abschaffung der <i>Eidg. Kommission gegen Rassismus</i>	113
Postulat Mörgeli	Dissolution de la <i>Commission fédérale contre le racisme</i>	115
Postulato Mörgeli	Revoca del mandato alla <i>Commissione federale contro il razzismo</i>	118
	Nichteinbürgerungen in Emmen: Nationalratsdebatte	120
ECRI	Recommandation de politique générale N° 5: La lutte contre l'intolérance et les discriminations envers les musulmans	124



Schlusspunkt/Point final

Chappatte	126
-----------	-----



Aktuell/Actualité

Fachtagung 2001: Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	128
Publikation zum Einbürgerungsverfahren	128
Homepage EKR/CFR	129
Agir autrement contre le racisme: que peut faire le travail social et pédagogique?	129
Impressum	130



Bestellung/Commande/Ordinazione

131



Gemeinsam gegen Rassismus

GEORG KREIS

Sechs Jahre sind vergangen seit der Volksabstimmung zur Annahme des Strafrechtsartikels gegen rassistische Diskriminierung. Nur dank dem unermüdlischen Einsatz der Nichtregierungsorganisationen, die ihre Erfahrung aus Migrations- und Asylpolitik einbrachten, konnte der Abstimmungskampf gewonnen werden. In Genf traten sie vor allem unter der Ägide der ACOR und der LICRA an, in Zürich gab das Abstimmungskomitee von Sigi Feigel den Ton an, landesweit hatte das *Forum gegen Rassismus* den Weg bereitet. Der Abstimmungskampf führte dazu, dass erstmals in unserem Land offen über das Thema Rassismus debattiert wurde und dass sich die NGO auch im Nachhinein vertieft dem Thema widmeten und sich seitdem eine immer breitere und aktivere Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit formiert.

Mit der Annahme der Strafnorm war der Weg frei zur Ratifizierung des Übereinkommens gegen Rassismus. Im August 1995 setzte der Bundesrat die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* zur präventiven Bekämpfung des Rassismus ein und schuf damit eine der zehn heute in Europa bestehenden spezialisierten nationalen Institutionen gegen Rassismus.

Der Bundesrat sah die Arbeit der Kommission sehr bewusst in Zusammenarbeit

mit den NGO. So schrieb er in seiner Botschaft vom 2. März 1992 über den Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen:

«Die Bekämpfung der Rassendiskriminierung in der Schweiz ist eine Aufgabe mit pädagogischen, soziologischen, kulturellen, föderalistischen, entwicklungs- und migrationspolitischen sowie juristischen Aspekten. Fremdenfeindlichkeit ist ein vielschichtiges Problem, das sich in fast allen Lebensbereichen stellt und nach einer aktiven, differenzierten Gegenstrategie ruft, um Frieden und Stabilität weiterhin zu gewährleisten. (...) Auch intensive Anstrengungen {des Staates} werden allerdings nicht genügen, um rassistische Vorurteile aus der Welt zu schaffen. Andere gesellschaftliche Kräfte müssen sich ebenso an der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beteiligen. Kirchliche Kreise, Ausländerdienste und Ausländerorganisationen, Flüchtlingshilfswerke, Entwicklungsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Jugendorganisationen, Kulturinstitute und viele weitere leisten schon heute zum Teil sichtbar, zum Teil unsichtbar wichtige Sensibilisierungs- und Informationsarbeit, welche heute kaum überblickbar ist. Die staatlichen Behörden sollten nach Möglichkeit solche äusserst wertvollen Aktivitäten vermehrt fördern.» (BBl. 144/III: 321)

Die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* hat beratende Funktionen, aber keine Weisungsbefugnisse und ist daher auf die Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltung einerseits und den NGO andererseits angewiesen. Sie soll weder Ersatz

noch Konkurrenz für die zahlreichen NGO und ihre Aktivitäten sein. Ihre Möglichkeiten liegen gerade in der nötigen Vernetzungs- und Koordinierungsarbeit sowohl zwischen den Behörden und den oft zu wenig wahrgenommenen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen, über die Sprachgrenzen hinweg zwischen regionalen NGO wie auch zunehmend auf internationaler Ebene.

Die Beiträge zeigen auf, dass die Institutionalisierung des Einsatzes gegen Rassismus sowohl auf privater wie auf öffentlicher Seite nach einer Phase der Konsolidierung langsam, aber stetig voranschreitet. Für eine wirksame Prävention gegen Rassismus fehlt noch die gesetzliche Grundlage, und weiterhin sind die vom Staat für diese Aufgabe zur Verfügung gestellten Mittel äusserst spärlich. Grössere landesweite Projekte oder eine wirkungsvolle, staatlich finanzierte Öffentlichkeitsarbeit (ähnlich etwa einer Stopp-Aids-Kampagne) sind (noch) nicht realisierbar. Angesichts des ausgabenpolitisch rauen Windes scheint alles wichtiger, als Diskriminierung zu bekämpfen. Diese Haltung dauert, bis es zu Krisen und Konflikten kommt, man – wie etwa in der Schule – plötzlich nicht mehr weiterweiss und verzweifelt nach spezialisierten Institutionen ruft, die aus der ausweglos gewordenen Lage heraushelfen sollen.

Der Aufbau eines Netzwerkes präventiv tätiger Organisationen sowie Beratungs- und Interventionsstellen wäre dagegen auf die Dauer nicht nur effektiver, sondern auch kostengünstiger. Die Konven-

tion gegen Rassismus verpflichtet die Behörden, entsprechende Stellen zu schaffen. Menschen, die sich diskriminiert fühlen, die Zeugen von Diskriminierungen geworden sind oder Unterstützung suchen, um präventiv aktiv zu werden, sollten unmittelbaren Zugang zu einer Beratungs-, Vermittlungs-, Mediations- oder Ombudsstelle haben. Im föderalistisch organisierten Staat sind leicht zugängliche Beratungsstellen sinnvollerweise auf Gemeinde- bzw. Kantonsebene anzusiedeln. In vielen Konfliktfällen ist eine Zusammenarbeit behördlicher Stellen mit privat geführten Institutionen sinnvoll. Diese sollten jedoch vom Staat mitfinanziert werden. Ansätze zu solcher Zusammenarbeit zeigen sich in den Leitbildern zur Integration (siehe den Beitrag von Thomas Kessler). Auch der Bund stellt ab 2001 Gelder für Projekte zur Integration der zugewanderten Bevölkerung zur Verfügung.

Noch ist die Um- und Aufbruchzone des Jahrtausendwechsels nicht vorbei, die für uns Gelegenheit war und ist, mit guten Vorsätzen neue Horizonte ins Auge zu fassen. Der Kampf gegen den Rassismus muss in dieser Vorsatzagenda seinen Platz haben. Wir können nämlich davon ausgehen, dass die Lebensqualität des 21. Jahrhunderts mehr noch als diejenige des 20. Jahrhunderts von seinem Gelingen oder Misslingen abhängen wird.



Ensemble contre le racisme

GEORG KREIS

Six ans ont passé depuis l'adoption, par le peuple, de l'article du Code pénal condamnant la discrimination raciale. Une victoire remportée uniquement grâce aux efforts infatigables déployés par les organisations non gouvernementales (ONG) tout au long de la campagne précédant la votation, et grâce à leur expérience en matière de politique de migration et d'asile. A Genève, ces organisations se sont pour la plupart regroupées sous l'égide de l'ACOR et de la LICRA. A Zurich, le comité de votation de Sigi Feigel a donné le ton tandis qu'au niveau suisse, le *Forum contre le racisme* avait préparé le terrain. Pour la première fois dans notre pays, la campagne précédant la votation a permis l'instauration d'un débat ouvert sur le racisme. Par la suite, les ONG ont poursuivi leurs efforts, qui se sont traduits par la formation d'un mouvement toujours plus large et plus actif contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie.

L'adoption de l'article 261^{bis} CP ouvrait la voie à la ratification de la Convention internationale contre le racisme. En août 1995, le Conseil fédéral mettait en place la *Commission fédérale contre le racisme* en vue de lutter de manière préventive contre le racisme. Cette commission constitue aujourd'hui l'une des dix institutions nationales contre le racisme existant en Europe.

Pour le Conseil fédéral, la Commission avait clairement pour mission d'œuvrer en étroite coopération avec les ONG. Il écrivait à ce propos dans son message du 2 mars 1992 concernant l'adhésion de la Suisse à la convention:

«En Suisse, la lutte contre la discrimination raciale est une tâche qui revêt des aspects pédagogiques, sociologiques, culturels, fédéralistes, juridiques ainsi que des aspects de politique en matière de développement et de migrations. La xénophobie est un problème complexe qui se pose dans presque tous les domaines de la vie et qui demande que l'on adopte une stratégie active et nuancée, afin de garantir la paix et la stabilité à l'avenir. (...) Même des efforts intensifs de l'État ne suffiront cependant pas à éliminer les préjugés racistes. Il faut que d'autres forces de la société participent également à la lutte contre la xénophobie et le racisme. Les milieux ecclésiastiques, les services et les organisations s'occupant des étrangers, les œuvres d'entraide en faveur des réfugiés, les organisations d'aide au développement, les organisations de défense des droits de l'homme, les organisations de jeunesse, les institutions culturelles et beaucoup d'autres encore effectuent aujourd'hui déjà, parfois d'une manière visible, parfois sans que cela n'apparaisse, un important travail de sensibilisation et d'information, sur lequel il est aujourd'hui difficile d'avoir une vue d'ensemble. Les autorités de l'État devraient, dans toute la mesure du possible, encourager davantage des activités aussi utiles que celles-là.»

La *Commission fédérale contre le racisme* a un rôle consultatif et n'a pas le pouvoir de donner des instructions; elle est donc tenue de collaborer avec les autorités et l'administration d'une part, et avec les ONG de l'autre. Elle ne doit ni remplacer, ni concurrencer ces dernières. Au contraire, elle a pour mandat d'assurer les liens et la coordination nécessaires entre les autorités et les nombreuses ONG spécialisées, trop souvent négligées, par-delà des frontières linguistiques au niveau régional ainsi que, de plus en plus, au niveau international.

Les articles de la présente édition montrent que l'engagement contre le racisme, au terme d'une phase de consolidation, s'institutionnalise lentement, mais constamment, que ce soit du côté du secteur privé ou des pouvoirs publics. La base légale qui permettrait une prévention efficace contre le racisme n'existe pas encore. Par ailleurs, les fonds fournis par l'État demeurent extrêmement réduits. Pour l'instant, il est impossible de réaliser au niveau national des projets de grande envergure ou de mener des campagnes d'information financées par les pouvoirs publics (comme la campagne «Stop Aids» par exemple). Face à la politique d'austérité en matière de dépenses publiques, la lutte contre la discrimination n'a bien entendu pas la primauté. Cette attitude perdurera jusqu'à ce que surgissent les crises, les conflits et autres impasses et que, poussé par le désespoir, on s'adresse aux institutions spécialisées pour qu'elles tentent de sauver une situation devenue sans issue.

Or, à la longue, la constitution d'un réseau d'organisations effectuant un travail de prévention ainsi que de services de consultation et d'intervention permettrait non seulement d'accroître l'efficacité des mesures prises, mais aussi d'en diminuer le coût. Selon la Convention contre le racisme, les autorités sont tenues de créer les services ad hoc. Les personnes qui se sentent discriminées, qui sont témoins de discriminations ou recherchent un soutien dans un but préventif, devraient pouvoir s'adresser directement à un service de consultation, de placement, de médiation ou même à un médiateur. Dans un État fédéraliste, il est plus judicieux de mettre en place ce genre de service au niveau communal ou cantonal. Dans de nombreux cas de conflit, il est plus adéquat que les services officiels collaborent avec des institutions privées. Ces dernières devraient toutefois être partiellement financées par l'État. Les objectifs en matière d'intégration constituent un premier pas en direction de ce genre de collaboration (voir l'article de Thomas Kessler). Par ailleurs, à partir de 2001, la Confédération mettra également des fonds à la disposition de projets visant l'intégration de la population étrangère. Nous nous trouvons encore dans une phase de transition entre l'ancien et le nouveau millénaire. Que 2000 et 2001 soient pour nous l'occasion d'envisager de nouveaux horizons avec de bonnes résolutions. La lutte contre le racisme y occupera une place prépondérante. Tout porte à croire en effet que, bien plus qu'au XX^e siècle, notre qualité de vie au XXI^e siècle dépendra de sa réussite ou de son échec.



Umsetzung der Konvention gegen Rassismus: Jedem seine Rolle

DORIS ANGST

Im Rückblick auf die ersten fünf Jahre der Existenz der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und auf ihre Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen (NGO) sollen vier Phasen unterschieden werden, die je einen bestimmten Stand der Kooperation zwischen EKR und NGO umfassen. Diese Evaluation soll aufzeigen, wie die nächsten Jahre gemeinsam im Engagement gegen Rassismus gestaltet werden können.

Phase 1: Erwartungen (1995–1996)

In der EKR sind – die Religionsgemeinschaften nicht eingerechnet – fünf Nichtregierungsorganisationen vertreten. Die Erwartungen dieser Organisationen an die EKR waren gross und wurden in dem Sinne geäussert, dass die EKR vor allem das Sprachrohr der NGO innerhalb des Bundes sein müsse. Thematisiert wurden bildungspolitische, asylpolitische und migrationspolitische Anliegen sowie Sensibilisierungsmassnahmen für bestimmte Zielgruppen. Die EKR sollte den im Verlaufe des Abstimmungskampfes entstandenen Impetus und erreichten Mobilisierungsgrad für ein Engagement gegen Rassismus, für die Anwendung der Strafnorm, aber auch für die Bildung von Beratungsstellen fortsetzen. Die Kommissionsmitglieder – darunter die NGO-Vertreter/innen – brachten und bringen auch heute ihre Anliegen in die Kommissionsarbeit mit Verve ein. Bereits im Frühjahr 1996 fasste die EKR den Beschluss, sich mit der Zulassung in der Ausländerpolitik des Bundesrates (sog. Drei-Kreise-Modell) zu befassen und eine Stellungnahme dazu zu publizieren. Damit setzte erstmals ein vertiefter Prozess der Meinungsfindung und Positionierung der noch jungen Kommission ein. Die EKR sollte auf allen Gebieten eine klar formulierte Stellung beziehen, die sich konkret aus dem ihr erteilten Mandat ableiten lässt. So führte die EKR in ihrer Stellungnahme zum Drei-Kreise-Modell aus, dass sie sich mit den negativen Konsequenzen, welche das Zulassungsmodell auf das Zusammenleben von In- und Ausländerinnen bzw. Ausländern haben

könne, zu befassen habe, nicht jedoch mit dem Zulassungsmodus an sich. Damit positionierte sich die EKR erstmals klar anders als Nichtregierungsorganisationen der Migrationspolitik, setzte sich aber auch vom Aktivitätsfeld der *Eidgenössischen Ausländerkommission* (EKA) ab.

Der Profilierung der EKR sollte unter anderem die Sensibilisierungskampagne «Der schöne Schein» dienen, mit welcher ein allgemeines Publikum angesprochen und das Thema Rassismusbekämpfung öffentlich gemacht werden sollte.

Phase 2: Erste Projekte (1996–1997)

Wie in der Evaluation deutlich wurde, hatte die EKR in der Planung der Kampagne «Der schöne Schein» noch zu wenig mit den Nichtregierungsorganisationen kooperiert. Die Kampagne kam in der Öffentlichkeit und bei den NGO positiv an, jedoch fehlte aufgrund der geringen Zusammenarbeit ein starker Multiplikatoreffekt.

In anderen Bereichen wurden erste Schritte auf Kooperationen hin gemacht, welche jedoch zum Teil nur beschränkt oder erst viel später zum Tragen kamen. Zur Vertiefung der Kontakte zu den NGO lud die EKR einen breiten Kreis von rund vierzig Organisationen 1996 zu einer ersten Tagung ein. Diese diente der persönlichen Kontaktnahme, der Umschreibung der jeweiligen Aktivitätsfelder und der Formulierung gegenseitiger Erwartungen.

Ein erstes gemeinsames Treffen mit Rechtsanwältinnen, welche für die

LICRA (*Ligue Internationale contre le Racisme*), den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) und für die Gruppe JURA (*Juristen/-innen gegen Rassismus*) Konfliktfälle unter dem Aspekt von Art. 261^{bis} StGB bearbeiteten, fand auf Einladung der EKR statt. Erste Koordinationsversuche zu einer schweizweit geführten telefonischen Anlaufstelle wurden mit NGO, die bereits telefonische Beratungen anboten (ACOR, *Konfliktophon*, später auch *TikK*), un-



Die
Erwartungen
der NGO an die EKR
waren gross



ternommen. Auch bei diesen ersten Gesprächen handelte es sich vor allem um ein Abtasten und um ein Abstecken der Grenzen.

Die EKR befasste sich auch mit dem international koordinierten Projekt «Schule ohne Rassismus», das von den Schülerinnen und Schülern selbst getragen werden soll. Sie sah ihre Rolle darin, Schulbehörden über das Projekt zu informieren und den Projektbegleitern eine Plattform gegenüber den Behörden zu bieten. Die zu diesem Zweck veranstaltete Tagung im März 1997 war gut besucht.

Phase 3: Berichtverfahren an das CERD (1997–1998)

Auf Ende 1996 übergab die Schweizer Regierung dem *Committee for the Elimination of All Forms of Racial Discrimination* (CERD) der UNO ihren ersten Länderbericht. Die EKR wurde darin genannt als vom Bundesrat mandatierte Institution zur Überwachung der Implementierung der UNO-Konvention gegen Rassismus und zur Präventionsarbeit. Obwohl wenig klar war, wie die Position der EKR zu gewissen Sachfragen im Bericht Eingang finden sollte, wurde schliesslich die Kritik am Drei-Kreise-Modell der Zulassungspolitik des Bundesrats im Bericht erwähnt.

Vor dem CERD wurde der erste Schweizer Länderbericht im März 1998 behandelt. Die EKR war in der vom EDA geführten Delegation vertreten und bekam Gelegenheit, eigene Statements abzugeben. In seiner Entscheidungsfindung orientierte sich das CERD auch an den im Bulletin TANGRAM behandelten Themen. Besonderes Interesse fand auch die Presseschau, welche in jedem TANGRAM erscheint und in Zusammenarbeit mit der Dokumentationsstelle der *Asylkoordination Schweiz* (heute *Solidarité sans frontières*) erstellt wird. Gleichzeitig arbeitete die EKR mit Nichtregierungsorganisationen zusammen, die unter der Ägide des *Forums gegen Rassismus* einen Schattenbericht an das CERD verfassten. Das Sekretariat der EKR tauschte Informationen und Beobachtungen mit den Vertreterinnen des *Forums gegen Rassismus* aus – unter strikter Wahrung der unterschiedlichen Positionen im Berichterstattungsprozedere an das CERD. Der Schattenbericht zu den ersten zwei Jahren der Umsetzung der Konvention gegen Rassismus reflektiert die unabhängige Meinung der Nichtregierungsorganisationen. Er wurde vom CERD in die Evaluation der Situation in der Schweiz mit einbezogen.

Wie ist der Ablauf der ersten Berichterstattung an das CERD aus der Sicht der EKR zu werten? NGO bedauerten, dass die EKR nicht sichtbar näher an der NGO-Position gewesen sei. Stimmen wurden laut, die EKR hätte nicht in der offiziellen Regierungsdelegation Einsitz nehmen sollen. Die EKR selbst kam in ihrer Evaluation zum Schluss, dass gerade der Balanceakt zwischen bundesrätlichem Mandat und eigenständiger Position, zwischen Regierung und NGO, dem Charakter der Kommission am besten entspreche. Sicher wird die EKR in Zukunft grössere Unterstützung zur Verbreitung des Schattenberichts leisten – vorausgesetzt, der Schattenbericht der NGO ist frühzeitig genug fertig gestellt ...

Die oben angesprochene Rolle der EKR als *national specialised body against racism* (Definition der *Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz*/ ECRI) leuchtete die Kommission an einer gemeinsam mit ECRI und dem *Institut suisse de droit comparé* durchgeführten Tagung im Herbst 1998 aus. Zusammen mit Ländern wie Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden und Ungarn ist die Schweiz eines von rund zehn Ländern im Europarat, welche über eine solche nationale Institution im Kampf gegen Rassismus verfügen. In diesem Sinne stellt die EKR selbst eine *bonne pratique* im Engagement unseres Landes gegen Rassismus dar. Die Mehrheit der im Europarat vertretenen Staaten nahm an der Tagung teil und liess sich über die Einsetzung und Mandatierung solcher Organe orientieren. Während an der *Europäischen Konferenz gegen Rassismus* im Oktober 2000 die Präsenz der *national specialised bodies against racism* erwünscht und speziell erwähnt ist, wird deren Rolle für die UNO-Weltkonferenz 2001 noch zu definieren sein. Auch hier widerspiegelt sich die Position dieser Institutionen zwischen Regierungsmandat und Unabhängigkeit. Die EKR macht es sich in der Vorbereitung der europäischen und der Weltkonferenz gegen Rassismus zum Ziel, auch Anliegen der NGO zu transportieren.



Phase 4: Realistische Kooperation (ab 1998)

Eine weitere Aufgabe der EKR ist die Beratung von Privaten, die sich als Opfer einer Diskriminierung

fühlen. 1998 nahm das Sekretariat eine Evaluation dieser Beratungstätigkeit vor. Für die Zeit von September 1995 bis März 1998 schätzte die EKR eine Gesamtzahl von 250 bis 300 eingegangenen Konfliktfällen. Davon waren rund ein Drittel Privatklienten, der Rest der Anfragen verteilte sich auf Medien, Interessengruppen, Mitteilungen der EKR-Mitglieder und NGO. Rund 65 % der Fälle konnten mit einer einmaligen telefonischen Beratung oder einem Brief an die involvierte Stelle bearbeitet werden. In einem Drittel der Fälle waren kantonale Stellen angesprochen. Die Bearbeitungszeit der Konfliktfälle im Sekretariat dauerte von einmaliger Aktion bis zu länger als einem Jahr. Auch wenn nur wenig einvernehmliche Lösungen gefunden werden konnten, trat in vielen Fällen eine Beruhigung durch eine gewandelte Einstellung ein. Der Übergang zwischen Fallbearbeitung und Prävention ist fließend, jeder Einzelfall, der bearbeitet wird, löst Sensibilisierung aus. Sei es, weil eine Institution vermeiden will, nochmals einer Diskriminierung beschuldigt zu werden; sei es, weil die Verant-

wortlichen in einem nächsten Konfliktfall mit mehr Fingerspitzengefühl reagieren. Durchaus möglich ist auch, dass aus erlebten Konflikten Spielregeln und Leitsätze (*codes de conduite*) entwickelt werden, welche Ungleichbehandlung oder gar Ausgrenzung möglichst von vornherein verhindern sollen.

In den Koordinationsgesprächen um eine zentrale Beratungs-Telefonhotline diskutierten die NGO ihre Erfahrungen in der Konfliktbearbeitung mit der EKR. Die Zusammenarbeit in der Fallbearbeitung wurde in der Folge intensiviert und auch die neuen Methoden der Konfliktmediation wurden mit einbezogen. Erschwerend für eine gemeinsam koordinierte Fallbearbeitung erwies sich bis heute der Mangel an finanziellen Mitteln. Auch wenn die EKR auf zwei bis drei Jahre hin Mittel von jährlich 20–30 000 Franken zum Aufbau einer zentralen telefonischen Anlaufstelle zur Verfügung stellen könnte, reicht das für den Unterhalt mindestens einer vollen Arbeitsstelle zur Koordinierung der Beratung nicht aus. Die spezialisierten Nichtregierungsorganisationen *Association romande contre le racisme* (ACOR), *Konfliktophon*, *SOS-Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt* (TikK) und die *Task Force Mediation* des Schweizerischen Roten Kreuzes ihrerseits sahen sich ausser Stande, sich an der Finanzierung eines solchen Projektes zu beteiligen.

Der föderalistische Aufbau unseres Bundes- staates kompliziert die Umsetzung internatio- naler Verträge

In der Folge wandte sich die EKR an die Kantonsregierungen mit der Bitte, auf kantonaler Ebene Anlaufstellen für potenzielle Opfer von Rassismus und für Konfliktfälle in diesem Kontext einzurichten. Die Kantone schlugen unterschiedliche Formen solcher Anlaufstellen vor, in der Hauptsache jedoch wollte man verwaltungsintern eine Vertrauensperson mit der Aufgabe betrauen. Die kantonalen Vertreter ihrerseits trugen an die EKR den Wunsch heran, Muster für Mandate solcher Anlaufstellen und entsprechende Schulung zu erhalten. Im Juni 2000 organisierte die EKR zur vertieften Informa-

tion über Konfliktbearbeitung eine Tagung, an welcher sich acht auf Konfliktbearbeitung spezialisierte Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen den Kantonen vorstellten.

Zukunft der Kooperation

Aufgrund des ihr vom Bundesrat übertragenen Mandats hat die EKR in den letzten fünf Jahren ihre Stellung und Vorgehensweise im Einsatz gegen Rassismus definiert. Als Organisation,

die zwischen der staatlichen exekutiven Politik und den Nichtregierungsorganisationen steht, sieht sie ihre Rolle immer mehr als diejenige einer Vernetzerin.

Die EKR will Partnerin für beide Seiten, die staatliche und die zivile, sein. Sie bietet Dienstleistungen an und initiiert Prozesse, führt sie jedoch kaum selbst aus. Dafür fehlen dem Sekretariat die personellen Ressourcen und es fehlen die finanziellen Mittel für Grossprojekte. Indem die EKR jedoch Plattformen schafft, auf welchen die auf Rassismusbekämpfung spezialisierten NGO ihre Dienste anbieten können, schafft sie eine Verbindung zwischen der institutionellen staatlichen Seite und der zivilen Gesellschaft. Sie trägt – gerade so, wie es die NGO von ihr von Anfang an erwarteten – Meinungen und Stossrichtungen der NGO an die Entscheidungsträger in Staat und Wirtschaft heran und teilt die Bedürfnisse der Institutionen den Nichtregierungsorganisationen mit. Damit kommt sie am ehesten ihrer nationalen Koordinationsfunktion nach.

Kompliziert wird die Umsetzung des *Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* durch den föderalistischen Aufbau unseres Bundesstaates. Die Herausforderung besteht



darin, Inhalt und Bedeutung internationaler Konventionen auch den Kantonen und Gemeinden zu vermitteln, die mit der Ausführung von Gesetzen betraut sind oder in eigener Hoheit in Bereichen handeln, welche von den Konventionen berührt werden (zum Beispiel Schule und Bildung). Als vom Bund mandatierte Institution muss sich die EKR an den föderalen Aufbau halten und hat vor allem Kontakte mit den Kantonen, kaum mit einzelnen Gemeinden. Die NGO hingegen kommen aus dem Lokalen und arbeiten lokal oder regional. Auch hier kann sich aus einem Austausch die richtige Optik ergeben, wie ein Problem, das sich ja meist lokal oder regional konstituiert, anzugehen sei. Mit Projekten, die mit guten Beispielen arbeiten oder selbst als gutes Beispiel vorangehen, können individuelle und institutionelle Ängste, sich dem heiklen Thema von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu nähern, abgebaut werden. Dabei ist es wichtig, auf bereits bestehende *bonnes pratiques* der Rassismusprävention – seien diese von NGO oder der EKR initiiert – hinzuweisen. Diese wirken motivierend im Sinne von: «Wenn die das anpacken, dann könnten wir das ja auch mal wagen ...»

Doris Angst ist Leiterin des Sekretariats der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus*.

Zusammenfassung

Vor fünf Jahren, als die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) gegründet wurde, bestanden seitens der NGO hohe Erwartungen an sie. Die EKR kann jedoch nicht, wie gewünscht wurde, nur das Sprachrohr der NGO innerhalb des Bundes sein. Sie muss bei jedem Thema eine eigene Position erarbeiten, die sich möglicherweise sowohl von jener der NGO wie auch von jener des Bundesrates unterscheidet.

Während die Zusammenarbeit mit den NGO bei der Sensibilisierungskampagne «Der schöne Schein» noch nicht optimal funktionierte, gab es danach verschiedene gemeinsame Projekte und Tagungen. Auch das Berichtsverfahren an das Committee for the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (CERD) der UNO verdeutlicht die Position der EKR: Sie beteiligte sich einerseits an der Formulierung des ersten Länderberichts, arbeitete andererseits aber auch mit den NGO zusammen, welche unter der Ägide des Forums gegen Rassismus einen Schattenbericht an das CERD verfassten.

Weitere Kooperationsbereiche zwischen EKR und verschiedenen NGO sind beispielsweise die Beratung bei Konfliktfällen – wenn eine Person sich als Opfer einer Diskriminierung fühlt – oder der Versuch, eine Beratungs-Telefonhotline einzurichten, was bisher aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht möglich war.

In ihrer Position zwischen der staatlichen exekutiven Politik, ihrem Regierungsmandat und den NGO und ihrer Unabhängigkeit, sieht sich die EKR heute vor allem als Vernetzerin. Sie bietet Dienstleistungen an und initiiert neue Prozesse, führt sie jedoch kaum selbst aus. Dafür fehlen dem Sekretariat die personellen Ressourcen und es fehlen die finanziellen Mittel für Grossprojekte.

Résumé

La Commission fédérale contre le racisme (CFR) et les organisations non gouvernementales (ONG) collaborent désormais depuis cinq ans. Cinq ans, c'est aussi l'âge de la CFR. Initialement, les ONG attendaient beaucoup de la CFR. Mais celle-ci ne peut se permettre de n'être que le porte-parole des ONG auprès de la Confédération. A divers égards, elle a dû se distancer de la position des ONG et du Conseil fédéral pour s'engager sur un chemin qui lui est propre.

Au terme des résultats mitigés de la campagne de sensibilisation «Der schöne Schein» (les belles apparences), la coopération entre la CFR et les ONG a permis de mettre sur pied plusieurs projets et rencontres. La procédure de rapport adressée au Comité pour l'élimination de toutes formes de discrimination raciale (CERD) des Nations Unies a également permis de préciser la position de la CFR: elle a participé à la formulation de ce premier rapport sur les pays, tout en collaborant par ailleurs avec les ONG qui ont rédigé, sous l'égide du Forum contre le racisme, un rapport parallèle destiné à la CERD.

La CFR et diverses ONG collaborent également dans d'autres domaines, par exemple les conseils en cas de conflit – lorsqu'une personne se sent discriminée par exemple – ou la mise en place d'un numéro d'appel d'urgence pour les personnes désirant un conseil, projet qui jusqu'ici n'avait jamais pu voir le jour pour des raisons financières.

Fort de son indépendance, la CFR se considère aujourd'hui essentiellement comme un point de rencontre entre le pouvoir exécutif, le mandat qui lui a été confié par le Conseil fédéral et les ONG. Elle offre des prestations et met en route de nouveaux processus, sans les concrétiser elle-même. En effet, son secrétariat ne dispose pas du personnel nécessaire, sans parler des moyens financiers requis par les projets de grande envergure.



Schweizerische NGO aktiv gegen Rassismus: Ergebnisse einer Umfrage

Résultats de l'enquête effectuée auprès des ONG suisses

ALEX SUTTER

Im Frühling 2000 hat die TANGRAM-Redaktion bei rund 50 schweizerischen NGO eine Umfrage über antirassistische Aspekte ihrer Arbeit lanciert; 34 Organisationen haben – obwohl derartige Fragebögen eher unbeliebt sind – inhaltliche Stellungnahmen eingesandt, die einen ausführlicher, die anderen knapper.¹

Geantwortet haben sowohl Organisationen, die Antirassismus zum Kernthema haben (zum Beispiel Forum gegen Rassismus, Association romand contre le racisme/ACOR, Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus/GRA), als auch solche, die betonen, dass Rassismus für sie nur ein marginales Thema sei (zum Beispiel Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund/SEK, Justitia et Pax). Bei den meisten Organisationen verbinden sich spezifische Arbeitsbereiche wie Politik, Bildung, Migration, Mediation oder Beratung mit mehr oder weniger stark ausgeprägten antirassistischen Komponenten.

Uns ging es nicht darum, diese Komponenten zu gewichten. Vielmehr sollte jeweils ein Profil der antirassistischen Aspekte in der Arbeit einer Organisation sichtbar werden: Welches sind – immer bezogen auf antirassistische Aktivitäten – die wichtigsten Arbeitsfelder, welches die Ziele und die Zielgruppen, welches die Methoden und Arbeitsinstrumente, welches die Partner und welches sind exemplarische Projekte der letzten Jahre?² Die Vielfalt der Antworten belegt: antirassistische Arbeit geschieht nicht nur in jenen Kontexten, wo sie als solche deklariert wird.

Au printemps 2000, la rédaction de TANGRAM a envoyé à quelque 50 ONG suisses un questionnaire portant sur les aspects antiracistes de leurs activités. Bien que d'ordinaire, ce genre de questionnaire ne rencontre pas un grand succès, nous avons reçu pas moins de 34 réponses, certaines circonstanciées, d'autres plus succinctes.³

Parmi les organisations qui nous ont répondu, quelques-unes se consacrent essentiellement à la lutte contre le racisme (par exemple le Forum contre le racisme, l'Association romande contre le racisme, la Fondation contre le racisme et l'antisémitisme), d'autres ont souligné que le racisme n'était pour elles qu'un thème marginal (par ex. la Fédération des églises protestantes de Suisse/FEPS, Justitia et Pax). La plupart des organisations se situent néanmoins entre ces deux pôles: elles allient, dans leurs activités, des domaines spécifiques tels que politique, formation, médiation, conseils ou encore problèmes d'immigration, à des composantes antiracistes plus ou moins marquées.

Notre but n'est pas de porter un jugement sur ces composantes, mais de les utiliser pour mettre en lumière dans quelle mesure l'action de telle organisation est active dans le domaine de la lutte antiracisme: quels sont les domaines d'activité les plus importants – toujours en rapport avec la lutte contre le racisme –, quels sont ses objectifs et ses groupes-cibles, ses méthodes et ses instruments de travail, ses partenaires et les projets représentatifs de son action au cours des dernières années.⁴ Les conclusions présentées ci-après sont l'expression d'une diversité qui autorise à penser que l'action contre le racisme n'a pas seulement pour cadre le contexte où elle est déclarée comme telle.

¹ Wir haben uns bemüht, den Fragebogen breit zu streuen. Dennoch konnten wahrscheinlich nicht alle für das Thema relevanten Organisationen in der Schweiz erreicht werden. Auch bedingte die tabellarische Darstellung in vielen Fällen erhebliche Kürzungen der Rückmeldungen. Wir bitten dafür um Verständnis. Allen Organisationen, die sich übergangen oder schlecht repräsentiert fühlen, steht die Möglichkeit offen, in einer kommenden TANGRAM-Nummer ihre Arbeit in der Rubrik «Forum» darzustellen.

² Die Antworten zu den Fragen nach den eigenen Zugängen, Erfahrungen und Wünschen werden im Anschluss an die Einzeldarstellungen in einem Nachspann zusammengefasst.

³ Bien que nous nous soyons efforcés de contacter le plus grand nombre possible d'organisations, nous n'avons probablement pas pu atteindre toutes celles qui, en Suisse, sont actives dans le domaine faisant l'objet de notre enquête. Par ailleurs, du fait de la présentation sous forme de tableau, les réponses ont dû être considérablement raccourcies dans bien des cas, ce que nous regrettons. Toutes les organisations qui ont le sentiment d'avoir été oubliées ou qui s'estiment mal représentées ont la possibilité de présenter leurs travaux dans un prochain numéro de TANGRAM, à la rubrique «Forum».

⁴ Les réponses aux questions concernant les accès, les expériences et les souhaits seront résumées dans le commentaire ci-dessous.



	<p>Forum gegen Rassismus Muriel Beck Kadima Postfach 6145 Neuengasse 8 3001 Bern Tel. 031-370 25 71 Fax 031-311 51 53 forum.against.racism@freesurf.ch</p>	<p>Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA Dr. Sigi Feigel Schweizergasse 6 8001 Zürich Tel. 01-211 41 57 Fax 01-211 04 96 stiftung_gra@bluewin.ch</p>
In Kürze	Antirassistisches Netzwerk von NGO in der Schweiz	Vielseitige Aktivitäten im Bereich des Antirassismus
Arbeitsfelder	Politisches Lobbying Monitoring, aktuelle Dokumentationen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Vernetzung	Bildungsarbeit mit Jugendlichen (Unterstützung entsprechender Institutionen) Bildungsarbeit mit Erwachsenen Herstellung didaktischer Materialien (Unterstützung entsprechender Institutionen) Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Monitoring, aktuelle Dokumentationen Politisches Lobbying
Zielsetzungen	Plattform für NGO in der Schweiz Starke Präsenz einer Schweizer antirassistischen Organisation auf nationaler und internationaler Ebene	Gegen Rassismus und Antisemitismus Unterstützung von Institutionen mit ähnlichen Zielsetzungen
Zielgruppen	Politik NGO Befähigung von Betroffenen (Selbsthilfeorganisationen)	vgl. oben
Arbeitsmethoden	Stellungnahmen zur aktuellen Politik Beiträge zu internationalen Mechanismen (CERD, ECRI)	Chronologie <i>Rassistische Vorfälle in der Schweiz</i> (jährlich) Kommentare und Überprüfung der Praxis der Antirassismus-Strafnorm Beratungstelefon
Vernetzung	mit NGO auf nationaler und internationaler Ebene	Zusammenarbeit mit EKR und deren Projekten
Beispiele für Projekte	Koordination der Europarat-Jugendkampagne «alle anders – alle gleich» Gutachten Kälin zu den Roma aus Kosova (1999) CH-Koordination der europäischen und der Weltkonferenz gegen Rassismus (2000/2001) Lancierung der Arbeitsgruppe <i>Anti Black Racism</i>	vgl. oben



Service d'information antiraciste ARIS Anki Flores 14, av. Trembley 1209 Genève Tél. 022-740 35 30 Fax 022-740 35 65 aris@antiracism-info.org www.antiracism-info.org	Movimento contro il razzismo e la xenofobia MCRX Silvana Calvo Casella postale 602 6601 Locarno Tel. 091-743 87 81 mcrx@bluewin.ch www.locarnonline.ch/associazioni/MCRX/	
ONG internationale localisée à Genève	Intervenzione in caso di conflitti	En bref
Relations publiques, sensibilisation Monitoring, documentation actuelle Lobbying politique	Educazione (giovani e adulti) Elaborazione di materiale didattico Relazioni pubbliche, sensibilizzazione	Champs de travail
Agir pour une meilleure application de la <i>Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale (CERD)</i> Améliorer le contact entre le CERD et les ONG	Promuovere nella società un clima di accoglienza e amicizia Fare opera di sensibilizzazione Denunciare i casi concreti di razzismo e xenofobia Stimolare l'opinione pubblica e la autorità verso l'adozione di una politica favorevole alle mi- noranze e agli stranieri Promuovere azioni di solidarietà	Buts
ONG dans le monde entier	Pubblico in generale	Groupes ciblés
Créer un lien entre les ONG et le CERD	conferenze mostre comunicati stampa manifestazioni di piazza	Méthodes de travail
Étendu, international	Centro Evangelico di Muralto Soccorso Operaio	Réseau
Améliorer l'information fournie aux membres du CERD en utilisant les renseignements transmis par les ONG et toute autre source crédible	L'obiettivo sarebbe di potersi sciogliere in seno ad una organizzazione più grande che raccolga tutte le forze antirazziste e antixenophobe presenti sul territorio. Raccolta di firme e campagna per la votazione con- tro le Misure Coercive Diverse attività a favore dei nomadi Conferenze sulla Svizzera e i profughi ebrei, sull'an- tisemitismo e mostra sulla Shoah Fiaccolate in occasione della presentazione del rap- porto Bergier e in ricordo di Don Renzo Beretta	Exemples de projets



	<p>Association romande contre le racisme ACOR Karl Grünberg C.P. 328 1000 Lausanne 9 Tél./Fax 021-311 80 57 csp@worldcom.ch www.prevention.ch/associationracisme.html</p>	<p>Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme LICRA Claude Torracinta 13, rue Verdaine 1204 Genève Tél. 022-312 08 12 Fax 022-312 08 14 licra@licra.ch www.licra.ch</p>
En bref	Organisation antiraciste importante en Romandie	Section suisse d'une organisation internationale antiraciste
Champs de travail	Interventions au cas par cas/ interventions d'urgence Monitoring, documentation actuelle Relations publiques, sensibilisation Lobbying politique	Relations publiques, sensibilisation Lobbying politique Interventions au cas par cas/interventions d'urgence Recherche, réflexion théorique
Buts	Lutter contre toutes formes de discrimination définies par la <i>Convention sur l'élimination de toutes formes de discrimination raciale</i> , et les prévenir Veiller à l'application effective et complète de cette Convention Chercher des solutions constructives en cas de conflits	Lutte contre le racisme et l'antisémitisme Défense du droit à l'existence et à la paix pour toutes les victimes du racisme et de l'antisémitisme dans le monde Réalisation de l'union des êtres humains de toutes opinions, du rapprochement des peuples, de la paix, et éducation à ces objectifs
Groupes ciblés	Victimes de la discrimination Le milieu politique	pas de renseignements
Méthodes de travail	Ligne de téléphone SOS Racisme (0800-55 44 43) Consultation et soutien aux victimes du racisme Conseils dans les domaines des rapports de travail, du droit de bail, des rapports entre citoyens et administration publique, ainsi que dans diverses sortes de conflits entre personnes	pas de renseignements
Réseau	Centres de contact Suisses-immigrés (CCSI) de Fribourg, Lausanne et Sion Centres sociaux protestants (CSP) de Genève et Lausanne Chaîne du bonheur Forum suisse contre le racisme Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme (LICRA) Solidarité sans frontières Printemps de l'antiracisme	voir website www.licra.ch
Exemples de projets	SOS Racisme (0800-55 44 43): ligne verte gratuite Publications: Suisse: un essai sur le racisme d'État (1900-1942). Débat sur l'histoire: des faits, des noms, des dates A propos du phénomène des skinheads et du racisme en Suisse. Dossier accompagnant le film <i>Skin or die</i> de Daniel Schweizer	pas de renseignements



<p>augenauf Zürich Postfach 8026 Zürich Tel. 01-241 11 77 info@augenauf.ch http://www.augenauf.ch</p>	<p>Gemeinsam gegen Rassismus Urs Frieden Jägerweg 4 3014 Bern Tel. 031-333 09 63 (P) Tel. 031-330 34 89 (G) ufrieden@btm.ch www.halbzeit.ch</p>	
Dokumentation behördlicher Übergriffe	Präventive Arbeit mit jungen Sportfans	In Kürze
Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Monitoring; aktuelle Dokumentationen Einzelfallhilfe / Kriseninterventionen Politisches Lobbying	Bildungsarbeit mit Jugendlichen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung	Arbeitsfelder
Recherche, Analyse und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen seitens Schweizer Behörden Publikation der Fälle	Thematisieren von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt im Sport, v.a. im Fussball und Eishockey Rassismus-Prävention (Schulklassen)	Zielsetzungen
Breite Öffentlichkeit	Jugendliche Fussball- und Eishockeyfans	Zielgruppen
Regelmässige Bulletins, ausführliche Dokumentationen Medienarbeit Protestaktionen Unterstützung der Betroffenen	Dialog mit gesprächsbereiten Militanten Bestärkung der «braven» Fans Beratung von Vereinen und Verbänden Hilfe bei Vorträgen, Zeitungsartikeln dank Dokumentation und einschlägiger Erfahrungen Organisation von Veranstaltungen im Treffpunkt «HalbZeit»	Arbeitsmethoden
Vielfältige Zusammenarbeit mit themen- nahen Organisationen und Personen im In- und Ausland	mit ähnlichen Projekten national (FansUnited) und international (FARE)	Vernetzung
Dokumentationen: – <i>1 Jahr Zwangsmassnahmen</i> (1996) – <i>Ausschaffungen um jeden Preis</i> (1998) – <i>Tod im Flughafen (Khaled Abuzarifa, † 1999)</i> (Herbst 2000)	Leibchensponsor beim BSC Young Boys und anderen Sportvereinen mit dem Slogan «Gemeinsam gegen Rassismus» (seit 1996) Führen des Treffs HalbZeit (seit 1998) Mitorganisation des Spiels Thun – FC Pristina Kosova (1998) Barbetrieb mit Grossbild-TV und Polit-Infos bei Fussball-WM 98 und Fussball-EM 2000	Beispiele für Projekte



	Arbeitsgruppe «Bildungsprojekte gegen Rassismus» Martine Besse Grünweg 52 2502 Biel Tel./Fax 032-341 28 21	Groupe de travail «Projets pédagogiques contre le racisme» Martine Besse Chemin vert 52 2502 Bienne Tél./Fax 032-341 28 21
In Kürze	Gruppe von Fachpersonen	Groupe de spécialistes
Arbeitsfelder	Austausch von Informationen aus dem Bildungsbereich	Échange d'informations dans le domaine de la formation
Zielsetzungen	Austausch, Diskussion und Reflexion über antirassistische Bildung	Réflexion, discussion et échange d'informations
Zielgruppen	Vertreter/innen von NGO, von Fachkommissionen und von kantonalen Erziehungsdirektionen	Représentant(e)s d'ONG, de Commissions spécialisées et de Départements cantonaux de l'instruction
Arbeitsmethoden	s. oben	voir plus haut
Vernetzung	s. oben	voir plus haut
Beispiele für Projekte	Keine eigenen Projekte	Pas de projets propres



<p>Stiftung «Erziehung zur Toleranz» SET Erika Gideon Sigi Feigel Schweizergasse 6 8001 Zürich Tel. 01-481 29 20 Fax 01-481 29 21 stiftung_gra@bluewin.ch www.set-toleranz.ch</p>	<p>Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz GMS Werner Kramer Sigi Feigel Schweizergasse 6 8023 Zürich Tel. 01-211 80 74 Fax 01-211 04 96 feigel/schlegel.law@bluewin.ch</p>	
<p>Förderung antirassistischer Lehrmittel und Bildungsarbeit</p>	<p>Lobbying-Organisation für Minderheitenanliegen</p>	<p>En bref</p>
<p>Bildungsarbeit mit Jugendlichen Herstellung didaktischer Materialien Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung</p>	<p>Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying Monitoring, aktuelle Dokumentationen</p>	<p>Champs de travail</p>
<p>Bewusstsein schaffen für das Erkennen und Bekämpfen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie für friedlichen Umgang mit Minderheiten</p>	<p>Sensibilisierung für die Situation und die Probleme alter und neuer Minderheiten in der Schweiz Einflussnahme zur Erreichung humaner Entscheide von Behörden</p>	<p>Buts</p>
<p>Jugendliche Erzieher/innen</p>	<p>Öffentlichkeit Behörden</p>	<p>Groupes ciblés</p>
<p>Herausgabe entsprechender Lehrmittel für alle Schulstufen Unterstützung von aufklärenden Kursen mit Jugendlichen</p>	<p>Stellungnahmen und Eingaben an Entscheidungsträger Stellungnahmen z.Hd. der Öffentlichkeit Durchführung von Veranstaltungen für Verantwortliche und Betroffene Unterstützung geeigneter Projekte</p>	<p>Méthodes de travail</p>
<p>mit Lehrmittelverlagen in der deutschen und französischen Schweiz <i>Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA</i> <i>Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz GMS</i> <i>NCBI Schweiz</i> <i>Open Hearts</i></p>	<p>mit NGO, Politikern/-innen und Behörden</p>	<p>Réseau</p>
<p><i>Medienpaket Rassismus</i> mit Sachbuch, Video und Lehrerordner Lehrer/innen-Kongress zum Thema «Gewalt» Unterstützung <i>SJW</i>-Heft <i>Zeitzeugen</i> Unterstützung von <i>NCBI</i>-Kursen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Gewalt</p>	<p>Chronologie <i>Rassistische Vorfälle in der Schweiz</i> (seit 1991 jährliche Neuauflagen) Analysen und Dokumentation der Gerichtspraxis zur Antirassismus-Strafnorm (1995–98) Arbeitstagung 1999 «Rassismus im Internet» Weiterbildung albanischsprachiger Lehrpersonen in der Schweiz (seit 1999) Interventionen zugunsten human vertretbarer Rückführungsregeln für die vorläufig aufgenommenen Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo (2000)</p>	<p>Exemples de projets</p>



	<p>CICAD Brigitte Sion 40, rue du Stand CP 5020 1211 Genève 11 Tél. 022-321 48 78 Fax 022-321 55 28 bsion@worldcom.ch www.cicad.org</p>	<p>DAVID, Das Zentrum gegen Antisemitismus und Verleumdung Frank Lübke Postfach 260 8046 Zürich 01-372 09 00 01-372 14 49 david.schweiz@bluewin.ch</p>
In Kürze	Lutte contre l'antisémitisme	Kampf gegen den Antisemitismus
Arbeitsfelder	Formation des jeunes Relations publiques, sensibilisation Interventions au cas par cas Monitoring; documentation actuelle Formation des adultes	Bildungsarbeit mit Jugendlichen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying
Zielsetzungen	Lutter contre l'antisémitisme sous toutes ses formes Enseigner l'histoire de l'antisémitisme et de la Shoah Défendre l'image d'Israël lorsqu'elle est diffamée Promouvoir les valeurs culturelles juives Veiller à l'application de la loi suisse contre le racisme	Verständigung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Schweizerinnen und Schweizern Bekämpfung von Antisemitismus und Verleumdung Informationsvermittlung zu jüdischen Thematiken
Zielgruppen	pas de renseignements	Lehrpersonen, Schüler/innen Medienschaffende
Arbeitsmethoden	pas de renseignements	Seminare Informationsvermittlung Dokumentationsmaterial
Vernetzung	pas de renseignements	Zusammenarbeit mit Einzelpersonen und Organisationen ähnlicher Zielsetzung
Beispiele für Projekte	pas de renseignements	keine Angaben



<p>NCBI Schweiz Ron Halbricht Alte Landstr. 89 8800 Thalwil Tel./Fax 01-721 10 50 ncbiron@access.ch www.ncbi.ch</p>	<p>Brennpunkt Welt Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für interkulturelle Bildungsarbeit David Coulin Neptunstr. 38 8032 Zürich Tel./Fax 01-252 31 60 brennpunktwelt@datacomm.ch</p>	
<p>Workshops und Kampagnen gegen Vorurteile</p>	<p>Interkulturelle Bildungsarbeit mit Nord-Süd-Themen</p>	<p>En bref</p>
<p>Bildungsarbeit mit Jugendlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Einzelfallhilfe/Kriseninterventionen Kampagnen (Antisemitismus, Kosova-Albaner/innen)</p>	<p>Bildungsarbeit mit Jugendlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Herstellung didaktischer Materialien</p>	<p>Champs de travail</p>
<p>Abbau von Vorurteilen Ausbildung in Konfliktlösungsmethoden Ausbildung von Multiplikatoren/-innen</p>	<p>Interkulturelle Verständigung auf ganzheitliche Weise ermöglichen Vermittlung von Nord-Süd-Thematiken im gegenseitigen Dialog</p>	<p>Buts</p>
<p>Kinder/Jugendliche ab 9 Jahren und Erwachsene in Schulen, in der Verwaltung, in sozialen Berufen etc.</p>	<p>Jugendliche und Erwachsene in Schulen, der Lehrerweiterbildung und Erwachsenenbildung, in Gemeinden, Kirchgemeinden, Hilfswerken und Verbänden</p>	<p>Groupes ciblés</p>
<p>1- bis 3-tägige Workshops (1999 wurden 245 Workshops für ca. 5000 Teilnehmende durchgeführt)</p>	<p>Projektstage/Projektwochen/Unterrichtseinheiten mit interkulturellen Teams; methodische Vielfalt, bedürfnisorientierte thematische Vertiefungen Beratungsangebot für Institutionen</p>	<p>Méthodes de travail</p>
<p>mit vielen Schulen, Bildungsinstituten, Arbeitgebern usw.</p>	<p><i>Katholische Missionskonferenz</i> (Träger) <i>Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen KEM</i> (Träger) UNICEF HEKS Fastenopfer u.a.m.</p>	<p>Réseau</p>
<p>Workshops für viele Schulen aller Stufen (in 14 Kantonen) Vier Ausbildungskurse für Multiplikatoren/-innen Friedenswochen für fünf Schulen Kampagne zum Thema Antisemitismus Kampagne über Kosova-Albaner/innen in der Schweiz Kampagne über bosnische Flüchtlinge</p>	<p>Projektwoche für Oberstufe Teufen mit drei thematischen Blöcken: Kurdistan und Europa; Afrika in der Schweiz; Welt in Appenzell Organisation von Projekttagen zu: Ausländerfeindlichkeit und Rassismus; Identität und Fremdsein; fairer Handel; Migration und Asyl u.a.m.</p>	<p>Exemples de projets</p>



	<p>Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Schulprojekt «Solidarität ist lernbar» Jean-Daniel Fivaz Monbijoustr. 120 Postfach 8154 3001 Bern Tel. 031-370 75 75 Fax 031-370 75 00 jean-daniel.fivaz@sfh-osar.ch www.sfh-osar.ch</p>	<p>Open Hearts Activities AG Ursy Weill-Steinemann Schönbühlstr. 6 8032 Zürich Tel. 01-251 31 71 Fax 01-251 34 15 ursyweill@openhearts.ch www.openhearts.ch</p>
In Kürze	Animationen zum Thema «Asyl in der Schweiz»	Sensibilisierung via Unterhaltung
Arbeitsfelder	Bildungsarbeit mit Jugendlichen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Bildungsarbeit mit Erwachsenen	Bildungsarbeit mit Jugendlichen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung
Zielsetzungen	Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für Schulen der Oberstufe und Gymnasien zum Thema «Flucht und Asyl» zwecks Abbau von Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen und Vorbeugung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	Positive Stimmung schaffen
Zielgruppen	Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren Junge Erwachsene (Lehrerseminare, Schulen für Soziale Arbeit etc.) Kirchgemeinden	Jugendliche
Arbeitsmethoden	Projektstage für 20 bis 100 Teilnehmende, Animationsangebot mit einem längeren Rollenspiel, einem Kurzfilm und Workshops zum Thema «Asyl in der Schweiz»	Organisation von Konzert-Veranstaltungen
Vernetzung	Punktueller Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden der Flüchtlingsdienste der Hilfswerke <i>Caritas</i> , <i>HEKS</i> , <i>SRK</i> , <i>SAH</i> und <i>VSJF</i> sowie <i>Brennpunkt Welt</i>	<i>NCBI Schweiz</i>
Beispiele für Projekte	Vgl. oben	Konzert mit DJ Bobo in Tirana (Albanien) Jugend- und Kulturaustausch mit DJ Bobo in Sarajevo



<p>Intermigra Monique Eckmann Institut d'Études Sociales 28, rue Prévost-Martin C.P. 265 1211 Genève 4 Tél. 022-322 14 61 monique.eckmann@ies.unige.ch www.ies.geneve.ch</p>	<p>Service des réfugiés et de l'action sociale suisse-romande – SRAS – EPER Janine Moser Montmeillan 15 Case postale 1000 Lausanne 17 Tél. 021-312 69 77</p>	
Centre de compétence pour le travail interculturel	Travail d'intégration	En bref
Formation des adultes Recherche, réflexion théorique Élaboration de matériel didactique Relations publiques, sensibilisation	Formation des adultes Interventions au cas par cas / interventions d'urgence Élaboration de matériel didactique Monitoring; documentation actuelle	Champs de travail
Prestations de formation, de recherche et de services dans le domaine des relations interculturelles, de l'action et de l'éducation antiracistes	L'intégration sociale et professionnelle de la population défavorisée	Buts
Tout groupe de personnes, associations, institutions, désireux de développer des compétences: – dans le domaine des rapports entre «migrants» et «société d'accueil» – dans la connaissance de sa propre manière d'être et d'agir en situation interculturelle	pas de renseignements	Groupes ciblés
Plate-forme d'échanges et de réflexion Modules de formation et de formation continue Recherches et publications Appui pour l'élaboration de projets	Projets	Méthodes de travail
Collaboration avec des Écoles supérieures de travail social et des HES en Suisse et en Europe à des programmes de recherche du FNSRS et à des programmes de coopération européenne SOCRATES/ERASMUS avec des organismes privés et publics d'aide aux migrants et aux réfugiés, de lutte contre le racisme et de défense des droits à Genève et en Suisse romande	Collaboration avec d'autres ONG (CSP, Caritas, CRS, SOS-Aide, Appartenances, etc.)	Réseau
Recherche-action avec l'ACOR dans le cadre du PNR 40 «Violence raciste en Suisse romande» Recherches sur l'intégration des migrants: deuxième génération, personnes âgées Modules de formation de base et continue Participation à un programme SOCRATES (ECSPRESS) de valorisation d'initiatives européennes dans le domaine de l'antiracisme et de l'interculturalisation	Project intégration professionnelle (PIP) Cours de langue (français) Viens chez moi: échange de jeunes en âge de scolarité Formation pour femmes de ménage Le monde chez vous: traiteur à domicile, cafétéria	Exemples de projets



	<p>Schweizerisches Rotes Kreuz SRK – Netzwerk interkulturelle Kommunikation NIK Hildegard Hungerbühler Rainmattstr. 10 Postfach 3001 Bern Tel. 031-387 74 06 Fax 031-387 71 22 hildegard.hungerbuehler@redcross.ch www.redcrossnet.ch</p>	<p>Intermedio SRK Ludger Philips Habsburgstr. 6 Postfach 304 3000 Bern 16 Tel. 031-352 84 24 Fax 031-352 91 70 intermedio@redcross.ch</p>
In Kürze	Schulung in Konfliktbearbeitung	Bearbeitung interkultureller Konflikte
Arbeitsfelder	Einzelfallhilfe/Krisenintervention Bildungsarbeit mit Erwachsenen Herstellung didaktischer Materialien Bildungsarbeit mit Jugendlichen	Einzelfallhilfe, Kriseninterventionen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Herstellung didaktischer Materialien Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung
Zielsetzungen	Befähigung der Zielgruppen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten im interkulturellen Kontext Förderung interkultureller Kompetenz zwecks Konfliktprävention	Zur Überwindung von Integrationsbarrieren beitragen durch Unterstützung professioneller Dienste der Sozial- und Integrationshilfe bei Problemen in der Arbeit mit Migranten/-innen Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Fragen der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens
Zielgruppen	Jugendliche, Migranten/-innen Im interkulturellen Kontext arbeitende Organisationen (Schulen, Gesundheitswesen, Sozialwesen, Behörden wie z.B. Polizei etc.)	Institutionen im Sozialbereich, Behörden Migranten/-innen
Arbeitsmethoden	Methode: Ressourcenorientierter und systemischer Ansatz der Konfliktbearbeitung Arbeitsinstrumente: (Konflikt-)Mediation, Beratung, Coaching, Information, Schulung/Training, Prozessbegleitung, Konfliktprävention und -analyse	Beratung und Begleitung von Fachpersonen/Institutionen sowie Migranten/-innen bei interkulturellen Fragen und Problemsituationen; Interventionen bei Konflikteskalationen Team mit schweizerischen und migrationserfahrenen Fachpersonen; Pool externer Berater/innen aus verschiedenen Herkunftsgebieten Schulung und Training für Mitarbeitende von Institutionen und Behörden Publikationen für Migranten/-innen (in mehreren Sprachen) sowie für Fachpersonen (dt./fr.)
Vernetzung	Schweizerische Friedensstiftung (SFS) Institut für Konfliktmanagement und Mythodrama (IMK) Schweizerische Interessengemeinschaft zur Förderung von Übersetzung und kultureller Mediation im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich SOS Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt TikK u.a.m.	Fallbezogene Zusammenarbeit mit Institutionen Institutionelle Vernetzung: u.a. mit der <i>Kommission für Ausländerfragen Stadt Bern</i> , mit der <i>AG Migration Stadt Bern</i>
Beispiele für Projekte	Chili – Das heisse Konflikttraining für coole Köpfe: Projektwoche für Jugendliche ab 13 Jahren Einführung in die Welt der konstruktiven Konfliktbearbeitung: ein- bis zweitägiger Sensibilisierungs- und Informationskurs für Vertreter/innen von Institutionen wie Verwaltung, Schulen etc. Gesundheit/Spital: Beratung und Coaching für Institutionen und Angestellte im Gesundheitswesen zu spezifischen Themen- und Problemfeldern im interkulturellen Arbeitskontext	Punktueller Austausch mit Organisationen ähnlicher Zielsetzung 1999: Ganzjähriger Schulungskurs: «Konfliktbearbeitung für Schlüsselpersonen der vietnamesischen Gemeinschaft» (mit Teilnehmenden aus der Romandie und der deutschen Schweiz) seit 1999: Kooperation mit der <i>EKR</i> in einem Mediationsprojekt bei Fällen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit



<p>SOS-Team für interkulturelle Konflikte und Gewalt TikK Hanspeter Fent Strassburgstr. 15 8004 Zürich Tel. 01-291 65 75 / 77 Fax 01-291 66 82 sos-tikk@bluewin.ch</p>	<p>Konfliktophon Regula Bachmann c/o Asyl-Organisation Zürich Postfach 8031 Zürich Tel. 01-242 42 29 Fax 01-447 42 00 regula.bachmann@ajs.stzh.ch</p>	
<p>Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen</p>	<p>Konfliktberatung</p>	<p>In Kürze</p>
<p>Bildungsarbeit mit Erwachsenen Herstellung didaktischer Materialien Konfliktbearbeitung und Projektentwicklung im Gemeinwesen Bildungsarbeit mit Jugendlichen</p>	<p>Einzelfallhilfe, Krisenintervention Bildungsarbeit mit Erwachsenen</p>	<p>Arbeitsfelder</p>
<p>Bearbeitung und Schlichtung von Konflikten und gewalttätigen Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum zwischen Einheimischen und Ausländern/-innen Schaffen von Begegnungsmöglichkeiten resp. Förderung eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Einheimischen und Ausländern/-innen Erweiterung der Handlungskompetenzen und Förderung der Eigeninitiative von Konfliktparteien</p>	<p>Niederschwelliges Beratungsangebot (Telefon) bei interkulturellen Konflikten im Alltag Stärkung persönlicher Ressourcen und Entwicklung von Handlungsstrategien in Konfliktsituationen Abbau fremdenfeindlicher Haltungen</p>	<p>Zielsetzungen</p>
<p>Gruppen von Ausländern/-innen und Schweizern/-innen Behörden, Ämter, Justiz Schulen, soziale Institutionen, Jugendeinrichtungen, Kirchen</p>	<p>Menschen, welche in ihrem privaten oder beruflichen Alltag interkulturelle Konflikte in ihrem Umfeld haben und dafür Beratung suchen</p>	<p>Zielgruppen</p>
<p>Die Akteure werden wenn möglich am Ort des Geschehens begleitet Alle Konfliktparteien werden in die Lösungsfindung einbezogen Das soziale Umfeld der Beteiligten wird mitberücksichtigt Mediation und interkulturelle Übersetzung zwischen Konfliktparteien Bildungsarbeit</p>	<p>Im Beratungsgespräch werden Möglichkeiten für einen Dialog erarbeitet, indem die Hilfe zur Selbsthilfe gefördert wird und die eigenen Ressourcen gestärkt werden. Die angestrebten Abmachungen und erarbeiteten Lösungen sollen für beide Seiten der Konfliktparteien verbindlich sein und von ihnen respektiert werden können. Parteiliche oder anwaltschaftliche Ansätze werden nicht angestrebt.</p>	<p>Arbeitsmethoden</p>
<p><i>EKR, Intermedio SRK, Acor, Konfliktophon, Derman SAH</i></p>	<p><i>Asylorganisation des Kantons Zürich</i></p>	<p>Vernetzung</p>
<p>Krisenintervention in Zug (Konflikte und Gewaltereignisse hauptsächlich unter bosnischen und türkischen Jugendlichen): Abklärungen an «Brennpunkten» der Jugendarbeit, Situationsanalyse, praxisorientierte Beratung, Empfehlungen zuhanden des Kantons resp. der betroffenen Gemeinden Weiterbildung an der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Zürich Vermittlung von Bildungsinhalten zur Thematik «interkulturelle Koexistenz»</p>	<p>Familienzusammenführung der Asylsuchenden aus Kosova im Jahre 1998/99 Seit Oktober 1998: Ombudsstelle für Asylsuchende der <i>Asyl-Organisation Zürich</i> Mitarbeit an den Symposien von <i>CH 701</i>, der Aktionsgemeinschaft zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens</p>	<p>Beispiele für Projekte</p>



	FIZ – Fraueninformationszentrum für Frauen aus Afrika, Asien und Lateinamerika Maritza le Breton/Eva Danzl Quellenstr. 25 8005 Zürich Tel. 01-271 82 82 Fax 01-272 50 74 fiz-mail@access.ch	HEKS Regionalstelle Zürich Lisbeth Lutz Forchstr. 280 8029 Zürich Tel. 01-422 49 23 Fax 01-422 46 02
In Kürze	Frauenberatung und Lobbying	Integrationsprojekte
Arbeitsfelder	Einzelfallhilfe, Kriseninterventionen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying	Einzelfallhilfe, Kriseninterventionen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung
Zielsetzungen	Sensibilisierung der Öffentlichkeit über strukturelle Bedingungen für Migrantinnen in der Schweiz Verbesserung der Lebenssituation von Migrantinnen	Integration von anerkannten Flüchtlingen und Migrantinnen/-innen
Zielgruppen	Schweizerische Öffentlichkeit Betroffene Migrantinnen	Migrantinnen/-innen
Arbeitsmethoden	Politische Arbeit Beratung Weiterbildung	Einzelfallhilfe und Projekte
Vernetzung	auf nationaler und internationaler Ebene	mit der <i>evangelischen Kirche</i> und anderen Hilfswerken
Beispiele für Projekte	<i>Chame</i> (Präventionsprojekt mit Brasilien gegen den Frauenhandel) Deutsch- und Alphabetisierungskurs für Thailandländerinnen Gassenarbeitsprojekt für Migrantinnen im Sexbereich NFP-Studie über Frauenhandel in der Schweiz Juristischer Leitfaden <i>Leben und Arbeiten in der Schweiz</i>	<i>Katpakam</i> , Treffpunkt und Beratung für tamilische Frauen <i>Krug Mladib</i> , bosnische Jugendgruppe Sensibilisierung von Kirchgemeinden zur Begleitung von vorläufig aufgenommenen Kosovaren/-innen Unentgeltliche Deutsch-Konversationsgruppen von Freiwilligen für Migrantinnen/-innen Kirchliche Projektstage an der Oberstufe (gemeinsam mit <i>Brennpunkt Welt</i>)



<p>Fondation Éducation et développement FED Lucienne Rey Monbijoustrasse 31 Postfach 8366 3011 Bern Tél. 031-389 20 20 Fax 031-389 20 29 lucienne.rey@bern.globaleducation.ch www.globaleducation.ch</p>	<p>Stiftung Bildung & Entwicklung SBE Anita Schärli Wegmüller Monbijoustr. 31 Postfach 8366 3001 Bern Tel. 031-389 20 25 Fax 031-389 20 29 anita.schaerli@bern.globaleducation.ch www.globaleducation.ch</p>	
L'éducation dans une perspective globale	Globales Lernen	En bref
Formation des enseignant(e)s Relations publiques, sensibilisation Diffusion de matériel didactique	Bildungsarbeit mit Lehrpersonal Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Vertrieb von didaktischen Materialien	Champs de travail
Sensibiliser aux enjeux actuels liés à l'interdépendance mondiale Promouvoir des actions permettant aux jeunes de participer activement en tant que citoyens à l'avenir du monde Encourager les jeunes à dépasser les frontières culturelles, sociales et géographiques pour construire un monde solidaire	Wissen und Sensibilität für die globalen Zusammenhänge vermitteln Handlungsbezüge aufzeigen, in denen Bewusstsein für globale Zusammenhänge in Eigenverantwortung anwendbar sind Menschen zu einem partnerschaftlichen Austausch über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg befähigen	Buts
Enseignant(e)s de tous niveaux Autres personnes responsables dans le domaine de l'éducation	Lehrpersonen aller Schulstufen Bildungsverantwortliche bei Bund, Kantonen und Gemeinden	Groupes ciblés
Offre de cours de formation en matière des Droits de l'homme, etc. Prêt et vente de matériel pédagogique et didactique Conseils aux enseignant(e)s et aux écoles Appui et coordination des activités d'éducation dans une perspective globale Élaboration de critères et de concepts d'éducation dans une perspective globale	Kursangebot zu Menschenrechten, fairem Handel u.a. Ausleihe und Verkauf von didaktischen Materialien Beratung von Lehrpersonen und Schulen Unterstützung von Bildungsprojekten des Globalen Lernens Erarbeitung von Qualitätskriterien des Globalen Lernens	Méthodes de travail
<i>Direction du Développement et de la Coopération DDC</i> Conférences régionales des directeurs de l'instruction <i>Syndicat des enseignant(e)s romands (SER)</i> <i>Communauté de travail Swissaid/Action de carême/Pain pour le prochain/Helvetas/Caritas, etc.</i>	<i>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA</i> Regionale Erziehungsdirektorenkonferenzen <i>Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH</i> <i>Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke u.a.m.</i>	Réseau
<i>Dossier pédagogique «Droits devant»</i> : Brochure recensant 13 expériences concrètes et originales, qui traitent de thèmes liés aux Droits de l'homme <i>Animations et cours Droits humains à l'école</i> : Cours sur demande, adaptés aux besoins d'enseignant(e)s et de <i>multiplicateurs</i> dans le cadre de leur formation. Ce projet a pour but d'intégrer et de développer les instruments susceptibles d'intégrer les Droits de l'homme dans l'enseignement <i>Programme d'échanges: formation d'enseignant(e)s en Suisse et au Tchad</i> Voir rapport dans TANGRAM N° 8	<i>Unterrichtsdossier «Rechte kennen. Rechte haben!»</i> 13 in der Praxis erprobte Unterrichtssequenzen zur Umsetzung von Menschenrechtsthemen <i>Kursangebot «Menschenrechte im Unterricht»</i> : Aufzeigen von Instrumenten und Möglichkeiten für die Umsetzung der Menschenrechtsthematik im Unterricht. Abrufkurs für Lehrpersonen und Multiplikatoren/-innen im Bereich der Lehrerbildung <i>Austauschprogramm «Lehrerbildung in der Schweiz und im Tschad»</i> Vgl. den Bericht im TANGRAM Nr. 8	Exemples de projets



	<p>Parlamentarische Gruppe gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Walter C. Blum Postfach 9310 8036 Zürich Tel. 01-463 24 25 Fax 01-462 77 75 blumzuerich@bluewin.ch</p>	<p>Caritas Schweiz Simone Prodolliet Löwenstr. 3 6002 Luzern Tel. 041-419 22 73 Fax 041-419 24 24 sprodolliet@caritas.ch www.caritas.ch</p>
In Kürze	Politisches Lobbying	Integrationsprojekte & Bildung
Arbeitsfelder	Politisches Lobbying Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Monitoring, aktuelle Dokumentationen	Einzelfallhilfe, Kriseninterventionen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Monitoring, aktuelle Dokumentationen Politisches Lobbying
Zielsetzungen	Laufende Information und Sensibilisierung der Parlamentarier/innen für die Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, inklusive konkreter Fälle Vermittlung eines Überblicks über Projekte und Massnahmen in anderen Ländern	Engagement für eine solidarische Schweiz
Zielgruppen	Parlamentarier/innen Politische Entscheidungsträger/innen	Schweizer Bevölkerung Zugewanderte mit verschiedenen Aufenthaltsstatus Caritas-Mitarbeiter/innen und externe Professionelle
Arbeitsmethoden	Aus finanziellen Gründen musste der monatliche Pressespiegel über rassistische und fremdenfeindliche Vorfälle eingestellt werden. Eine Lösung wird derzeit diskutiert. Dieser Pressespiegel wurde «befreundeten» Organisationen und Personen zugestellt.	Direkte Interventionen (z.B. in Durchgangszentren) Integrationsprojekte Sensibilisierungskampagnen Bildungsmodule auf Fachhochschulstufe Publikationen Politische Stellungnahmen und Vernehmlassungen Unterstützung von antirassistischen Organisationen
Vernetzung	Enge Zusammenarbeit mit der EKR sowie einschlägigen NGO	Zusammenarbeit mit der <i>Schweiz. Flüchtlingshilfe SFH</i> , Menschenrechtsorganisationen, Basisgruppen etc. Kontakte zu Vertretern/-innen politischer Parteien
Beispiele für Projekte	Studententagung «Rassismus im Internet» 1999 Politisches Lobbying Vorgesehen für dieses Jahr: Informationsrunde mit der Generalsekretärin des ECRI	Thematisierung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Integrationsprojekten für Flüchtlinge und Zugewanderte in prekären Situationen sowie im Rahmen unserer vielfältigen Bildungsarbeit (Stichwort: Interkulturelle Kommunikation) Neu: Interner Weiterbildungskurs für Caritas-Mitarbeiter/innen zum Thema Rassismus



<p>cfd (Christlicher Friedensdienst) Annemarie Sancar Postfach 3001 Bern Tel. 031-301 60 06 Fax 031-302 87 34 cfd@dial.eunet.ch Website ab Herbst 2000</p>	<p>Interessengemeinschaft Binational Postfach 3063 8021 Zürich Tel. 01-322 67 77 binational@bluemail.ch www.ig-binational.ch (demnächst)</p>	
<p>Feministische Projektarbeit</p>	<p>Selbsthilfeorganisation</p>	<p>In Kürze</p>
<p>Bildungsarbeit mit Jugendlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying Forschung, theoretische Reflexion Vernetzung</p>	<p>Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Selbsthilfegruppen, Austausch Monitoring, aktuelle Dokumentationen Politisches Lobbying</p>	<p>Arbeitsfelder</p>
<p>Gleichberechtigter Zugang der Frauen zu kulturellen und strukturellen Ressourcen als Voraussetzung für die Mitbestimmung der Lebensbedingungen, für die Umverteilung von Arbeit, Bildung, Geld, Recht und Politik zugunsten der Frauen</p>	<p>Kontaktmöglichkeiten für binationale Paare und Familien schaffen; Vernetzung und Austausch Verbesserung der rechtlichen, sozialen und kulturellen Situation binationaler Partnerschaften und Familien</p>	<p>Zielsetzungen</p>
<p>Organisierte feministische Migrantinnen Exponentinnen der feministischen Friedenspolitik Internationale Frauennetzwerke NGO mit ähnlichen Arbeitsbereichen</p>	<p>Binationale Paare und Familien Öffentlichkeit, Behörden, Medien</p>	<p>Zielgruppen</p>
<p>Projektarbeit und Grundlagenarbeit im In- und Ausland Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zur Förderung des Bewusstseins für gesamtgesellschaftliche Prozesse und Zusammenhänge (Publikationen, Medienarbeit, Veranstaltungsreihen etc.)</p>	<p>Herausgabe eines vierteljährlichen Bulletins mit Informationen für Binationale Organisation regelmässiger Treffen Binationaler zu verschiedenen Themen Auskünfte und Informationen für Medienschaffende; Verfassen von Medientexten Beratung und Information bei Fragen im spezifisch binationalen Bereich (schriftlich)</p>	<p>Arbeitsmethoden</p>
<p>mit antirassistischen und antisexistischen Organisationen, die sich für Selbstbestimmung und Solidarität einsetzen mit feministischen und friedenspolitischen (nationalen und international vernetzten) Gruppen und Organisationen mit kirchlichen Kreisen, die an den Befreiungstraditionen von Religionen anknüpfen</p>	<p>Mitgliedschaft bei der <i>Interessengemeinschaft der Beratungs- und Kontaktstellen Schweizer-Ausländer IGSA</i> Mitgliedschaft beim <i>Schweizerischen Verband für Frauenrechte svfladf</i> Mitgliedschaft bei der <i>Europäischen Konferenz der Binationalen ECB</i> Mitarbeit in der <i>Plattform gegen Rassismus 2000</i> Kontakt mit <i>EKA, EKR</i>, binationalen Beratungsstellen und Migrantinnenorganisationen</p>	<p>Vernetzung</p>
<p><i>Wisdonna</i>, eine mit Ressourcen und Erfahrungen von Migrantinnen realisierte und von Fachfrauen mit Migrationserfahrung gemanagte Bildungswerkstatt, und das Tochterprojekt «<i>niña</i>, junge Migrantinnen zwischen Schule und Beruf» (seit 1996 bzw. 1998) Workshop zu antirassistischer Öffentlichkeitsarbeit (1999) <i>Seminar: Feministische Friedenspolitik in den Kontexten Zagreb, Ramallah, Zürich und Bern</i> (2000)</p>	<p>Organisation des dreitägigen «Europäischen Kongresses der Binationalen» 1998 in Zürich <i>Binationale – Leben als schweizerisch-ausländische Familie</i>: Arbeitshilfe mit Dias (herausgegeben im Manava Verlag und Vertrieb, Basel 1997)</p>	<p>Beispiele für Projekte</p>



	<p>BAFFAM – Beratungsstelle für Ausländerfrauen und ihre Familien Annelies Kohler Werner Bollwerk 39 3011 Bern Tel. 031-312 04 00 Fax 031-312 04 20</p>	<p>Berner Informationsstelle für Ausländerfragen ISA Markus Baumann Bollwerk 39 3011 Bern Tel./Fax 031-311 94 50 isa.baumann@mails.ch</p>
In Kürze	Beratungen und Kurse für Migrantinnen	Beratungen, Kurse und Projekte im Migrationsbereich
Arbeitsfelder	Einzelfallhilfe Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Beratung von Institutionen und Organisationen	Bildungsarbeit mit Jugendlichen Bildungsarbeit mit Erwachsenen Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying
Zielsetzungen	Unterstützung von Migrantinnen bei der Integration unter Berücksichtigung von persönlicher Lebensgeschichte und sozialer Situation	Integrationshilfe; Rassismusprävention
Zielgruppen	Migrantinnen und ihre Familien in der Stadt Bern und Umgebung Frauenberatungsstelle (Männer werden jedoch nicht abgewiesen)	Migranten/-innen Institutionen
Arbeitsmethoden	Informationsvermittlung und psychosoziale Beratung für Einzelpersonen, Paare und Familien (Beratungsangebot für Spanisch-, Portugiesisch-, Englisch-, Französisch-, Türkisch-, Serbisch-, Kroatisch-, Bosnisch- und Tamilischsprechende. Ab August 2000 auch für Albanischsprechende) Brückenfunktion zwischen Klientinnen und Behörden; Konfliktvermittlung	Erwachsenenbildnerische Methoden; Einbezug von Betroffenen
Vernetzung	Fallbezogene Kooperation Austauschsitzen Gemeinsame Projekte und Informationsveranstaltungen	keine Angaben
Beispiele für Projekte	Suchtprävention für Türkischsprechende, in Zusammenarbeit mit türkischen Vereinen und dem BAG Steuerklärungskurs für Türkischsprechende Putzkurs für Tamilischsprechende Empowermentkurse für Filipinas Tamilische Frauengruppe: Informationsvermittlung, Gruppenberatung, Empowerment, Kontaktnetz (ein Jahr als Projekt, seit zwei Jahren festes Angebot)	<i>niña – Junge Frauen zwischen Schule und Beruf</i> mit den Teilprojekten <i>wisniña</i> , Weiterbildungsmodul für Laufbahnberater/innen und Lehrkräfte, Informationsbroschüre



<p>Schweiz. Evangelischer Kirchenbund SEK Muriel Beck Kadima Postfach 3000 Bern 23 Tel. 031-370 25 71 Fax 031-370 25 59 muriel.beck@sek-feps.ch</p>	<p>Justitia et Pax Jean-Claude Huot Effingerstr. 11 Postfach 6872 3001 Bern Tel. 031-381 59 55 Fax 031-381 83 49 jus-pax.ch@bluewin.ch www.cath.ch/juspax</p>	
Lobbying seitens der reformierten Kirchen	Lobbying seitens der katholischen Kirche	In Kürze
Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying	Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying	Arbeitsfelder
Gesellschaftliche Änderungen erzielen	Punktuelle Interventionen zu Fragen des Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Bezug auf die Politik auf Bundesebene	Zielsetzungen
Kirchen Öffentlichkeit	Katholische Kirche Politik	Zielgruppen
Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung Politisches Lobbying Monitoring relevanter Gremien und Veranstaltungen Schattenberichte an relevante Gremien (<i>CERD, ECRI</i>)	Stellungnahmen, Vernehmlassungen	Arbeitsmethoden
Weltweit: <i>Ökumenischer Rat der Kirchen</i> Europa: <i>Churches Commission for Migrants in Europe</i> (Komoderation der Arbeitsgruppe gegen Rassismus) Schweiz: Einsitz in <i>EKR</i> (staatlich) und <i>Forum gegen Rassismus</i>	Vom Kontext abhängig	Vernetzung
Wanderausstellung während der Abstimmung zu Art. 261 ^{bis} Memorandum der Kirchen Meist Mitarbeit in Projekten unserer Partner	Stellungnahmen bei Gesetzesrevisionen oder aktuellen Fragen wie der 18%-Initiative	Beispiele für Projekte



Mit dem Fragebogen wollten wir noch anderes erfahren als die vorstehend aufgelisteten Angaben zum antirassistischen Profil der einzelnen Organisationen. Die weiterführenden Fragen nach internen präventiven Massnahmen gegen Rassismus, nach den Zugängen, Erfahrungen und Wünschen der Organisationen waren «fakultativ» und wurden entsprechend unterschiedlich intensiv beantwortet. Im Folgenden fassen wir die Rückmeldungen zusammen.

Die Frage, ob potenziell von Diskriminierung Betroffene in der Organisation tätig seien und ob man sich mit der Möglichkeit von verdecktem Rassismus innerhalb der Organisation auseinandersetze, haben manche Organisationen explizit bejaht, nämlich *BAFFAM*, *Berner Informationsstelle für Ausländerfragen (ISA)*, *Brennpunkt Welt*, *Caritas Schweiz*, *cfA*, *Forum gegen Rassismus*, *Fraueninformationszentrum (FIZ)*, *Gemeinsam gegen Rassismus*, *Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz*, *HEKS*, *IG Binational*, *Intermedio SRK*, *MCRX*, *NCBI Schweiz*, *SFH Schulprojekt*, *SOS TikK*. Allerdings ist kaum eine dieser Organisationen näher auf die Mittel und Resultate solcher interner Präventionsmassnahmen eingegangen.

Zugänge und Erfahrungen

Der letzte Punkt des Fragebogens war überschrieben mit «Zugänge/Erfahrungen/Wünsche» – ein breites Feld, das mit folgender Erläuterung etwas eingegrenzt wurde: «Hier können Sie bei Bedarf zusätzliche Angaben machen über Ihre theoretischen Bezugspunkte (etwa zu Ihrer Definition von Rassismus bzw. Fremdenfeindlichkeit), über Erfahrungen und Evaluationen Ihrer Arbeit.»

Ausser vonseiten der Tessiner Organisation *MCRX*, die einen ausführlichen eigenen Grundlagentext zum Thema eingesandt hat, sind keine Rassismus-Definitionen und Hinweise auf theoretische Verankerungen zurückgekommen, was vermutlich mehr aussagt über Prioritäten und Zeitknappheit als über fehlende theoretische Ressourcen.

Zwei Rückmeldungen zu den «Zugängen» sind bemerkenswert: Zum einen betont das *Fraueninformationszentrum (FIZ)*, es würde sich «für den Abbau von strukturellen Barrieren (z.B. im ANAG) engagieren, welche die Diskriminierung von Migrantinnen fördern». Dies beruht auf der Einschätzung, der strukturelle Rassismus wirke «in Form von Misstrauen und Vorurteilen gegen Migrantinnen». Zum andern bemerkt die *IG Binational*, sie sensibilisiere ihre Mitglieder auch auf «subtile Formen von abwertenden Zuschreibungen und Rollenstereotypen» und versuche «Reaktionsmöglichkeiten» zu entwickeln.

Das *Forum gegen Rassismus* hat die bittere Erfahrung gemacht, dass «Kapazitäten für das NGO-Monito-

ring des CERD-Abkommens in der Schweiz kaum vorhanden» seien. Der Aufbau entsprechender Strukturen sei «absolut nötig, weil sonst die Effizienz schwach und die Frustration hoch» blieben. Auch die Beobachtung der *Stiftung Erziehung zur Toleranz*, es sei schwierig, Lehrpersonen für das Thema Rassismus zu interessieren, sollte zu denken geben.

Wünsche

Die letzte Frage lautete: «Wichtig sind uns auch Ihre Vorstellungen und Wünsche zum Beispiel im Hinblick auf einen Austausch mit anderen Organisationen, sowie konkrete Anforderungen an die Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene (die über den Wunsch nach finanzieller Unterstützung hinausgehen).»

Erwartungsgemäss betrafen die meisten der zusätzlichen Rückmeldungen die Rubrik des Wünschbaren. Genauer gesagt, handelt es sich um Anregungen, Vorschläge, Forderungen zur Sensibilisierung, zur Integrationspolitik, zur Vernetzung und Zusammenarbeit.

Das *Fraueninformationszentrum (FIZ)* wünscht sich allgemein «eine grössere Sensibilität von Behörden (Gerichten, Polizei, Arbeits- und Sozialämtern etc.) für die spezifische Situation von Migrantinnen». Von *Caritas Schweiz* kommt der wichtige Vorschlag, eine «mehrjährige gesamtschweizerische Kampagne zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit (analog Stop-Aids-Kampagne)» zu Fragen der Migration, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit zu führen.

Zudem unterstützt *Caritas Schweiz* die Forderung nach einer «Anerkennung von ausländischen Diplomen und anderen Qualifikationen zwecks Verbesserung des Zugangs von Migranten/-innen zum Arbeitsmarkt». *HEKS Zürich* verlangt, dass «bei Studien, Leitbildern und Projekten im Migrationsbereich Migranten/-innen von Anfang an miteinbezogen werden». Dieser Grundsatz wird von der *IG Binational* mit dem Slogan bekräftigt: «Nicht Betroffene behandeln, sondern sie selbst als Subjekte in die Verhandlungen einbeziehen!» Die *IG Binational* hat ausserdem ein ganzes Blatt mit präzisen Forderungen an den Gesetzgeber, die Fremdenpolizei und andere Behörden beigelegt.

HEKS Zürich vermisst einen «Überblick über alle Angebote im Migrationsbereich». Die *Berner Informationsstelle für Ausländerfragen* wünscht sich eine «Liste mit spezialisierten Fachpersonen (Anwälten, Mediationsstellen)» für den Migrationsbereich. Zudem sollte eine «Anlaufstelle im Raum Bern aufgebaut werden», welche vor allem «bei Konflikten zwischen Privaten» zuständig wäre. *Intermedio SRK* weist auf die mangelhafte «institutionelle Vernetzung bei Fragen von Fremdenfeindlichkeit/Inter-



kulturalität» auf regionaler oder nationaler Ebene hin. Es fehle eine Art Dachverband von entsprechenden Institutionen, der als Ansprechpartner der Behörden geeignet sei. Auch *intermigra* wünscht sich eine bessere Vernetzung im Bereich der Forschung über Diskriminierung auf nationaler Ebene, nicht zuletzt im Hinblick auf ein verbessertes Monitoring von Rassismus und Antisemitismus. Das *MCRX* schliesslich wünscht ausdrücklich, in einer umfassenderen Organisation aufgehen zu können, die alle antirassistischen und gegen Fremdenfeindlichkeit eingestellten Kräfte des Tessins, eventuell der ganzen Schweiz, umfassen sollte.

Intermigra möchte eine intensivere Zusammenarbeit von NGO und Behörden in der Entwicklung von

didaktischen Materialien und der Verbreitung entsprechender Kursmodule zu Themen des Rassismus und Antisemitismus (und zwar nicht nur im Bereich Schule). Dies deckt sich mit dem Wunsch der *Stiftung Erziehung zur Toleranz* nach einer «besseren Zusammenarbeit mit den kantonalen Erziehungsdirektionen sowie mit den Lehrmittelverlagen, Lehrerorganisationen etc.».

Die *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* fordert kurz und bündig «mehr Koordination, weniger <Papier>, mehr konkrete Arbeit». Es sei dahingestellt, ob sich dieser nur allzu verständliche Wunsch lediglich an die EKR, an die Behörden im Allgemeinen oder gar an alle beteiligten Akteure inklusive der NGO richtet.



En distribuant ce questionnaire, notre objectif n'était pas d'obtenir des données présentant, sous forme de tableau, le profil antiraciste de chaque organisation. Les questions plus poussées – celles concernant les éventuelles mesures préventives contre le racisme au niveau interne, ainsi que les accès, les expériences et les souhaits des organisations – étaient «facultatifs» et ont fait l'objet de réponses plus ou moins développées. Nous vous en présentons ci-dessous un résumé.

Plusieurs organisations ont répondu par un oui net à la question sur la représentation, au niveau interne, des victimes potentielles de discrimination et de la manière d'aborder une forme de racisme éventuellement cachée. Ces organisations sont les suivantes: *BAFFAM*, *Brennpunkt Welt*, *Caritas Suisse*, *Mouvement chrétien pour la paix*, *MCRX*, *Forum contre le racisme*, *Fraueninformationszentrum (FIZ)*, *Gemeinsam gegen Rassismus*, *Société pour les minorités en Suisse*, *Entraide Protestante Suisse (EPER)*, *Intemedio CRS*, *Centre d'information pour les étrangers*, *NCBI Suisse*, *Aide suisse aux réfugiés/Projet scolaire*, ainsi que *SOS TikK*. Néanmoins, pratiquement aucune de ces organisations ne s'est efforcée d'aborder plus en détail les moyens et les résultats des mesures de prévention au niveau interne.

A l'exception de l'organisation tessinoise *MCRX*, qui nous a adressé un texte de fond détaillé, nous n'avons reçu ni définition du racisme, ni références théoriques, probablement plus parce que d'autres priorités primaient ou pour une question de temps, que par manque de bases théoriques.

Deux réactions à propos des «accès» sont à relever. L'une émane du *Fraueninformationszentrum (FIZ)*: il souligne son engagement «pour l'élimination des barrières structurelles (par ex. dans la LSEE), qui favorisent la discrimination des femmes immigrées». Cette prise de position repose sur l'opinion que le racisme structurel «se traduit pas la méfiance et les préjugés à l'égard des immigrées». L'autre émane de l'organisation *IG Binational*, qui dit «sensibiliser également ses membres aux formes subtiles d'allégations et de stéréotypes dévalorisants» et cherche à développer «des possibilités de réaction».

Le *Forum contre le racisme* dit avoir fait l'amère expérience que «les possibilités de monitoring de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale (CERD) sont pratiquement inexistantes en Suisse». Il est «absolument nécessaire» à ses yeux de mettre en place les structures requises, «sinon l'efficacité demeurera faible et le degré de frustration élevé». De même, la remarque de la *Fondation Erziehung zur Toleranz*, selon laquelle il est difficile de trouver des enseignants qui s'intéressent au thème du racisme, donne à penser.

Accès et expériences

Le dernier point du questionnaire était intitulé «Accès/Expériences/Souhaits», un vaste sujet que nous avons délimité par la précision suivante: «Vous pouvez citer vos points de référence, faire part de vos expériences et faire une évaluation de votre travail (votre définition du racisme et de la xénophobie par exemple).»

Souhaits

«Nous aimerions également connaître votre point de vue, vos souhaits en matière de collaboration avec d'autres organisations et savoir ce que vous attendez concrètement des autorités fédérales, cantonales et



communales (hormis un soutien d'ordre financier).» Ainsi que nous nous y attendions, la plupart des réactions que nous avons reçues à ce propos exprimaient des souhaits. Il s'agissait plus précisément de suggestions, de propositions, de requêtes en matière de sensibilisation, de politique d'intégration, de réseaux et de collaboration.

Le *Fraueninformationszentrum* (FIZ) souhaite d'une manière générale «une sensibilité plus grande de la part des autorités (tribunaux, police, offices du travail et des affaires sociales, etc.) à l'égard de la situation spécifique des femmes immigrées». Une suggestion importante émane de *Caritas Suisse*, à savoir «mener campagne nationale, étalée sur plusieurs années, en vue de sensibiliser le grand public (comparable à la campagne Stop-Aids), sur les questions de migration, de racisme et de xénophobie».

Pour sa part, *Caritas Suisse* soutient la requête, déjà connue, visant «la reconnaissance des diplômes et autres qualifications étrangères afin d'améliorer l'accès des immigrés au marché du travail». *EPER Zurich* demande que les immigrés soient intégrés dès le début à l'élaboration d'études, concepts et projets touchant aux questions de migration.

Ce principe est renforcé par le slogan de l'organisation *IG Binational*: «Ne nous occupons pas des personnes concernées, mais intégrons-les en tant que sujets aux négociations!» Par ailleurs, *IG Binational* a joint une page entière contenant des requêtes adressées au législateur, à la police des étrangers ainsi qu'à d'autres autorités.

EPER Zurich déplore l'absence de «vue d'ensemble sur l'ensemble de l'offre dans le domaine de l'immigration». La *Berner Informationsstelle für Ausländerfragen* souhaiterait disposer d'une «liste des spécialistes (avocats, services de médiation)» dans ce domaine également. Elle suggère en outre que soit mis sur pied «une structure d'accueil dans la région de Berne» qui serait essentiellement chargée des «conflits entre particuliers». *Intermedio SRK* souligne l'absence, au niveau régional et national, de

«réseau institutionnel face aux problèmes de xénophobie et de conflits interculturels». Cette organisation estime qu'une organisation faitière regroupant les diverses institutions serait qualifiée pour dialoguer avec les autorités. *Intermigra* souhaite aussi un meilleur réseau dans le domaine de la recherche consacrée à la discrimination au niveau national, surtout en vue d'un meilleur monitoring du racisme et de l'antisémitisme. Pour finir, le *MCRX* souhaite expressément pouvoir s'intégrer dans une organisation qui devrait rassembler toutes les forces du Tessin, voire de Suisse, mobilisées dans la lutte contre le racisme et la xénophobie.

Par ailleurs, *intermigra* souhaite une collaboration plus étroite entre ONG et autorités, à propos de la mise au point d'ouvrages didactiques et de la diffusion d'unités de cours sur le racisme et l'antisémitisme. Cela recoupe le vœu de la fondation «*Erziehung zur Toleranz*», à savoir une «meilleure collaboration avec les directions cantonales de l'instruction publique ainsi qu'avec les éditeurs de matériel didactique, les organisations d'enseignants, etc.».

La *Fondation contre le racisme et l'antisémitisme* réclame sans ambages «plus de coordination, moins de papiers, plus d'action concrète». Reste à savoir si cette requête s'adresse uniquement à la CFR, aux autorités en général ou même à tous les participants, NGO comprises.

Alex Sutter, Dr. phil., Büro für interkulturelle Bildung, Bern.

Spezialgebiete: Kulturdiskurs in Theorie und Praxis, Menschenrechtsbildung. Redaktionelle Mitarbeit beim TANGRAM seit Nr. 8.

Domaines de spécialisation: Le discours culturel en théorie et dans la pratique, Formation en matière de droits de l'homme. Collaboration rédactionnelle à TANGRAM depuis le N° 8.



Antirassistische Bewegungen in der Schweiz: ein Ein- und Überblick

BRIGITTA GERBER

Wissenschaftliche Studien zum Thema Rassismus konzentrieren sich meist auf rassistische Gewalt und auf Täterinnen und Täter. Genauso wichtig ist aber die Frage, mit welchen Motivationen Menschen sich gegen Rassismus engagieren und wie antirassistische Organisationen funktionieren.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen weisen darauf hin, dass sich Rassismus und Antisemitismus sowohl auf schweizerischer als auch auf europäischer Ebene in Zukunft verstärken werden. Untersuchungen zu den Ursachen rassistischer Gewalt halten eine kontinuierliche öffentliche Diskussion in Gang.¹ Sowohl Medien, politische Organisationen wie auch viele Forschende stellen rassistische Ausschreitungen und ihre Täter ins Zentrum ihres Interesses. Eine derartige Fokussierung einzig auf die Akteure gewalttätiger Aggressionen, ihren sozialen Hintergrund, ihr politisches Umfeld und ihre Wirkung auf die Gesellschaft etc. bleibt aber einseitig. Wissenschaftliche Studien über antirassistische Strategien und Aktivitäten sind jedoch

weiterhin selten. In den Neunzigerjahren hat sich gezeigt, dass antirassistische Akteure (Personen, Organisationen, Interessenvertretungen) einen grossen Einfluss auf Entscheidungsfindungsprozesse und somit auf das politische und administrative Handeln in der Schweiz haben. Als erfolgreiches Beispiel kann die politische Vorarbeit genannt werden, die die Annahme der Antirassismus-Strafnorm ermöglichte und somit den Weg ebnete für den Beitritt der Schweiz zum *Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung*. Der nachfolgende Artikel gibt einen Einblick in die Vielfalt von antirassistischen Aktivitäten, Strategien

und Organisationen der letzten dreissig Jahre, beschreibt aber nicht den antirassistischen Diskurs.

Eingeschränkter Untersuchungsrahmen

Organisierte antirassistische Aktivitäten finden in der Schweiz auf staatlicher, nichtstaatlicher und auf institutionalisierter und nichtinstitutionalisierter Ebene statt, und zwar mehrheitlich im Kontext von Themenbereichen wie Einwanderungs-, Asyl- und Ausländerpolitik, Rechte religiöser Minderheiten und Probleme im Bildungsbereich. So können Projekte oder Aktionen, die sich für die Nicht-Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte und die Aufklärung der schweizerischen Bevölkerung einsetzen und nicht die Bekämpfung von Rassismen als Ziel deklarieren, sich inhaltlich sehr wohl gegen institutionalisierten Rassismus richten. Während die Mobilisierung gegen Rassismen ein transversales Anliegen und die antirassistische Arbeit solcher

Organisationen sehr bedeutsam ist, wurde für die laufende Studie (siehe Kasten S. 34) der Untersuchungsrahmen begrenzt auf Akteure, deren ausdrücklicher Organisationszweck bzw. Hauptziel es ist, Rassismen in der schweizerischen Gesellschaft entgegenzutreten und zu bekämpfen. Wobei die Zielgruppe durchaus eine spezifische soziale Gruppe sein kann, wie z.B. Jugendliche, städtische Bevölkerungsgruppen oder einzelne Berufsgruppen. Bisher wurden im Rahmen der Studie Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von über vierzig Organisationen geführt. Hierbei handelte es sich um Expertinnen und Experten, die teils professionalisiert ihrer Arbeit nachgehen, oft aber auch seit Jahren «freiwillig» als politisch oder sozial Engagierte in einem Verein mitarbeiten.

Als erstes auffallendes Ergebnis der Gespräche springen die grossen Unterschiede ins Auge, die innerhalb der antirassistischen Bewegung hinsichtlich des Selbstverständnisses und der inhaltlichen Ausrichtung zum Ausdruck kommen: keine einheitliche Ideologie; thematische Vielfalt; unterschiedlicher

**Rassismus
und Antisemitismus werden sich
in Zukunft verstärken**

¹ Eine alarmierende Zunahme von organisierten rechtsextremen Gewalttaten zeigt auch der fünfte Rechenschaftsbericht der Staatsschutzorgane für das Jahr 1999 auf.

Eine umfassende Chronologie zu den rassistischen Übergriffen zwischen 1989 und 1991 ist bei Jürg Frischknecht zu finden in: «Schweiz wir kommen.» Die neuen Fröntler und Rassisten. Zürich: Limmat Verlag, 1991. Eine jährliche Chronologie rassistischer Ausschreitungen findet sich in der von Hans Stutz bearbeiteten Publikation *Rassistische Vorfälle in der Schweiz*. Herausgegeben von Gesellschaft Minderheiten Schweiz und Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus. Zu finden auch unter: www.gra.ch/indexf.html.



Organisationsgrad; verschiedenartige Institutionalisierungs- und Zentralisierungsformen; vielfältige Aktionsformen; Vielzahl autonomer Vernetzungen; starke regionale Unterschiede.

Motivationen

Zwar engagieren sich Vertreterinnen und Vertreter des linken politischen Spektrums stärker, doch die politische Bandbreite der Akteure ist sehr gross. Für ein antirassistisches Engagement einer Person bzw. einer Organisation lassen sich drei Grundmotivationen unterscheiden:

Ziel der 1997 begonnenen Nationalfondsstudie «Antirassistische Bewegungen in der Schweiz, ihre Aktivitäten und Strategien: Eine empirische Untersuchung von den 1960er bis in die 1990er Jahre» ist es, einen Überblick über die in der Schweiz bestehenden antirassistischen Organisationen, ihre Ausrichtung und Geschichte zu geben sowie das bereits vorhandene antirassistische Aktions- und Massnahmeninstrumentarium zu beschreiben und auf eventuelle Lücken hinzuweisen. So könnte sich etwa herausstellen, dass eine wichtige Bevölkerungsgruppe von niemandem berücksichtigt wird oder es an langfristigen Massnahmen gegenüber einer grossen Anzahl von kurzfristigen Interventionsangeboten fehlt.

Die Forschung findet im Rahmen der «sozialen Bewegungsforschung» statt. Eine der wenigen wissenschaftlichen Untersuchungen zu antirassistischen Bewegungen in der Schweiz ist ebenfalls in diesem Forschungsbereich zu finden. So werden in der Studie von Florence Passy «Le mouvement de solidarité en Suisse: Analyse de la mobilisation dans une perspective organisationnelle» (Genève: Université de Genève, Département de science politique 1992) auch zwei antirassistische Organisationen berücksichtigt und in der kürzlich erschienenen Studie von Marco Giugni und Florence Passy «Zwischen Konflikt und Kooperation: Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz» (Chur, Zürich: Rüegger 1999) die antirassistischen Organisationen innerhalb des breiten Spektrums von sozialen Bewegungen in der Schweiz verortet. Weiter wird die antirassistische Bewegung erwähnt in der Studie Kriesi et al. «New social movements in Western Europe. A comparative analysis» (Minneapolis: Univ. of Minnesota Press, 1995, S. 77). Der Artikel stellt erste Forschungsergebnisse dar, diese sind jedoch nicht als abschliessend zu betrachten.

- Betroffenheit aus einem staatsbürgerlichen, demokratischen Verständnis heraus: «Ich will nicht in einem rassistischen, antidemokratischen Staat leben.»
- Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe: «Ich war selber Opfer. Aus dieser Erfahrung heraus möchte ich mich für meine <Gruppe> wehren.»
- Anwaltschaftliches Engagement: «Ich finde es nicht recht, dass <diese> Leute diskriminiert werden. Ich muss mich für <sie> einsetzen, weil ich z. B. die

sprachliche Kompetenz habe, weil ich das politische System besser kenne.»

Besonders beim Motiv «anwaltschaftliches Engagement» sind selbstverständlich kritische Fragen wie «Wer spricht für wen? Wer kann für wen sprechen?» im Sinne von «Wer wurde von wem zu was autorisiert?» anzuschliessen.

Organisationsformen

Die Organisationsstrukturen innerhalb der antirassistischen Bewegung sind höchst unterschiedlich. Sie basieren mehrheitlich auf dem Vereinsstatut, das in der Schweiz in dieser Hinsicht eine der wenigen kostengünstigen und rechtskräftigen Organisationsmöglichkeiten bietet. Das Spektrum reicht von der Gründung von Ad-hoc-Komitees über breit abgestützte Einzelaktionen bis hin zu langjährigen Institutionalisierungen und selbst Implementierungen in kantonalen Verwaltungssystemen (vgl. auch die Umfrage in dieser Ausgabe von TANGRAM): Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) (z. B. *Association contre le racisme/ACOR*); Arbeitsgruppen (z. B. *Bildungsprojekt gegen Rassismus*); Einzelprojekte (z. B. die Jugendkampagne «Toleranz verbindet»); Komitees (z. B. *Stopp dem Rassismus*), eine eidgenössische Kommission (*Eidgenössische Kommission gegen Rassismus/EKR*); kantonale Institutionen (z. B. *Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus* in Zug); Logen (z. B. die Loge des *B'nai B'rith* in Zürich); Beratungsstellen (*Konfliktophon*, *TikK*, *SOS-Racisme*); Aktiengesellschaften (*Open Hearts*); Stiftungen (z. B. *Gesellschaft Minderheiten Schweiz/GMS*); übergeordnete Zusammenschlüsse von NGO (z. B. *Forum gegen Rassismus*); politische Lobbys (z. B. *Parlamentarische Gruppe gegen Rassismus*). In vielen Fällen sind ein bis zwei Personen professionell in einer Organisation engagiert, die meist von einem aktiven Kern von etwa einem Dutzend Personen und von passiven Mitgliedern gestützt werden.

Eine Organisationstypologie der antirassistischen Bewegung kann sich an einer nationalen versus regionalen/lokalen Ausrichtung einerseits und einer räumlichen und zeitlichen Dimension andererseits orientieren:

- Auf nationaler Ebene stehen institutionelle Zusammenschlüsse, die gewisse spezifische Steuerungsmerkmale aufweisen, wie das *Forum gegen Rassismus*, das als Antwort auf den sogenannten «Frontenfrühling» und aus dem Kampf um die Antirassismus-Strafnorm entstand, heute den Gegenbericht zur staatlichen UNO-Berichterstattung koordiniert und versucht, Informationen auf die lokalen Ebenen weiterzugeben und rückfliessen zu lassen (siehe den Beitrag von Ruedi Tobler in dieser Ausgabe von TANGRAM).

- ▶ Lokale oder regionale Organisationen, die primär Basisarbeit leisten und/oder politisch und soziale Dienstleistungen bieten, wie Beratungs- und Anlaufstellen, Notruftelefone oder Informations- resp. Hintergrundberichte.
- ▶ Wichtig sind aber auch punktuelle, die Schweiz übergreifende Zusammenschlüsse, in welchen sich Organisationen zu einmaligen Aktionen zusammenfinden, die sich z.B. im Umfeld konkreter Initiativen wie der *Mitenandinitiative* (5. April 1981, *Initiative für die Sicherung elementarer Menschenrechte für die ausländische Bevölkerung*) oder im Vorfeld der Abstimmung vom 25. September 1994 über die Ratifizierung der UNO-Konvention gegen Rassismus (*Eidgenössisches Komitee JA zum Antirassismus-Gesetz*) bildeten. Weiter ist das Jugendprojekt «Toleranz verbindet» des Europarates von 1995 zu nennen, in welches auch Parteien, Gewerkschaften und Hilfswerke miteinbezogen wurden.

Strategien und Aktionsrepertoire

Die Möglichkeiten, aktiv zu werden, die einer sozialen Bewegung zur Verfügung stehen, werden von der politischen Kultur eines Landes bestimmt. So gehören in der Schweiz die direktdemokratischen Instrumente (Referenden, Initiativen etc.) typischerweise zum Grundrepertoire. Auf der anderen Seite wird das Selbstverständnis der Akteure auf einer Skala von «moderat» bis «radikal» auch die Wahl der bevorzugten Aktionsformen bestimmen.

Nicht nur die grosse Bandbreite unterschiedlicher Organisationsformen, sondern auch der Zeitpunkt der Aktion bestimmt die Wahl der Handlungskonzepte.

- ▶ In den Sechziger- und Siebzigerjahren wurde auf Information der Öffentlichkeit und der politischen Instanzen gesetzt, mit dem Ziel, Solidarität für bestimmte Themen zu schaffen (z.B. gegen Antisemitismus; für eine Aufklärung der unrühmlichen Aktion *Kinder der Landstrasse*). Die in diesen Jahren sehr aktiven Antikolonialismus- oder Antiimperialismusbewegungen richteten ihren Fokus primär auf rassistische Missstände ausserhalb der Schweiz. Massnahmen – z.B. eine Änderung der schweizerischen Wirtschaftspolitik – wurden zwar auch in der Schweiz gefordert, das Thema Rassismus wurde dabei jedoch nur sehr beschränkt berührt.
- ▶ Mitte der Achtzigerjahre führte eine Erweiterung der Thematik zu antirassistischen Massenmobilisierungen (z.B. *Touche pas à mon pote!*), welche sich neu auch von gewerkschaftspolitischen Bindungen löst.
- ▶ Ende der Achtzigerjahre, Anfang der Neunzigerjahre reagierten engagierte Frauen und Männer auf die rassistisch motivierten gewalttätigen Übergriffe auf Asylbewerber/innen und deren Unterkünfte mit

einer immer breiter werdenden Palette von öffentlichen Kundgebungen. Dazu gehörten neben Demonstrationen auch Konzerte, Vortragsreihen, Buch- und Lehrmittelpublikationen sowie die Abstimmungskampagne für die Antirassismus-Strafnorm.

- ▶ Seit Mitte der Neunzigerjahre werden neben den früheren Handlungselementen Teilaspekte differenzierter angegangen und projektspezifische Vorgehensweisen eingeführt. So rückt z.B. bei der Sensibilisierung von Jugendlichen die (Aus-)Bildung in den Vordergrund, Publikationen werden ausgearbeitet und in die Lehrpläne aufgenommen, Workshops zur Gewaltprävention im Bereich Rassismus und zur Identitätsbildung angeboten, Freizeitgruppen im Bereich Sport – gegen Rassismen und für Solidarität in Fussball und Handball – entstehen. Unterschiede sind in den politischen Ansätzen zu finden. Interessant ist es, zu beobachten, dass im Gegensatz zur früher eher argwöhnischen Haltung gegenüber staatlichen Strukturen zunehmend die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen in der einen oder anderen Form gesucht wird.

Diese Entwicklung führt – besonders wenn Beratung, Informations- und Mediationsarbeit angeboten werden – zu einer Professionalisierung und zur Anstellung von Fachkräften. Demgegenüber halten andere Akteure explizit am Bedürfnis nach einer möglichst unbürokratischen Struktur und einer flachen Hierarchie fest, da diese allein ein rasches Reagieren ermöglichen. Ende der Neunzigerjahre bildet sich auch das erste Privatunternehmen, welches sein über die Jahre hinweg gut ausgebautes Beziehungsnetz sowie seine Organisationserfahrung anderen antirassistischen Akteuren für spezifische Projekte anbietet (*Open Hearts*).

Ausser in Fällen nationaler Mobilisierung im Zusammenhang mit Abstimmungen sind die meisten Organisationen untereinander eher locker und vorwiegend auf lokaler und regionaler Ebene verknüpft.

Mobilisierungsmomente

Während in Anlehnung an französische Vorbilder in der Romandie bereits Mitte der Achtzigerjahre antirassistische Aktionen lanciert wurden, entstanden viele der untersuchten deutschschweizerischen Organisationen erst Ende der Achtzigerjahre, Anfang der Neunzigerjahre, als eine Welle von gewalttätigen rassistischen Übergriffen auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber (z.B. Thun, Langenthal, Fribourg) das Land traf. Mehrere Gründungen standen auch im Zusammenhang mit den kurz darauf folgenden Vorbereitungen zum schweizerischen Beitritt zum internationalen Übereinkommen gegen Rassismus. Diese wiederum erhielten grossen Zulauf von



Personen, die sich nach den Übergriffen in irgendeiner Form gegen Rassismus engagieren wollten. Mit den Diskussionen um die Antirassismus-Strafnorm wurde auch in der Schweiz, wie in Frankreich und England, der Begriff Rassismus auf die eigene Gesellschaft angewendet und breiter gefasst. Die begriffliche Unterscheidung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus floss teilweise ineinander über. Das führte nicht zuletzt zu einer breiteren Trägerschaft der Aktionen. So ist darauf hinzuweisen, dass sich viele Aktive bereits von früheren politischen oder sozialen Tätigkeiten her kannten und ihre alten Netzwerke teilweise wieder aktivierten.

Insgesamt sind aber Gründungen von Organisationen «religiöser und ethnischer Minderheiten», d.h. der jüdischen und jenen der jüdischen und jenen der jüdischen Bevölkerung, weit älter als die genannten Organisationen der deutschen und der französischen Schweiz. Sie konstituieren sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts (der *Israelitische Gemeindebund/SIG* z.B., um gegen die Einführung des antisemitisch motivierten Schächterverbotes zu kämpfen) und nach den bitteren Erfahrungen des Holocaust. Die Fahrenden organisieren sich, um sich gegen die Entführung ihrer Kinder im Rahmen der Aktion «Kinder der Landstrasse» der Pro Juventute zu wehren.

Schlussbetrachtung

Der kurze Überblick wie auch die Umfrage in dieser Ausgabe von TANGRAM zeigen auf, dass auf allen Ebenen Organisationen und Netzwerke aktiv sind. Dem Zeitgeist gemäss wird die Arbeit zwar von wenigen, dafür äusserst aktiven Fachleuten getragen, die durch einen kleinen Kreis engagierter Personen gestützt werden. Sie können aber innert kürzester Zeit grössere Gruppen mobilisieren. Ausschliesslich lokal tätige Organisationen verrichten wichtige Mobilisierungsarbeit, während die kontinuierliche Arbeit so weit wie möglich professionalisiert wurde. Eine nationale Vernetzung fand bisher nur punktuell oder themenspezifisch statt.

Grössere regionale Unterschiede lassen sich primär zwischen der Romandie und der Deutschschweiz feststellen. Neben sprachlichen Problemen, die eine Zusammenarbeit erschweren, ist auf das unter-

schiedliche politisch-kulturelle Umfeld hinzuweisen und darauf, dass die Diskurse über Rassismen nicht deckungsgleich sind. In der Deutschschweiz gleichen sich das Verständnis und die Verwendung des Begriffs «Rassismus» erst zögerlich dem internationalen Bedeutungsinhalt an, womit sowohl ein Anschluss an den internationalen als auch an den Diskussionsstand in der Romandie möglich sein wird. Es hat sich auch gezeigt, dass internationale Anregungen besonders aus den Nachbarländern fruchtbar umgesetzt werden können. Hier finden sich auch immer wieder Ansätze, die regionalen Grenzen (sprachlicher oder kultureller Art) zu überwinden und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Generell ist ein massiver Mangel an finanziellen Ressourcen zu beklagen. Nach einer ersten erfolgreichen Sensibilisierung der Bevölkerung und der Behörden Ende der Achtziger- bis Mitte der Neunzigerjahre wurden die finanziellen Mittel für antirassistische Projekte Ende der Neunzigerjahre zunehmend gekürzt oder gar in Frage gestellt. Diese Tendenz stimmt äusserst nachdenklich, gerade im Hinblick auf die medial zusehends ins Zentrum gerückten Gefahren des Rassismus und Rechtsextremismus. Wie auch die Erfahrung der Nachbarländer zeigt, genügt die Einführung einer Strafbestimmung nicht, es muss einerseits aktiv und kontinuierlich um die Aufklärung breiter Bevölkerungsgruppen gekämpft werden, und andererseits müssen Interventions- und Beratungskapazitäten aufgebaut werden, um sich sowohl den Opfern wie den Tätern rassistischer Vorfälle widmen zu können. Mit zunehmender Globalisierung und Verstädterung wird die antirassistische Arbeit immer wichtiger für ein konstruktives Zusammenleben werden.

Brigitta Gerber arbeitet an einer Dissertation zum Thema *Antirassistische Bewegungen in der Schweiz, ihre Aktivitäten und Strategien: Eine empirische Untersuchung von den 1960er- bis in die 1990er-Jahre.*



Zusammenfassung

Während sich die meisten Studien im Bereich Rassismus mit der rassistischen Gewalt und den Tätern (und Täterinnen) befassen, fehlen für die Schweiz bisher Untersuchungen zu antirassistischen Strategien, Aktivitäten und Organisationen.

Dies soll nachgeholt werden mit einer Studie zu den antirassistischen Bewegungen in der Schweiz zwischen den Sechziger- und den Neunzigerjahren. Die ersten Resultate zeigen, dass die antirassistischen Bewegungen sehr vielfältig sind. Es gibt verschiedene Motivationsgründe für ein antirassistisches Engagement. Manche engagieren sich aus einem staatsbürgerlichen Verständnis heraus, andere aus der eigenen Betroffenheit, weil sie einer diskriminierten Gruppe angehören, wiederum andere, weil sie sich für die diskriminierten Personen einsetzen wollen.

Antirassistische Bewegungen sind meistens lokal oder regional verankert und sehr unterschiedlich organisiert: Neben vielen Nichtregierungsorganisationen gibt es Arbeitsgruppen, staatliche Kommissionen oder Beratungsstellen.

Die Aktionsformen und Strategien der antirassistischen Bewegungen haben sich in den letzten dreissig Jahren stark verändert. Heute werden neben Demonstrationen und Kundgebungen kulturelle Veranstaltungen organisiert, Bücher publiziert etc., und zusätzlich werden auf bestimmte Teilaspekte konzentrierte Projekte durchgeführt (wie z. B. Workshops zur Gewaltprävention im Bereich Rassismus). Mit der Ausdifferenzierung geht auch eine Professionalisierung einher. Das heisst, dass neben dem ehrenamtlichen Engagement, das nach wie vor die Grundlage der meisten Organisationen bildet, auch bezahlte Stellen geschaffen wurden.

Trotz einer grösseren nationalen Vernetzung gibt es nur eine langsame Annäherung zwischen Organisationen der Romandie und der Deutschschweiz. Eine abnehmende Distanz lässt sich daran erkennen, dass der Begriff «Rassismus» in der Deutschschweiz allmählich breiter verwendet wird, womit ein Anschluss an den internationalen Diskussionsstand und an diejenigen der Romandie gefunden werden könnte.

Résumé

Alors que la plupart des études consacrées au racisme traitent des actes de violence raciste et de leurs auteurs, il n'existe, en Suisse, aucune étude sur les stratégies, les activités et les organisations antiracistes.

Cette lacune vient d'être comblée par une étude consacrée aux mouvements antiracistes en Suisse, à partir des années soixante jusqu'aux années nonante. Les premiers résultats soulignent la diversité de ces mouvements. L'engagement contre le racisme peut en effet reposer sur de multiples motivations. Certaines personnes s'engagent par civisme, d'autres parce qu'elles sont elles-mêmes concernées du fait de leur appartenance à un groupe discriminé, d'autres enfin parce qu'elles entendent défendre les personnes discriminées. Outre la variété des motivations, les mouvements antiracistes sont organisés sous les formes les plus diverses: parallèlement aux nombreuses organisations non gouvernementales, on trouve aussi des groupes de travail, des commissions gouvernementales ou encore des services de consultation, pour la plupart locaux ou régionaux.

Les formes d'actions et les stratégies des mouvements antiracistes ont largement évolué au cours des trente dernières années. Aujourd'hui, parallèlement aux manifestations et aux réunions, on organise des manifestations culturelles, on publie des livres, sans parler des projets portant sur des sujets spécifiques (par exemple les workshops consacrés à la prévention des violences racistes). Cette diversification des activités va de pair avec une professionnalisation. En d'autres termes, outre les travaux fournis à titre gratuit, qui constituent encore et toujours la base de la plupart des organisations, des postes rémunérés ont été créés.

Malgré un réseau national plus étendu, le rapprochement entre les organisations de Suisse alémanique et de Suisse romande ne progresse que lentement. Il est néanmoins perceptible à l'usage plus fréquent de la notion de «racisme» en Suisse alémanique et pourrait être un pas en avant vers des contacts au niveau international, et bien entendu d'abord au niveau suisse.



Vers un antiracisme pluriel

ALEXANDRE MARIÉTHOZ

La lutte contre le racisme s'apparente au mythe de Sisyphe. Vous avez beau rouler patiemment votre pierre jusqu'au sommet de la montagne, elle finit toujours par redescendre la pente. Vous parvenez à résoudre un conflit grâce à la médiation interculturelle? Des milliers de personnes étrangères continuent de subir préjugés et discriminations. Vous obtenez la condamnation d'un négationniste notoire? Des dizaines d'historiens malhonnêtes s'obstinent à professer des thèses calomnieuses. Un joueur de football échange son maillot avec un adversaire de couleur? Des quolibets racistes fusent dans les gradins.

Toute organisation antiraciste a un jour ressenti le découragement de Sisyphe. Découragement face à l'ampleur de la tâche, mais aussi face au manque de moyens à disposition. Les associations antiracistes doivent non seulement composer avec de maigres ressources financières, elles peinent en plus à recruter des militants. Quel responsable d'ONG n'a jamais pris son bâton de pèlerin pour convaincre un adhérent de tenir un stand lors d'une fête multiculturelle? Et qui n'a jamais entendu son interlocuteur répondre que ses obligations familiales et/ou professionnelles l'empêchent de pousser son engagement au-delà du paiement de la cotisation annuelle?

Gare à l'autisme!

Un autre problème est inhérent à la spécialisation des ONG impliquées dans la lutte contre le racisme. Le cas des deux principales associations antiracistes de Suisse romande est à cet égard révélateur: la *Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme* (LICRA) s'est plutôt spécialisée dans le travail juridique et la poursuite des négationnistes qui contestent ou minimisent le massacre des Juifs durant la Seconde Guerre mondiale; quant à l'*Association romande contre le racisme* (ACOR), elle mise davantage sur la médiation et la prévention. Le hic, c'est qu'à force d'œuvrer dans leur propre créneau, les organisations antiracistes finissent par s'ignorer. Et par oublier le travail que d'autres associations accomplissent.

Un moyen de surmonter tous ces écueils réside dans une étroite coopération entre ONG concernées par la lutte contre le racisme. Une démarche allant dans cette direction a récemment été initiée en Valais. Elle a débouché sur la création d'un forum de concertation qui englobe une quinzaine d'ONG antiracistes.

La genèse

Pour bien comprendre les origines de l'expérience valaisanne, il faut remonter au 17 janvier 1999. Ce soir-là, une troupe de théâtre avait demandé à des personnes engagées dans la lutte contre le racisme de leur parler de ce fléau et de leur suggérer des pistes pour le mettre en scène. A notre plus grand étonnement, seuls la LICRA et le *Centre Suisses-Immigrés* étaient représentés. Le responsable de la troupe nous a avoué qu'il avait eu toutes les peines du monde à dénicher les coordonnées d'autres associations actives sur le front de l'antiracisme.

Suite à cet épisode, la LICRA-Valais a entamé un vaste travail pour répertorier les ONG antiracistes et établir une coopération qui permette d'exploiter au mieux leurs compétences respectives. La LICRA a tout d'abord organisé un séminaire qui a réuni les ONG valaisannes impliquées, d'une manière ou d'une autre, dans la lutte contre le racisme. L'objectif était de confronter des points de vue, de partager des expériences et, surtout, de créer des synergies. Le 24 avril 1999, plus de trente-cinq personnes issues d'une quinzaine d'organisations ont porté un regard très enrichissant sur les problématiques de la prévention du racisme, de l'intégration des étrangers et de l'information aux citoyens sur les phénomènes migratoires. Pour couronner le tout, l'ensemble des participants a plaidé pour une collaboration accrue.

Stimuler les échanges

Restait à transformer l'essai et à définir les modalités concrètes d'une telle collaboration. Un petit groupe de travail a planché sur cette question et a estimé que le plus urgent consistait à stimuler les échanges d'information. Pour ce faire, il a suggéré la création d'un forum de concertation en matière de lutte contre le racisme. Le groupe de travail a d'emblée souligné qu'il «ne s'agirait ni d'un énième comité antiraciste, ni d'une association supplémentaire, mais d'une structure de concertation dont le fonctionnement serait très souple. Cette structure pourrait englober un(e) représentant(e) de chaque organisation concernée par la lutte antiraciste et se réunir trois fois par année pour faire le point, es-

quisser des perspectives et envisager de nouvelles synergies».

Cette proposition a été approuvée le 30 septembre 1999, lors de l'assemblée constitutive du forum de concertation, par l'ACOR, *Amnesty International*, l'Association valaisanne de Médiation, l'Association valaisanne des travailleuses et travailleurs de l'éducation spécialisée, Caritas, le Centre de Loisirs et de Culture de Martigny, le Centre Suisses-Immigrés, la représentante valaisanne de la Commission fédérale contre le racisme, la Commission de l'Intégration des étrangers de Monthey – seule commission du genre en Valais au niveau communal, l'Espace Interculturel de Sierre et la LICRA. La Croix-Rouge, la Commission cantonale pour l'aide aux victimes d'agressions et de racisme, les Magasins du Monde, ainsi qu'une association alban-valaisanne, se sont ensuite ralliés à cette structure informelle.

Compter, puis unir ses forces

Le forum antiraciste a commencé par élaborer, durant l'automne 1999, un document qui décrit:

- ▶ les buts et activités des organisations membres;
- ▶ leurs prestations en matière de lutte contre le racisme et la xénophobie;
- ▶ leurs projets à court, moyen et long terme;
- ▶ et leurs domaines de prédilection – prévention, intégration des étrangers, actions de proximité, médiation interculturelle, interventions juridiques, etc.

Ce descriptif fournit une vision globale des organisations antiracistes et de leurs compétences. Il permet par exemple à *SOS Jeunesse*, une ligne téléphonique d'aide aux jeunes, de dénicher rapidement la ou les personne(s) apte(s) à résoudre un problème lié au racisme.

Pour inscrire son action dans la durée, et pour éviter de toucher uniquement les responsables d'ONG, le forum organise chaque année un séminaire sur le racisme. But de l'opération: rassembler toutes les personnes et associations engagées dans la lutte contre le racisme pour réfléchir à une thématique en rapport avec l'actualité. Cette année, le séminaire sera consacré à l'initiative «pour une réglementation de l'immigration». A cette occasion, nous examinerons les enjeux liés à la présence des étrangers en Suisse et poserons les ultimes jalons de la campagne valaisanne contre l'initiative 18%.

Vive l'antiracisme pluriel!

La coordination du forum antiraciste est assurée par la LICRA, qui se charge de préparer les séances, d'envoyer les procès-verbaux et d'orienter toute demande vers l'ONG la plus appropriée. Pour le reste, le fonctionnement du forum se résume en deux mots: souple et pluridisciplinarité.

- ▶ L'objectif n'a jamais consisté à ériger une structure faitière dotée de statuts et d'un organigramme rigide. Ce que veulent les ONG membres, c'est un espace propice au dialogue, où elles puissent échanger leurs expériences respectives et concevoir des stratégies communes.
- ▶ Le forum est résolument placé sous le signe de l'antiracisme pluriel. Il ne s'adresse pas uniquement aux organisations dont la vocation première est de combattre le racisme, mais réunit aussi des acteurs qui s'évertuent à atténuer les préjugés, à

garantir le respect de la dignité humaine, ou encore à empêcher la marginalisation des étrangers. Cette volonté de pluridisciplinarité se traduit par la présence, dans le forum de concertation, d'*Amnesty International*, de l'Association valaisanne de Médiation, ou encore d'un centre de loisirs souvent confronté à de jeunes étrangers en difficultés. Ce foisonnement d'approches et de regards différents permet d'appréhender les phénomènes racistes dans toute leur complexité. Et, surtout, de disposer d'une vaste palette de res-

sources: du responsable d'une manifestation multiculturelle au virtuose de l'article 261^{bis} CP, en passant par l'enseignant habitué à gérer des classes majoritairement composées d'élèves étrangers, des personnes très diverses peuvent contribuer à juguler le racisme et la xénophobie.

Agir vite et juste

Ce large éventail de compétences nous aide à localiser la personne la plus apte à résoudre un problème donné. Un Noir téléphone au Centre Suisses-Immigrés pour dénoncer un cas de racisme dont il a été victime? Un avocat de la LICRA est appelé à la rescousse. Un parti politique organise un séminaire sur l'intégration des étrangers? L'association contactée

**A force d'œuvrer
dans leur propre cré-
neau, les organisations
antiracistes finissent
par s'ignorer**



lui suggère un éducateur de rue mandaté par la commune de Sion pour améliorer, dans un quartier où la proportion d'Albanais est très élevée, les relations entre Suisses et communauté albanophone. Un politicien veut savoir, en prévision d'un débat, pourquoi le taux d'étrangers est plus important en Suisse que dans les autres pays européens? Il est directement orienté vers un spécialiste des politiques migratoires. Quelques exemples pour montrer que le forum réagit rapidement et de manière adéquate à toute demande en rapport avec le racisme.

Il favorise également l'apparition de nouvelles synergies. En février dernier, une association albanovalaisanne a été constituée afin de développer des projets de soutien aux migrants de langue et culture albanaise. Grâce au forum, les organismes actifs en matière d'intégration des étrangers et de médiation interculturelle connaissaient son existence avant même sa création officielle. Ils ont ainsi pu esquisser très tôt les modalités d'un travail en commun et aider l'association à trouver des relais pour étendre son influence à l'ensemble du Valais.

Enfin, le forum de concertation est très utile aux acteurs étatiques chargés de combattre le racisme. En Valais, la commission cantonale LAVI a récemment été mandatée par le Conseil d'État pour traiter les conflits et plaintes pour discrimination raciale. Le forum lui permet d'être en relation avec les ONG antiracistes et de connaître toutes les personnes susceptibles de lui fournir un appui dans l'accomplissement de son mandat.

Un front uni

En pleine résurgence de la xénophobie, et alors que des thèmes comme la naturalisation par le peuple ou l'ouverture de classes séparées pour enfants étrangers ne sont plus tabou, une étroite coopération entre ONG antiracistes est nécessaire. Car il s'agit du seul moyen d'exploiter pleinement leurs compétences respectives et d'opposer un front uni au racisme et à la xénophobie.

Alexandre Mariéthoz est le Président de la LICRA-Valais.

Résumé

Les ONG antiracistes éprouvent souvent le découragement de Sisyphe. Découragement face à l'ampleur de la tâche, mais aussi face au manque de moyens à disposition. Les associations antiracistes doivent non seulement composer avec de maigres ressources financières, elles peinent en plus à recruter des militants prêts à s'engager. Pour couronner le tout, leur spécialisation est telle qu'elles finissent par ignorer le travail que d'autres organisations accomplissent.

Un moyen de surmonter ces écueils réside dans une étroite coopération entre ONG impliquées dans la lutte contre le racisme. Une démarche allant dans cette direction a récemment été initiée en Valais. Elle a débouché sur la création d'un forum de concertation qui englobe une quinzaine d'ONG antiracistes.

Ce forum est placé sous le signe de l'antiracisme pluriel. Il ne s'adresse pas uniquement aux organisations dont la vocation première est de combattre le racisme, mais réunit aussi des acteurs qui s'évertuent à favoriser l'intégration des étrangers, à atténuer les préjugés, ou encore à garantir le respect de la dignité humaine. Ce foisonnement d'approches et de regards différents permet d'appréhender le phénomène raciste dans toute sa complexité. Et, surtout, de disposer d'une vaste palette de ressources pour combattre le racisme et la xénophobie.

Zusammenfassung

Die Arbeit antirassistischer Organisationen ist Sisyphusarbeit: angesichts der Grösse der Aufgabe und der meist fehlenden finanziellen Mittel könnte man leicht verzweifeln. Es ist schwer, unter solchen Umständen aktive MitarbeiterInnen zu rekrutieren. Die grosse Arbeitsbelastung und Spezialisierung der einzelnen Organisationen führt auch dazu, dass man die Arbeit der anderen Organisationen aus den Augen verliert.

Ein Weg, um diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten, ist die Zusammenarbeit all jener Organisationen, die sich aktiv gegen Rassismus engagieren. Eine derartige Initiative ist kürzlich im Wallis unternommen worden und bat zur Bildung eines Forums geführt, an dem sich rund fünfzehn Organisationen beteiligen.

Das Forum versteht den Kampf gegen Rassismus in einem weiten Sinn. So richtet es sich auch an all jene Organisationen, die sich für die Integration der AusländerInnen, den Kampf gegen Vorurteile oder für die Menschenrechte und die Menschenwürde einsetzen. Diese breite Perspektive erlaubt es, das Phänomen Rassismus in seiner ganzen Komplexität anzugehen und vor allem über Mittel und Wege zu verfügen, es in seiner ganzen Breite zu bekämpfen.



Das Forum gegen Rassismus – eine erfolgreiche Misserfolgsgeschichte

RUEDI TOBLER

Anfang August 1991 zerstörte ein Brandanschlag ein Durchgangszentrum für Asylbewerber und Asylbewerberinnen in Thun fast vollständig. Dies war der Tiefpunkt einer Entwicklung von Drohungen, Übergriffen und Anschlägen gegen Asylbewerberunterkünfte. Diese Entwicklung konnte nicht weiter hingenommen werden. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) lud unter dem Motto «Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit» zu einer Zusammenkunft auf den 26. August 1991 in Bern ein. Es ist heute fast unvorstellbar, wie breit das Spektrum der teilnehmenden Organisationen war: Parteien – von der SVP bis zur PdA –, Gewerkschaften und Verbände, Kirchen und Hilfswerke sowie eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen. Sie waren sich alle einig, dass etwas geschehen müsse, und zwar bald.

«Fairnesserklärung» zu Nationalratswahlen

An dieser Sitzung wurde die Idee einer «Fairnesserklärung» von Kandidaten und Kandidatinnen für die Eidgenössischen Wahlen vom Oktober 1991 aufgegriffen und – nicht zuletzt dank einer mehr oder weniger aktiven Unterstützung durch die Parteien – innert kürzester Zeit umgesetzt. Bis Ende September kamen die Unterschriften von rund 600 der insgesamt über 2600 Kandidaten/-innen zusammen. Eine Einschätzung oder Auswertung, welchen Einfluss die Erklärung auf den Verlauf des Wahlkampfes und das Wahlergebnis gehabt hat, gibt es leider nicht. Die Aktion wurde vor den eidgenössischen Wahlen von 1995 und 1999 zwar kurz diskutiert, aber wegen des grossen Aufwandes nicht wieder durchgeführt.

Drei weitere Projekte wurden an der Sitzung beschlossen:

- ▶ eine Grosskundgebung am 21. März 1992, dem internationalen Antirassismus-Tag;
- ▶ der Einsatz für die Ratifikation der Antirassismus-Konvention der UNO;
- ▶ die Ausarbeitung von Strukturen und einer inhaltlichen Plattform für die Weiterarbeit.

Schwierige Identitätssuche

Der letzte Punkt wurde alsbald zum Stolperstein. Um einen möglichst grossen Kreis «einbinden» zu können, musste die Verbindlichkeit so gering wie möglich bleiben. Um aber handlungsfähig zu sein (oder zu werden), brauchte es einen einigermaßen

klaren Rahmen, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. Und wie sollte ein gemeinsamer Nenner zur kontroversen Frage des Rassismus über alle weltanschaulichen Gegensätze hinweg gefunden werden? Das war nicht zu leisten. Es ist eigentlich ein kleines Wunder, dass das Forum nicht an diesen Klippen gescheitert ist. In einem mehrstufigen Verfahren wurde eine in eine «Plattform-Erklärung» und in «Zentrale Anliegen» zweigeteilte Grundsatzerklärung ausgearbeitet. Vor allem die «Plattform-Erklärung» konnte nicht von allen Beteiligten unterschrieben werden. Die FDP lehnte sie wegen zu «sozialkritischem Unterton» ab, für andere, so die *Anti-Apartheid-Bewegung* (AAB) und den *Schweizerischen Friedensrat* (SFR), war sie zu eurozentrisch oder gar rassistisch. Voraussetzung für die Mitgliedschaft waren lediglich die «Zentralen Anliegen», aber auch diese blieben nicht unumstritten. So musste die Kritik am Drei-Kreise-Modell der schweizerischen Ausländerpolitik im Laufe der Bereinigung gestrichen werden. Schliesslich bot man Gruppierungen, die weiterhin nicht Mitglied des Forums werden wollten oder konnten, den Status als «assoziierte Organisation» an.

Im mindestens siebenköpfigen Ausschuss sollten Sprachregionen, Geschlechter und Altersklassen berücksichtigt werden und Ausländer/innen angemessen vertreten sein. Die Hauptarbeit sollte den vom Ausschuss eingesetzten «Fachgruppen» obliegen.

In der
Romandie
wird Antirassismus
viel weniger
als «linkes» Anliegen
abgestempelt



In der Praxis zählte die aktive Mitarbeit

Die Tatsache, dass die konkrete Arbeit weniger auf diesen komplexen Strukturen beruhte als auf der Bereitschaft mitzuarbeiten ermöglichte die Zusammenarbeit von Organisationen und Personen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund. Sie konnte auch nur gelingen, weil in der Startphase die *Schweizerische Flüchtlingshilfe* (SFH) mit ihren Niederlassungen in Zürich und Lausanne das Sekretariat übernahm und damit eine Präsenz sowohl in der Deutsch- wie in der Westschweiz gewährleistete.

Erfolgreicher «zämetag» mit Nebengeräuschen

Der «zämetag» am 21. März 1992 war der grösste öffentliche Auftritt des Forums in seiner Geschichte. Er bestand aus einer Kundgebung von rund 8000 Personen auf dem Bundesplatz mit Ansprachen und musikalischen Auftritten und wurde umrahmt von verschiedenen Aktivitäten, z. B. von einem Programm für Schulen in der Woche vor dem 21. März und am Tag selber von einem «Beizenparcours» in der Berner Altstadt und einer interreligiösen Meditation.

Zwei Kontroversen im Vorfeld zeigten aber auch, wie wenig belastbar die Basis war. Dass ein «interreligiöser Gottesdienst» vorgesehen war, stiess auf Protest, insbesondere bei der EVP. Mit der Umbenennung zu «Meditation» konnte das Problem entschärft werden. Die Pressekonferenz für die Westschweiz in Lausanne führte zu einer Auseinandersetzung, weil ein Vertreter des Komitees *Toutes citoyennes, tous citoyens* nicht als offizieller Redner auftreten durfte. Das Komitee setzt sich für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer ein – ein Postulat, das nicht unter den «Zentralen Anliegen» figuriert.

Dass der Grossanlass trotzdem innert kurzer Zeit auf die Beine gestellt werden konnte, ist auch den Organisationen zu verdanken, die bereit waren, erheblich an der Vorbereitung mitzuwirken, ohne sich in den Vordergrund zu schieben. In der Presse wurde das Abseitsstehen von FDP und SVP vermerkt.

Eine Kehrseite hatte die breit gefächerte und nicht von einer zentralen Stelle koordinierte Arbeitsweise allerdings. Es war praktisch unmöglich, den Überblick über die Finanzen zu behalten. Sich im Nachhinein um die Finanzierung von Aktivitäten oder die Defizitdeckung zu kümmern, blieb in all den Jahren meist eine der vordringlichsten Aufgaben des Ausschusses. Ohne den Mut, immer wieder von neuem das Risiko der Verschuldung auf sich zu nehmen, wären wohl die meisten Aktivitäten des Forums nicht zustande gekommen.

«Comics-Wettbewerb» mit Folgeprojekten

In Zusammenarbeit mit der Buchhandlung Stauffacher in Bern und der SAJV (*Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände*) wurde im Herbst 1992 der «Comics-Wettbewerb» zum Thema «fremd» lanciert. Für die Buchhandlung stand er in einer Reihe von Comics-Wettbewerben, für das Forum bildete er den Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen und Projekten mit diesen Comics. Die Preisverleihung, zugleich Vernissage einer Ausstellung, fand am 20. März 1993 statt, mit einer Matinée am Sonntag, 21. März. Gemeinsam mit dem *Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund* (SEK) und *Justitia et Pax* realisierte das Forum Anfang 1994 und im Hinblick auf die Abstimmung über die Antirassismus-Strafnorm mit einem Teil der Comics eine Wanderausstellung. Und schliesslich bildete ein Teil der Comics die Grundlage für ein Werkbuch gegen Rassismus, das 1995 unter Mitarbeit der *Schulstelle der Hilfswerke* im Zytglogge-Verlag erschien.¹

Eine gewisse Entsprechung fand diese Arbeit anlässlich der Lehrabschlussprüfungen der Grafiker/innen in St. Gallen im Frühjahr 1994, in Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe St. Gallen des Forums. Die Prüfungsaufgabe lautete, Materialien für eine Abstimmungskampagne zum Thema Rassismus zu entwerfen. Eine Wanderausstellung mit den Prüfungsarbeiten kam leider nicht zustande, hingegen wurde aus den Arbeiten ein Poster für den Abstimmungskampf zur Antirassismus-Strafnorm ausgewählt und produziert.

Veranstaltungen zur UNO-Konvention

Im Rahmen der zweiten Mitgliederversammlung in Bern organisierte das Forum Ende September 1992 in Zusammenarbeit mit der *Parlamentarischen Gruppe gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus* ein Hearing mit dem schwedischen *Ombudsmann gegen ethnische Diskriminierung* und einem Vertreter des französischen Justizministeriums zur Frage der Umsetzung der Antirassismuskonvention der UNO. Bereits im November folgte im Rahmen des *Festival des Potes* in Fribourg ein Seminar zu «Recht und Rassismus», bei dem es um die Ausgestaltung der Antirassismus-Strafnorm ging. Im Februar 1994 führte das Forum in Olten ein Schulungsseminar zur Vorbereitung auf den Abstimmungskampf für die Antirassismus-Strafnorm durch. Gestützt darauf gab es im Sommer 1994 ein «Hintergrund-Dossier zum Antirassismus-Gesetz» heraus. Und im Februar 1995 wertete es an einer Tagung in Biel das Abstimmungsergebnis aus.

¹ Ruth Daellenbach: *Fremd – Werkbuch gegen Rassismus. Comics und Bausteine für den Unterricht. Zytglogge und Schulstelle der Hilfswerke, 1995.*

Eröffnung eines eigenen Sekretariates

So fulminant der Start des Forums gewesen war und so vielfältig sich die Aktivitäten auch präsentierten, sie vermochten die organisatorischen Schwächen nicht zu überdecken. Keine Organisation war bereit, wie abgemacht, die SFH in der Führung des Sekretariates für 1993 abzulösen. Um dauerhaft Aktivitäten zu ermöglichen, brauchte es als strukturelle Bedingung vor allem ein eigenes Sekretariat, doch dazu fehlte eine solide finanzielle Basis. Verdankenswerterweise führte die SFH das Sekretariat bis Mitte 1993 weiter, als das «eigene» Sekretariat in Lausanne seine Arbeit in den Räumen der *Licra Vaud (Ligue contre le racisme et l'antisémitisme)* aufnehmen konnte. Die *Caritas Schweiz* übernahm die Lohnverwaltung, inklusive der Bevorschussung von Lohnzahlungen.

Durch den Sekretariatsstandort in Lausanne und die Anstellung des in Genf wohnhaften, mehrsprachigen Wolf Ludwig gelang es, das zu verhindern, was in «gesamtschweizerischen» Organisationen und Verbänden die Regel ist: die Romandie als Anhängsel und Geldbeschafferin für im Kern deutschschweizerische Gebilde zu missbrauchen. Auch nachdem das Sekretariat 1996 wieder geschlossen werden musste, überstiegen die Eigenaktivitäten in der Romandie jene in der Deutschschweiz deutlich. Das hat sicher auch damit zu tun, dass in der Romandie Antirassismus viel weniger als «linkes» Anliegen abgestempelt wird.

Abstimmung über die Antirassismus-Strafnorm eine Nummer zu gross?

Die Abstimmung über die Antirassismus-Strafnorm und damit auch die politische Auseinandersetzung um den Beitritt der Schweiz zur Antirassismuskonvention hätte eigentlich die grosse Stunde des *Forums gegen Rassismus* sein und seine organisatorische Konsolidierung bringen müssen. War es nicht prädestiniert, der Antirassismus-Strafnorm und damit dem Beitritt der Schweiz zur Antirassismuskonvention zum Durchbruch zu verhelfen? Nun zeigte sich, dass der Versuch, alle jene Kreise, die im Herbst 1991 unter dem Schock der Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte zusammengekommen waren, unter einen Hut zu bringen, nicht gelungen war. Die grossen Parteien und viele der grösseren Verbände und Organisationen waren nicht Mitglieder des Forums geworden. Seine finanziellen Probleme und vielleicht auch die personelle Zusammensetzung des Ausschusses liessen es den massgeblichen politischen Kreisen geraten erscheinen, eigens ein Komitee für diesen Abstimmungskampf ins Leben zu rufen, das *Eidgenössische Komitee JA zum Antirassismus-Gesetz*. Wie wenig gefestigt das Forum war, zeigte sich auch

daran, dass verschiedene Organisationen, die Mitglieder des Forums waren, sich nicht durch dieses im eidgenössischen Komitee vertreten liessen, sondern sich direkt daran beteiligten. Dennoch spielte das Forum, das schon früh eine Arbeitsgruppe eingesetzt hatte (in der auch eine Vertreterin des SVP-Sekretariates mitarbeitete), im eidgenössischen Komitee eine spezielle Rolle, dies insbesondere wegen guter Verbindungen zu Basisorganisationen und zur Romandie. Da etliche Organisationen Beiträge an das eidgenössische Komitee und nicht an das Forum leisteten, war die Finanzierung des Forum-Sekretariates auch in dieser Zeit ein Problem. Überleben halfen damals monatliche finanzielle Beiträge der *Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz*.

Einen zentralen Anlass zum Antirassismus-Tag der UNO am 21. März 1994 gab es nicht, dafür aber umso mehr Veranstaltungen an vielen Orten, die häufig den eigentlichen Auftakt zum Abstimmungskampf für die Antirassismus-Strafnorm bildeten.

Kein Konsens über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

Nach der Annahme der Antirassismus-Strafnorm in der eidgenössischen Abstimmung vom September 1994 lösten sich das eidgenössische Abstimmungskomitee und die regionalen und lokalen Komitees auf. Mit einer gewichtigen Ausnahme: Das *Comité romand* setzte seine Arbeit fort mit der Kampagne gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, die dann in der eidgenössischen Abstimmung im Dezember 1994 angenommen wurden.

In der Deutschschweiz war eine solche Kontinuität nicht möglich. Viele Kreise, die sich für die Antirassismus-Strafnorm eingesetzt hatten, unterstützten auch die Zwangsmassnahmen oder schwiegen sich dazu aus. Dass sich das Forum auch gegen die Zwangsmassnahmen stellte, trug zwar zu einem klareren Profil bei, war aber wohl der definitive Abschied vom Anspruch, den weitest möglichen Bogen von den Bundesratsparteien bis zu engagierten Basisorganisationen spannen zu wollen.

Jugendkampagne nur als vorläufige Rettung

Für viele Organisationen war das Thema Rassismus mit der Annahme der Antirassismus-Strafnorm und dem Beitritt der Schweiz zur UNO-Konvention erledigt oder zumindest an staatliche Organe delegiert – dies umso mehr, nachdem der Bundesrat im August 1995 die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* (EKR) eingesetzt hatte. Das Forum entwickelte eine gute Zusammenarbeit mit der EKR, vor allem auch dank der aktiven Mitarbeit von Fo-



rumspräsidentin Muriel Beck Kadima in der Kommission, in der sie immer wieder eine NGO-Perspektive einbringt. 1996 wurde an einem Treffen der EKR mit im Bereich des Antirassismus tätigen NGO der Wunsch nach einem eigenständigen Vernetzungstreffen laut. Ein solches organisierte das Forum mit gutem Erfolg im September 1997 in Bern.

Das Interesse an aktiver Mitarbeit im Forum ging in diesen Jahren deutlich zurück. Doch gelang es in Zusammenarbeit mit der SAJV, ein Konzept für die Umsetzung der «Europäischen Jugendkampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz» in der Schweiz zu erarbeiten, wofür der Bundesrat im November 1994 schliesslich ein Mandat erteilte.

Ein inhaltliches Eingehen auf die Jugendkampagne ist im Rahmen dieses Porträts nicht möglich. In dieser Zeit wurden auch enge Kontakte zu UNITED geknüpft, dem grössten antirassistischen Netzwerk in Europa mit Sitz in Amsterdam. Dank Beiträgen zur Defizitdeckung und der Jugendkampagne kam das Forum auch 1995 über die Runden, allerdings musste es faktisch auf seinen Sekretär verzichten, der mit den Arbeiten für die Jugendkampagne mehr als ausgelastet war. Ab Frühjahr 1996 musste ganz auf ein bezahltes Sekretariat verzichtet werden, denn Caritas war nicht mehr bereit, weiterhin Löhne zu bevorschussen. Das Engagement des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) half nicht nur die Defizite zu decken, sondern überbrückte auch mit Sekretariatsleistungen die Zeit bis zur Eröffnung eines Projektsekretariates für die Europa- und Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 1999.

**Wie
sollte eine Ver-
netzung antirassistischer
Aktivitäten funktionieren, wenn
es kaum antirassistische
Organisationen
gab?**

gesagt werden, dass es damit seine Bestimmung gefunden hat? So beteiligten sich drei Ausschussmitglieder 1998 massgeblich an der Ausarbeitung eines NGO-Zusatzberichts zum ersten Bericht der Schweiz zum UNO-Sozialrechtspakt. Im Januar 1999 organisierte das Forum ein Seminar in Bern zur Frage «Ist eine NGO-Berichterstattung an UNO-Ausschüsse sinnvoll?» unter Beteiligung des Sonderberichterstatters des CERD Theo van Boven. Inzwischen hat die Schweiz einen zweiten Bericht an das CERD abgeliefert, und auch dieser verlangt nach einem Zusatzbericht aus der Sicht der NGO.

Auch auf Europaratebene entwickelte sich eine Beziehung zur *Europaratskommission gegen Rassismus* ECRI. Für seinen zweiten Bericht über die Schweiz, der im März dieses Jahres erschienen ist, besuchte 1999 eine Delegation von ECRI die Schweiz und führte auch mit dem Forum Gespräche.

Im Hinblick, aber auch mit Begrenzung auf die Europa- und die Weltkonferenz gegen Rassismus, die im Oktober 2000 in Strassburg bzw. im September 2001 in Südafrika stattfinden werden, konnte das Forum im Dezember 1999 erneut ein Sekretariat, diesmal in Bern und durch Kate Burgener geführt, eröffnen. Möglich wurde dies durch eine Mitfinanzierung durch das EDA. Zur Vorbereitung gibt das Forum ein Infobulletin heraus (die erste Nummer ist bereits erschienen) und hat ein erstes Vernetzungstreffen im März 2000 in Bern organisiert.

Fazit

Vergleicht man die Spannweite der im Herbst 1991 an den ersten Sitzungen vertretenen Organisationen mit den heute im Forum aktiven und die Ideen und Vorstellungen, welche am Anfang für seine Aktivitäten entwickelt wurden, mit den realen heutigen Tätigkeiten, so fällt eine Bilanz eher ernüchternd aus. Verstärkt wird dieser Eindruck in Anbetracht eines beinahe durchgehenden Kampfes gegen Defizite und Schulden.

Allerdings waren einige der Ansprüche von Anfang an nicht sehr realistisch. Wie sollte z.B. die Vernetzung antirassistischer Aktivitäten funktionieren, wenn es kaum antirassistische Organisationen gab?

NGO-Bericht an die UNO

Die Schweiz lieferte Ende 1996 ihren ersten Bericht ab, den das UNO-Komitee gegen Rassismus (CERD) im März 1998 behandelte. Im Hinblick darauf verfasste das Forum 1997/98 einen viel beachteten und vom CERD sehr geschätzten NGO-Zusatzbericht, zu dem ACOR einen Ergänzungsbericht mit den konkreten Erfahrungen aus der Arbeit des Nottelefons beisteuerte.

Die Arbeit an und mit diesem Bericht bedeutete für das Forum einen Wiederaufschwung. Oder kann gar

Also mussten inhaltliche Anstösse gegeben werden. Da waren aber etliche Themen bereits «besetzt» (Ausländer-, Asylpolitik, Antisemitismus), und das Forum wollte bewusst nicht bestehende Organisationen konkurrenzieren.

Die politische Bandbreite, welche den fulminanten Start des Forums ermöglichte, wurde schon bald zum Hemmschuh für eine fundierte, kontinuierliche Arbeit. So sah ein Vorschlag vor, dass mit wenigen Ausnahmen öffentliche Stellungnahmen mit den Sekretariaten aller bedeutenden Mitgliedsorganisationen abgesprochen werden müssten. Die Möglichkeit, fundierte und kritische Arbeit zu leisten – und damit ein klareres Profil zu gewinnen –, musste mit einem Verlust an Breite erkaufte werden.

Dass sich dies gelohnt hat, zeigt sich darin, dass das Forum seine Rolle mit dem zentralen Thema der Umsetzung der Antirassismuskonvention der UNO gefunden hat. Dafür ist es zum anerkannten Ansprechpartner geworden, wie z.B. das Mandat des EDA für die NGO-Koordinationsarbeit für die Europa- und die Weltkonferenz gegen Rassismus zeigt.

Erstaunlich ist, wie stabil und ausdauernd der Ausschuss funktioniert. Muriel Beck Kadima wurde an der ersten Mitgliederversammlung zur Präsidentin des Forums gewählt und ist dies heute noch. Und auch viele Ausschussmitglieder sind seit Jahren mit dabei. Zudem ist es in der letzten Zeit gelungen, Betroffene für die aktive Mitarbeit im Ausschuss zu gewinnen. Auch wenn nach wie vor die (finanzielle) Basis des Forums alles andere als gesichert ist, spricht einiges dafür, dass das Forum sein zweites Jahrzehnt überdauern wird – wohl mit einer weniger stürmischen und wechsellvollen Entwicklung, aber weiterhin mit notwendiger, kontinuierlicher Arbeit, ausgehend von den Umsetzungsarbeiten der UNO-Konvention.

Ruedi Tobler, Redaktor des VPOD-Magazins für Schule und Kindergarten, ist Ausschussmitglied des *Forums gegen Rassismus* seit dessen Gründung.

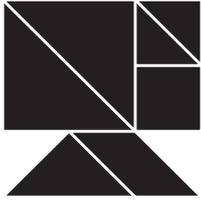
Zusammenfassung

Die Initiative zur Gründung des Forums gegen Rassismus wurde im Herbst 1991 ergriffen, nachdem eine Asylunterkunft in Thun durch einen Brandanschlag zerstört worden war. Am Anfang beteiligten sich die unter-

schiedlichsten Kreise – von der SVP bis zur Aktion für abgewiesene Asylbewerber – am Aufbau und an der Tätigkeit des Forums. Eine klare inhaltliche Grundlage und arbeitsfähige Strukturen zu finden, erwies sich als Quadratur des Kreises. Durch eine pragmatische Praxis, die auf den Einbezug aller interessierten Gruppierungen und Personen setzte – und nicht auf Ab- oder Ausgrenzung –, wurden vielfältige Aktivitäten möglich. Deren Finanzierung musste allerdings nur zu oft im Nachhinein sichergestellt werden. So breit der Konsens in der Ablehnung offener rassistischer Gewalt war, so wenig bildete er die Grundlage für eine kontinuierliche Arbeit zur Bekämpfung, Überwindung und Verhütung von Rassismus. Insbesondere nach der Annahme der Antirassismus-Strafnorm und dem Beitritt der Schweiz zur UNO-Konvention gegen Rassismus rückte für viele Organisationen das Thema Rassismus in den Hintergrund, so dass die Existenz des Forums in Frage gestellt war. Durch pragmatische Anpassung an die jeweiligen Rahmenbedingungen gelang es dem Ausschuss, nicht nur das Überleben des Forums zu sichern, sondern auch sinnvolle Aktivitäten zu entwickeln. Eine Konsolidierung ist aber auch zehn Jahre nach seiner Gründung nicht in Sicht.

Résumé

La création du Forum contre le racisme remonte à l'automne 1991, après l'incendie volontaire qui avait détruit un foyer pour requérants d'asile à Thounne. Initialement, les groupements les plus différents (allant de l'UDC à l'action pour les requérants d'asile déboutés) ont mis sur pied cet organisme et participé à ses activités. Néanmoins, lui donner une base claire quant au contenu et des structures en mesure de fonctionner est apparu comme la quadrature du cercle. Des activités multiples ont été menées grâce à une attitude pragmatique, qui misait sur l'association de tous les groupes et personnes concernés, et non sur le rejet ou l'exclusion. Trop souvent toutefois, leur financement n'a pu être assuré qu'ultérieurement. Malgré un large consensus sur le rejet de la violence raciste, il ne constitue pas la base d'un travail continu dans l'optique de la lutte et de la prévention contre le racisme. Surtout depuis l'acceptation de la norme contre la discrimination raciale et l'adhésion de la Suisse à la Convention de l'ONU contre le racisme, le thème du racisme est passé à l'arrière-plan pour beaucoup d'organisations de sorte que l'existence du forum a été mise en question. Suite à une réorganisation pragmatique, le comité a permis non seulement la survie du forum, mais aussi le développement d'activités judicieuses. Néanmoins, même dix ans après sa fondation, une consolidation des structures n'est pas en vue.



Solidarité sans frontières – gegen einen Abbau der Grundrechte

MARGRITH VON FELTEN ET AL.

«Rückschläge und Ohnmachtsgefühle angesichts zunehmender Fremdenfeindlichkeit und Abschottung sind auf die Dauer schwer verkraftbar.»

Gemeinsame Aktionen der beiden Organisationen Asylkoordination Schweiz (AKS) und Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS) wie die Referenden gegen die Zwangsmassnahmen und gegen die Asylgesetzrevision oder die Abstimmungskampagnen gegen Überfremdungsinitiativen stärkten die Zusammenarbeit selbst in der Niederlage. «Menschen und Organisationen sind so beschaffen, dass sie Wege suchen, negative Erfahrungen zu überwinden und Positives daraus zu entwickeln. «Kräfte bündeln», «Erfahrungen integrieren», «Synergien schaffen» und «administrative Arbeit reduzieren»: Dies waren die wichtigsten Stichworte auf dem langen Diskussionsweg zum Zusammenschluss», folgert Silvia Sommer. Im März 2000 schlossen sich AKS und BODS zur Solidarité sans frontières zusammen.¹

Vorgeschichte

Anni Lanz erinnert an die Herkunftsgeschichte:

«Wir bezeugen, dass wir gemeinsam – Junge und Alte, Frauen und Männer aller Berufe und gesellschaftlichen Stufen unseres vielsprachigen Landes – bereit sind, eine Bewegung gegen die Fremdenangst und zugunsten der Flüchtlinge, aber auch der Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen in Gang zu bringen und mitzutragen, jede und jeder von uns da, wo wir leben und wirken, jede und jeder im Mass seiner und ihrer Möglichkeiten.» Dies schrieben 1986 die Gründungsmitglieder der BODS in ihrer Charta. Eine grosse Hoffnung, dass alle solidarisch Gesinnten gemeinsam Berge versetzen können, beseelte die Gründungsakte.

Die Entstehungsgeschichten von AKS und BODS gleichen sich: Engagierte im Asyl- und im Migrationsbereich wünschten sich, dass die eben entstandene Bewegung fortbestehe. Ein bezahltes Sekretariat sollte die Kontinuität der Bewegung gewährleisten und die Engagierten an der Basis von der administrativen Arbeit entlasten. Sowohl AKS wie BODS waren bei ihrer Gründung von Regionalgruppen getragen. Viele der BODS-Gründer/innen waren zudem Mitglieder kirchlicher Organisationen, von Hilfswerken und Gewerkschaften oder Kulturschaffende.

Viele der Bewegten aus der Gründergeneration haben sich mittlerweile anderen Zielen zugewandt. Die Sekretariate entwickelten eine Eigendynamik und die «Basis», die eigentlich die Bewegungsrichtung aufzeigen sollte, fand sich immer spärlicher in den Versammlungen ein: ein Schicksal, das vielen an ideellen Zielen orientierten Organisationen wiederfährt.»

Margrith von Felten, heute Präsidentin von Solidarité sans frontières, blickt zurück:

«Wenn eine migrationspolitische Debatte im Nationalrat angesagt war, habe ich regelmässig den parlamentarischen Dokumentationsdienst beauftragt, mir Stellungnahmen von AKS und BODS zu beschaffen. Ich konnte mich darauf verlassen, dass in den Veröffentlichungen dieser Organisationen Klartext gesprochen wird und dass der Grundrechtsstandard in Analyse, Kritik und Folgerungen konsequent eingehalten wird. Meine Zeit auf dem nationalen Parkett war gekennzeichnet vom Poltern und Muskelspiel der kleinen und grossen Akteure populistischer Wahlmobilisierung. So wurden zwischen 1991 und 1999 die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und die Asylgesetzrevision verabschiedet und mehrere «Armee-an-die-Grenze»- und «Illegale-raus»-Debatten geführt. Und ich erlebte, wie sich das Koordinatensystem der politischen Debatten zunehmend in die rechtsnationale Ecke verschob. Die offizielle Politik der zuständigen Departemente, der Bundesratsparteien und der etablierten Hilfswerke verschrieb sich zunehmend dem «Pragmatismus» und fügte sich «Sachzwängen». Die Populisten feierten Wählerfolge in den Kantonen und 1995 resp. 1999 bei den nationalen Wahlen. Die Etablierten in Verwaltung und Parteien erwiesen den Erfolgreichen zunehmend die Referenz, zuletzt in der Diskussion über den Entwurf für ein neues Ausländergesetz, das sich in der Grundtendenz kaum von der fremdenfeindlichen 18%-Initiative abhebt. Es ist völlig klar: Es braucht starke, unabhängige politische Kräfte ausserhalb des Machtkartells, welche jene Frauen und Männer in diesem Lande vertreten, die vor Sachzwängen und Machbarkeitswahn nicht kapitulieren.»

Politischer Kontext

Einen Grund für den Zusammenschluss von AKS und BODS ortet Salvi Pittà in der veränderten asyl- und ausländerpolitischen Landschaft:

«Schon mit den «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht» zeigte sich der Trend klar: Trotz juristischer Trennung von Asyl- und Ausländerbereich arbeiten die europäischen Staaten daran, diese Grenze zu verwischen. Durch die immer mehr gegen null sinkende Anerkennungsquote von Asylgesuchen und die anschliessende Ille-

¹ Vorbemerkung der Redaktion: Nachstehender Artikel beruht auf fünf Beiträgen, die wir von Beteiligten am Zusammenschluss der Asylkoordination Schweiz (AKS) und der Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS) eingeholt hatten. Die Fragmente der Beiträge sind als Zitate kenntlich gemacht.

galisierung der Aufenthalte gehören immer mehr abgewiesene Asylsuchende zu den Parias der europäischen Gesellschaft. Machen wir uns nichts vor: Nach 500-jähriger Kolonialherrschaft über weite Teile der restlichen Welt zieht Europa die Schraube gegenüber den Migrant*innen aus diesen Ländern weiter an. Die Folgen der damaligen und heutigen Ausbeutung sind verheerend und gehören mit zu den Ursachen der von Europa so vehement bekämpften Migration.

Inzwischen ist die Trennung zwischen Asyl- und Ausländergesetz zumindest in der vox populi obsolet geworden. Immer weniger verstanden wurde deshalb auch die Aufteilung zwischen der Asylkoordination und der BODS, die trotz räumlicher und politischer Nähe von aussen als Konkurrenz wahrgenommen wurde. Der Zusammenschluss ermöglicht eine wirksamere Arbeitsteilung. Denn es macht wenig Sinn, zwei Delegierte aus demselben Büro ins Netzwerk zur Unterstützung von «Sans Papiers» zu schicken.

Beim Zusammenschluss wurden keine Stellen eingespart. Aber Arbeitsprozente konnten von der Administration in die politische und die Dokumentationsarbeit verschoben werden. Das Archiv der AKS, das Mitte der Neunzigerjahre von der Arbeitsstelle für Asylfragen geerbt worden war, wurde mit demjenigen der BODS zusammengelegt, dessen Grundstein vom Verein mitenand in den 70er- und 80er-Jahren gelegt wurde. Damit verfügt Solidarité sans frontières (bzw. die Öffentlichkeit) über das einzige umfassende und unabhängige Gedächtnis antirassistischer Arbeit der letzten 30 Jahre – wovon auch die EKR profitiert.»

Ein zukunftsfähiges Projekt

Catherine Weber weist auf den Spendenrückgang bei vielen NGO und deren Mentalität hin, für sich den eigenen Garten zu pflegen. Demgegenüber plädiert sie für eine starke politische Organisation im Migrationsbereich:

«Zwar muss die Rolle der NGO im gesellschaftspolitischen System immer wieder hinterfragt und neu definiert werden, insbesondere die Tatsache, dass viele NGO mehr und mehr Aufgaben übernehmen, die eigentlich ganz klar Pflichten des Staates wären, z. B. im Fürsorge- und Sozialbereich, im Erwerbslosen- und Bildungsbereich. Solange aber bestimmte Gruppen von Menschen von Staates wegen und per Gesetz derart unter Druck geraten wie etwa die Flüchtlinge und Migrant*innen, solange braucht es aktive Nichtregierungsorganisationen, die einen Gegendruck aufrechterhalten. Solidarité sans frontières hat hier unbestritten eine wichtige Funktion zur Verhinderung oder Linderung staatlichen Drucks wie auch gegenüber den politischen Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums und der Gewerkschaften.

Auch sie müssen immer wieder an ihre Pflicht erinnert werden, sich in der Öffentlichkeit für die Grundrechte der Flüchtlinge und Migrant*innen und gegen Fremdenfeindlichkeit dezidiert einzusetzen.»

Margrith von Felten doppelt nach:

«Es braucht dringend eine realitätsnahe Migrationsdebatte und damit eine Entriimpelung der Politik von Sichtblenden, Vorurteilen und menschenverachtenden Metaphern. Angesagt ist eine Politik, die politische und soziale Rechte als Menschenrechte begreift, die allen Menschen gleichermaßen zugestanden werden müssen. Es geht um eine Politik der Demokratisierung. Solidarité sans frontières ist ein zukunftsfähiges Projekt.»

Anni Lanz hofft, die vom Zusammenschluss erzeugte Dynamik möge über *Solidarité sans frontières* hinaus zu einer neuen Zusammenarbeitskultur unter den NGO beitragen:

«Der Zusammenschluss von AKS und BODS erfolgte nicht spontan wie die Gründung dieser Organisationen. Wir mussten bisherige Identitäten aufgeben sowie gegenseitige Ängste vor einer Vereinnahmung überwinden. Aber als es dann so weit war, kehrte jene Aufbruchstimmung der Gründungszeit zurück: die Hoffnung, dass wir mit vereinten Kräften viel mehr bewirken können; die Hoffnung, dass wir uns weniger im luftleeren Raum der

nationalen Politik und vermehrt in gemeinsamen Aktivitäten mit Exilorganisationen und lokalen Gruppen bewegen.

Heute erfährt die Vorstellung von europaweiten Vernetzungen der «Basisgruppen» und unabhängigen Organisationen wieder Auftrieb: Vernetzung als einzige Alternative zur Ohnmacht. Doch hinter diesem vielversprechenden Slogan lauert die alte Gefahr, dass sich die Funktionäre*innen vom «Fussvolk» abheben und dass sich das «Fussvolk» von den Funktionäre*innen vereinnahmt fühlt und sich abwendet.

Eine Vernetzung müsste auf dem Prinzip des gegenseitigen sich aufeinander Beziehens bestehen. Bei allem, was wir untereinander und gegenüber der Öffentlichkeit sagen und tun, sollten wir uns in positiver Weise auf die mitstreitenden Personen und Gruppen beziehen, sie nennen und ihre Aktivitäten sichtbar machen. Wir müssen verlernen, nur dem eigenen «Zentralorgan» oder dem eigenen Namen ein Profil zu verleihen. Anders als beim Prinzip «Konkurrenz» gewinnen wir durch eine solche Gegenseitigkeit alle an Stärke. Dieses Prinzip der gegenseitigen Referenz war der Ausgangspunkt von Solidarité sans frontières, und es muss täglich neu eingeübt werden – von allen, die auf die Stärke der Gemeinsamkeit hoffen.»

**Es braucht eine Ent-
rümpelung der Politik
von Sichtblenden, Vor-
urteilen und menschen-
verachtenden Metaphern**



Kontaktadresse:

Solidarité sans frontières SOSF
Anni Lanz / Silvia Sommer
Neuengasse 8, 3011 Bern
Tel. 031-311 07 70 / 031-312 40 38
anni.lanz@sosf.ch / silvia.sommer@sofs.ch

Margrith von Felten, Juristin, Präsidentin von *Solidarité sans frontières*, 1991–99 Nationalrätin Basel

Anni Lanz, politische Sekretärin bei *Solidarité sans frontières* (früher bei der BODS)

Salvi Pittà, bis Ende Juni 2000 verantwortlich für das Archiv und die Dokumentationsarbeit bei der AKS bzw. bei *Solidarité sans frontières*

Silvia Sommer, politische Sekretärin bei *Solidarité sans frontières* (früher bei der *Asylkoordination Schweiz*)

Catherine Weber, frühere Mitarbeiterin der *Arbeitsstelle für Asylfragen*, aus welcher die AKS hervorgegangen war, und heutige VPOD-NGO-Gewerkschaftssekretärin

Zusammenfassung

Seit langem arbeiteten die zwei Organisationen Asylkoordination Schweiz (AKS) und Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS) in den Themenbereichen Asyl- und Ausländerpolitik. Nach einer Reihe von politischen Niederlagen gab es Ermüdungserscheinungen. «Kräfte bündeln», «Erfahrungen integrieren», «Synergien schaffen» und «administrative Arbeit reduzieren»: Dies waren die wichtigsten Stichworte auf dem langen Diskussionsweg zum Zusammenschluss. Im März 2000 war es so weit: Die neue Organisation *Solidarité sans frontières* wurde als Zusammenschluss von AKS und BODS aus der Taufe gehoben.

Ehemalige und jetzige Mitarbeitende sowie die Präsidentin von *Solidarité sans frontières* erinnern an die Ge-

schichte der beiden fusionierten Organisationen, geben auf die Gründe ein, die zum Zusammenschluss führten, und skizzieren die Aufgaben dieser Organisation in der gegenwärtigen politischen Landschaft und für die Zukunft. Angesichts der sich verschlechternden Rahmenbedingungen für Asylsuchende und Migranten/-innen aus nichteuropäischen Ländern und angesichts des rechtspopulistischen Aufwandes wird die Notwendigkeit einer starken migrationspolitischen Organisation in der Schweiz betont, welche bedingungslos für die Rechte der Migranten/-innen einsteht.

Résumé

Les deux organisations Coordination Asile Suisse (CAS) et Mouvement pour une Suisse ouverte, démocratique et solidaire (MODS) œuvrent depuis longtemps en matière de politique relative aux étrangers et aux réfugiés. Touchées par des signes de lassitude apparus à la suite d'un certain nombre d'échecs politiques, elles se sont engagées sur un long chemin, celui de l'union. Ce projet était placé sous différents mots d'ordre: «Unir ses forces», «Tirer la leçon des expériences», «Créer des synergies», «Réduire les tâches administratives». C'est ainsi qu'en mars 2000, une nouvelle organisation a été portée sur les fonds baptismaux: depuis, *Solidarité sans frontières* remplace la CAS et le MODS.

D'anciens et de nouveaux collaborateurs, un membre du comité ainsi que la présidente de *Solidarité sans frontières* retracent l'historique des deux organisations, rappellent les motifs qui les ont poussées à s'unir et esquisser les tâches de la nouvelle organisation dans le contexte politique actuel et futur. La détérioration des conditions-cadres applicables aux requérants d'asile et aux immigrants originaires des pays non-européens, ainsi que la montée du courant populiste soulignent la nécessité de promouvoir, en Suisse, une politique solide en matière de migration, garantissant de manière inconditionnelle les droits des immigrants.



Integral gegen Rassismus – für Ausländerintegration

THOMAS KESSLER

Der Kanton Basel-Stadt etabliert eine Integrationspolitik, welche sich nicht nur an Migrantinnen und Migranten, sondern auch an Einheimische richtet. Diese stellt die alte defizitorientierte «Ausländerpolitik» auf den Kopf und das Potenzial der Migrationsbevölkerung an Arbeitskraft, Kultur und Ideen in den Mittelpunkt.

Die Basler Anti-Rassismus-Politik

Basel-Stadt versteht sein Engagement gegen Rassismus als Teil der Kantonsidentität. Im 19. und im

20. Jahrhundert hat Basel-Stadt die Einwanderung von Binnen- und Aussenmigranten in die aufblühende Industriestadt relativ moderat bewältigt. Nach der Integration der Katholikinnen und Katholiken, der Migrantinnen und Migranten aus den nördlichen Nachbarländern, der Christkatholiken/-innen, der Jüdinnen und Juden und der Migranten/-innen aus ganz Südeuropa steht derzeit die Integration der Musliminnen und Muslime und von Menschen aus allen Kontinenten an. Die humanistische Tradition, die Weltoffenheit und die Erfahrungen mit den kriegerischen Folgen von Nationalismus und Rassismus direkt an der Grenze verpflichten zu einer gesamtheitlichen Antirassismuspolitik. Die klassischen Elemente der Antirassismuspolitik, die Aufklärung über Rassismus und die Bekämpfung des strafbaren Rassismus, sind deshalb ergänzt worden mit Anstrengungen in der Forschung, der Einrichtung einer kantonalen Anlaufstelle betreffend rassistische Diskriminierung und einer offensiven, auf die rasche Integration der gesamten Migrationsbevölkerung ausgerichteten Integrationspolitik, die Einheimische mit Integrationsbedarf miteinschliesst.

Das Umfeld des potenziellen Rassismus beziehungsweise die frühzeitige Prävention sind für eine nachhaltige Politik von zentraler Bedeutung. Als Folge der gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen seit dem «Mauerbruch» von 1989 und der

teilweisen aggressiven Instrumentalisierung der «Ausländerfrage» in der nationalen Parteipolitik treten rechtsradikale und rassistische Exponenten und Gruppen heute dreist auf, vorab über Internet. Das Schweigen beziehungsweise das wenig beeindruckende Verhalten der so genannt vernünftigen politischen Kräfte haben ebenso zu dieser Entwicklung beigetragen wie das Festhalten vieler Menschenfreunde an rein moralischen, fürsorglichen oder romantischen Positionen. Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben deshalb entschieden, der verzerrten Wahrnehmung

Wahrnehmung

eine

dreijährige

Informations-

kampagne «Tat-

sachen gegen Vorur-

teile» ([www.migration.](http://www.migration.bs.bl.ch)

[bs.bl.ch](http://www.migration.bs.bl.ch)) entgegenzuset-

zen. Damit soll – zusammen

mit den Ergebnissen der kon-

kreten Integrationsprojekte – die

Grundlage für eine sachliche Dis-

kussion und intelligente demokratische

Entscheide im gesamten Themenbereich

Migration und Integration geschaffen werden.

Die meisten Meldungen betreffen

«positive Diskriminierungen»,

begangen durch xeno-

phile Schweizer/

-innen

Rassistisch motivierte Delinquenz in Basel

Das liberale gesellschaftliche Klima in Basel alleine verhindert rassistische Übergriffe oder Vorfälle nicht. Auf der Suche nach negativer Zuwendung dienen rassistische Äusserungen den Frustrierten oder Orientierungslosen als Reizmittel.

1998 sind beim Polizei- und Militärdepartement 46 Anzeigen wegen rassistisch motivierter Diskriminierung eingegangen, 1999 waren es 38 und im laufenden Jahr bis anhin 8. Meist handelt es sich dabei um rechtsradikale Angriffe gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder jüdische Einrichtungen, wobei während des Zionistenkongresses in Basel die Zahl der Vorfälle gestiegen war. Vereinzelt wurden auch tamilische Staatsangehörige in rassistischer Weise angegriffen.

Das Strafgericht hat verschiedentlich Fälle der oben genannten Art beurteilen müssen. Oft führen diese



Fälle aber nicht zu Verurteilungen wegen Rassendiskriminierung, wohl aber wegen Körperverletzung, Drohung, Nötigung, Ehrverletzung und Ähnlichem. Fünf Verurteilungen wegen Rassendiskriminierung gemäss Art. 261^{bis} StGB wurden seit Inkrafttreten des Artikels vorgenommen, davon betraf ein einziger Fall einen Täter schweizerischer Herkunft. Schwer alkoholisiert provozierte der einschlägig bekannte Mann einen Juden mit rassistischen Äusserungen. Er wurde zu 60 Tagen Gefängnis unbedingte verurteilt, dies auf Grund einer bereits ausgesprochenen bedingten Gefängnisstrafe.

Integration der Konfessionen

Basel-Stadt ist ein durch die Reformation geprägter Kanton, mit einer starken Säkularisierung in der jüngeren Geschichte. Ein Grossteil der Bevölkerung ist formell konfessionslos, in Umfragen zeigt sich jedoch weiterhin eine tiefverwurzelte Religiosität. Schon die Reformation verlief etwas moderater als in anderen Städten, Katholikinnen und Katholiken konnten nach den ersten Wirren teilweise wieder am theologischen Diskurs an der Universität teilnehmen. Mit dem Zuzug katholischer Hilfskräfte begann ab dem 18. Jahrhundert allmählich deren Integration, 1999 feierte die Römisch-katholische Kirche Basel ihr 200-jähriges Bestehen. Bis zur öffentlich-rechtlichen Anerkennung dauerte es noch bis ins 20. Jahrhundert, dies allerdings wegen des konservativen Widerstands in der katholischen Kirche selber. Die Anerkennung der Christkatholischen Kirche verlief problemlos. Interessant ist die Integrationsgeschichte der Jüdinnen und Juden. Die Bundesverfassung und das Bundesgericht lassen bekanntlich zu, dass die Kantone gewisse Religionsgemeinschaften – namentlich die christlichen Kirchen und die Israelitische Gemeinde – öffentlich-rechtlich anerkennen und ihnen im Rahmen der staatlichen Anerkennung Steuerhoheit übertragen. 1973 erhielt die Basler Israelitische Gemeinde als erste in der Schweiz nach einer Volksabstimmung die Anerkennung als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Die jüdische Gemeinde hat in Basel eine lange Tradition; sie wurde 1805 gegründet, 1868 wurde die Synagoge eingeweiht, 1872 er-

**Auf Grund
der bald einjährigen
Erfahrung mit der kantonalen
Anlaufstelle betreffend rassistische
Diskriminierung empfiehlt sich
die Einrichtung solcher
Stellen in allen
Kantonen**

hielten erstmals Juden das Basler Bürgerrecht und 1903 wurde der israelitische Friedhof an der Theodor-Herzl-Strasse eingerichtet.

Seit kurzem ist es auch möglich, auf einem Abschnitt des grossen Friedhofs «Hörnli» Angehörige des islamischen Glaubens entsprechend ihrem Bestattungsritual beizusetzen. Die Einbindung der Muslime verläuft derzeit über interreligiöse Gremien, interreligiöse Podien an der Universität und direkte Verhandlungen zwischen Behörden und Muslimen/-innen. Die grosse Vielfalt der muslimischen Bevölkerung verlangt ein pragmatisches Vorgehen.

In neuerer Zeit sind Bestrebungen im Gang, die Aufteilung des Religionsunterrichtes in konfessionsbezogene Gruppen zu überwinden, um der Pluralität der Anschauungen und Meinungen der Schülerinnen und Schüler aus den verschiedensten Kulturen und Religionen Rechnung zu tragen. Aus dem Grundsatz der religiösen Neutralität der Schule und der paritätischen Behandlung aller Religionsgemeinschaften folgt, dass das staatliche Angebot zur Ausübung der Religionsfreiheit möglichst für alle Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen soll, während die Schulen in der Regel nur römisch-katholischen und evangelischen Religionsunterricht anbieten. Diesem Anliegen kann dadurch Rechnung getragen werden, dass allen Religionsgemeinschaften die Möglichkeit des bekenntnismässig gebundenen Religionsunterrichts eingeräumt wird. Auf der anderen Seite kann diesem Postulat insofern entsprochen werden, als ein für alle Schülerinnen und Schüler obligatorischer, konfessionell neutraler Unterricht angeboten wird. Entsprechende Abklärungen laufen bereits.

Aufklärung im Bildungswesen

An der Universität Basel wird Vorurteilen im Bereich des Antisemitismus und anderen Formen des Rassismus in erster Linie durch Aufklärung entgegengetreten. Insbesondere wird seit geraumer Zeit in Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekten über das Judentum, seine Religion, Kultur und Geschichte unterrichtet. Neu gibt es an der Universität nun auch ein Institut für jüdische Studien.

Auch die Volkshochschule beider Basel bietet Kurse an, die darauf abzielen, Antisemitismus und andere Formen des Rassismus zu bekämpfen. Daneben bilden die Schulen einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kinder in die Gesellschaft. Dies gilt sowohl für Kinder mit Schweizer Bürgerrecht als auch für ausländische Kinder und Jugendliche. Im Kanton Basel-Stadt wird dem Thema Antisemitismus auf der Ebene des Lehrplans und der Lehrmittel grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Die Geschichte des Judentums, insbesondere zur Zeit des Zweiten Weltkriegs, wird in allen Schulklassen bis zur Stufe des Gymnasiums vorab in den Fächern Geschichte und Deutsch behandelt.

Kantonale Anlaufstelle betreffend rassistische Diskriminierung

Auf Anfrage der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt im August 1999 die Einrichtung einer «Kantonalen Anlaufstelle zur Bearbeitung von Konfliktfällen und Beanstandungen betreffend rassistische Diskriminierung» beschlossen. Die Aufgabe wurde dem Delegierten für Migrations- und Integrationsfragen (dem Autor dieses Artikels) übertragen.

Die Bilanz der bisher gemeldeten Vorfälle oder Anliegen ergibt ein interessantes Bild. Der Anlaufstelle werden vor allem von Migrantinnen und Migranten Vorfälle oder Anekdoten von diskriminierendem Verhalten gemeldet, ohne dass sie eine direkte Intervention wünschen. Wichtig ist den meldenden Personen die Kenntnisnahme durch eine neutrale Behörde und die Berücksichtigung der Meldung in der weiteren Integrationsarbeit. Insbesondere Hinweise auf Diskriminierungen im Wohnungsmarkt und Lehrlingswesen auf Grund eines fremdländischen Familiennamens sind sehr wichtig für die Umsetzung der neuen Integrationspolitik.

Die meisten Meldungen betreffen jedoch so genannt «positive Diskriminierungen», begangen durch xenophile Schweizerinnen und Schweizer, die in Vereinen, Kursen oder Beratungsprojekten in führender Position mitwirken und dabei die teilnehmenden Migrantinnen und Migranten mehr oder weniger bewusst an ihrer Entfaltung hindern. Das Engage-

ment der schweizerischen Fremdenfreunde ist in diesen Fällen ursprünglich durchwegs gut gemeint, im Laufe der Öffnung und des Kompetenzgewinns der Migrantinnen und Migranten spielen dann aber oft paternalistische Reflexe, die in übertriebene Fürsorglichkeit münden, welche dann von den Migrantinnen und Migranten als Beschneidung des Emanzipationsprozesses erlebt werden. Der Paternalismus kann bis zur Vorenthaltung wichtiger Informationen führen. Da sich solche Prozesse in der Regel in vertrauten, sich humanitär fühlenden Kreisen abspielen, werden sie selten intern besprochen, sondern der Anlaufstelle gemeldet.

Vorfälle von strafrechtlicher Relevanz werden in der Regel weiterhin direkt bei der Polizei oder den Untersuchungsbehörden gemeldet. Ein einziger, komplexer Fall von möglicherweise strafbarer Handlung ist der Anlaufstelle gemeldet worden:

Lehrkräften der staatlichen Schule ist bei mehreren muslimischen Kindern eine abrupte Wesensveränderung aufgefallen. Vormals fröhliche und offene Kinder wurden plötzlich ernst und verschlossen, die Mädchen begannen das Kopftuch zu tragen und mieden jeden Kontakt zu Jungen, und die Knaben fielen plötzlich durch religiösen Eifer und aggressives Verhalten auf. Abklärungen ergaben, dass ein neu zugereister Imam in seiner Koranschule die Kinder fundamentalistisch indoktriniert und dazu Gebetstexte und Märtyrlieder verwendet, de-

ren Inhalte den Artikel 261^{bis} StGB zumindest tangieren. Derzeit laufen parallel Gespräche mit Vertretern der Muslimkommission und Abklärungen durch die Staatsanwaltschaft.

Auf Grund der bald einjährigen Erfahrung mit der kantonalen Anlaufstelle betreffend rassistische Diskriminierung empfiehlt sich die Einrichtung solcher Stellen in allen Kantonen. Sie ergänzen die bestehenden staatlichen Dienste und Ombudsstellen und stellen einen zügigen Informationsfluss sicher. Schwachstellen der Antirassismopolitik können so rasch erkannt und angegangen werden.

**Die Tendenz in xenophilen
Kreisen, objektiv bestehende
Probleme in der Intergrationsthematik zu tabuisieren,
leistet fremdenfeindlichen
Parolen Vorschub**

Die Strategie der neuen Integrationspolitik

Im Regierungsprogramm 1997–2001 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt der Integri-



onspolitik einen hohen Stellenwert eingeräumt, und die Ziele für eine offensive, dem Wohl der Kantonsentwicklung dienende Ausländerintegration festgelegt. Im März 1998 wurde der Delegierte für Migrations- und Integrationsfragen eingesetzt und im August 1999 das von Frau Dr. Rebekka Ehret (vom Ethnologischen Seminar der Universität Basel) verfasste Leitbild verabschiedet. Das Leitbild präzisiert das bisherige Grobkonzept: Migration wird als wichtiger Teil der Kantonsentwicklung grundsätzlich positiv definiert, die alte defizitorientierte «Ausländerpolitik» wird auf den Kopf gestellt und neu das Potenzial an Arbeitskraft, Kultur und Ideen der Migrationsbevölkerung in den Mittelpunkt gestellt, die bisher hohen Staatsausgaben für die Symptome der Nicht-Integration (im Sozial-, Gesundheits- und Justizwesen) sollen durch Vorinvestitionen in die Bereiche Information, Bildung und Quartierentwicklung langfristig sinken, durch eine leistungs- und aufstiegsorientierte Integrationspolitik sollen Migrantinnen, Migranten und Einheimische zu persönlichem Erfolg kommen und soll dem sozialen Abstieg vorgebeugt werden. Ein Handlungskonzept und klare Koordinationsstrukturen sorgen für die zügige und kohärente Umsetzung der entsprechenden Massnahmen.

Diese Integrationspolitik soll unter anderem im Vorfeld des Rassismus, im Bereich der Fremdenangst und der Fremdenfeindlichkeit durch überzeugende Projekte und Massnahmen Ängste verkleinern und das Bedürfnis nach Projektionen mindern. Dazu gehört auch, dass im Rahmen der laufenden Informationskampagne «Tatsachen gegen Vorurteile» alle Menschen als gleichwertig, mit Schwächen und Stärken, beschrieben werden, ohne zu beschönigen. Die Tendenz in xenophilen Kreisen, objektiv bestehende Probleme in der Integrationsthematik zu tabuisieren, leistet fremdenfeindlichen Parolen ebenso Vorschub wie der Paternalismus, der in Fremden grundsätzlich hilfbedürftige Menschen sieht. Der Migrationsbevölkerung sind solche Tendenzen ohnehin peinlich. Die ob der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in den Neunzigerjahren verunsicherte Bevölkerung will von den Behörden klare Konzepte für die Sicherung der Lebensgrundlagen und der Lebensqualität, dann wird sie immuner gegen xenophobe Verführungen. Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung begünstigt derzeit die positive Wahrnehmungsveränderung.

Thomas Kessler ist Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen in Basel.

Zusammenfassung

Auf seine humanistische Tradition und Weltoffenheit ist der Grenzkanton Basel-Stadt stolz. Die Behörden engagieren sich mit Aufklärung an den Schulen und in der Öffentlichkeit, mit Forschung an der Universität und mit dem konsequenten Kampf gegen rassistisch motivierte Delikte. Zudem haben sie eine kantonale Anlaufstelle betreffend rassistische Diskriminierung eingerichtet und eine offensive Integrationspolitik etabliert. Diese stellt die defizitorientierte alte Politik auf den Kopf und das Potenzial an Arbeitskraft, Kultur und Ideen der Migrationsbevölkerung in den Mittelpunkt. Dieses Potenzial soll zum Wohl der gesamten Kantonsentwicklung mit einer aufstiegs- und leistungsorientierten Integrationspolitik entfaltet werden. Jedwelter Diskriminierung, auch der «positiven», wird eine klare Absage erteilt.

Résumé

Le canton frontalier de Bâle-Ville est fier de sa tradition humaniste et tournée vers l'étranger. Les autorités font montre de leur engagement en menant des campagnes d'information dans les écoles et auprès du grand public, en encourageant la recherche universitaire et en luttant avec fermeté contre les délits à caractère raciste. Elles ont du reste créé un service cantonal de consultation en matière de discrimination raciale et mis en place une politique offensive en matière d'intégration. Cette nouvelle politique a balayé l'ancienne, axée sur les besoins des immigrants, pour mettre l'accent sur le potentiel qu'offrent ces mêmes immigrants en matière de main d'œuvre, de culture et d'idées. Ce potentiel est appelé à se déployer pour le bien du développement global du canton grâce à une politique d'intégration axée sur la croissance et la performance. Toute discrimination, même «positive», se heurte ici à un refus net.



Jüdische Öffentlichkeitsarbeit – Eine Standortbestimmung

Wie soll jüdische Öffentlichkeitsarbeit in der Zukunft funktionieren? Welche bisherigen Haltungen sollen und müssen über Bord geworfen werden, einerseits, weil sich das Umfeld verändert hat, andererseits, weil die jüdische Gemeinschaft eine andere Vorstellung hat, wie sie sich darstellen möchte? Ein Paradigmenwechsel steht an.

Jüdische Öffentlichkeitsarbeit war das Thema einer Tagung im Mai dieses Jahres, zu welcher *Bnai Brith* und die *Anti-Defamation League* (ADL) verschiedene Persönlichkeiten sowie Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen einluden. Die Tagung, an der eine grosse Anzahl Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien teilnahmen, sollte eine Standortbestimmung ermöglichen und neue Impulse geben.

Paradigmenwechsel: Medien-Events statt Communiqués an die SDA

Sichtbar wurde an diesem Tag der anstehende Paradigmenwechsel im Umgang der jüdischen Organisationen mit einer grösseren Öffentlichkeit. Bereits die Tatsache, dass eine solche Tagung stattfand, zeugt von einem veränderten Bewusstsein innerhalb der jüdischen Organisationen. Roman Rosenstein, Präsident der *Anti-Defamation League* und Leiter der Tagung, schilderte diese Veränderungen so:

«Jüdische Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz war lange Zeit geprägt durch Persönlichkeiten wie Sigi Feigel, Michael Kohn und Rolf Bloch: Persönlichkeiten, die es in den unterschiedlichsten Situationen verstanden, unsere Positionen klar und verständlich zum Ausdruck zu bringen. Thematisch stand Israel lange Zeit im Zentrum der Verlautbarungen von schweizerisch-jüdischer Seite. Heute sind es vermehrt Themen, die unmittelbarer mit unserer jü-

Die
jüdischen
Organisationen
waren bisher auf
Anpassung, Leisetreten,
Vermittlung
und Konsens
bedacht

dischen Identität zu tun haben. Trotzdem weiss die Öffentlichkeit noch immer nicht klar zwischen Juden und Israel zu unterscheiden.

Doch nicht nur die thematischen Schwerpunkte haben sich verschoben; unser gesamtes politisches Umfeld hat sich verändert. Technologisch wie geographisch ist zur Zeit eine immense Globalisierung im Gange. Das Internet wird immer häufiger als Informationsträger verwendet. Mit seinen ständig aktualisierten Web-Pages stellt es heute in der politischen Informationsvermittlung ein selbstverständliches und damit auch für uns unerlässliches Kommunikations- und Informationsgefäss dar. Aber auch auf Seiten der Akteure ist die Globalisierung nicht zu übersehen. Multinational operierende Institutionen – jüdische und andere – agieren heutzutage über Landesgrenzen hinweg. (...) Mit dem an die SDA gefaxten Presse-Communiqué ist es heute nicht mehr getan.»

Die jüdischen Organisationen dienen der jüdischen Gemeinschaft bisher vor allem als Hort und Rückhalt. Sie waren auf Anpassung, Leisetreten, Vermittlung und Konsens bedacht. Der heutigen globalisierten Gesellschaft und Öffentlichkeit wird dieses Modell jedoch nicht mehr gerecht, die Organisationen sollten sich aktiv an gesellschaftspolitischen Diskussionen beteiligen.

An der Tagung wurden in drei Workshops mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Politik und Medien Strategien gegen Rassismus und Antisemitismus diskutiert und die Frage, wie sich eine jüdische Öffentlichkeitsarbeit neu gestalten könnte.

Was ist jüdische Öffentlichkeitsarbeit? Was soll sie sein?

Georg Krayer, Referent im Workshop «Politik», stellte in seinem Referat zwei wichtige Fragen, wel-



che im Rahmen dieser Tagung aber nur ansatzweise beantwortet werden konnten: Er fragte nach dem Besonderen an der jüdischen Öffentlichkeitsarbeit, also einerseits nach den Zielen der jüdischen Gemeinschaft und andererseits nach der Art der Darstellung dieser Ziele. Hier wurde deutlich, dass die jüdische Öffentlichkeitsarbeit nicht von einem einzigen Punkt ausgehen kann, weil es verschiedene Positionen und Interessen gibt. Also muss sich auch die Öffentlichkeitsarbeit, so ein Fazit der Tagung, je nach Situation und Thema unterschiedlich gestalten.

Ausserdem ist auch die Haltung der Mehrheit gegenüber der jüdischen Minderheit von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Dadurch wird eine Strategie gegen Antisemitismus notwendig, in die das Bildungssystem und seine Leistungen, die Forschung und deren Ergebnisse, die Entwicklung staatlicher Regeln bis hin zur Gerichtspraxis, die Qualität der öffentlichen Diskussion über antisemitische Handlungsweisen und vieles mehr einbezogen werden.

Schliesslich stellt sich auch die Frage nach den Personen, welche die jüdische Öffentlichkeitsarbeit prägen. Cécile Bühlmann formulierte es am drastischsten: «Wer repräsentiert die Jüdinnen und Juden der Schweiz? Ausschliesslich alte Männer! Es gibt kaum Frauen, die in jüdischen Belangen in Erscheinung treten.» Aber auch andere Tagungsteilnehmer/innen und Referenten/-innen beschrieben die jüdische Öffentlichkeitsarbeit als von «älteren Männern» dominiert. Jüngere Leute und Frauen kämen mit ihren eigenen Themen kaum zu Wort. Auch hier soll ein Paradigmenwechsel stattfinden, und Frauen und jüngere Leute sollten vermehrt in den Medien präsent sein und sich äussern. Mit einem Engagement für andere Themen und Fragen, welche nicht spezifisch jüdisch sind, beispielsweise für Menschenrechte allgemein oder für andere politische Themen, sollen sich auch sie profilieren.

An der Tagung konnte zwar keine neue, ausformulierte Strategie erarbeitet werden, einige explizite

Forderungen und Aufforderungen lassen sich jedoch als Zwischenschritte festmachen. Wichtig ist es, dass die jüdische Gemeinschaft selber aktiv auftritt und dabei

- die Differenzen nicht verbirgt, sich selbstverständlicher und mit Ecken und Kanten präsentiert;
- ihre Einsätze koordiniert;
- die jüngere Generation auftreten lässt;
- sich für andere Minderheiten einsetzt;
- den ihr gebührenden Respekt einfordert.

Ausserdem darf und soll die jüdische Gemeinschaft die Bekämpfung des Antisemitismus von der Mehrheit einfordern. Sie soll die Medien für sich nutzen und positive Medien-Events schaffen. Dabei sollen die Bildung von Allianzen, das Lobbying und die Suche von Bündnispartnern nicht zu kurz kommen und auch nichtöffentliche Vernetzungsarbeit soll betrieben werden. Es gilt, mit Selbstverständlichkeit die Präsenz einer aktiven religiösen Minderheit in der pluralistischen Gesellschaft zu markieren.

Es ist wünschenswert, auf dieser Basis den Gedankenaustausch in lockerer Folge fortzusetzen und entsprechende Strategien zu entwickeln.

Résumé

Comment la communauté juive doit-elle, à l'avenir, intervenir dans le débat la concernant? Quelles sont les attitudes dont elle peut et doit se débarrasser, d'une part parce que les circonstances ont changé, d'autre part parce qu'elle entend elle-même se présenter d'une autre manière? Ces questions ont ouvert la conférence qui s'est tenue au mois de mai dernier et à laquelle Bnai Brith et l'Anti-Defamation League avaient convié diverses personnalités et spécialistes venant du monde de la politique, de l'économie, de la culture et des médias. Les participants ont entre autres plaidé en faveur d'une présence plus marquée, de l'intégration de la génération actuelle et des femmes, ainsi de l'engagement en faveur des autres minorités.

**Mit Selbstverständlichkeit die Präsenz
einer aktiven religiösen Minder-
heit in der pluralistischen
Gesellschaft
markieren**



Violence raciste en Suisse romande: de l'expérience des victimes à l'action contre le racisme

MONIQUE ECKMANN, ANNE-CATHERINE SALBERG,
CLAUDIO BOLZMAN, KARL GRÜNBERG

L'expérience des victimes constitue le point de départ de cette recherche-action menée conjointement par l'Institut d'Études Sociales (IES) et l'Association romande contre le racisme (ACOR)/SOS Racisme. Cette dernière offre une ligne verte gratuite à toute personne victime ou témoin d'actes racistes. Cette ligne est un lieu d'écoute et de parole. Les appelants définissent eux-mêmes la portée raciste de l'incident qu'ils dénoncent. Prendre en compte la perception des incidents par les victimes et les souffrances que ces dernières expriment, constitue la base de l'intervention; celle-ci pourra être sociale, juridique, pédagogique ou de médiation, voire politique.

Objectifs de la recherche-action:

- ▶ Mieux connaître les incidents de violence raciste.
- ▶ Expérimenter et systématiser des interventions en insistant sur la dimension réparatrice et préventive.

Méthodes de recherche

C'est une recherche-action construite en interaction entre un lieu de théorie et un lieu de pratique. Les résultats, réinjectés à fur et à mesure durant les travaux, ont permis à l'ACOR d'ajuster son action et de consolider les outils et la philosophie d'intervention.

La démarche comprend deux volets:

1. *Analyse des appels*: Recensement des appels au «0800 55 44 43 SOS Racisme» entre juin 1995 et septembre 1998, de façon anonyme. Et reconstitution des récits d'incidents et construction d'une typologie des formes de violence raciste.
2. *Examen des outils d'intervention: Systématisation du modèle d'intervention*, sous forme de monographies. Et description et analyse d'expériences de médiation pénale et communautaire et d'interventions socio-pédagogiques.

Formes et acteurs de violence raciste en Suisse romande

Les appels au «0800 55 44 43 SOS Racisme», base première de nos données, sont issus pour une grande part de personnes ayant subi des actes ra-

cistes¹ (60%), mais proviennent également de témoins (14%), de professionnels ou de proches d'une victime (11% et 13%).

Actes et acteurs de violence raciste

Les formes de violence raciste les plus fréquemment signalées sont la violence verbale (insultes et vexations) et le traitement inégal, tel par exemple le refus de prestations.

Les auteurs sont le plus souvent des hommes, adultes, avec une majorité de Suisses. Le statut socioprofessionnel des auteurs, pour autant qu'il ait pu être connu, se répartit dans toute l'échelle sociale.

Les victimes, majoritairement des hommes, comptent également une forte proportion de femmes. Souvent de nationalité suisse (25%) ou titulaires d'un permis de C ou B (30%), un peu plus de 10% ont un statut en rapport avec la procédure d'asile. Pour les 35% restants, il s'agit de statuts inconnus ou peu clairs.

Relation entre victimes et auteurs

La question du pouvoir est au centre des incidents racistes. Les auteurs tentent d'influencer et de guider les victimes dans le but de les contraindre à se conformer à leurs priorités et à l'image qu'ils se font de celles-ci.

La relation entre les acteurs impliqués dans les incidents est soit celle de «pairs» (issus du proche entourage ou en contact quotidien au travail, dans l'immeuble, dans la rue) soit celle de rapports hiérarchiques plus formels (employeur, enseignant, régie d'immeuble, travailleur social, policier ou médecin).

L'analyse des incidents nous amène à distinguer par ailleurs les auteurs qui sont organisés et ceux qui ne le sont pas.

Nous avons ainsi établi une typologie qui définit quatre types de relations entre victimes et auteurs, en fonction des rapports de pouvoir (formel ou informel) et du niveau d'organisation (structurée ou non-organisée):

- ▶ La violence par abus de fonction (39%) est exercée par des personnes qui disposent d'un pouvoir formel sur

¹ Désignées ci-après comme «victimes» pour alléger l'expression.



leurs victimes de par leur fonction, tel le personnel d'institutions publiques ou parapubliques du domaine social, éducatif, de la santé, de la police, ou encore des supérieurs hiérarchiques ou des propriétaires de logements.

- La *violence interpersonnelle*, ou «racisme au quotidien», concerne quelque 38 % des cas. Elle se déroule pour l'essentiel dans la sphère privée ou au travail, et est exercée par des acteurs ayant des positions semblables tels que voisins, collègues ou membres d'une famille.
- La *violence institutionnelle* et légale (25 %) est le résultat de dispositions réglementaires ou de pratiques discursives de la part de l'État et des institutions. Le fonctionnaire se conforme à une pratique administrative «routinisée», sans se poser de question sur le caractère discriminatoire de celle-ci.
- La *violence doctrinaire* (16 %) s'exerce essentiellement sous forme d'écrits racistes et antisémites et est notamment le fait de membres d'organisations ou de groupements d'extrême droite, qui ne détiennent pas de pouvoir formel. Parfois, plusieurs types de discriminations peuvent s'additionner, ce que nous avons nommé «cascade de discriminations».

Les formes de violence raciste les plus fréquemment signalées sont la violence verbale et le traitement inégal, tel le refus de prestations

L'importance des témoignages directs

Les appelants, victimes ou témoins, mettent le doigt sur des comportements d'ordinaire perçus comme «normaux» et banalisés, tant par les victimes que par les auteurs.

Les effets de la violence endurée sur l'estime de soi, l'intériorisation du regard méprisant, les dégâts causés par des discriminations subies – dans la durée et de façon répétitive – deviennent de plus en plus difficiles à dissiper avec le temps et risquent de devenir handicapants pour les trajectoires professionnelles et privées de ces personnes.

Les résultats de la recherche montrent également que la discrimination touche des individus issus de toutes les couches sociales. Il en ressort que les personnes concernées sont d'autant moins enclines à accepter un traitement discriminatoire qu'elles ont vécu une meilleure intégration sociale et/ou économique. Elles connaissent leurs droits et estiment parfaitement légitime de se défendre contre un traitement qui leur paraît injuste et injustifié. Dans ce

contexte, les témoignages des victimes mettent en évidence des formes de pouvoir et de discrimination peu observables: plus la violence est exercée par des personnes en position de pouvoir, moins elle est visible socialement.

Les interventions: écoute, dialogue, réparation, prévention

Si la question de la relation de pouvoir entre auteurs et victimes est au centre de la discrimination, elle l'est aussi lors de l'intervention. La discrimination est un acte de pouvoir entre acteurs ne disposant pas des mêmes ressources matérielles et symboliques.

L'intervention doit donc relever des défis multiples. Elle doit donner une place à l'expression de points de vue divergents, mais également protéger la victime du déni de son expérience.

L'analyse et la systématisation des interventions ont permis de préciser les étapes de la *methodologie d'intervention*, dès le tout premier contact téléphonique, pour prévoir des stratégies d'intervention. Ce qui apparaissait au début de la recherche comme des choix alternatifs entre soutien individuel, médiation

communautaire, médiation pénale et recours à la loi, s'est avéré être des mesures complémentaires. La méthode développée se distingue par la promotion du dialogue, tout en tenant compte de la nature du *rapport de forces* entre auteurs et victimes. En effet, dialogue et médiation impliquent une relation égalitaire entre les deux protagonistes d'un conflit; lorsque ce n'est pas le cas, il est souvent nécessaire de renforcer la position de la victime, soit en ayant recours à un tiers influent pour rappeler les principes de non-discrimination, soit en ayant recours à des moyens de pression tels l'évocation de la loi antiraciste, l'appel possible aux médias ou à l'action publique.

Types de discrimination et intérêt de la loi pénale

Dans les cas de *violence interpersonnelle*, nous relevons que la demande des victimes fait souvent référence à la «loi antiraciste» (art. 261^{bis} CP). Cette référence

témoigne de l'évolution positive qu'a connue la Suisse lorsque ses citoyen(ne)s ont voté le 25 septembre 1994 en faveur cette loi. Elle témoigne également d'une confusion: les victimes invoquent souvent l'application de cet article pour obtenir des excuses et/ou la reconnaissance du racisme qu'elles ont subi, plutôt que comme base d'une action pénale éventuelle.

Dans les situations qui impliquent des acteurs ayant des ressources similaires, on peut envisager d'organiser des médiations communautaires plutôt que de déposer plainte.

Dans les cas de *violence par abus de fonction*, il est urgent de condamner les actes discriminatoires en signifiant explicitement, à l'intérieur et à l'extérieur de l'institution, que de tels agissements ne sont pas tolérés. Ceci peut se faire sous forme de mesures internes. D'autre part, la victime a besoin de soutien et d'une référence à la loi.

Dans les cas de *violence institutionnelle*, les mesures à prendre appellent la transformation des lois et des règlements, afin de les rendre compatibles avec les exigences de la Convention et des autres pactes auxquels la Suisse a souscrits. Une sensibilisation des personnes chargées d'exécuter ces mesures permettrait d'obtenir une meilleure connaissance de leurs effets, et contribuerait à mettre en évidence les contradictions qui apparaissent dans certains domaines entre la loi contre le racisme et le racisme institutionnel.

Dans les cas de *violence doctrinaire*, l'éventuel recours au dépôt d'une plainte pénale doit être systématiquement envisagé. Mais l'intervention ne peut là non plus se limiter à une action punitive. Parallèlement au recours à la loi pénale, il convient de mener des actions d'information et de prévention plus larges.

Les auteurs sont le plus souvent des hommes, adultes, Suisses. Le statut socioprofessionnel des auteurs se répartit dans toute l'échelle sociale

mentarité des outils de justice rétributive et de justice restauratrice. En effet, l'application d'une sanction pénale en vertu de l'article 261^{bis} peut produire un résultat paradoxal, en aboutissant à la condamnation de l'auteur d'une discrimination raciale sans pour autant obtenir réparation du tort causé à la victime; de plus, elle risque de favoriser une banalisation des comportements racistes en les réduisant au paiement d'un «prix symbolique».

C'est pourquoi la médiation, en restaurant le dialogue et la relation entre auteurs et victimes, a été privilégiée dans l'intervention.

L'expérience de l'ACOR-SOS Racisme en matière de régulation des conflits à base de discrimination raciale l'a ainsi amenée à proposer la création d'une instance de médiation indépendante de son association. Ses conclusions rejoignent les recommandations toutes récentes du Conseil de l'Europe, qui souligne notamment la nécessité de l'indépendance du médiateur et de la participation volontaire des parties en conflit.

Dans les cas où les positions sont trop inégales, il faut articuler la réponse pénale à l'approche restauratrice, en instituant une médiation pénale déléguée par l'autorité de poursuite. Un examen des possibilités théoriques d'insertion de la médiation pénale dans les procédures cantonales était nécessaire, afin de clarifier ses possibilités de réalisation en Suisse. Le résultat de cette analyse est le dépôt d'un *projet de loi* dans le canton de Genève et d'un postulat sur la *médiation pénale déléguée* dans le canton de Vaud.

La médiation en matière pénale constitue ainsi un outil complémentaire à la médiation communautaire d'une part, à la répression d'autre part. Cette approche permet de réparer les dommages aux relations interpersonnelles et correspond aux exigences de prévention et de réparation que formule la Convention. La médiation en matière pénale ne banalise donc pas les dispositions contre le racisme, mais assure au contraire leur légitimité.

Recommandations

Recherche et observatoire

Une observation durable semble une nécessité reconnue. Elle implique d'attribuer à des organisations telle que la *Ligne verte* antiraciste les moyens lui permettant de prendre effectivement en charge

Possibilités et limites de la médiation en cas de discrimination raciale

Une analyse détaillée de la norme juridique réprimant la discrimination raciale ainsi que de ses premières applications a permis d'établir la complé-



des situations provenant de toute la Suisse, et de doter ce type d'organisme du rôle d'*Observatoire du racisme*, en collaboration avec un réseau d'institutions régionales, nationales et internationales.

Le rôle des ONG dans l'aide aux victimes

Les tâches des ONG dans l'aide aux victimes constituent un maillon essentiel du réseau institutionnel et relèvent de l'indispensable complémentarité entre l'État et la société civile. Des institutions de coordination entre secteur public et privé, à l'instar de la CFR, sont nécessaires.

Le problème principal auquel se trouve confronté le secteur associatif est la difficulté de financer ses activités, alors que son action demeure indispensable en tant que contre-pouvoir, en particulier dans le domaine du racisme institutionnel. Ceci requiert de créer une instance qui enregistre les dénonciations d'une violation par l'État, comme le préconise la Convention (art. 14), et de reconnaître aux associations le droit de se porter partie civile.

Politique de migration et d'intégration

Distinguer les étrangers selon leur origine crée une catégorie «d'étrangers menaçants». Cette politique légitime et suscite des préjugés racistes. Elle trouve une application particulière dans les mariages entre Suisses ou titulaires d'un permis de séjour et personnes du «cercle extérieur» (hors UE). L'égalité de traitement exigerait que les conséquences du veuvage, de la séparation ou du divorce soient les mêmes pour tous, quelle que soit la nationalité ou le statut légal de la personne concernée. Le droit actuel des étrangers établit un traitement discriminatoire et appelle à l'élaboration d'une nouvelle politique migratoire, basée sur le respect de la dignité humaine, indépendamment de l'origine ethnique, religieuse ou nationale.

Mesures institutionnelles

Loi sur l'égalité: Si l'introduction de la loi contre le racisme représente un acquis important, son appli-

cation s'avère insatisfaisante. D'autres mesures positives sont à promouvoir, telle une loi sur l'égalité et la non-discrimination dans les rapports de travail, dans l'accès à l'éducation et à la sécurité sociale.

Fonction d'ombudsman: La protection immédiate des victimes et la réparation du tort subi doivent devenir une priorité. La création de la fonction d'ombudsman, instance indépendante de l'administration, chargée de défendre les droits des administrés face aux pouvoirs publics (police, services publics, écoles, etc.) est indispensable, tant au niveau fédéral que cantonal, voire même communal.

Chartes éthiques:

Des prises de position institutionnelles et des chartes éthiques permettraient de rendre visible la volonté des institutions de lutter contre les discriminations, en particulier contre les abus de pouvoir.

Toutes ces mesures sont des moyens de prendre au sérieux l'expérience des victimes, de résister à la banalisation de leur souffrance et de favoriser la réparation et la réconciliation.



Cet article se réfère à une recherche effectuée par les auteurs (Monique Eckmann, Anne-Catherine Salberg, Claudio Bolzman, Karl Grünberg) dans le cadre du PNR 40 (Violence au quotidien et crime organisé) «Violence raciste en Suisse romande: analyse des actes, des acteurs et de nouvelles formes d'intervention», à paraître aux éditions IES en hiver 2000/2001.

Résumé

En général, le racisme est examiné à partir de la perspective des auteurs et de leurs motivations. Ce projet de recherche, mené en commun par l'IES et l'ACOR, part de la perspective des victimes. Les appelants – victimes et témoins d'incidents – à la ligne verte SOS Racisme créée par l'ACOR relatent les incidents et les expériences y relatives. La prise en compte de la perception des incidents par les victimes, souvent marquées par la souffrance et la

peur, constitue la base de l'intervention sociale, psychologique, pédagogique et politique.

Tous les appels parvenus à la Ligne verte entre juin 1995 et septembre 1998 étaient enregistrés et analysés. La plupart des appels proviennent de victimes de discrimination raciste (60%), mais la Ligne verte s'est avérée parallèlement fort utile pour des témoins, des professionnels, ou des proches des victimes.

La question du pouvoir se trouve au centre de la discrimination raciste. Notre typologie présente quatre formes de relations de pouvoir entre victimes et auteurs de discrimination raciste. En première place, on trouve l'abus de pouvoir/de fonction (39%) dans le domaine de l'éducation, de l'entreprise, du social, ou encore administratif ou juridico-policiers. Immédiatement après viennent les conflits interpersonnels, entre collègues, voisins ou connaissances (38%). Les conflits légaux et institutionnels représentent environ 25% des cas, suivis de 16% de cas de violence doctrinaire, telle par exemple la diffusion d'écrits de propagande raciste.

Les interventions développées suite aux appels montrent que la plupart des appelants font référence à la «loi anti-raciste», mais ceci plutôt pour voir reconnaître le racisme qu'ils ont subi ou pour obtenir des excuses que pour engager une procédure pénale. Dans ses interventions, L'ACOR privilégie l'écoute, le dialogue et la médiation, tout en tenant compte du rapport de forces entre auteurs et victimes. En effet, la médiation implique qu'une relation plus ou moins égalitaire existe entre les protagonistes d'un incident; dans le cas contraire, il est souvent nécessaire de renforcer la position de la victime, en ayant recours à un tiers influent ou au rappel de la loi antiraciste. De la sorte, on voit apparaître une complémentarité entre loi pénale et médiation.

Qu'il soit question de recherche, d'aide directe aux victimes ou de changements au niveau des lois, l'expérience des victimes revêt une importance centrale pour le développement de mesures adéquates contre le racisme.

Zusammenfassung

Meist wird Rassismus aus der Sicht der Täter und ihrer Beweggründe behandelt. Dieses Forschungsprojekt, von IES und ACOR gemeinsam durchgeführt, geht von der Opferperspektive aus. Die Anrufenden schildern Vorfälle und teilen die damit verbundenen Erfahrungen und Wahrnehmungen der von ACOR geschaffenen Hotline SOS Rassismus mit. Ihre Darstellung der Vorfälle, oft mit Schmerz und Ängsten verbunden, bildet die Basis für Interventionen sozialer, psychologischer, pädagogischer oder politischer Art. Analysiert wurden die zwischen Juni 1995 und September 1998 eingegangenen Anrufe. Während die meisten 60% der Anrufe von Betroffenen rassistischer Diskriminierung stammen, wird das Antirassismustelefon von Zeugen, Fachleuten und von Personen aus dem privaten Umfeld der Betroffenen genutzt.

Die Frage der Macht steht im Zentrum rassistischer Diskriminierung. Unsere Typologie zeigt denn auch vier Formen von Machtbeziehungen zwischen Opfern und Tätern. An erster Stelle steht Machtmissbrauch einer beruflichen Funktion (39%) in Erziehung, Arbeit oder im sozialen, administrativen und polizeilichen Bereich. Gleich danach kommen zwischenmenschliche Konflikte zwischen Kollegen, Nachbarn oder Familienmitgliedern (38%). Institutionelle und legale Konflikte stellen ca. 25% der Fälle dar, gefolgt von 16% im Bereich doktrinaire Gewalt, z. B. Verbreitung von rassistischen Propagandaschriften.

Wie die Interventionen zeigen, erweisen sich Strafrecht und Vermittlung als komplementäre Instrumente. Den meisten Anrufenden ist die neue Antirassismus-Strafnorm bekannt, weckt in ihnen aber zu weit gehende Hoffnungen. Opfer erwarten Genugtuung nach erlittener Diskriminierung und vor allem Anerkennung der Ungerechtigkeit, die ihnen widerfahren ist. ACOR privilegiert in ihren Interventionen das Zuhören, den Dialog und die Vermittlung zwischen Opfern und Tätern. Dies ist jedoch nur zwischen mehr oder weniger gleichgestellten Protagonisten möglich, sonst muss versucht werden, die Position der Opfer etwa durch den Einbezug Dritter zu stärken.

Ob es sich um Forschung, Direkthilfe oder Gesetzesreformen handelt, die Erfahrung der Opfer ist von zentraler Bedeutung, um weitere Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus zu entwickeln.



Rassismusprävention in der Schule

MIRYAM ESER DAVOLIO

Einige kritische Überlegungen zur Frage, weshalb sich die (Deutsch-)Schweiz so schwer tut, Rassismusprävention im Lehrplan und in der Ausbildung von Lehrpersonen zu verankern.

In den meisten EU-Ländern ist das Thema Rassismus Teil des Lehrplans der Oberstufe, und das ganz selbstverständlich. Während es in Ländern wie Deutschland und Italien mit der Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus in Zusammenhang steht, werden in Grossbritannien die Auswirkungen der Kolonialzeit, das Ausmass und die Hintergründe des Holocausts, aber auch gegenwärtige Probleme des multiethnischen Zusammenlebens behandelt. In Kanada als typischem Einwanderungsland führen Schulen regelmässig Antirassismuskampagnen durch, welche von der Schulverwaltung und Menschenrechtsorganisationen initiiert und von der Basis mitgetragen werden. Weshalb funktioniert das in der Schweiz nicht? Obwohl sich der Bundesrat durch die Mitunterzeichnung internationaler Communiqués, wie etwa an der Holocaust-Konferenz in Stockholm im Januar dieses Jahres, verpflichtet hat, Aufklärungsarbeit in der Schule zu institutionalisieren, ist die Durchsetzung solcher Absichten in einem föderalistischen Staat alles andere als einfach. Das Problem «Rassismus und Schule» wird immer in kleinräumigen Einheiten, einzelnen Schulen, in Organisationen, die sich gegen Rassismus engagieren, in einem unübersichtlichen und lückenhaften Lehrmittelangebot bezüglich Rassismusprävention etc. thematisiert, sodass eine einheitliche Stossrichtung fehlt. Dazu kommt die Schwierigkeit, Verbindlichkeit herzustellen. Folglich bleibt ein grosser Teil der Initiative der einzelnen Lehrkraft überlassen, die diese Thematik in das oft überfrachtete Unterrichtsprogramm integrieren muss und zwar zusätzlich zu weiteren



Präventionskampagnen zu Themen wie Sucht und AIDS. Trotzdem sollte man sich mit diesem Problem auch auf übergeordneter Ebene auseinandersetzen, denn viele Fragen stehen offen, wie etwa: Wann ist ein Lehrer rassistisch? Wie reagieren, wenn rassistische Schülergruppen das Schulhaus versprayen? Sollen getrennte Schulklassen eingeführt werden, wenn der politische Druck in der Gemeinde wächst? Was unternehmen, wenn Schüler auf Grund ihrer Herkunft in der Schule diskriminiert werden?

«Alltäglicher» Rassismus

Die Schule ist mitten im Brennpunkt der Auseinandersetzung, ob diese nun offen oder unterschwellig ausgetragen wird. Auch wenn viele Schulleiter/innen der Meinung sind, dass bei ihnen alles in Ordnung sei und Rassismus kein Problem darstelle, so stimmt dieser Befund meist nur insofern, als keine eklatanten Vorfälle zu registrieren sind. Alltäglicher Rassismus hingegen wird kaum wahrgenommen oder banalisiert. Hierfür zwei Beispiele:

- 1998 führten wir mit Berner Berufsschulklassen eine Befragung zur Verbreitung von fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen durch. Die Schulleitung war freundlich und kooperativ, meinte jedoch, dass Schweizer und ausländische Lehrlinge friedlich miteinander umgehen würden und es bis anhin keine Zwischenfälle gegeben hätte, die Besorgnis erregend gewesen wären. Die Befragungsergebnisse zeigten hingegen ein hohes Mass an Fremdenfeindlichkeit und Gewaltakzeptanz gegenüber Asylbewerbern, das einige Prozentpunkte höher lag als dasjenige der ebenfalls befragten Zürcher Lehrlinge. Auf die Ergebnisse folgte keine Reaktion der Schulleitung, obwohl wir die Resultate in keiner Weise dramatisiert hatten.

- ▶ Im Kanton Graubünden wurde dieselbe Befragung mit Oberstufenschülerinnen und -schülern durchgeführt. Dabei gab es verschiedene Schulgemeinden, die besonders auffällig waren, wie etwa Domat-Ems. Obwohl die Zahlen nicht repräsentativ sind, muss man sich fragen, wie man unterrichten kann, wenn 30 von 36 Schülern denken, dass man keine Ausländer mehr reinlassen sollte, und 11 von 36 finden, dass sie manchmal auch so weit seien, dass sie selber etwas gegen dieses «Asylantenpack» unternehmen würden. Auch hier gab es keine Reaktion auf die Ergebnisse. Ein kurz darauf ausgeschriebener Kurs zur Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsthematik stiess im Kanton auf geringes Interesse, von der betreffenden Schulgemeinde gab es keine Anmeldungen.

Solange der Unterrichtsablauf nicht beeinträchtigt wird, die Medien keine Vorfälle aufgreifen und niemand sich politisch engagiert, wird keine Initiative von Seiten der Schule ergriffen. Meine Vermutung geht sogar noch weiter: Solange sich die Mehrheitsmeinung der Schüler/innen mit jener der Lehrer/innen in einer Schulgemeinde deckt, passiert nichts. Untermauern würde diese These das Beispiel des Lehrers aus Arch, der sich gegen die rechtsextremen Anwendungen in der Schülerschaft wandte und dabei nicht nur keine Unterstützung von seinen Lehrerkollegen und der Schulleitung erhielt, sondern selber auf die Anklagebank gesetzt wurde.

Rassismus von Lehrpersonen

Die Schule hat neben ihrer sozialen Verantwortung Repräsentationscharakter. Dies mag der Vergleich mit einer öffentlichen Institution wie der Polizei verdeutlichen.

Die allermeisten würden zu-

stimmen, dass rassistische Polizisten/-innen untragbar sind, denn Werte wie Gleichheit vor dem Gesetz und Wahrung der Menschenwürde sollen für alle gelten. Folgerichtig sollten sie in ihrer Aus- und Fortbildung Kurse absolvieren, die sie für diese Thematik sensibilisieren, wie dies auch für Richter/innen, Sozialarbeiter/innen und eben auch Lehrer/innen gelten sollte. Vielleicht erwartet man bei den beiden letztgenannten Berufsgruppen, dass diese auf Grund ihrer Berufswahl soziales Bewusstsein und Engagement mitbringen. Dass dem nicht immer so ist, mögen die zwei folgenden persönlichen Erfahrungen verdeutlichen:

Wo ist die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und politischer Untragbarkeit?

- ▶ Vor zwei Jahren sammelte ich an einem Bildungskongress Unterschriften für eine Flüchtlingspetition, die sich für bosnische Jugendliche einsetzte, damit sie für ein weiteres Jahr bis zu ihrem Ausbildungsabschluss im Kanton Zürich verbleiben konnten. Die Petition fand bei den Anwesenden viel Zustimmung, sodass in kurzer Zeit viele Unterschriften zusammenkamen. Drei angehende Lehrerinnen, welche ich ansprach, wollten jedoch nicht unterschreiben, mit der Begründung, dass wir schon zu viele Ausländer in der Schweiz hätten. Ich fand ihre Argumentation nicht sehr stichhaltig, würde doch wegen 25 bosnischen Jugendlichen nicht gleich Platznot herrschen. Mich beschäftigte noch lange die Frage, wie wohl diese drei zukünftigen Lehrerinnen mit ausländischen Schülerinnen und Schülern in ihren Klassen umgehen werden, wenn sie diesen bosnischen Jugendlichen die Möglichkeit, einen Ausbildungsabschluss zu erlangen, verwehrt. Eine Rücksprache mit dem Seminarleiter ergab, dass politisches Engagement unter seinen Studentinnen und Studenten leider ziemlich verpönt sei, dass sie aber versuchen würden, sie für solche Fragen zu sensibilisieren.

- ▶ Das zweite Beispiel trug sich im Rahmen eines Rassismusprojekts an einer Berufsschule zu. Eine Klasse war «wegen auffälliger Schüler, die es besonders nötig hätten», von einem Aushilfslehrer für das Projekt angemeldet worden. Tatsächlich war die Klasse von rechtsextremen Jugendlichen dominiert, welche im Verlauf der beiden Projektstage voll auf Konfrontationskurs steuerten. Der eigentliche Klassenführer, ein als Skinhead einzustufender Schweizer, rühmte sich, kein Ausländerfeind zu sein, da sein bester Freund in der Klasse, ein ultranationalistischer Kroat, ja Ausländer sei. Neben zwei weiteren Gefolgsleuten hatte der Rest der Klasse wenig zu vermelden, die ausländischen Schüler duckten sich vor der Wortgewalt und dem Machtgehabe der Führer.

Für uns stellte sich dadurch das Problem des möglichen Risikos, solche Jugendlichen mit in Asylunterkünfte zu nehmen, wo sie sehen würden, wie einfach man dort hineinkommt. Wir besprachen unsere Bedenken mit den auffälligen Schülern, welche beteuerten, dass sie keine Skinheads, sondern lediglich Hooligans respektive Mitglieder der Jungen SVP seien und Interesse an einem Besuch hätten. Zu den jugendlichen Asylbewerbern gingen sie zwar ziemlich auf Distanz, aber zumindest schienen sie einige neue Eindrücke gewonnen zu haben. Das Treffen mit dem Überlebenden der Shoah am



zweiten Projekttag wurde dagegen als Plattform für antisemitische Anfeindungen genutzt. Als ich daraufhin Kontakt mit dem in der Zwischenzeit aus einem Bildungsurlaub zurückgekehrten Klassenlehrer aufnahm, um ihm von den Projekttagen zu berichten, meinte dieser lakonisch, dass ihm eben Schüler mit einer Meinung lieber seien als solche ohne. Die Schulleitung klärte den Fall insofern, als dass auch sie einige Mühe mit der politischen Haltung dieses Lehrers hätten. In Anbetracht seines Alters könne man ihn aber nicht mehr ändern und so warte man halt die zwei Jahre bis zu seiner Pensionierung ab.

Die beiden Fälle der angehenden Lehrerinnen und des abtretenden Lehrers zeigen, dass mögliche Interventionen von Seiten der Schulleitung heikel sind, auch wenn ihr das Problem bewusst ist. Denn wo ist die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und politischer Untragbarkeit? Andererseits, sollen Sanktionen erst ergriffen werden, wenn es sich etwa um einen öffentlichen Holocaustleugner oder um einen Mitherausgeber einer rechtsextremen Zeitschrift handelt? Aber auch von der Schülerseite her müsste man sich fragen, ob es nicht eine Beschwerdeinstanz für Kinder und Jugendliche bräuchte, die sich aus rassistischen Motiven benachteiligt fühlen? Dass es solche Nachteile für Kinder von Migranten/-innen gibt, haben mehrere Studien nachgewiesen. Diese belegen, dass diese Kinder im Unterricht weniger oft aufgerufen, seltener gelobt und intellektuell weniger herausgefordert werden und generell davon ausgegangen wird, sie erbrächten sowieso nur schwächere Leistungen (Grant/Tate 1995).

Gemäss einer Schweizer Evaluationsstudie der Sekundarstufe I werden anderssprachige Schüler/innen bei gleicher Leistung von ihrer Lehrperson signifikant schlechter beurteilt (Moser/Rhyn 1997). Diese Unterschätzung kann nachhaltige Folgen für die weitere Schullaufbahn haben. Hier gilt es einen Weg zu finden, der Kinder von Immigrantent/-innen nicht zum schulischen Sonderfall macht (Rüesch 1999). Entgegen dem Ruf nach getrennten Schulklassen sind Schritte in Richtung einer verbesserten Gleichstellung zu fordern. Der Bericht der *Erziehungsdirektorenkonferenz* EDK zur interkulturellen Pädagogik in der Lehrer/innen-Bildung ist ein

wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Darin wird eine Verbindlichkeit bezüglich interkultureller Bildung aller angehenden Lehrer/innen postuliert, welche bis anhin nicht gegeben war. Bezüglich der Weiterbildung bleibt der Schlussbericht etwas vage, hier heisst es, dass spezialisierende und vertiefende Angebote bereitzustellen seien (EDK 2000, S. 61). Was ist, wenn solche Kurse aber kaum genutzt werden? Meine Erfahrungen als Kursleiterin zeigen, dass Kurse zum Thema Rassismus kaum auf Interesse stossen und dass die wenigen Anmeldungen meist von Lehrpersonen stammen, die bereits sensibilisiert sind. Die anderen wählen lieber unverfängliche Themen, wie etwa Bastel- und Werkkurse.

Soll man folglich Rassismus-Kurse für obligatorisch erklären?

Diese Frage klärte ich vor zwei Jahren mit dem Stadtberner Schulamt ab, als die Berner Stadtregierung erwog, ein solches Vorgehen für Berufsschullehrer einzuführen, bevor deren Ausbildung an den Kanton abgetreten werden musste. Im Rahmen einer Anhörung wies ich auf die möglichen kontra-

produktiven Folgen eines Obligatoriums hin, folgt doch auf Zwang meist Trotz, und so wurde denn auch davon abgesehen. Dagegen könnte ein Anreizsystem, etwa wie es in Italien praktiziert wird, sinnvoller sein. Dort müssen Lehrkräfte eine bestimmte Anzahl Stunden Weiterbildung belegen, um in den Genuss der regulären Gehaltserhöhungen zu kommen. Dieses System könnte man dahingehend ergänzen, dass Kurse punktemässig gewichtet werden und Inhalte nach ihrer gesellschaftlichen oder sozialen Erwünschtheit höher bewertet werden, wodurch ein grösserer Anreiz für deren Besuch geschaffen wird. Priorität würde ich aber Schulhausprojekten zum Thema Rassismus einräumen, welche von der Basis, nämlich von der Lehrerschaft selber, getragen werden. Denn mehr als in der Weiterbildung werden hier die Organisatoren/-innen und Beteiligten in einen Prozess der Sensibilisierung miteinbezogen und lernen handelnd. Zudem entsteht ein Geist der Toleranz, etwa

**Anderssprachige
Schüler/innen werden
bei gleicher Leistung
von ihrer Lehrperson
signifikant schlechter
beurteilt**



wenn in einem Schülerparlament eine Charta zur Achtung aller aufgestellt wird oder wenn in Situationsspielen und Exkursionen Erfahrungen gemacht werden können. Natürlich kann ein solches Projekt nur entstehen, wenn es von der Mehrheit der Lehrerschaft getragen wird. Doch die Erfahrungen zeigen, dass Schulen, die solche Projektwochen durchgeführt haben, viel Gewinn daraus ziehen konnten – sowohl auf Seiten der Lehrpersonen als auch auf jener der Schüler/innen.

Die Tatsache, dass solche Initiativen in der Westschweiz häufiger entstehen als in der Deutschschweiz, hängt mit einem sensibleren politischen Bewusstsein und mit einem höheren Stellenwert sozialer Themen zusammen. Man muss schon etwas vertraut sein mit der Rassismusproblematik, Diskriminierungen wahrnehmen und Engagement entwickeln, damit man sich für solche Anliegen einsetzt. Und dann kommt natürlich der Faktor Mehrheitsmeinung, denn unter Gruppendruck leiden nicht nur Jugendliche, sondern auch Lehrpersonen. Solange der Meinungstenor in Richtung Intoleranz geht und Engagement gegen Rassismus als einseitige und realitätsferne Problemsuche abgetan wird, beisst man auf Granit.

Strategien gegen Rassismus für Schulen

Folgende Strategien, wie sich die Schule gegen Rassismus organisieren kann, erachte ich als grundlegend:

Prävention und Promotion

Unter diesem Punkt sind alle Massnahmen zusammengefasst, welche Rassismus präventiv begegnen, wie etwa Schulprojekte, Lehrmittel, aber auch Lehreraus- und -fortbildung sowie die Förderung und Unterstützung von Bestrebungen, die in diese Richtung zielen, wie etwa spezielle Fonds für die Finanzierung von Projekten, Projektteams und Unterrichtsmaterialien.

Intervention und Mediation

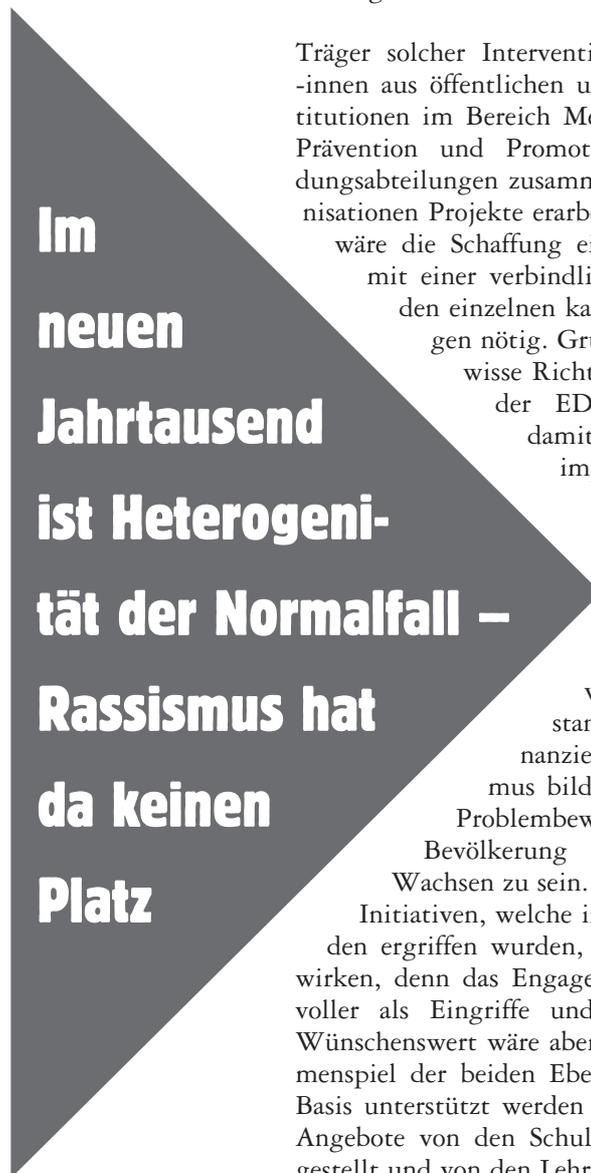
Im Falle von Konflikten im Bereich Schule, sei das zwischen Lehrer- und Schülerschaft, zwischen Schulleitung und Lehrerschaft oder Eltern und

ganzen Schulgemeinden, sollen Fachleute beigezogen werden, die die Situation analysieren und Lösungsvorschläge zusammen mit den Beteiligten erarbeiten oder versuchen, zwischen den Konfliktpartnern zu vermitteln. Für Schüler/innen und Lehrer/innen soll eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden, die rassistischen Vorfällen auf den Grund geht und den Opfern Hilfe und Unterstützung anbietet.

Sanktionen

Für Härtefälle, wo weder Mediation noch Ermahnungen ein Einlenken bewirken konnten, müsste eine gesetzliche Basis geschaffen werden, auf der möglichst objektive Entscheide mit möglichen Sanktionen gefällt werden können, wie etwa Suspendierungen vom Schuldienst oder Schulverweise.

Träger solcher Interventionen müssten Experten/-innen aus öffentlichen und privaten Bildungsinstitutionen im Bereich Mediation sein, im Bereich Prävention und Promotion könnten Weiterbildungsabteilungen zusammen mit erfahrenen Organisationen Projekte erarbeiten, und für Sanktionen wäre die Schaffung einer unabhängigen Stelle mit einer verbindlichen Stellung gegenüber den einzelnen kantonalen Schulverwaltungen nötig. Grundlegend wären aber gewisse Richtlinien und Ziele, die von der EDK vorgegeben würden, damit es nicht bei vereinzelt, improvisierten und lückenhaften Umsetzungen bleiben würde. Natürlich handelt es sich hier um Utopien, müsste doch ein starker politischer Wille vorhanden sein, solche Instanzen zu schaffen und zu finanzieren. Die Opfer des Rassismus bilden keine Lobby, und das Problembewusstsein scheint in der Bevölkerung auch nicht gerade am Wachsen zu sein. Bleibt zu hoffen, dass die Initiativen, welche in einzelnen Schulgemeinden ergriffen wurden, weitergehen und weiterwirken, denn das Engagement der Basis ist sinnvoller als Eingriffe und Sanktionen von oben. Wünschenswert wäre aber sicher ein gutes Zusammenspiel der beiden Ebenen, indem Projekte der Basis unterstützt werden und Hilfestellungen und Angebote von den Schulbehörden zur Verfügung gestellt und von den Lehrpersonen genutzt werden. Denn, wie der Schlussbericht der EDK betont, wir befinden uns im neuen Jahrtausend in einer Entwicklung, in der Heterogenität der Normalfall ist – Rassismus hat da keinen Platz.





Miryam Eser Davolio, Dr. phil. I, hat als Erziehungswissenschaftlerin im Rahmen eines Nationalfondsprojekts (NFP 40) einstellungsverändernde Methoden im Bereich der Rassismus-, Fremdenfeindlichkeits- und Gewaltprävention mit Berufsschülerinnen und -schülern evaluiert.

.....
Literatur

EDK 2000

Interkulturelle Pädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Schlussbericht (Dossier 60). Bern.

Grant, C.A., W.F. Tate 1995

«Multicultural education through the lens of the multicultural research literature.» In: Banks, J.A. und Ch. A. McGee Banks: *Handbook of research on multicultural education.* New York: Macmillan, S. 45–166.

Moser, U., H. Rbyn 1997

Evaluation der Sekundarstufe I im Kanton Zürich: Bedingungen des Lernerfolgs. Zweiter Bericht. Zürich: Erziehungsdirektion.

Rüsch, P. 1999

Gute Schulen im multikulturellen Umfeld. Ergebnisse aus der Forschung zur Qualitätssicherung. Zürich: Orell Füssli.

Zusammenfassung

Die Schweiz stellt, was die Antirassismuserziehung betrifft, einen Sonderfall im Vergleich mit anderen westlichen Ländern dar. Wegen des föderalistischen Schulsystems bleibt die Initiative zum grössten Teil der einzelnen Schule bzw. der einzelnen Lehrkraft überlassen. Aufgrund eigener Erfahrungen in der Lehrerweiterbildung

und in wissenschaftlicher Forschungsarbeit mit verschiedenen Kantonen stellt die Autorin im vorliegenden Artikel einige Aspekte der unterschiedlichen Problemwahrnehmung, des Engagements und des Umgangs mit der Rassismusthematik dar. Dabei stellt sich die Frage, ob Weiterbildung im Bereich Rassismus für Lehrkräfte für obligatorisch erklärt werden sollte.

Abschliessend kommen drei Bereiche – Prävention und Promotion, Intervention und Mediation sowie Sanktionen – zur Sprache, in der sich Schulverwaltung und unabhängige Organisationen engagieren sollten.

Résumé

Pour ce qui est de l'antiracisme à l'école, la Suisse constitue un cas spécial en Europe. Du fait du système scolaire fédéraliste, l'initiative est en grande partie laissée aux établissements scolaires, donc aux enseignants. A partir des conclusions tirées de la formation continue des maîtres et des travaux de recherche scientifique menés en collaboration avec plusieurs cantons, l'auteur présente quelques aspects de la manière dont ce thème est perçu, de l'engagement qu'il suscite ainsi que de son approche. Il pose également la question de savoir si la formation des maîtres en matière d'antiracisme doit ou non être déclarée obligatoire.

Pour conclure, l'auteur propose que l'administration scolaire et des organisations indépendantes assument trois missions: prévention et promotion, intervention et médiation, ainsi que sanctions.

**Die Opfer des Rassismus
bilden keine
Lobby**



Perspectives pour une pédagogie antiraciste

MONIQUE ECKMANN

La pédagogie antiraciste doit faire face au caractère dissimulé du racisme. Ceci l'oblige à se construire sur la diversité des identités et des positions, là où le discours des minorités peut créer une dissonance et un dilemme dans la majorité. Il en résulte une prise de conscience des mécanismes de discrimination, et du rôle personnel de chacun – auteur, victime ou spectateur – dans ce processus. Des modules de sensibilisation, obligatoires dans la formation de base de toutes les professions en relation avec des personnes, permettraient aux futurs professionnels d'apprendre à résister contre la discrimination et le racisme sur les lieux de travail, au sein des associations et des services publics.

La place de l'éducation parmi les mesures contre le racisme

Le racisme: un rapport de pouvoir dénié

Le racisme est un rapport de pouvoir, dans un contexte d'inégalité, qui se fonde sur une idéologie et des représentations servant à justifier ce rapport de pouvoir. Il a comme effet diverses formes de discrimination, manifestes ou voilées, qui représentent de graves atteintes aux droits humains. Ces discriminations ne déniaient pas seulement aux personnes concernées le plein exercice de leur droits, mais les empêchent également de faire valoir leur propre définition de la situation.

Les réponses à apporter doivent donc tenir compte de ces paramètres; elles doivent en outre prendre en considération le contexte spécifique de la Suisse.

La Suisse n'a jamais été un pays colonisateur, même si elle a indirectement pris part en tant que pays européen à l'histoire coloniale. Elle n'a pas été impliquée activement dans la Deuxième Guerre mondiale, et a constamment entretenu l'idée de sa neutralité. Une solide tradition démocratique et un attachement aux valeurs humanitaires lui permettent par ailleurs de maintenir l'image d'un pays ouvert et humaniste.

Pourtant, malgré une cohabitation plutôt réussie entre différentes cultures, langues et religions, et «contrairement à de nombreux stéréotypes, les Suisses constituent une société plus «fermée» que certaines autres sociétés d'Europe occidentale»; et la «division entre les non-ressortissants «désirables» et «indésirables» est plus marquée que dans d'autres pays» (ECRI 1997).

La contradiction entre l'importance accordée aux valeurs humanistes d'une part, et une idéologie raciste intériorisée d'autre part, renforce la dissimulation – voire même la négation – du racisme en Suisse.

L'éducation est une réponse parmi d'autres

Face à la multiplicité des formes de discrimination¹, les réponses sont également d'une grande diversité.

Nous distinguerons globalement trois volets d'action, à objectifs distincts:

- ▶ *Protection des droits des victimes:* Instaurer des possibilités de recours qui permettent aux victimes d'être entendues et d'obtenir réparation.
- ▶ *Prises de position au niveau des institutions, chartes:* Condamnation ferme et sans ambiguïté de toute discrimination par les responsables et les directions. Cela requiert à moyen terme la mise en route d'un processus collectif, afin d'inscrire la lutte contre la discrimination à tous les niveaux de l'institution, en établissant des chartes et/ou en adoptant des mesures adéquates.
- ▶ *Education et prévention:* Des initiatives socio-pédagogiques de sensibilisation et de formation permettront d'accompagner ce processus. Cependant, elles ne prennent sens et ne sont crédibles que si elles s'inscrivent dans la politique d'ensemble des institutions et s'adressent à tous les acteurs, y compris les responsables hiérarchiques.

Parler d'éducation antiraciste nous place face à un malentendu, laissant entendre que celle-ci s'adresse exclusivement aux enfants et aux jeunes, qu'elle concerne avant tout l'école, ayant comme public cible les élèves. Or, c'est ignorer le large éventail des discriminations qui sont le fait d'adultes, et le champ d'intervention et de prévention y relatif. Il y a un besoin urgent d'espaces de formation destinés à un public adulte, et ceci dans de nombreux lieux de la vie sociale, tels l'administration, la justice, la police, les hôpitaux, les entreprises et les syndicats, les associations de quartier ou confessionnelles.

¹ Voir Eckmann, Salberg, Bolzman et Grünberg dans ce même numéro de TANGRAM, recherche menée en collaboration entre l'IES et l'ACOR.



Contradictions et impasses de l'éducation contre le racisme

Après la Deuxième Guerre mondiale ...

... devant le constat de l'étendue de l'horreur, s'engage un vif débat sur la nécessité de mettre en place une éducation qui ne permettrait «plus jamais Auschwitz». En général, les programmes mis en place se basent sur la conviction que les préjugés résultent de l'ignorance ou s'alimentent de notions scientifiquement fausses. On privilégie ainsi l'enseignement scientifique sur l'unicité de la «race humaine» et l'information sur les minorités, postulant une vision rationnelle du monde à l'encontre d'une pensée irrationnelle. De nombreuses recherches démontrent pourtant que les préjugés et stéréotypes résistent à l'information, du fait d'une perception sélective qui ne retient que les informations qui semblent confirmer le préjugé.

Dans sa conférence «Education après Auschwitz», Adorno (1996) affirmait qu'avant d'éduquer, il s'agit d'abord de modifier les conditions objectives de production de tels événements. Cependant, vu les possibilités limitées d'agir sur les conditions objectives, il propose de travailler sur la subjectivité. Mais il estime vain de faire appel à des «valeurs éternelles» pour convaincre les auteurs potentiels de pratiques racistes, ou d'éclairer ceux-ci sur les qualités des minorités persécutées. Les racines du mal ne sont pas à chercher chez les victimes, mais chez les persécutants, dans les mécanismes qui bloquent toute capacité de résistance. Une éducation à la discipline et à la rigueur est en effet incompatible avec la prise de conscience de ces mécanismes subjectifs; il faut au contraire former à l'auto-réflexion critique, à la résistance et au refus de participer à des structures oppressives.

Contradictions de l'antiracisme

Dans le domaine de l'action tant pédagogique que politique, les stratégies de l'antiracisme se trouvent face à des contradictions et à un constat d'inefficacité. Malgré la multiplication des actions, les mou-

vements conservateurs se sont en effet renforcés au cours de ces dernières années.

Tout d'abord, un certain antiracisme moralisant risque d'accuser des auteurs ou groupes d'auteurs présumés sans pour autant changer leurs opinions et attitudes, ni contribuer à la réhabilitation des victimes. Ce procédé polarise inutilement le débat, en introduisant un clivage sommaire entre racistes et antiracistes. En diabolisant les «racistes», cet antiracisme a un effet contre-productif, car il renforce la cohésion et la conviction du groupe ainsi stigmatisé. Une action qui vise un changement en profondeur doit donc éviter ces approches stigmatisantes, qui essentialisent les «racistes».

L'antiracisme entre reconnaissance des différences et principe d'universalisme

Plus généralement, l'antiracisme se trouve devant des contradictions que Taguieff (1993) a mises en évidence. Va-t-on défendre le principe d'universalisme «tous égaux» ou le principe du droit à la différence «vive la différence»? En prônant l'universalisme, l'antiracisme risque d'interdire la reconnaissance des identités collectives et des particularismes au nom de principes universels. Inversement, en reconnaissant les identités particulières, nationales, ethniques ou religieuses au nom du droit à la différence, l'antiracisme risque de bafouer le principe d'égalité. Pris dans ce que Taguieff (1997) appelle le «dilemme fondamental de l'antiracisme», l'antiracisme doit tenir compte de

l'un et de l'autre, parfois au gré des urgences immédiates: «L'efficacité de la stratégie adoptée s'impose comme critère provisoire du choix portant sur l'orientation générale de l'action antiraciste, sous la condition de ne défendre le droit à la différence qu'en le subordonnant à l'exigence d'universalité.»

La transformation du racisme et de l'antiracisme

Sous l'effet d'un demi-siècle d'action antiraciste, le racisme ouvert et proclamé subit aujourd'hui une réprobation morale généralisée. L'antiracisme est devenu une norme sociale dominante et la valeur

La contradiction entre l'importance accordée aux valeurs humanistes d'une part et une idéologie raciste intériorisée d'autre part renforce la dissimulation – voire même la négation – du racisme en Suisse



négative de la discrimination est largement intériorisée.

Nombreuses sont les personnes qui minimisent, voire nient, leurs propres conduites discriminatoires, intimement convaincues d'être antiracistes. Et pourtant, des sentiments contradictoires les habitent, ce qui donne au racisme actuel son caractère ambivalent, mélange d'attitudes positives et négatives. Il s'ensuit que le racisme se trouve dénoncé surtout dans ses formes manifestes et explicites, tels les agissements de l'extrême-droite ou des skin-heads, ce qui contribue à occulter la présence d'un racisme latent ou «voilé» et rend d'autant plus difficile toute tentative de le combattre.

Les écueils de l'éducation antiraciste sont donc nombreux: une focalisation sur l'extrême-droite risque d'évacuer tout le vaste domaine du racisme latent; et, s'il est impératif de se pencher sur les préjugés et les stéréotypes, il ne faut pas pour autant «individualiser» le racisme, en ignorant sa dimension structurelle et institutionnelle.

Deux traditions d'éducation interculturelle et antiraciste en Europe

De manière schématique, on distingue deux grandes approches en Europe, qui nous concernent également en Suisse: l'éducation interculturelle et l'éducation antiraciste. Alors que la première pose la

question en termes d'immigration et de différences culturelles, la seconde la construit en termes de rapports de pouvoir. Ces perspectives s'inscrivent dans des contextes historiques et politiques différents, qui se cristallisent particulièrement dans deux pays. Nous les résumons ci-dessous.

En Grande-Bretagne, la discrimination touche particulièrement les groupes issus des anciennes colonies, en raison de leur couleur. L'initiative part des intéressés eux-mêmes qui s'organisent contre la discrimination et formulent des revendications pour l'égalité des chances (lois et mesures sur les plans structurel et institutionnel). Ils imposent une définition de la situation en termes de domination et de relations raciales, dans le cadre de rapports de pouvoir et d'inégalité.

Organisés sous le sigle du *Black Empowerment*, ils développent sur le terrain pédagogique l'*anti-racist*, puis l'*anti-oppressive practice*, avec l'objectif de favoriser une prise de conscience tant chez les dominants que chez les dominés, parfois d'ailleurs sous forme passablement accusatrice.

En Allemagne, ce sont les migrants et les réfugiés qui constituent les groupes discriminés. La question demeure longtemps focalisée sur l'assimilation culturelle des migrants, considérée comme indispensable à leur intégration, avec la naturalisation comme question épineuse.

L'initiative pédagogique provient de franges de la population majoritaire, dont l'action s'inscrit dans le prolongement du débat sur la Deuxième Guerre mondiale. Par l'éducation interculturelle, on vise à questionner les identités, la culture et la différence, avec l'accent mis sur le changement de mentalité de la majorité.

(siehe Kasten)

Aujourd'hui, on assiste à un rapprochement entre ces deux traditions, qui formulent la même critique à l'égard de la culturalisation et de l'essentialisation des minorités. Les protagonistes des deux approches ont pris conscience de leur complémentarité, en particulier autour de la référence aux droits humains, de l'interrogation à propos de nouvelles formes de citoyenneté et de la place des minorités dans une démocratie. Cette convergence se traduit sur le plan pédagogique par le développement d'une approche centrée sur les processus identitaires tant auprès de la majorité qu'auprès de la minorité.

Deux traditions d'éducation antiraciste en Europe (Eckmann 2000)

Pratique antiraciste

Education interculturelle

contextes

Décolonisation
Discrimination «raciale»

Immigration et asile
Différence culturelle

façons de construire le problème

Domination/inégalité
Relations de pouvoir

Assimilation/intégration
Différence, nationalité

traditions d'éducation antiraciste

Pratique anti-oppressive
Black Empowerment
Egalité des chances

Education interculturelle
Identités plurielles, multiples
Participation des migrants

Accent sur
défense des droits
des minorités discriminées

Accent sur
changement de mentalité
de la majorité

les deux courants se rapprochent sur

Droits de l'homme et reconnaissance des minorités ethniques
Diversité et identités multiples
Institutionnaliser la diversité
Démocratie et citoyenneté



Trois défis, trois postulats pour y répondre

L'éducation antiraciste doit relever trois défis, que les méthodes et dispositifs pédagogiques doivent prendre en compte. Il s'agit de:

- Questionner les relations de pouvoir cachées, les identités, l'histoire
- Mettre en échec déni et dissimulation du racisme
- Eviter la stigmatisation et la moralisation

Interroger les relations de pouvoir: se positionner dans son identité

La discrimination raciste s'inscrit toujours dans des rapports de pouvoir, ce qui impose à l'éducation antiraciste de se référer aux situations historiques spécifiques dans lesquelles les conflits prennent place.

Dans la discrimination, il ne s'agit pas de relations interindividuelles puisqu'elle met en jeu des appartenances de groupe. Ces relations se construisent en termes d'interactions entre une minorité (définie ici comme groupe de moindre pouvoir) et une majorité (qui dispose de plus de pouvoir). Ces positions sont intériorisées de part et d'autre en termes de domination et de discrimination (Birgit Rommelspacher 1995); cependant, il ne s'agit pas de positions figées; elles sont susceptibles de changer dans une certaine mesure selon les circonstances et le contexte.

La pédagogie antiraciste a comme tâche d'interroger ces identités «profondément marquées par la position qu'occupe chacun dans les rapports de pouvoir sociaux» (Birgit Rommelspacher 1995). Comme le postule Hall (1994), l'identité est à manier comme acte conscient de positionnement par rapport à l'origine de classe, la profession, le genre, la nationalité, la génération ou la spécificité ethnique, qui constituent des ressources de pouvoir dans la compétition sociale. Ce positionnement identitaire revient à assumer sa place et les conflits de pouvoir qui en résultent.

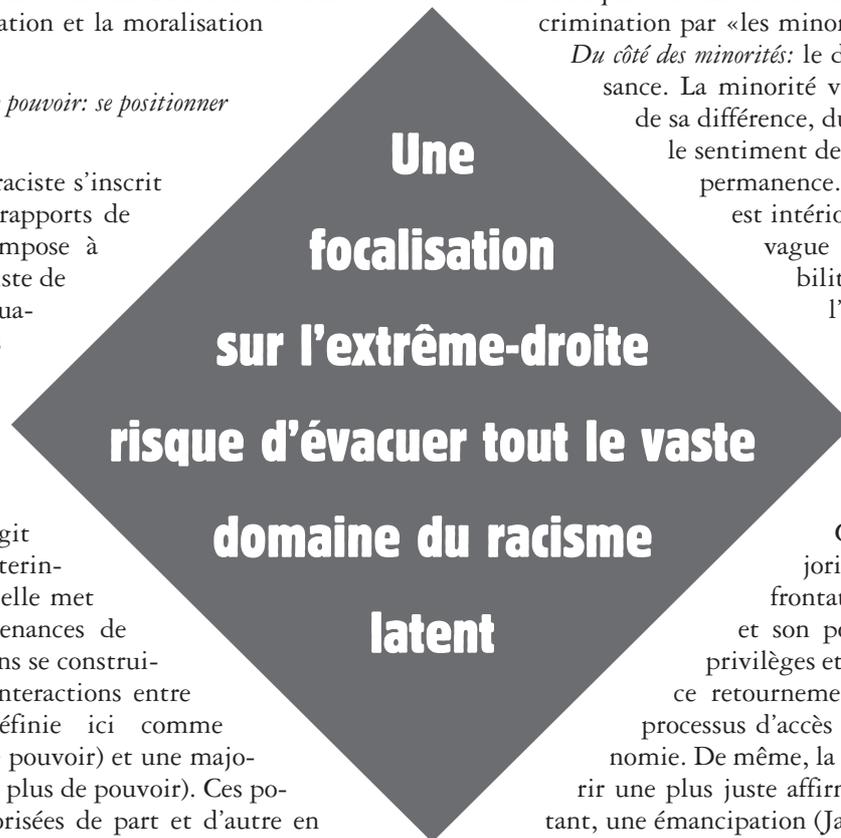
Il est dès lors nécessaire de différencier les processus identitaires du côté des majoritaires et des minoritaires. Selon Janet E. Helms (1990), les deux subissent des processus de catégorisation mutuelle entre «eux» et «nous», mais ils ne partent pas du même point de départ et n'expérimentent pas la même évolution.

Du côté de la majorité: le dilemme du pouvoir. La majorité a toujours une moindre conscience de son

identité que la(les) minorité(s): elle ne perçoit pas son identité ou sa culture, la considérant comme allant de soi. Parfois, elle va même jusqu'à la nier, se considérant comme une norme universelle. Elle jouit de privilèges, difficiles à admettre, et qu'elle n'a pas toujours souhaités. Une dissonance s'installe ainsi entre la perception de soi comme juste et démocratique et le fait d'être rendu attentif à la discrimination par «les minoritaires».

Du côté des minorités: le dilemme de l'impuissance. La minorité vit avec la conscience de sa différence, du regard des autres et le sentiment de devoir se justifier en permanence. Le regard des autres est intériorisé avec honte et un vague sentiment de culpabilité. Cela peut mener à l'adoption systématique d'une position de victime, sans pour autant oser revendiquer ses droits.

Cependant, si la majorité accepte la confrontation avec son identité et son pouvoir, interroge ses privilèges et en surmonte le déni, ce retournement peut engager un processus d'accès à une nouvelle autonomie. De même, la minorité peut acquiescer à une plus juste affirmation de soi et partant, une émancipation (Janet E. Helms 1990).



*Mettre en échec le déni du racisme:
la dissonance émerge à partir du discours minoritaire*

Comment amener les personnes persuadées d'être à l'abri du racisme à réaliser qu'elles sont susceptibles elles aussi de discriminer, même involontairement et à leur insu?

L'éducation antiraciste doit partir de ce déni, et créer des situations qui font découvrir aux acteurs ce qu'ils nient, par exemple au moyen de rencontres entre groupes en conflit, à condition de les préparer minutieusement et de prévoir une élaboration ultérieure de l'expérience vécue. Dans ces rencontres, en dévoilant des discriminations voilées, les minorités produisent une dissonance cognitive ou un dilemme au sein de la majorité.

Le sujet qui en prend conscience vivra un conflit de valeurs, car généralement il ne souhaite pas discriminer. Confronté à la contradiction entre l'attitude tolérante qu'il croit avoir et la réalité de la discrimination, son identité se trouve mise en question. Pour se sortir de cette situation inconfortable, il peut adopter une nouvelle perception de la réalité et du contexte dans lequel elle s'inscrit.

*Eviter la stigmatisation et la moralisation:
pas de réponses toutes faites; obliger chacun à élaborer
lui-même le dilemme moral*

Ce processus doit cependant prendre place sans propos accusateurs ou moralisateurs, lesquels risqueraient de favoriser une attitude défensive nuisible au changement, ni en essentialisant les «racistes». Car «on ne naît pas raciste, on le devient. Et on peut aussi ne plus l'être, lorsqu'on l'a été» (Taguieff 1997). On ne peut attribuer le comportement d'un acteur exclusivement à ses dispositions personnelles et «ignorer corrélativement la situation en tant que déterminant puissant du comportement» (idem). Si l'acte dépend de son contexte, agissons donc sur les contextes.

Les attitudes ne se modifient pas par la prescription de comportements. C'est en expérimentant de nouveaux comportements que le sujet est amené à transformer lui-même un conflit extérieur en dilemme intérieur. Il réalise ses propres contradictions, ou celles entre lui et son groupe, ce qui l'oblige à rechercher par lui-même de nouvelles attitudes.

Sur le terrain de l'action socio-pédagogique

Des dispositifs de formation appropriés

L'enjeu est donc de créer des dispositifs de formation construits sur la diversité des participants. Ils permettent de questionner les identités et d'élaborer les dilemmes, celui du pouvoir et celui de l'impuissance, sans crainte d'être discrédité. De plus, le thème contient un potentiel conflictuel qu'il faut assumer, car c'est précisément le conflit qui fournit le potentiel de formation. La traduction en dispositifs concrets adoptera en conséquence des principes pédagogiques tels que:

- ▶ *Dés-homogénéiser le groupe, et faire émerger la diversité.* Il s'agit d'intégrer le rapport différent que chacun entretient avec le sujet en fonction de ses appartenances et de son histoire: les uns se vivent comme auteurs, les autres comme victimes, d'autres oscillent entre les deux. Il importe de faire entendre la diversité de leurs expériences.
- ▶ *Alternance de moments en commun et séparés.* Au vu des différences, des moments en sous-groupes spécifiques (majoritaires et minoritaires, noirs et blancs, chrétiens, juifs et musulmans, sédentaires et gens du voyage ...) sont requis, où une expérience comparable partagée constitue un élément clé pour comprendre la portée de la discrimination et ses propres réactions. C'est aussi là que peuvent apparaître des conflits et désaccords au sein de son propre groupe, ce qui peut être plus douloureux que le conflit avec «les autres».

- ▶ *Constitution des groupes.* Une personne seule en situation de minorité est en position difficile face aux autres. Evitons les situations qui risquent de devenir des positions-alibi, et offrons – sans l'imposer – la possibilité de «collectiviser» l'expérience de la minorité. Découvrir que l'on n'est pas seul dans son cas permet de se soutenir mutuellement, de se garder des stratégies de victimisation et de découvrir ses droits. Dans ce cas, il est indiqué que des formateurs issus d'une minorité assurent l'encadrement.
- ▶ *Tenir compte du poids de la honte et de la culpabilité.* Les expériences de discrimination laissent des traces sous forme de sentiments de honte, de culpabilité ou de révolte aussi bien chez les victimes que parmi les auteurs, voire les témoins. Exprimer et déchiffrer ces sentiments exige là aussi un travail en groupes distincts.
- ▶ *Reconnaître la «compétition entre victimes».* Chacun se sent victime à son tour et aspire à une reconnaissance de ses blessures. Avoir la possibilité d'être écouté sans se sentir condamné est une condition nécessaire pour réellement entendre par la suite la souffrance des autres.
- ▶ *Elaborer l'apprentissage à partir de l'expérience.* Les conseils et apports de connaissances sont insuffisants pour modifier les attitudes; il faut combiner apprentissage émotionnel et cognitif. Créer de situations expérimentales permet aux participants de mettre à l'épreuve de nouvelles stratégies, qui seront ensuite examinées et élaborées théoriquement.
- ▶ *Prévoir l'avant et l'après.* Ce n'est pas seulement le moment de la rencontre ou de la formation qui est formateur. Celui-ci nécessite en général une préparation; surtout, sa réussite exige une élaboration ultérieure afin que chacun puisse s'appropriier l'expérience.
- ▶ *Se garder de réduire le racisme aux préjugés personnels.* Une sensibilisation à la complexité du racisme et à la diversité des formes de discrimination, de leurs subtiles interactions, doit amener à discerner les possibilités d'action à divers niveaux: personnel, groupe de pairs, institutionnel et politico-légal.

*Formation professionnelle, formation des adultes
et actions associatives*

Toutes les formations professionnelles relevant du domaine des relations humaines, pédagogiques et sociales, du domaine administratif, médical et de la justice, devraient inscrire des modules de sensibilisation dans leur curriculum obligatoire, sous forme d'ateliers, de stages ou de projets.

Dans la formation continue destinée aux adultes, ces modules pourraient intéresser divers milieux professionnels et responsables associatifs. De plus, des formations internes aux organisations (administrations, entreprises, églises, écoles, services, associations, syndicats, etc.) ciblées sur le lieu de travail seraient



fort utiles. Des contributions extérieures permettraient d'éviter certains écueils et pièges, souvent invisibles de l'intérieur. Par ailleurs, elles animent la réflexion sur l'opportunité de chartes contre le racisme.

Puisque le racisme est un phénomène collectif, l'éducation antiraciste ne peut se faire en solitaire. Elle requiert des interactions collectives, dans des groupes formels ou informels de la société civile. D'où le besoin de créer des espaces de réflexion au sein des associations, des quartiers, des écoles, ouverts aux paroles et aux questions, et accessibles à tous.

Les structures porteuses de ces formations peuvent être privées ou publiques, et plusieurs formes d'organisation doivent pouvoir coexister, en fonction du contexte d'intervention. Afin que ce type d'initiatives ne dépende pas des aléas des personnes responsables, elles doivent être ancrées dans des mesures cantonales ou fédérales, qui leur assureraient également un soutien financier.

La mise sur pied de tels programmes exige de former des formateurs issus tant des groupes majoritaires que des groupes minoritaires. Il est en effet indiqué que les sujets en formation puissent s'identifier à un formateur disposant d'une expérience quelque peu semblable à la leur. Outre une connaissance des mécanismes de discrimination et des mesures légales et sociales, il faut posséder une solide expérience de formateur, afin de gérer les émotions et conflits activés lors de tels stages.

Des supports pédagogiques sont nécessaires pour étayer les dispositifs pédagogiques. Le matériel, souple et adaptable, doit inclure des volets théoriques portant sur l'histoire, les mécanismes sociaux et psycho-sociaux et un questionnement éthique; des documents de référence tels que les Droits humains, les lois et les conventions; enfin des outils et propositions pédagogiques et didactiques.

Quant aux publics-cibles, il importe non seulement d'atteindre les professionnels en charge de ces problèmes, mais aussi les groupes les plus divers, concernés en tant que citoyens, afin de connaître et exiger la reconnaissance des droits des victimes. Dans tous ces cas, il est indispensable d'associer sys-

tématiquement des partenaires issus de groupes victimes de discrimination.

La discrimination raciste en tant que relation de pouvoir est un processus de *disempowerment*, de perte de pouvoir. L'éducation antiraciste est un moyen d'auto-organisation et d'*empowerment*, qui amène à oser revendiquer et défendre les droits et la dignité des victimes.

Considérer trois types de positions

Il a été question d'auteurs et de victimes, de majorité et de minorité. Ce sont des hypothèses de travail, pour mieux avancer. Toutefois, elles ne rendent pas pleinement compte de la situation. Fondamen-

talement, la pédagogie antiraciste a la tâche d'interpeller chacun, partout et continuellement, quelle que soit sa position par rapport à la discrimination et au racisme: celle de victime, celle d'auteur ou enfin celle de *bystander* (spectateur).

En effet, à côté des victimes, dont il s'agit de défendre les droits, et des auteurs, appelés à se responsabiliser, il y a les nombreux *bystanders*, ces spectateurs ou témoins plus ou moins passifs, que nous sommes tous à un moment ou un autre. Au vu des débats récents sur l'his-

toire, on pourrait même dire que la Suisse en tant que nation occupe une position historique qui n'est ni celle d'auteur de crimes, ni celle de victime, mais bien celle d'une nation de *bystanders*. Or, le rôle des *bystanders* est décisif selon qu'il s'oppose au racisme ou, au contraire, l'ignorent, voire le tolèrent. L'éducation antiraciste s'adresse autant aux spectateurs qu'aux victimes ou aux auteurs. C'est peut-être par rapport aux spectateurs que lui incombe sa tâche principale: celle de transformer les *bystanders* passifs en *bystanders* actifs, capables de résister contre la discrimination et de construire de nouvelles solidarités.

**La minorité vit avec la conscience
de sa différence, du regard
des autres et le sentiment
de devoir se justifier en permanence. Le regard des autres
est intériorisé avec honte et un
vague sentiment de culpabilité**

Monique Eckmann, sociologue, travaille à l'Institut d'Etudes sociales à Genève, Groupe *intermigra*.

Bibliographie

- Adorno, Theodor W. 1996
 «Erziehung nach Auschwitz» (Vortrag 1966). In: Tiedeman Rolf, *Ob nach Auschwitz noch sich leben lasse*. Leipzig: Subbrkamp.
- Eckmann, Monique 2000
 «Identité et diversité dans la formation aux professions sociales». Dans: Actes de la Conférence d'Ecpress. Modra (à paraître).
- Eckmann, Monique, Anne Cathrine Salberg, Claudio Bolzman, Karl Grünberg (à paraître)
 Violence raciste en Suisse romande: de la parole des victimes à l'intervention. Genève: IES.
- ECRI 1997, *Rapport sur la Suisse*. Bruxelles.
- Grünberg, Karl, Monique Eckmann 1999
 A propos du racisme et des skinheads en Suisse – dossier pédagogique accompagnant le film «Skin or die». Genève: IES.
- Hall, Stuart 1994
 Rassismus und kulturelle Identität. *Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument.
- Helms, Janet E. 1990
Black and White Racial Identity. London: Greenwood.
- Rommelspacher, Birgit 1995
 Dominanzkultur, Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda.
- Taguieff, Pierre-André 1993
La force du préjugé. Paris: La Découverte.
- Taguieff, Pierre-André 1997
Le racisme. Paris: Flammarion.

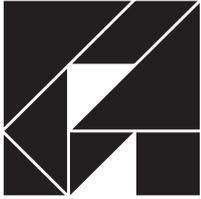
Résumé

La pédagogie antiraciste se trouve confrontée à trois défis: questionner les relations de pouvoir et les identités; mettre en échec le déni et la dissimulation du racisme; éviter la stigmatisation et la moralisation des prétendus «racistes». Ayant recours aussi bien aux concepts de l'éducation interculturelle qu'à ceux de la pédagogie anti-oppressive, la pédagogie antiraciste s'adresse aussi bien aux membres de groupes majoritaires qu'à ceux des groupes minoritaires, sans pour autant figer ces positions. Ceci exige des dispositifs pédagogiques construits sur la diversité des positions et des expériences et la reconnaissance des discriminations subies. L'objectif est de faire prendre conscience à chacun des mécanismes générateurs de discrimination, et de découvrir en quoi consiste la responsabilité de chacun. S'agissant des majoritaires, l'interrogation porte sur leur position de pouvoir, même involontairement acquise; pour les minoritaires, sur l'intériorisation de la discrimination. Enfin, pour éviter toute stigmatisation et moralisation, il faut obliger chacun à élaborer lui-même les dilemmes moraux, sans donner des réponses toutes faites ou prescrire des comportements. Divers dispositifs pédagogiques (tels que stages, ateliers, projets), permettront d'alterner moments de formation communs et moments séparés, permettant ainsi de travailler sur les stéréotypes et les préjugés, et d'élaborer les deux dilemmes fondamentaux, celui du pouvoir et celui de l'impuissance. Ceci dit, il faut se garder de réduire le racisme aux préjugés et toujours laisser une place à l'action institutionnelle et au recours aux mesures légales. Par ailleurs, il est important que les formateurs soient issus

tant de groupes majoritaires que de groupes minoritaires. Des modules de sensibilisation, obligatoires dans la formation de base de toutes les professions qui sont en contact avec des gens, sont indispensables pour que les futurs professionnels puissent apprendre à résister aux discriminations et au racisme: dans les lieux de travail, les associations, les écoles, les services publics. Au fond, la pédagogie antiraciste a comme tâche d'interpeller chacun, partout et continuellement, quelle que soit sa position, variable en fonction des circonstances et du contexte: celle d'auteur, celle de victime, et celle de bystander – spectateur.

Zusammenfassung

Die antirassistische Erziehung sieht sich vor drei Herausforderungen gestellt: Identitäten und Machtbeziehungen zu hinterfragen, das Leugnen und Ignorieren von Rassismus zu bekämpfen und gleichzeitig die moralisierende Stigmatisierung von «Rassisten» zu vermeiden. Indem sie sich sowohl auf die Tradition der interkulturellen Erziehung als auch auf diejenige der anti-oppressive practice bezieht, wendet sich die antirassistische Pädagogik sowohl an die Mehrheit als auch an die Minderheit. Das erfordert pädagogische Modelle, die die Heterogenität der jeweiligen Gruppe in den Prozess mit einbeziehen, und unterschiedliche Zugänge und Erfahrungen mit Rassismus sichtbar machen. Das Ziel dabei ist, die Mechanismen der Diskriminierung zu erfassen und den persönlichen Anteil des Einzelnen dabei zu ergründen. Für die Mitglieder der Mehrheit heisst dies, sich mit ihrer – auch ungewollten – Machtposition auseinander zu setzen, für die Mitglieder der Minderheit, die Verinnerlichung der Diskriminierung zu reflektieren. Jedoch gilt es, Stigmatisieren und Moralisieren zu vermeiden und alle zu veranlassen, selbst die moralischen Dilemmas zu ergründen, ohne fertige Antworten zu liefern oder Haltungen vorzuschreiben. Pädagogische Veranstaltungen wie Workshops, Projektmodule oder Ateliers sollen die Möglichkeit bieten, Vorurteile, Stereotypen und die zwei grundlegenden Dilemmas zu ergründen, das Dilemma der Macht und dasjenige der Ohnmacht. Trotzdem sollte auf keinen Fall Rassismus auf die Problematik der Vorurteile reduziert werden und immer Platz für institutionelle und rechtliche Massnahmen eingeräumt werden. Zudem ist es wichtig, dass Kursleiter/innen sowohl aus Mehrheits- als auch aus Minderheitsgruppen kommen. Obligatorische Aus- und Weiterbildungsmodule zur Sensibilisierung sind in allen Berufen, in denen der Kontakt zu Menschen wichtig ist, dringend notwendig, um gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Schule, in der öffentlichen Verwaltung und in Vereinen Widerstand leisten zu können. Die antirassistische Pädagogik muss in der Lage sein, sowohl Opfer, Täter, als auch Bystander (Zuschauer) anzusprechen.



Die EKR teilt die Schlussfolgerungen des Berichts der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats über die Schweiz

PRESEMELDUNG

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus teilt die Schlussfolgerungen und betont insbesondere folgende Punkte:

Einbürgerungsverfahren: Das Einbürgerungsverfahren ist zu vereinfachen und zu verkürzen. Jugendliche, die in der Schweiz die Schulen besucht haben, sollen Anspruch auf erleichterte Einbürgerung haben. Die gezielte und unbegründete Ablehnung der Einbürgerung von Menschen aus ganz bestimmten Ländern, wie dies in den letzten Monaten in einigen Gemeinden geschehen ist, schürt Ängste und vergiftet das Klima, was den sozialen Frieden unseres Landes gefährdet.

Zulassungspolitik: Nach dem Abschied vom Dreikreise-Modell muss der Vorbehalt gegenüber dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aufgehoben werden. Das Modell der präferenziellen Zulassung aus den EU- und EFTA-Staaten darf keine neuen Diskriminierungen für Menschen aus Staaten ausserhalb der EU schaffen.

Rassismusstrafnorm: In den ersten fünf Jahren der Rechtspraxis zur Antirassismus-Strafnorm (Art. 261^{bis} StGB) haben die Justizbehörden überzeugende Arbeit geleistet: Heute befürworten 69 % der Bevölkerung die neue Strafnorm (Umfrage der GfS im Auftrag der CICAD vom Januar 2000). Die

EKR setzt sich dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung ausgeweitet wird.

Politik und öffentliche Meinung: Wie die letzte Woche veröffentlichte Studie der GfS im Auftrag der CICAD aufzeigt, sind 58 % der Schweizer Stimmberechtigten der Meinung, es gebe Parteien, welche rassistisch und antisemitisch sind. Die EKR hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das öffentliche Klima leidet, wenn als Mittel der Politik Vorurteile geschürt und Ausgrenzung, ja sogar Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen betrieben wird.

Sensibilisierung von Justizbehörden und Polizeibeamtenschaft: Aufgrund ihrer Erfahrungen als Ombudsstelle betrachtet die EKR vermehrte Sensibilisierung und Präventionsarbeit in diesen Bereichen als dringend.

Die Länderberichte der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) behandeln die Prävention und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Bestandsaufnahme ist nicht abschliessend gemeint, sondern hat zum Ziel, einen Prozess des Dialogs mit den Mitgliedsländern des Europarats zu initiieren. Der zweite Länderbericht der ECRI stützt sich auf eingehende Gespräche mit Schweizer Behörden und Nichtregierungsorganisationen.

21. MÄRZ 2000



La CFR partage les conclusions du rapport sur la Suisse publié par la Commission européenne contre le racisme et l'intolérance (ECRI) du Conseil de l'Europe

COMMUNIQUÉ DE PRESSE

La Commission fédérale contre le racisme partage les conclusions du rapport et souligne notamment les points suivants:

Procédures de naturalisation: il convient de simplifier et d'abrégier les procédures. Les jeunes qui ont été scolarisés en Suisse doivent bénéficier d'une procédure simplifiée. Refuser sans raison valable de naturaliser les personnes issues de certains pays, comme cela a été le cas dans certaines communes au cours des derniers mois, attise les peurs et envenime le climat, ce qui menace la paix sociale de notre pays.

Politique en matière d'admission: après l'abandon du modèle des trois cercles, il y a lieu de lever les réserves à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination. Le modèle qui vise à privilégier l'admission de personnes originaires de pays membres de l'UE ou de l'AELE ne doit pas entraîner de nouvelles discriminations à l'égard des personnes ne venant pas de ces pays.

Norme pénale antiracisme: au cours des cinq années de pratique relative à l'article 261^{bis} CP, les autorités judiciaires ont réalisé un travail convaincant. Aujourd'hui, 69% de la population approuve cette norme (sondage de la Société suisse de recherches sociales mandaté par la CICAD en janvier

2000). La CFR s'engage pour que l'on continue à étendre la protection contre les discriminations.

Politique et opinion publique: comme le montre l'étude de la Société suisse de recherches sociales pratiques publiée la semaine dernière, 58% des électeurs suisses pensent qu'il y existe des partis racistes et antisémites. La CFR a souligné à de nombreuses reprises que le climat général se détériore lorsque la politique se sert de certains préjugés en les attisant et cherche à marginaliser, voire à criminaliser toute une partie de la population.

Sensibilisation des autorités judiciaires et des fonctionnaires de police: se fondant sur ses expériences de médiateur, la CFR considère qu'il est urgent de renforcer le travail de prévention et de sensibilisation dans ces domaines.

Les rapports nationaux de l'ECRI traitent de la prévention et de la lutte contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie. Cet état des lieux est un premier pas qui a pour objectif d'établir un dialogue avec les pays membres du Conseil de l'Europe. Le deuxième rapport national se fonde sur des discussions approfondies avec des autorités suisses et des organisations non gouvernementales.

21 MARS 2000



La CFR condivide le conclusioni del rapporto dell'ECRI, la Commissione del Consiglio d'Europa contro il razzismo e l'intolleranza, in merito alla situazione in Svizzera

COMUNICATO STAMPA

La *Commissione federale contro il razzismo* condivide le conclusioni e sottolinea in particolare quanto segue:

Procedura di naturalizzazione: deve essere resa più snella e celere. I giovani che hanno frequentato le scuole in Svizzera devono avere diritto alla procedura agevolata. Il rifiuto sistematico e infondato di non concedere la cittadinanza a persone provenienti da paesi ben precisi, come è successo negli ultimi mesi in alcuni comuni, avvelena il clima, genera timori e mette quindi in pericolo la pace sociale nel nostro Paese.

Politica di ammissione: il modello dei tre cerchi è stato rifiutato: ora anche la riserva nei confronti della Convenzione sull'eliminazione di tutte le forme di discriminazione razziale devono essere lasciate cadere. Il modello secondo il quale persone provenienti da Stati membri dell'UE o dell'EFTA sono ammesse più facilmente non deve creare nuove discriminazioni nei confronti di persone provenienti da altri Paesi.

Norma penale sul razzismo: Nei primi cinque anni di prassi giuridica in base alla disposizione penale sul razzismo (art. 261^{bis} CP), le autorità giudiziarie hanno fornito prestazioni convincenti: oggi il 69% della popolazione è favorevole alla norma (secondo un'indagine dell'associazione svizzera per la ricerca sociale pratica, GfS, condotta su incarico dell'organo

di coordinamento intercomunitario contro il razzismo e la diffamazione, CICAD, a gennaio 2000). La CFR si impegna affinché il campo d'applicazione dalla norma contro le discriminazioni sia esteso.

Politica ed opinione pubblica: Come mostra l'analisi della GfS e della CICAD pubblicata la settimana scorsa, il 58% dei votanti svizzeri ritiene che esistano partiti di stampo razzista ed antisemitico. La CFR ha sottolineato più volte che fomentare pregiudizi e creare isolamento, anzi, criminalizzare interi gruppi al fine influenzare le decisioni politiche non giova al clima pubblico.

Sensibilizzazione delle autorità giudiziarie e dei funzionari di polizia: l'esperienza acquisita quale centro di mediazione mostra chiaramente alla CFR come sia urgente un lavoro di sensibilizzazione e di prevenzione in questo ambito.

I rapporti sugli Stati elaborati dall'ECRI vertono sulla prevenzione e sulla lotta al razzismo, all'antisemitismo ed alla xenofobia. Le indagini condotte non vogliono essere esaustive: il loro scopo è avviare un dibattito con i Paesi membri del Consiglio d'Europa. Il secondo rapporto dell'ECRI si fonda su dialoghi approfonditi condotti con autorità svizzere e con organizzazioni non governative.

21 MARZO 2000



Pas de place de stationnement pour les gens du voyage de la région genevoise – les droits fondamentaux démocratiques servent à discriminer une minorité

COMMUNIQUÉ DE PRESSE

Dimanche dernier, les électeurs de la commune de Versoix (GE) ont accepté le référendum contre une nouvelle place de stationnement pour les gens du voyage.

La fondation Assurer l'avenir des gens du voyage suisses et la Commission fédérale contre le racisme regrettent l'issue négative du scrutin, et tiennent à souligner le danger croissant de voir les droits démocratiques fondamentaux utilisés à mauvais escient pour discriminer des minorités.

Le résultat du scrutin de Versoix constitue un signe regrettable. La minorité itinérante de Suisse a instamment besoin de places de stationnement ou de passage dignes de ce nom. La proposition d'aménager une nouvelle place de stationnement dans le canton de Genève ne date pas d'hier; elle a fait l'objet de longues négociations, a été soutenue et saluée par toutes les parties concernées. La condition préalable était le reclassement d'un terrain agricole, contre lequel le référendum a été demandé sous couvert d'arguments honteusement discriminatoires.

30 ans après la peu glorieuse affaire des *Enfants de la grand-route*, le mode de vie des gens du voyage rencontre toujours des obstacles. C'est ainsi que l'on essaie de provoquer des décisions populaires par le biais de référendums qui soumettent à la votation le droit fondamental des gens du voyage de choisir le mode de vie qui leur convient et dénie à cette minorité le droit à l'existence. C'est en contradiction flagrante tant avec l'interdiction de discrimination inscrite dans la Constitution (art. 8, al. 2) qu'avec la Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales, qui a été ratifiée par la Suisse.

La fondation et la commission étudient les mesures juridiques qui permettraient de lutter contre ce genre de discrimination. La fondation présentera l'année prochaine une expertise qui montrera comment mieux utiliser les réglementations en matière d'aménagement du territoire et de plans de zones en vigueur, afin de créer davantage d'espace vital pour les gens du voyage.

Informations de fond

Sur les 30 000 gens du voyage que l'on comptait en Suisse à l'origine, 3 000 à 5 000 se considèrent aujourd'hui encore comme tels.

L'hiver, ils vivent en famille sur des places de stationnement et en été, ils sillonnent la Suisse, travaillant surtout dans l'industrie ambulante. Les gens du voyage suisses, en majorité des Yéniches et quelques Manouches, sont exclus et discriminés depuis le 19^e siècle en raison de leur mode de vie. Entre 1926 et 1973, des familles yéniches ont été persécutées de la pire façon par l'*Œuvre d'entraide pour les enfants de la grand-route* de Pro Juventute. Des enfants ont été séparés de leurs parents et de leurs frères et sœurs dans le but de mettre un terme au mode de vie itinérant. Les places de stationnement qu'ils utilisaient à l'origine leur ont été interdites et les plans de zones généralement aménagés de manière à les empêcher de mener une vie itinérante.

Aujourd'hui, les gens du voyage sont reconnus en Suisse en tant que minorité culturelle. La Constitution interdit toute discrimination fondée sur le mode de vie et à l'occasion de ratifier la Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales, la Suisse a par ailleurs mentionné pour la première fois expressément les Gens du voyage en tant que minorité nationale. Les gens du voyage continuent cependant d'être discriminés dans la vie de tous les jours, car les lois en vigueur sont faites pour répondre aux besoins des gens sédentaires et poussent les gens du voyage dans l'illégalité. Le peu de places de stationnement qui existent disposent souvent d'infrastructures insuffisantes, elles sont la plupart du temps désespérément surpeuplées et situées sous des ponts d'autoroute ou au bord de routes à grande circulation.

Pour garantir et améliorer les conditions de vie des gens du voyage, la Confédération a institué en 1997 la fondation *Assurer l'avenir des gens du voyage suisses*. Elle se compose de représentants des gens du voyage, des communes, des cantons et de la Confédération et a pour mission de chercher des solutions aux problèmes de places, de travail et de scolarité. La fondation doit en particulier promouvoir la coopération entre cantons et communes, encourager la coordination de mesures, effectuer un travail de sensibilisation et faire office de médiateur en cas de conflits.

Bien que l'on reconnaisse aux différents niveaux de l'État que le manque d'espace vital pour les gens du voyage constitue un problème majeur, bon nombre de tentatives d'aménager des places de stationnement et de passage échouent. Soit parce qu'il n'y a



pas de commune qui accepte de mettre à disposition des emplacements appropriés et d'adapter ses plans de zones, soit parce que des personnes qui ne tolèrent pas de gens du voyage autour d'elles ont lutté contre ces places en faisant opposition et en demandant le référendum.

La commission et la fondation prévoient d'élaborer une expertise qui montrerait comment lutter contre ces discriminations directes ou indirectes. Dans sa recherche de solutions durables au problème du manque de places, la fondation a mandaté une ex-

pertise détaillée sur les gens du voyage et l'aménagement du territoire. Celle-ci doit recenser les besoins des gens du voyage en matière de places dans toute la Suisse. L'objectif est d'utiliser les possibilités des réglementations en vigueur relatives à l'aménagement du territoire et les plans de zones afin de créer aux emplacements appropriés un espace vital pour les gens du voyage. On attend les premiers résultats pour le début de l'année prochaine.

25 JUIN 2000



Kein Platz für Genfer Fahrende – demokratische Grundrechte zur Diskriminierung von Minderheiten missbraucht

PRESEMELDUNG

Am vergangenen Sonntag haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Versoix (GE) das Referendum gegen einen neuen Standplatz für Fahrende angenommen.

Die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende und die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus bedauern das negative Resultat und weisen auf die zunehmende Gefahr hin, demokratische Grundrechte zur Diskriminierung von Minderheiten zu missbrauchen.

Das Abstimmungsergebnis von Versoix setzt ein bedauerliches Zeichen. Die nichtsesshafte Minderheit in der Schweiz ist dringend auf menschenwürdige Stand- und Durchgangsplätze angewiesen. Der Vorschlag für einen neuen Standplatz für Schweizer Fahrende im Kanton Genf war in langjährigen Verhandlungen gereift und von allen Beteiligten getragen und begrüsst worden. Voraussetzung war die Umzonung eines landwirtschaftlichen Geländes. Dagegen wurde mit beschämenden und diskriminierenden Argumenten das Referendum ergriffen.

30 Jahre nach Abschluss der unrühmlichen Aktion *Kinder der Landstrasse* wird die Lebensweise der Fahrenden immer noch behindert. So wird versucht, mittels Referenden Volksentscheide herbeizuführen, in denen über das Grundrecht auf die Wahl der eigenen Lebensform abgestimmt und letztlich der fahrenden Minderheit das Existenzrecht abgesprochen wird. Dies steht im Widerspruch sowohl zum Diskriminierungsverbot in der Verfassung (Art. 8, Abs. 2) als auch zum Rahmenabkommen

des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten, das die Schweiz ratifiziert hat.

Die Stiftung und die Kommission prüfen rechtliche Massnahmen, um gegen derartige Diskriminierungen vorzugehen. Die Stiftung wird nächstes Jahr ein Gutachten vorlegen, das aufzeigt, wie bestehende Raumplanungs- und Zonenordnungen besser genutzt werden können, um mehr Lebensraum für Fahrende zu schaffen.

Hintergrundinformation

Von den rund 30 000 ursprünglich Fahrenden der Schweiz betrachten sich heute 3 000–5 000 noch als fahrend. Diese leben im Winter in Familienverbänden auf Standplätzen, ziehen während der Sommermonate durch die Schweiz und sind vor allem im Wandergewerbe tätig. Die Schweizer Fahrenden – hauptsächlich Jenische und einige Manuschi – wurden seit dem 19. Jahrhundert aufgrund ihrer Lebensweise ausgegrenzt und diskriminiert. Zwischen 1926 und 1973 wurden jensische Familien durch das *Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse* der *Pro Juventute* auf schlimmste Weise verfolgt und Kinder von ihren Eltern und Geschwistern getrennt mit dem Ziel, die fahrende Lebensweise zu zerstören. Ursprüngliche Standplätze wurden ihnen verboten und die Zonenordnung wurde generell so angelegt, dass keine fahrende Lebensweise mehr möglich sein sollte.

Heute sind die Fahrenden als kulturelle Minderheit in der Schweiz anerkannt: Die Verfassung verbietet Diskriminierung aufgrund der Lebensform, die Schweiz hat zudem, als sie das Rahmenabkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten ratifizierte, erstmals Fahrende als nationale Minderheit explizit erwähnt. Dennoch sind Fahrende im Alltag weiterhin diskriminiert, da die geltenden Gesetze auf die Bedürfnisse von Sesshaften zugeschnitten sind und Fahrende in die Illegalität treiben. Die wenigen vorhandenen Standplätze verfügen oft über unzureichende Infrastrukturen, sind hoffnungslos überfüllt und meist unmittelbar unter Autobahnbrücken oder zwischen Durchgangsstrassen angelegt.

Zur Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse von Fahrenden hat der Bund 1997 die Stiftung *Zukunft für Schweizer Fahrende* eingerichtet. Sie besteht aus Vertretungen der Fahrenden, der Gemeinden, der Kantone und des Bundes und hat den Auftrag, nach Lösungen für Platz-, Arbeits- und Schulfragen zu suchen. Die Stiftung soll insbesondere die interkantonale und interkommunale Zusammenarbeit und Koordination von Massnahmen fördern, sensibilisieren und bei Konflikten vermitteln.

Obwohl das Problem des fehlenden Lebensraums für Fahrende auf den verschiedenen staatlichen Ebenen anerkannt ist, scheitern viele Versuche, Stand- und Durchgangsplätze einzurichten. Entweder finden sich keine Gemeinden, die bereit sind, geeignete Plätze zur Verfügung zu stellen und ihre Zonenordnungen entsprechend anzupassen, oder Personen, die keine Fahrenden in ihrer Nähe dulden, kämpfen mittels Einsprachen und Referenden dagegen an.

Kommission und Stiftung planen ein Gutachten, das Möglichkeiten aufzeigen soll, wie gegen derartige indirekte und direkte Diskriminierungen vorzugehen ist. Auf der Suche nach nachhaltigen Lösungen für das Problem der fehlenden Plätze hat die Stiftung ein umfassendes Gutachten «Fahrende und Raumplanung» in Auftrag gegeben. Dieses wird die Platzbedürfnisse der Fahrenden in der ganzen Schweiz erheben. Ziel ist es, die Möglichkeiten der bestehenden Raum- und Zonenordnungen zu nutzen, um an geeigneten Orten Lebensraum für Fahrende zu schaffen. Erste Resultate werden auf Beginn des nächsten Jahres erwartet.

25. JUNI 2000



Nomadi ginevrini: nessun area di sosta – i diritti democratici fondamentali strumento di discriminazione delle minoranze

COMUNICATO STAMPA

Domenica scorsa nel Comune di Versoix (GE) è stato approvato il referendum contro una nuova area di sosta per i nomadi.

La fondazione Un futuro per i nomadi svizzeri e la Commissione federale contro il razzismo deplorano il risultato negativo e ritengono necessario sottolineare il pericolo di strumentalizzare i diritti democratici fondamentali per discriminare le minoranze.

Il risultato del voto di Versoix è un segnale deplorabile. La minoranza itinerante in Svizzera ha urgentemente bisogno di aree di sosta e di passaggio dignitose. La proposta di offrire una nuova area a nomadi svizzeri nel Cantone di Ginevra, maturata dopo lunghi anni di trattative, era sostenuta ed auspicata da tutti i partecipanti a condizione che venisse delimitata una zona agricola. Contro questa

proposta è stato adottato un referendum in base ad argomentazioni vergognose e discriminanti.

30 anni dopo la fine dell'ingloriosa campagna *Bambini della strada*, il modus vivendi dei nomadi continua ad essere ostacolato. Con il referendum si tenta di provocare decisioni popolari sul diritto fondamentale di scegliere liberamente il proprio modo di vivere, il che equivale a contestare il diritto stesso delle minoranze itineranti di esistere. Questa prassi contrasta tanto con il divieto di discriminazione sancito dalla Costituzione (art. 8, cpv. 2) quanto con l'accordo quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali ratificato dalla Svizzera.

La fondazione e la Commissione stanno esaminando misure legali per lottare contro tali discriminazioni. L'anno prossimo la fondazione presenterà una peri-



zia che mostra come sia possibile utilizzare meglio gli ordinamenti di pianificazione del territorio ed il piano delle zone per creare maggiori spazi vitali per i nomadi.

Informazioni aggiuntive

Al giorno d'oggi, in Svizzera tra le 3000 e le 5000 persone si designano quali nomadi: originariamente erano circa 30000. In inverno stazionano in associazioni di famiglie sulle aree di sosta, mentre in estate si spostano attraverso la Svizzera espletando in primo luogo una professione itinerante. I nomadi svizzeri, che appartengono soprattutto al gruppo Jenisch ed in parte a quello Sinti (Manusch), sono stati emarginati e discriminati sin dal 1900 a causa del loro modo di vivere. Tra il 1926 ed il 1973, le famiglie Jenisch sono state atrocemente perseguitate dall'*Opera per i bambini della strada* della *Pro Juventute* che ha allontanato i bambini dai genitori separandoli anche dai fratelli al fine di distruggere il modus vivendi nomade. Venne loro vietato l'accesso alle aree di sosta ed il piano regolatore venne elaborato in modo da rendere impossibile una vita itinerante.

Oggi la Svizzera riconosce ai nomadi lo status di minoranza culturale: la Costituzione vieta discriminazioni a causa del modo in cui si è deciso di vivere e la Svizzera al momento di ratificare l'accordo quadro del Consiglio d'Europa sulla protezione delle minoranze nazionali ha colto l'occasione di citare per la prima volta espressamente i nomadi quale minoranza nazionale. Tuttavia gli zingari continuano ad essere discriminati nella vita quotidiana anche perché le leggi in vigore sono formulate per sedentari e costringono gli itineranti all'illegalità. Le rare aree di sosta molto spesso non dispongono di

infrastrutture sufficienti, sono assolutamente sovrappopolate e disposte nella maggior parte dei casi sotto ponti autostradali o tra strade di grande transito.

Al fine di garantire e migliorare le condizioni di vita degli itineranti, la Confederazione ha istituito nel 1997 la Fondazione *Un futuro per i nomadi svizzeri* che si compone di rappresentanti dei nomadi, dei Comuni, dei Cantoni e della Confederazione. Il suo compito consiste nella ricerca di soluzioni per le questioni che riguardano le aree, il lavoro e la scuola. La fondazione intende soprattutto stimolare la collaborazione tra Cantoni e Comuni ed il coordinamento delle misure, sensibilizzare l'opinione pubblica e mediare in caso di conflitto.

Benché il problema della mancanza di spazio vitale per i nomadi sia conosciuto ai diversi livelli statali, numerosi tentativi di allestire aree di sosta e di passaggio falliscono per l'impossibilità di trovare Comuni disposti a mettere a disposizione spazi adatti adeguando in conseguenza il piano delle zone oppure per il rifiuto dei sedentari di accettare la vicinanza dei nomadi espresso inoltrando ricorsi e referendum.

La Commissione e la fondazione hanno in programma una perizia che dovrà mostrare le possibilità di opporsi a tali discriminazioni dirette ed indirette. Nel tentativo di cercare soluzioni durevoli al problema della mancanza di aree, la fondazione ha dato incarico di elaborare un'ampia perizia «I nomadi e la pianificazione del territorio» che rileverà il fabbisogno in materia in tutta la Svizzera con lo scopo di utilizzare le possibilità offerte dagli ordinamenti territoriali e delle zone in vigore per creare spazi per i nomadi in posti adeguati. I primi risultati saranno presentati probabilmente all'inizio dell'anno prossimo.

25 GIUGNO 2000



Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz – marginal oder virulent?¹

GEORG KREIS

Blicke ich von der Warte des *Swiss Monitoring Center in Europe* auf die Entwicklung des eigenen Landes, habe ich den Eindruck, dass die Schweiz ihre Unschuld, die sie nie besass, verloren hat.

Es gibt in diesem Land Rassisten und Antisemiten. Das ist meines Erachtens zwar unerfreulich, aber normal und etwas, was es schon immer gegeben hat. Neu ist dagegen die Debatte darüber. Und diese Debatte hat meines Erachtens eine doppelte Wirkung: eine eindämmende und eine stimulierende.

Rassismus und Antisemitismus sind in der Form von entsprechenden Handlungen wie in der Form von Thematisierung dieses Handelns in der Öffentlichkeit heute präsenter als in früheren Zeiten, da man das Unterschwellige,

Versteckte, Moderate als schweizerisches Spezifikum verstehen konnte. Darum erscheinen heute Rassismus und Antisemitismus zwar als weiterhin marginal, aber zugleich als virulent.

Rassismus und Antisemitismus haben aus verschiedenen Gründen zugenommen, die uns hier wohl mehr oder weniger geläufig sind. Sie haben aber auch zugenommen, weil sie durch den ebenfalls erstarkten *Anti-rassismus* und den *Anti-Antisemitismus* zwar gebrandmarkt, zugleich aber auch enttabuisiert

worden sind. Das muss man aber in Kauf nehmen. Über den «Zustand der Nation» lassen sich leicht Mutmassungen anstellen. Schwerer ist es, solide Befunde zur wirklichen Befindlichkeit zu entwickeln. Verschiedene Vorkommnisse der jüngeren Zeit gestatten immerhin eine etwas solidere Abstützung der Vermutungen. Ich nenne drei Punkte:

1. Da sind einmal im Feld des «Migrationsrassismus» die gegen Menschen aus dem früheren Jugoslawen

und der Türkei gerichteten Einbürgerungsverweigerungen, der öffentliche Tadel des ECRI und die Reaktionen auf beides, Verweigerung und Tadel. Die EKR hat sich im Bereich des Migrationsrassismus mit zwei Interventionen speziell engagiert: mit einem Bericht gegen helvetische Apartheid-Schulen und mit einer Tagung und einem Themenheft gegen ein dämonisierendes Bild der Muslime. Sie hat in beiden Fällen Zustimmung wie Ablehnung erfahren und hat gewiss im grossen Mittelfeld der Desinteressierten die Sensibilität gefördert. Die bei solchen Auftritten eintretende Zustimmung ist für die Kommission zwar befriedigend, der Hauptpunkt liegt aber darin, dass die doch

zahlreich vorhandenen organisierten oder individuellen antirassistischen Kräfte des Landes einen offiziellen Referenzpunkt haben, auf den sie sich in ihrem eigenen, bereits bestehenden Engagement beziehen können.

Noch ein Wort zur sich häufenden Einbürgerungsverweigerung nach rassistischen Kriterien: Bezogen auf die kürzlich erfolgte Ablehnung von 48 Bewerbungen in der Gemeinde Emmen, erklärt die äussere Rechte triumphalistisch: Emmen sei überall in der Schweiz.

Dem steht aber eine andere Schweiz gegenüber, nicht ganz zufällig von Genf repräsentiert, dessen Kantonsparlament spontan einstimmig (also über alle Parteigrenzen hinweg) den 48 Zurückgestossenen Einbürgerungsasyl anbietet.

2. Im Felde des gegen Juden gerichteten Rassismus hat die Vergangenheitsdebatte der letzten 3–4 Jahre alte Ressentiments freigesetzt. Der Hauptirrtum vieler Judenhasser besteht hier wie anderenorts darin, dass sie an sich Judenfreunde seien, bloss weil sie in längeren Schönwetterphasen ihre Disposition zu Antisemitismus weniger spüren. Nun ist vor wenigen Tagen eine grössere repräsentativ und solide sein wollende Umfrage von GfS, CICAD und AJC

**Es gibt in diesem Land
Rassisten und Antisemiten.
Das ist zwar unerfreulich,
aber normal und etwas,
was es schon immer
gegeben hat**

¹ Vortrag des Präsidenten der Eidg. Kommission gegen Rassismus gehalten am vom Komitee für Menschenwürde veranstalteten *Nachessen* anlässlich des Besuchs von Beate Winkler, Leiterin des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) der EU in Wien (28. März 2000, Zürich).



veröffentlicht worden. Diese selbst etwas grob angelegte Studie soll gemäss der nochmals vergrößerten Rezeption durch die Medien über eine Million (d. h. etwa 16%) Antisemiten im Lande ausgemacht haben. Dieser Befund ist von der JÜDISCHEN RUND-SCHAU massiv kritisiert und nach unten, d. h. auf den Normalpegel 7–9%, korrigiert worden. Die Studie hat auf dem rechten Politflügel Empörung ausgelöst, und weil die Botschaft unerfreulich ist, wird jetzt (von NR Hansheiri Inderkum) der Bundesrat plötzlich gebeten, generell Normen und Standards für die Qualitätssicherung von Meinungsumfragen zu dekretieren. Die Studie ist von einer erstaunlichen Unbedarftheit und bringt es fertig, mit der Reihe «Schwarze, Juden und Portugiesen» drei unterschiedliche Kategorien auf eine Linie zu bringen. Interessant, aber bekannt ist, dass die Anzahl der im Lande lebenden Juden gewaltig überschätzt wird und nur jeder Zweite je konkrete Erfahrungen mit Juden gehabt hat.

3. Die 1995 geschaffene *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* und die im gleichen Jahr in Kraft getretene Antirassismus-Strafnorm werden zwar immer wieder von rechts aussen angegriffen. Beide haben aber auch in den Bilanzen zum 5-jährigen Bestehen gute Noten bekommen, auch der aus juristischer Sicht als suboptimal eingestufte Strafrechtsartikel 261^{bis}. Die vorher und nachher geführten Angriffe wurden abgewehrt und führten zu einer Bestätigung unseres Auftrages. In den Motionsbeantwortungen von 1997 (Gusset) und 1999 (Scherrer) bekräftigte die Landesregierung mit Verweis auf die Rechtsprechung der hohen Gerichte in Lausanne und Strassburg, dass es keine vorbehaltlose Meinungsäusserungsfreiheit auf Kosten der Menschenwürde gebe.

Die Schweiz hat ihre Unschuld verloren, das heisst die Illusion, dass die Verhältnisse, weil sie schweizerisch sind, automatisch gut seien oder wenigstens mit einer einmaligen Anstrengung ins Lot gebracht werden können

Und vor wenigen Tagen (1.3.00) hat der Bundesrat mit klaren Worten der jüngsten Attacke, diesmal nicht gegen das Gesetz, sondern gegen die Kommission, eine klare Absage erteilt. Das nationalrätliche Postulat eines SVP-Jungpolitikers hatte die Aufhebung oder wenigstens Neutralisierung der Kommission gefordert, es erntete aber eine Antwort, die der Kommission ein uneingeschränktes Lob zukommen lässt. (Siehe weiter unten in dieser Rubrik.)

Zu unserer Arbeit gehört es auch, uns für die Bekämpfung des Rassismus im Internet einzusetzen. In der Welt der globalen Vernetzung bleibt es Aufgabe aller Nationen, dafür zu sorgen, dass ihr Territorium keine Ausgangsbasis für die elektronische Verbreitung von Rassismus und Antisemitismus ist. Unsere Regeln hinken bekanntlich immer den Entwicklungen hintendrein. Im Falle des Missbrauchs des Internets steht eine Lösung leider noch aus, die es ermöglicht, auf Grund einer soliden Rechtsgrundlage das Nötige zu tun.

Die Schweiz habe ihre Unschuld verloren. Vielleicht ist jetzt etwas klarer, was damit gemeint ist. Gemeint ist, dass sich die Illusion mehr und mehr verbietet, dass die Verhältnisse, weil sie schweizerisch sind, automatisch gut seien oder wenigstens mit einer einmaligen Anstrengung ins Lot gebracht werden können. Der Kampf oder, etwas weniger heroisch, das Dagegenhalten gegen Rassismus und Antisemitismus ist auch in der Schweiz wie in jedem europäischen Land eine permanente Aufgabe. Es entschwinden auch die einfachen Möglichkeiten zu definieren, was die Schweiz ist und wer mit welcher Haltung *Suissitude* für sich beanspruchen kann, Emmen oder Genf. Die lehrt, dass wir uns mehr über Werte definieren sollten als über Nationalität und dass wir uns dann aber trotzdem dafür einsetzen, dass im eigenen Land die mit der Menschenwürde vereinbaren Werte eine starke Position haben.



La lutte contre l'antisémitisme et le racisme: une responsabilité citoyenne¹

BOËL SAMBUC

Monsieur le Conseiller d'État,
Chère Madame Fayon, Mesdames, Messieurs

C'est avec beaucoup d'émotion et de reconnaissance pour votre invitation que je m'exprime ici ce soir, pour partager avec vous quelques réflexions sur la lutte contre l'antisémitisme et le racisme dans un contexte politique inquiétant, marqué à nouveau, cinquante-cinq ans après la Shoah, par la montée de l'extrême-droite en Europe, y compris chez nous.

C'est incontestable: le climat politique et social a changé depuis que la Suisse a pris, voici bientôt six ans, ses premières mesures pour lutter contre le racisme, à commencer par l'acceptation par le peuple, en automne 1994, de l'art. 261^{bis} CP et de l'adhésion de la Suisse à la *Convention internationale contre toutes les formes de discrimination raciale* suivies de la création de la CFR.

Pour ceux que préoccupent les problématiques liées au racisme, à la xénophobie et à l'antisémitisme et qui défendent l'idée d'un pays ouvert à l'égard de ses minorités, ce changement se traduit par un durcissement du débat public et une polarisation de forces politiques en faveur du populisme et de l'hostilité grandissante à l'égard de l'étranger.

Dans les cantons alémaniques, des partis politiques font ouvertement campagne sur des propositions comme la séparation permanente entre écoliers suisses et étrangers, la naturalisation par votation populaire ou la limitation du taux des étrangers dans les immeubles. Et cela paye: depuis l'automne dernier, un quart des votants se reconnaissent en l'UDC, dont de plus en plus de jeunes, attirés par le dynamisme des idées simplistes et un leadership autoritaire. C'est aussi un homme de vingt-quatre ans qui vient de fonder le premier parti neo-nazi suisse ...

En ce qui concerne l'antisémitisme, celui-ci a de nouveau pignon sur rue, depuis la crise des fonds en déshérence et la remise en question du rôle de la Suisse face aux réfugiés juifs pendant la Deuxième Guerre mondiale. Sans vouloir le quantifier expressément, nous savons qu'il existe un noyau dur important – de 10% à 15% environ – de personnes profondément hostiles à la minorité juive, qu'il s'agisse de citoyens suisses ou autres. Autre indice: la moitié, à peu près, des affaires traitées à ce jour

par les tribunaux en vertu de l'article 261^{bis} CP, concerne des cas d'antisémitisme. Plus difficile à contrer est l'antisémitisme ordinaire contre lequel la loi est souvent impuissante.

Quand on sait, par ex., que, pour avoir critiqué la venue du chancelier Schüssel en Suisse, en sa double qualité de citoyen suisse et de juif, Rolf Bloch, le président de la FSCI, a reçu des monceaux de lettres antisémites, on mesure le chemin à parcourir. Selon Thomas Lyssy, vice-président de la FSCI, il faudra au moins une décennie pour que les choses se calment.

C'est vrai, l'antisémitisme s'exprime aujourd'hui plus ouvertement qu'avant la crise des fonds, ce qui est déplorable mais a cela de bon qu'il peut mobiliser et sensibiliser davantage de milieux, engendrer en quelque sorte un anti-antisémitisme, comme la CFR a pu le constater dans son rapport de 1998.

C'est le cas des Églises, par ex., et notamment de l'Église catholique qui a publié, le 14 avril dernier, un *Mea Culpa*, avouant clairement les erreurs commises pendant la guerre:

«La peur, la négligence, les préjugés, l'absence de générosité ont trop souvent limité l'aide urgente qu'il aurait fallu apporter, en particulier aux juifs qui cherchaient refuge dans notre pays (...).»

Et, plus loin, il est dit que ni l'Église ni sa hiérarchie

«(...) ne se sont vraiment opposés à l'anti-judaïsme religieux et n'ont condamné non plus l'antisémitisme rampant dans le peuple suisse et les sources diverses qui l'alimentaient.»

Ce constat terrible, il a fallu toutes ces années pour l'entendre. C'est trop long, bien sûr. Mais cela aurait été impensable, il y a très peu de temps encore et il faut y voir un progrès indiscutable dans les relations entre les mondes chrétien et juif. Un mot encore sur «l'antisémitisme rampant» dont il est fait état dans ce texte. La déclaration des évêques confirme, si besoin était, que l'antisémitisme latent était une réalité en Suisse, avant la guerre déjà et qui avait persisté malgré celle-ci. Plus que d'une hostilité ouverte, il s'agissait d'une distance, ce qui n'excluait pas, au demeurant, la réussite sociale et professionnelle de nombreux juifs.

Dans son livre «L'Allemagne nazie et les juifs», Saul Friedländer décrit les sentiments anti-juifs de l'époque. Il parle de la population allemande, mais je crois que son analyse vaut pour beaucoup d'autres pays:

¹ Allocution de la vice-présidente de la Commission fédérale contre le racisme à l'occasion de la commémoration solennelle de la Shoah et de la Résistance en date du 2 mai 2000 à l'Université de Genève



«Plus courant et plus répandu que la haine ou la sympathie affichées à l'égard des juifs, il y avait (...) un antisémitisme modéré, ce vague sentiment de malaise au sujet des juifs qui n'allait certes pas jusqu'à leur vouloir du mal, mais qui contribua peut-être à réprimer l'aversion que les Allemands auraient pu éprouver, sinon, envers les nazis.»

Une dimension internationale

Ce qui a changé, également, depuis 1995, c'est que ces événements s'inscrivent dans une mouvance internationale. En matière de racisme, de xénophobie et d'antisémitisme, le couvercle a sauté et la «lepénisation des esprits» a traversé les frontières. Partout, que ce soit chez nos voisins directs, comme l'Autriche et tout récemment l'Italie, ou dans les pays nordiques et en Grande-Bretagne ou en Irlande, une intolérance grandissante alimentée par un discours néo-nationaliste se manifeste vis-à-vis de tout ce qui est assimilé à «l'étranger», en particulier les immigrés, de longue ou de fraîche date, les réfugiés et les requérants d'asile mais aussi les minorités comme les tsiganes, les musulmans ou, à nouveau, les juifs.

Désormais, ressentiments et agressivité à l'égard des minorités s'affichent ouvertement. Encouragée par l'inquiétude croissante devant les effets de la mondialisation, la thématique identitaire et son corollaire, le racisme, envahit l'espace public, tout en occultant les enjeux économiques et sociaux traditionnels.

Plus insidieuse encore est la réhabilitation rampante des notions d'inégalité naturelle, parfois fondée sur un discours glorificateur de la génétique. La tendance sera d'expliquer les problèmes sociaux (d'éducation, de criminalité) entre individus ou entre cultures par de supposées différences irrémédiables, car «naturelles», voire génétiques au lieu d'analyser ces difficultés en termes économiques, d'origine sociale, de manque de formation. A cela s'ajoute le terrain favorable à la propagation de ces idées, nourri par l'inquiétude de certains de perdre leur statut social dans une économie mondialisée.

Force est de constater que les tabous sont tombés en matière de racisme et d'antisémitisme, pour laisser

Par-tout en Europe une intolérance grandissante alimentée par un discours néo-nationaliste se manifeste vis-à-vis de tout ce qui est assimilé à «l'étranger»

la place à une brutalisation des rapports sociaux et de la vie publique. En effet, simultanément, s'est affaibli le consensus social et éthique qui s'était installé au lendemain de la guerre, se fixant pour objectifs la réconciliation, la démocratie et l'État social.

Tout ceci a un air de revanche sur une longue période dans l'histoire récente dominée par les valeurs humanistes de respect de la dignité humaine et un minimum de solidarité.

Il y a un lien évident entre la relativisation des crimes nazis, la négation de la Shoah et la réhabilitation de l'extrême-droite. Celle-ci trouve désormais des relais en dehors des milieux des habitués des procès pour violation de l'article 261^{bis} CP, dont nous venons d'avoir un exemple récent à Lausanne, avec la condamnation de Gaston Armand Amaudruz. Telle était de toute évidence la conviction du Tribunal correctionnel et du procureur vaudois.

Celui-ci a fait très clairement le lien entre le discours des négationnistes, la légitimation du nazisme et la menace contre la démocratie, quand il a évoqué, dans son réquisitoire «une vision destructrice identique à celle d'il y a soixante ans» ainsi que le «le bruit des bottes se faisant entendre derrière les mots».

Nous savons aujourd'hui ce qu'il en est, malheureusement, du pouvoir de nuisance des négationnistes bien au-delà de leur cercle fanatique, que ce soit auprès de jeunes, comme les skins ou à travers une mise en réseau internationale sur Internet, voire à l'intérieur d'associations de type sectaire, comme l'*Église universelle* ou d'autres. On reste confondu devant tant de haine exprimée en public et devant la persistance d'une attitude consistant à s'inspirer du mensonge pour se réclamer de la «Vérité et de la Justice», du nom d'une toute nouvelle association du genre. Car il peut être à nouveau «chic» d'être antisémite, dans certains milieux que l'on espérait mieux éclairés. Et s'il faut tirer une leçon des procès menés à Lausanne et ailleurs en Suisse, c'est que l'on aurait tort de sous-estimer la capacité pernicieuse du doute sur les esprits mal informés et non avertis.

Notons enfin le rôle très important dans la répression de l'antisémitisme joué par l'article 261^{bis} CP ainsi que son application par le Tribunal Fédéral et beaucoup d'instances cantonales, qui paraissent avoir pris conscience du risque représenté par ces mouvements pour l'ensemble de la société. Plus que jamais, ces événements nous obligent à réagir et à agir, en condamnant la violence et le mépris, loin de

toute dramatisation, mais fermement, en affirmant nos propres valeurs, telles que l'égalité, la tolérance et le respect des droits de l'homme, autant d'éléments constitutifs de la démocratie. Car nous sommes tous concernés par un mécanisme de négation mis au service d'une stratégie qui dit que tout se vaut – que personne n'est vraiment coupable, donc, on l'est tous, victimes et bourreaux confondus, qu'il n'y a pas lieu d'établir une hiérarchie des valeurs et que, ma foi, sur le plan politique, la démocratie est un régime parmi d'autres, certes plus autoritaires, mais qui ont aussi leurs bons côtés. Si ce langage a une résonance, aujourd'hui, c'est que celle-ci est souvent le fruit de l'ignorance et de l'indifférence plutôt que d'une adhésion positive. Nous payons là le prix de manquements et d'erreurs commises durant la période de l'après-guerre, occupée à la reconstruction et à la réconciliation des ennemis de hier, relayée par la guerre froide.

Pour reprendre l'analyse d'un Etienne Balibar, dans cette époque où les idéologies avaient encore un rôle prépondérant, les tendances racistes dans la société étaient refoulées. Il y avait peu de place pour les minorités

ou pour les particularismes, en général, et la question de la pluralité identitaire ne se posait pas, du moins publiquement. C'est certainement une des explications de l'immense refoulement collectif des souffrances des victimes de la guerre, qu'il s'agisse des juifs, mais aussi des tziganes, des homosexuels, et d'autres.

Il a fallu la chute du Mur de Berlin pour que les rescapés du silence se manifestent et que la question du devoir de transmettre la mémoire de la Shoah nous interpelle tous, juifs et non-juifs. Car il s'agit de notre mémoire collective, que nous ayons été victimes, exécutants ou de simples tiers. Comme le dit Elie Wiesel: «Il s'agit de la source commune de notre avenir.»

Cependant, ce qui a la force d'une évidence pour beaucoup d'entre nous, peine à se concrétiser sur le terrain, malgré les professions de foi et les déclarations de circonstance. Ceci est manifeste dans le domaine de la prévention, en particulier au niveau de l'enseignement. C'est ainsi, qu'au risque de me répéter pour certains, je trouve infiniment regrettable

que plusieurs années après l'éclatement de la crise des fonds et de la résurgence de l'antisémitisme, il n'y ait toujours pas eu d'initiative intercantonale pour l'introduction dans les programmes scolaires de cours de sensibilisation au racisme et d'enseignement de la Shoah. La perspective, me semble-t-il, devrait être celle d'une éducation civique au sens large, consacrée à la démocratie, au pluralisme et aux droits de l'homme. Or, quelles que soient les actions isolées de certains cantons, quelles que soient les initiatives de qualité de certains enseignants, cela reste des cas individuels. La *Conférence cantonale des directeurs d'instruction publique*, elle, ne bouge pas,

malgré l'insistance des organisations juives et de la CFR, notamment.

De son côté, la CFR a pris un certain nombre d'initiatives pour sensibiliser l'opinion à l'antisémitisme, en particulier. Je citerais notamment son rapport sur l'antisémitisme qui est sorti en novembre 1998, avec des recommandations précises destinées au public et aux autorités. En pleine campagne électorale, l'automne dernier, elle a dénoncé les dérives démagogues et racistes de certains politiciens, ce qui lui a valu d'être

menacée dans son existence par une initiative parlementaire de l'UDC, qui a fait long feu, heureusement, depuis. Et je passe sur d'autres actions, au jour le jour.

Mais est-ce bien assez? La CFR aussi doit être prête à remettre sans cesse l'ouvrage sur le métier. Face à la montée de l'extrême-droite, elle doit passer à une vitesse supérieure, malgré la modestie de ses pouvoirs et de ses moyens. Mais la CFR ne peut pas être tenue pour seule responsable de la lutte contre le racisme. Elle doit pouvoir compter sur des relais dans la société civile et politique, en conformité avec son mandat.

A ce propos, j'aimerais faire quelques recommandations sommaires.

Il ne faut pas hésiter à placer les autorités devant leurs responsabilités. En matière de racisme et de droits de l'homme en général, la symbolique est essentielle. Les pouvoirs publics à tous les niveaux doivent condamner sans faiblir les actes et les propos racistes. Ils doivent aussi s'engager dans des ré-

**Il ne faut pas hésiter
à placer les autorités
devant leurs responsabilités.
En matière de racisme
et de droits de l'homme
en général, la symbolique
est essentielle**



formes concrètes des administrations, de leur police, des programmes scolaires, comme cela vient d'être rappelé. Enfin, ils doivent éviter qu'un racisme rampant ne s'installe dans les écoles ou dans des quartiers en voie de ghettoïsation, en s'attaquant aux causes sociales et financières des problèmes. Il est trop facile d'attribuer ceux-ci à des caractéristiques culturelles inaltérables de certains groupes. Ce discours, fondé sur l'illusion d'une homogénéité helvétique, permet ensuite un glissement progressif vers la séparation et l'exclusion.

Dans tous ces domaines, il est possible de s'engager et d'agir, tout en étant conscient des pesanteurs de notre système politique. Bien sûr, nous pourrions déplorer que le Conseil fédéral, *in corpore*, n'ait jamais fait de déclaration solennelle contre les dangers du racisme, de la xénophobie et de l'antisémitisme, ni au plus fort de la crise des années 1997/98, ni aujourd'hui, face à la montée de l'extrême-droite chez nous et en Europe. Mais après tout n'est-ce pas là que le reflet exact de nos institutions qui ne favorisent pas le leadership, mais la gestion des affaires publiques? Plutôt que d'attendre des déclarations définitives de l'autorité politique, devons-nous la solliciter sans relâche pour qu'elle s'exécute et qu'elle commence à remplir les engagements de prévention et de sensibilisation auxquels elle a souscrit en adhérant à la CIDR. Cela aussi est de notre ressort. Nous pouvons aussi nous adresser directement aux partis politiques, comme la LICRA l'a d'ailleurs déjà fait, au moment des élections fédérales. Le Parlement européen fait p.ex. actuellement circuler dans les pays membres une *Charte des partis politiques européens pour une société non raciste*.

Plus spécifiquement, au niveau de l'action de chacun d'entre nous, je vois trois points essentiels à l'action citoyenne au sens large:

1. *Ne rien laisser passer.* S'opposer à la moindre phrase, plaisanterie ou injure raciste ou antisémite. Intervenir soi-même, dans la mesure du possible. Recourir à la dénonciation pénale, si nécessaire.
2. *S'affirmer dans son appartenance* à la fois de citoyen ou résident de ce pays et comme membre d'un groupe. Ne pas craindre la visibilité, affirmer ses droits. Nous savons que le racisme et l'antisémitisme ne se combattent pas par le silence, mais par la parole et l'affirmation de soi. Pour citer Elie Wiesel, lors de sa conférence à l'Université de Fribourg, l'an dernier: s'adressant aux communautés juives de Suisse, il les a exhortées «à aborder les préjugés antisémites sans peur et avec intelligence». Pour la minorité, l'objectif ne doit plus être la simple tolérance, mais celui d'être acceptée dans sa différence. Cela s'inscrit dans un nécessaire approfondissement de la démocratie actuelle, dans le sens d'un plus grand pluralisme et d'une plus grande diversité.
3. *Être solidaire* avec les autres groupes particulièrement vulnérables et exposés, eux aussi, au rejet collectif. Il faut être conscient que, tôt ou tard, personne n'est à l'abri d'un processus de mépris et de dévalorisation menant à la ségrégation et à l'exclusion. Il ne faut pas croire qu'il y a des bonnes et des mauvaises victimes, même si toutes ne sont pas également sympathiques. C'est vrai, les trafiquants de drogue albanais ne nous facilitent pas la tâche, ni les cas manifestes d'abus d'aides diverses. Mais ne confondons pas les dérives d'une minorité – qui doivent être combattues – avec le sort dramatique de milliers d'autres personnes de plus en plus stigmatisées ouvertement en raison de leur origine. Il s'agit d'un engagement à la portée de tous et qui nous concerne tous, que le hasard nous ait fait naître au sein d'une minorité, au bénéfice d'une appartenance spécifique, fondée sur la religion, l'origine ethnique ou la couleur de la peau ou que nous soyons, plus banalement, des citoyens «majoritaires».

En conclusion, j'aimerais revenir sur le rôle de la mémoire, car elle occupe une place essentielle dans tout engagement. Je dirais qu'il y a deux qualités de mémoire:

La première mémoire est celle qui stigmatise et culpabilise et qui, par ses excès, risque de banaliser et de déresponsabiliser. Elle vient d'une réaction compréhensible à tant d'indifférence et de malheur, mais au lieu d'éveiller les consciences, elle risque d'aller à fins contraires.

C'est, il faut l'admettre, un reproche fréquent et douloureux, qui touche d'ailleurs le discours antiraciste dans son ensemble et auquel il faut réfléchir sans toutefois tomber dans une indulgence excessive pour ceux que les dénonciations des victimes ennuient, au risque d'inverser les rôles.

La deuxième mémoire est la mémoire vivante, celle qui, pour paraphraser Lévinas, «... libère alors que l'oubli paralyse». Elle est celle qui éveille en chacun de nous l'empathie pour les êtres et leur destin tout en nous incitant sans relâche à nous interroger sur les processus qui ont conduit au génocide. Elle nous fournit la perspective historique indispensable à l'intelligence des faits et restitue une expérience collective dont la connaissance seule empêche le retour de la barbarie.

Cette mémoire-là prend l'exact contre-pied de la stratégie de l'oubli – la stratégie du vide – à laquelle œuvrent ces temps tous ceux qui visent au discrédit de la démocratie représentative au profit d'un supposé dialogue entre le peuple et ses chefs.

Quand l'historien de Christoph Blocher, Christoph Mörgeli, par ailleurs aussi Conseiller national, défend à la télévision alémanique, je cite: «un gouvernement faible, un État faible et des politiciens

faibles (...) mais un UDC fort», nous devons être attentifs. Quand un autre lieutenant, de Haider cette fois, défend ouvertement le nazisme comme une «doctrine qui avait de bons côtés, mais qu'on ne peut pas adapter telle quelle à notre époque», je vous laisse juger.

Et nous comprenons alors mieux, ou nous pressentons l'impensable, à savoir qu'Hitler aurait pu réussir, qu'il n'était pas dit que cette folie allait échouer et qu'il y aurait encore parmi nous aujourd'hui des juifs, des tsiganes et d'autres pour témoigner ou simplement continuer à vivre.

Et nous savons que si on laisse faire, si on n'arrête pas ce discours avant la disparition des derniers témoins directs, alors, la page sera tournée et nous aurons tous échoué.

En dernier lieu – et je m'arrêterai là – nous devons nous interroger sur la façon de transmettre cette mémoire si unique, tout en sachant que les témoignages directs, par leur force incomparable, sont irremplaçables. Quel est le contenu qui devrait idéalement figurer aux programmes scolaires, qu'il s'agisse de l'histoire ou de l'enseignement des droits de l'homme?

Comme Annette Wievorka et d'autres, la philosophe française Emma Shnur, qui a perdu deux de ses grand-parents dans les camps, s'est interrogée sur la transmission de la mémoire et de son effet sur les jeunes adolescents. Tout en affirmant l'absolue nécessité de celle-ci, elle voit deux écueils majeurs:

premièrement, la difficulté à enseigner que l'insoutenable a existé, que l'inhumanité est l'autre face de notre civilisation – de la même civilisation – et celle de ne pas, en même temps, désespérer les jeunes, pour qu'ils aient confiance en l'avenir.

En deuxième lieu, «pour que cela ne se reproduise plus jamais», et sans se détourner des victimes, se pencher davantage sur les «exécuteurs», sur leurs complices et sur les témoins passifs, ceux qui nous ressemblent beaucoup, dit Emma Shnur. Elle dénonce ainsi ce qu'elle appelle «la tendance à créer une fascination pour les victimes». «Il me semble – dit-elle – qu'avant de faire arriver les juifs comme le peuple qu'on assassine, il faudrait aussi les faire exister comme le peuple qui a vécu et montrer cet art de vivre.» «Transmettre (...) c'est aussi recréer quelque chose qui serait, par exemple, aussi pétillant et drôle que l'univers d'un Isaac Bashevis Singer.»

Pour la minorité, l'objectif ne doit plus être la simple tolérance, mais celui d'être acceptée dans sa différence



Literatur zu Antirassismus

DOMINIQUE IM HOF

Wer sich ein Bild über die theoretische Debatte zum Antirassismus machen will, wird im deutschsprachigen Raum vor allem auf zahlreiche Beiträge aus den Jahren 1991 und 1992 stossen, die sich sehr selbstkritisch mit der Frage auseinandersetzen. DAS ARGUMENT Nr. 195 mit dem Titel «Anti-Rassismus-Methodendiskussion» enthält Beiträge zur theoretischen Diskussion und politischen Beratung unter anderem von Willhelm Heitmeyer, Wolfgang Kowalsky, Rudolf Leiprecht und Ute Osterkamp, alles Personen, die auf einige Erfahrung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechts extremismus zurückblicken können. Als Aufhänger aller Beiträge dient der im ARGUMENT Nr. 191 veröffentlichte, ausführliche Beitrag von W. F. Haug. Derselbe Beitrag ist im von Nora Räthzel und An-nita Kalpaka herausgegebenen ARGUMENT-Sonderband «Rassismus und Migration in Europa» von 1992 abgedruckt, der weitere Artikel eines Kongresses desselben Namens, der 1990 in Hamburg stattfand, zusammenfasst. Im Vorwort kommt Étienne Balibar zu Wort. Sein Beitrag «Rassismus und Politik in Europa» erschien auch im WIDERSPRUCH Nr. 21 «Beiträge zur sozialistischen Politik», wo wiederum ein Aufsatz von Jost Müller zu finden ist. Eine grundlegende Studie von Pierre-André Taguieff schliesslich findet sich im Sammelband «Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?» von Uli Bielefeld. (Die genauen Literaturhinweise befinden sich am Ende des Beitrags.)

In «Rassismus und Politik» (1991) postuliert der Philosoph ÉTIENNE BALIBAR einen neuen europäischen Rassismus als bedrohliches institutionelles Phänomen. Weil der Staat Rassismus vermitteln müsse das Problem politisch angegangen werden und weil der europäische Rechtsstaat eine eher schwache Position einnehme, müsse das Vorgehen ein transnationales sein.

Rassismus versteht Balibar als durch den Eingriff des Staates vermittelte Beziehung zum Anderen. Diskriminierung gehört zum Wesen der Europäischen Gemeinschaft, denn in jedem Mitgliedsland gibt es zwei Kategorien von Ausländern mit ungleichen Rechten. Der Nationalstaat produziert mittels juristischer und politischer Eingriffe nationale bzw. pseudo-nationale Minderheiten. Durch Staatsbürgerschaft bzw. Nationalität verfügt eine privilegierte Schicht der Einwohner eines Landes über exklusive individuelle und kollektive soziale Rechte. Während die Zentralisierung der Macht des Staates in Europa abnimmt, reduziert sich seine Aufgabe zunehmend darauf, mittels repressiver Verwaltungspraktiken und Schlichtungen die Spannung zwischen den Einzelinteressen auszugleichen. Das Macht- und Verantwortungsdefizit des Staates fördert die Gefahr eines «kollektiven Gefühls identitärer Panik».

In ganz Europa ist heute eine tendenziell rassistische Politik erkennbar. Eine antirassistische Politik dagegen existiert nur in Ansätzen. Angesichts der Schwäche des Nationalstaates müssen sich antirassistische Meinungsbewegungen auf europäischer Ebene organisieren und koordinieren. Voraussetzung wäre eine tragfähige Zusammenarbeit unter den diskriminierten «Minderheiten».

Die Forderung nach Gleichwertigkeit von sozialen und bürgerlichen Rechten wirft die Frage nach der Verbindung zwischen dem lokalen und dem inter- bzw. transnationalen Bürgerrecht auf. Da das Modell der nationalen Bürgerschaft oder des national-sozialen Staates nicht auf Gesamteuropa ausweitbar ist,

müssen neue politische Wege und juristische Formeln gefunden werden.

Die Unmöglichkeit einer klaren Trennung zwischen «eingeborenen» und «fremden» Bevölkerungen birgt die Gefahr von Massenrassismus oder Klassenrassismus. Eine antikapitalistische Massenbewegung muss daher notwendigerweise auch eine klar antirassistische sein. Eine solche Bewegung muss die Frage der Staatsbürgerschaft als zentrales Anliegen behandeln; muss eintreten für eine Volkssouveränität, in der es keine Menschen mehr gibt, die auf Grund ihrer Nichtzugehörigkeit zum immer fiktiveren «Nationalstaat» in absoluter Rechtlosigkeit gehalten werden; muss sich einsetzen für ein universelles Wahlrecht – als Symbol des Rechtes auf Politik für alle – und für das Recht auf demokratische Kontrolle der staatlichen Organisationen und der Wirtschaftspolitik; muss schliesslich die kulturelle Gleichheit aller Bevölkerungen fordern, welche zur Bildung des heutigen Europa beigetragen haben.

Für den Politikwissenschaftler JOST MÜLLER (1991) legt die Debatte um Multikulturalismus und Universalismus die «Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus» offen. Seine Gedanken zur Konstruktion des Begriffes «Rasse» und zu den Wirkungsweisen des Rassismus sollen helfen, sich nicht in diesen Fallstricken zu verfangen.

Müller beginnt mit einem kurzen Abriss der historischen Formationen des Rassismus und einer Diskussion der ideologischen Konstruktion des Rassebegriffes. Er unterscheidet dabei drei Typen: den «universellen Rassismus», den «superioren Rassismus» und den «differentiellen Rassismus».

«Rasse» wird durch die Spaltung des «Selbst» vom «Anderen» konstruiert und bezieht sich somit auf den Ein- bzw. Ausschluss bestimmter Menschen und Gruppen. Der heutige Rassismus unterscheidet sich von früheren Formen

durch die Verbindung mit dem Kulturalismus (wobei darauf hingewiesen werden muss, dass sich Rassismus in seinem Alltagsgebrauch zwischen Biologismus und Kulturalismus hin und her bewegt, da alles Soziale sowieso biologisch verstanden wird).

Der differenzielle Rassismus nimmt Themen und Argumente des antirassistischen Diskurses auf, wandelt sie ab und macht sie sich zu Eigen. Das von Taguieff *retorsion* genannte Vorgehen kann anhand des «Rechts auf Differenz» dargestellt werden. Diese im antirassistischen Kampf grundlegende Forderung ist heute gebräuchliches Argument fremdenfeindlicher Organisationen in ihrer Hatz gegen Ausländer. Auch die Politik ist derart einer Kulturalisierung unterworfen, dass eine Auseinandersetzung mit «sozialer Ungerechtigkeit und sozialem Leid» kaum möglich ist (vgl. den Beitrag von Thomas Kessler in dieser Ausgabe von TANGRAM).

Anhand der drei von ihm herausgearbeiteten Idealtypen von Rassismus und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Eigenheiten führt Müller deren Funktion in Ökonomie und Politik aus.

Im Beitrag «Zur Dialektik des Antirassismus. Erkundungen auf einem Feld voller Fallstricke» (1992) ruft der Philosoph WOLFGANG FRITZ HAUG dazu auf, sich im Kampf gegen Rassismus nicht zum Anwalt fremder Interessen zu machen. Es gebe weder «Rassen» noch «Rassismus», «Rassismus» könne man daher nicht bekämpfen: «Der Antirassist konstruiert den Rassisten als einen, der Rasse konstruiert.»

Haug nennt fünf Umstände, die das gegenwärtige Zeitalter bestimmen und die berücksichtigt werden müssen, um die Formen des «neuen strukturellen Rassismus» auszumachen.

- ▶ Der Übergang zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus
- ▶ Die Vollendung des kapitalistischen Weltmarktes

- ▶ Die «Wärmepumpenstruktur» des Weltmarkts: Der Weltmarkt entzieht den von der Kapitalakkumulation und technologischen Hochentwicklung abgekoppelten Zonen ständig Ressourcen
- ▶ Die unterschiedliche Attraktivität von Bevölkerungen auf dem Weltmarkt: Auf der einen Seite die Führungselite transnationaler Konzerne, auf der anderen das globale «Subproletariat»
- ▶ Gleichzeitig aber auch das Auftauchen einer neuen Zivilgesellschaft.

Weiter diskutiert Haug den «Rassismus von unten», das Verhältnis von Frauendiskriminierung und Rassenhass und die Verbindung von Rasse, Klasse und Herrschaftskritik. Antirassismus, meint Haug abschliessend, befinde sich immer in einer «Zwickmühle»: was man auch mache, Schaden sei nie auszuschliessen.

Die Psychologin UTE OSTERKAMP bespricht in «Antirassismus: Weitere Fallstricke und Problematisierungen» (1992) Haugs Artikel: «W. F. Haug hat in seinem Artikel (...) dazu aufgerufen, sich mit den Fallstricken und Zwickmühen des antirassistischen Kampfes auseinander zu setzen. Er hat dabei in differenzierter Weise die konzeptuellen und politischen Widersprüche von «Rasse», «Rassismus» und «Antirassismus» herausgehoben, wobei seine Arbeit sich schliesslich zu einem umfassenden Problemaufriss unter Einbeziehung globaler Entwicklungen ausweitete.»

Unter Anführung weiterer bekannter Autoren (vor allem Taguieff und Balibar) setzt sie sich mit Haugs Thesen auseinander, bespricht die Begriffe «Universalismus» und «Kulturalismus» und geht auf die gefährliche Antithese «Rassismus als Inhumanität versus Antirassismus als Humanität» ein. Osterkamp gibt zu bedenken, dass auch Haug «aus der Perspektive derer argumentiert, die nicht bereit sind, ihre eigene Überlegenheit gegenüber den Fremden zur Diskussion zu stellen», wenn er als Voraussetzung für die zivilge-

ellschaftliche Gleichberechtigung die zivilgesellschaftliche Integration verlangt, denn man könne nicht erwarten, dass sich zivilgesellschaftliche Verhaltensweisen unter Ausschluss an den zivilgesellschaftlichen Prozessen entwickeln lassen.

Osterkamp kritisiert Taguieffs Einteilung des Rassismus in unterschiedliche Formen, da diese in der Praxis offenkundige Beziehungen aufweisen. Sie geht aber mit Taguieff einig, dass alle Klassen an der Aufrechterhaltung von Rassismus beteiligt sind, analysiert deren Beweggründe jedoch anders. Für die einen bedeutet Rassismus die Festigung ihrer Herrschaft, für die anderen aber die Festigung ihrer Abhängigkeit. Am verbreitetsten ist heute der Rassismus in den existenziell verunsicherten Schichten.

In «Die Gefahren eines schwärmerischen Antirassismus. Zur Notwendigkeit einer differenzierten Begriffsverwendung und einer multikulturellen Konfliktforschung» geht der Erziehungswissenschaftler WILHELM HEITMEYER (1992) der Annahme nach, dass Massnahmen gegen Rassismus ersetzt werden durch «Begriffspolitik». Eine Differenzierung der Begriffe und die Erforschung multikultureller Konflikte sind nötig.

Die «Begriffs-Politik» spielt eine zentrale Rolle für die Wirksamkeit von Massnahmen gegen Rassismus. «Rassismus» als Begriff wird inzwischen in der deutschen Öffentlichkeit zwar rege, doch immer undifferenzierter verwendet, er verliert so an analytischer Schärfe und eignet sich kaum mehr als handlungsleitendes Konzept. Statt unter «Rassismus» verschiedenste Unterdrückungsformen und Verhaltensweisen zusammenzufassen, ermöglicht ein differenzierter Zugang eine lösungsorientierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen ablaufenden Prozessen.

Moralische Empörung über Gewalt nützt den potenziellen Opfern unter den Migranten wenig und legt den Kurzschluss der Repres-

sion nahe. Diese kann aber nie politische Alternativen ersetzen.

Voraussetzung für die Bekämpfung von Rassismus ist die Auseinandersetzung mit dem Angstpotenzial in der Gesellschaft: Die Angst muss benannt und erklärt werden, statt sie, wie dies heute meist der Fall ist, den Menschen ausreden zu wollen oder eine Angstrepression anzustreben: «Die Überredung ist wirkungslos, die Repression gefährlich.»

Heitmeyer wirft den offiziellen Politikvertretern vor, alles zu unternehmen, damit die Ursachen für Rassismus nicht mit der «Modernisierungspolitik» verbunden werden. Sie etikettieren Jugendliche in eigenem Interesse als Neonazis, statt deren Lebensumstände zu ändern. Die «inflationäre» Verwendung des Rassismusbegriffes legt den Schluss nahe, es handle sich dabei um eine ideologisch motivierte Abschirmungsstrategie, hinter der die eigenen Konkurrenzängste verborgen werden können. Heitmeyer beschreibt, wie verschiedene Dilemmas auf der Aktionsebene zu einer zunehmenden Verwendung des Rassismusbegriffes führen:

- *Das Mediendilemma:* Nehmen die Medien zum Beispiel Gewaltereignisse auf, durchbrechen sie Tabuswellen und spiegeln die Tat als Erfolg an die Täter zurück. Eine intensive Auseinandersetzung mit diesem Zwiespalt findet in den Medien nicht statt.
- *Das Aufklärungsdilemma:* In Bildungsveranstaltungen muss über Vorurteile gesprochen werden. Da aber emotionale Problemlagen kaum rational zugänglich sind, besteht die Gefahr, dadurch die Vorurteile zu stärken.
- *Das Aktionsdilemma:* Die Bekämpfung mit politischen und rechtsstaatlichen Mitteln kann einerseits gewaltorientierte Gruppen intern stärken und gleichzeitig bei «Gegengewalt»-Gruppen gruppeninterne Gewaltprobleme auslösen.
- *Das Politikdilemma:* Transnationale politische und ökonomische Einbindung z.B. schützt auf Regierungsebene vor nationalistischer

Selbstübersteigerung, erzeugt aber gleichzeitig Abgrenzungs- und Exklusionsprozesse auf der Alltags-ebene.

Heitmeyer folgert, dass, je stärker diese Dilemmas zu Bewusstsein kommen, desto grösser der Bedarf nach einem Begriff werde, um sie zuzudecken. Insofern wird die Verwendung des Rassismusbegriffes zunehmen.

**«Die
Ausländer
werden instru-
mentalisiert, damit
die Linke das eigene
gute Gewissen
zur Schau
stellen
kann»**

Als Gegenstrategie sind Antidiskriminierungsgesetze sicher eine notwendige Massnahme, sie reichen aber nicht aus. Heitmeyer warnt vor innergesellschaftlichem «Nebeneinander» als Strategie der Konfliktminimierung. Minderheiten sollten sich im Gegenteil für eine Vielzahl von Konfliktregelungsformen und -ansätzen einsetzen. Eine multikulturelle Konfliktforschung muss die Integrationsprobleme von Zugewanderten immer im Zusammenhang mit den Desintegrationsproblemen der Ansässigen analysieren.

Der Soziologe WOLFGANG KOWALSKY wirft einer «Spezies» unter den «Linken» vor, ihre eigene Position als die einzige moralische zu betrachten, und überschreibt seinen Artikel mit «Moralisierender Anti-Rassismus» (1992). Die Linken verbinden die Ausländerthematik mit Geboten und Tabus, die eine Diskussion und die Lösung der «Ausländerfrage» verhindern.

Die fundamentalistische Fraktion «Offene Grenzen» spricht den Deutschen das Recht ab, über Grösse und Merkmale ihres Kollektivs und damit ihrer Nation zu entscheiden. Sie will die Deutschen bevormunden und ihnen moralische Regeln vorschreiben. «Die Ausländer werden in dieser Logik instrumentalisiert, damit die Linke das eigene gute Gewissen zur Schau stellen kann; (...).»

Der Versuch, fremde Kulturen aus schlechtem Gewissen der eigenen überzuordnen, die fremde Kultur aus ihren eigenen Bedingungen heraus verstehend zu akzeptieren, führt zu Kulturrelativismus. Der Kulturrelativismus hält die Prinzipien aller Kulturen für grundsätzlich gleichwertig. Während aber innerhalb des Kollektivs (der Nation) die Rechte des Individuums vor denen des Staates stehen, hat das Kollektiv nach aussen übergeordnete Rechte gegenüber den Individuen, die dem Kollektiv nicht angehören.

Ausländer-, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind zu «Passepartout»-Begriffen geworden und werden «inflationär» verwendet. Nur schon die geringste Kritik an ausländischen Sitten beispielsweise wird von manchen als rassistisch angesehen. Rassismus als Begriff wird nicht analytisch verwendet, da er dazu eine gewisse Trennschärfe aufweisen müsste. Die Linke errichtet eine ausländerfreundliche Hierarchisierung (das Gegenstück zur rechtsextremen, ausländerfeindlichen Hierarchisierung), festigt durch die Verwen-

derung der Begriffe als Kampfbegriffe alte Frontlinien und bewirkt eine Denkblockade, ein neues Tabu.

Viel deutsche Linke haben ein gestörtes Verhältnis zur nationalen Frage und lehnen den Begriff «Nation» ab. Während die multi-kulturelle Gesellschaft als Chance und Bereicherung gilt, werden Schwierigkeiten wie Ängste oder Bedrohungsgefühle, die durch Immigration entstehen, ausgeblendet. Statt über konkrete Probleme der Integration und des Zusammenlebens zu diskutieren, werden moralisierende Argumente und Bekenntnisse abgegeben. Weder können gute Absichten Wirksamkeit garantieren, noch Strategien wirksam sein, die auf eine Polarisierung hinauslaufen. Die Ausländerfrage ist zu einem linken Bezugspunkt und Prüfstein für die richtige Gesinnung geworden.

Der Sozialwissenschaftler RUDOLF LEIPRECHT setzt sich unter dem Titel «Auf der Suche nach Begriffen für eine antirassistische Arbeit» (1992) mit dem von Essed und Kalpaka/Rätzel gemachten Vorschlag auseinander, den Rassismusbegriff für die dominanten Gruppen zu reservieren, und argumentiert, dass sich eine Einschränkung der Definition längerfristig nicht auszahlt.

Anhand des Beispiels der USA zeigt Leiprecht auf, wie dominierende Gruppen auf den Rassismus der unterdrückten Gruppen verweisen und ihn dazu benutzen können, vom eigenen Rassismus abzulenken. Er hält es jedoch für eine Illusion, solchen Ablenkungsmanövern durch eine Einschränkung der Definition Einhalt gebieten zu wollen. Das Nachdenken über Rassismus auch bei Unterdrückten darf nicht verboten werden. Die Machtverhältnisse können nicht immer eindeutig bestimmt werden und ändern sich.

Anhand des Beispiels der Jugendarbeit führt Leiprecht aus, wie wichtig es ist, auf verschiedenen Ebenen (nicht eindimensional) zu

handeln. Die Funktion von Rassismus wird deutlich, wenn nach dem Nutzen rassistischer Verhaltensweisen gefragt wird.

Der Philosoph und Politologe PIERRE-ANDRÉ TAGUIEFF untersucht in seiner Studie «Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus» (1991) die «Metamorphosen» des ideologischen Rassismus, «die die antirassistische Bewegung zu einer radikalen Überprüfung ihrer Grundannahmen sowohl über den Rassismus als auch über die Mittel, diesen zu bekämpfen, zwingen .»

Der Neorassismus hat sich von der Annahme «biologischer Ungleichheit» zur Verabsolutierung «kultureller Differenzen» verschoben. Er leitet aus der postulierten kulturellen Differenz das Recht auf die Verteidigung der eigenen kulturellen Identität ab und behauptet, Angehörige fremder Kulturen seien unfähig, sich anzupassen. Die antirassistische Bewegung muss diesen Wandel erkennen und ihren Kampf danach richten.

Taguieff hat seine Analyse in zahlreichen Büchern und Artikeln weitergeführt, zum Beispiel mit «Les fins de l'antiracisme» (1995a). In einigen Beiträgen beschäftigt er sich eingehender mit der Definition und der Erklärung für Rassismus, die einer wirkungsvollen antirassistischen Arbeit vorangehen. In «Racisme/racismes: Éléments d'une problématisation» (1995b) beispielsweise erläutert Taguieff den Begriff des Rassismus ausführlicher. Er beschreibt die verschiedenen Formen des Rassismus und entwirft über die Ausführung ihrer Gemeinsamkeiten eine minimale Definition. In «La haine ne suffit pas. Sur une illusion explicative» (1999) weist er nach, dass negative Gefühle allein zur Erklärung von Rassismus nicht ausreichen und es einer eingehenden Analyse der jeweiligen Situation bedarf.

Dominique Im Hof studiert Ethnologie an der Universität Bern.

Résumé

Le lecteur qui désire se faire une idée du débat sur l'antiracisme au niveau théorique et méthodique trouvera un grand nombre d'écrits, pour la plupart rédigés en allemand entre 1991 et 1992.

Le présent article donne une vue d'ensemble des écrits de Wolfgang Fritz Haug, Wilhelm Heitmeyer, Wolfgang Kowalsky, Rudolf Leiprecht, Ute Osterkamp, Étienne Balibar et Pierre-André Taguieff.

Taguieff est l'un des rares à porter le débat sur un plan théorique. Outre ses nombreux ouvrages, ses deux articles, écrits en 1995 et 1999, donnent un bon aperçu de son mode d'argumentation.

Literatur

Balibar, Etienne 1991
«Rassismus und Politik in Europa.» In: WIDERSPRUCH 21, S. 11–19.

Haug, Wolfgang Fritz 1992
«Zur Dialektik des Antirassismus.» In: ARGUMENT-Sonderband «Rassismus und Migration in Europa», S. 407–430.

Heitmeyer, Wilhelm 1992
«Die Gefahr eines schwärmerischen Antirassismus.» In: ARGUMENT Nr. 195, S. 675–683.

Kowalsky, Wolfgang 1992
«Moralisierender Antirassismus.» In: ARGUMENT Nr. 195, S. 695–701.

Leiprecht, Rudolf 1992
«Auf der Suche nach Begriffen für antirassistische Arbeit.» In: ARGUMENT Nr. 195, S. 703–713.

Müller, Jost 1991
«Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus.» In: WIDERSPRUCH Nr. 21, S. 59–75.

Osterkamp, Ute 1992
«Antirassismus: Weitere Fallstricke und Problematismen.» In: ARGUMENT Nr. 195, S. 733–745.

Taguieff, Pierre-André 1991
«Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus.» In: Bielefeld, Uli, Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg: Junius, S. 221–268.

Taguieff, Pierre-André 1995a
Les fins de l'antiracisme. Paris: Michalon.

Taguieff, Pierre-André 1995b
«Racismelracismes: Éléments d'une problématisation.» Dans: MAGAZINE LITTÉRAIRE no. 334, p. 35–39.

Taguieff, Pierre-André 1999
«La haine ne suffit pas. Sur une illusion explicative.» Dans: IMPATIENTES DÉMOCRATIQUES no. 2, p. 24–27.



Gegen Rassismus erziehen

RUEDI TOBLER

Zum Thema der antirassistischen Erziehung sind im letzten Jahr zwei Bücher erschienen, die sich ergänzen, weshalb sie zusammen vorgestellt werden.

Vorab sei ein mögliches Missverständnis ausgeräumt: Selbstverständlich kann nicht «gegen» etwas erzogen werden; Erziehung will immer auf ein Ziel hinführen. Aber ein solches Ziel steht immer auch in Konkurrenz zu andern Zielen, die nicht erreicht oder vermieden werden sollen. Es ist vielleicht eine Schwäche der «antirassistischen Erziehung», dass sie keinen «positiven» Begriff für sich entwickeln konnte. Andererseits spricht sie klar aus, worum es geht, um die Bekämpfung des in der gesellschaftlichen Struktur verankerten Rassismus, einen Perspektivenwechsel von den «Defiziten» der Minderheiten zur gleichberechtigten, multi-kulturellen Bildung für alle.

Noch vor rund zehn Jahren stiess das Konzept der

antirassistischen Erziehung weiterhin auf Ablehnung, weil Rassismus als «linker ideologischer Begriff» abgetan wurde (vgl. VPOD-MAGAZIN, Nr. 65, Februar 1990: «Gegen Rassismus erziehen»). Noch im März 1992 wurde im Zusammenhang mit dem Erscheinen der bundesrätlichen Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur Antirassismus-Konvention Exponenten der «Antirassismuskampagne» von der NZZ «Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung» unterstellt (NZZ, 12.3.92). Die Auseinandersetzungen anlässlich der Abstimmung über die Antirassismus-Strafnorm (1994) haben einiges zu einer Sensibilisierung in weiten Kreisen betreffend die gesellschaftliche Brisanz des Rassismus beigetragen.

Eine theoretische und empirische Studie

Vor zwei Jahren hat Cintia Meier-Mesquita eine stark beachtete Broschüre «Aspekte antirassistischer Erziehung» herausgegeben. Die Vermutung liegt nahe, dass das kurze Zeit danach publizierte Buch «Rassismus und antirassistische Erziehung» eine erweiterte Fassung der Broschüre darstellt. Dem ist aber nicht so, nur schon die Literaturverzeichnisse zeigen wenig Übereinstimmung. Selbstverständlich gibt es thematisch

Es ist vielleicht eine Schwäche der «antirassistischen Erziehung», dass sie keinen «positiven» Begriff für sich entwickeln konnte

bedingte Überschneidungen, aber es sind zwei selbständige Arbeiten, die sich gegenseitig ergänzen.

Theoretischer Teil

Das Buch ist dreigeteilt. Im ersten, theoretischen Teil befasst sich die Autorin mit den Begriffen «Ausländerfeindlichkeit», «Fremdenfeindlichkeit» und «Ethnozentrismus», die oft verharmlosend anstelle von «Rassismus» verwendet werden. Mit Detailkenntnis setzt sie sich mit der historischen und ideologischen Entwicklung des Rassismusbegriffs auseinander: «Dabei wird Rassismus als eine Ideologie, die in der europäischen Kultur verankert ist, und als ein Prozess, in dem die Ideologie im Alltag

reproduziert wird, erläutert.» Gestützt darauf präsentiert sie abschliessend eine eigene Begriffsdefinition in zwölf Punkten. Wem die ausführliche Beschäftigung mit Rassismustheorien zu aufwändig ist, kann sich mit der Zusammenfassung im Kapitel «Fazit und Rassismuskonzept» begnügen. Das ist allerdings eine Abkürzung, bei der einem viel Lehrreiches entgeht.

Empirische Untersuchung

Im zweiten Teil werden die Ergebnisse einer «qualitativen» empirischen Studie unter Lehrkräften vorgestellt. Es ging also nicht darum, einen repräsentativen Überblick über die Einstellungen der Lehrpersonen zum Rassismus zu gewinnen, sondern die Frage bei einer kleinen Gruppe vertieft anzugehen.¹ Sechs Lehrerinnen und neun Lehrer von der Primar- bis zur Gymnasialstufe aus der Deutschschweiz – und zwar erfahrene und in interkulturellen Fragen engagierte – wurden befragt. Es ist meines Wissens die erste Studie dieser Art zum Rassismus in der Schweiz (zumindest als Buchpublikation veröffentlichte).

Die Auswertung besteht zu einem grossen Teil aus Aussagen der Befragten zu zehn Themenbereichen von «fremd» über «Eurozentrismus» und «Diskriminierung bei der Lehrerschaft» bis zum «Islam». Sie ergeben ein differenziertes Bild der «Rassismuslandschaft Schweiz». Dies würde sich auch als Grundlage für eine repräsentative Umfrage unter Lehrpersonen in der ganzen Schweiz eignen. Bezüglich deren Haltung sind wir ja bisher auf Mutmassungen und Indizien angewiesen, etwa dass die VOX-Analyse zur Abstim-

¹ Angewendet wurde die Methode des «problemzentrierten Interviews» und zur Auswertung hauptsächlich die «kritische Diskursanalyse», welche vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialwissenschaft (DISS) entwickelt wurde. Für diese Studie machte DISS die erste Aufarbeitung des Materials.

mung über die Antirassismus-Strafnorm (1994) für die Lehrkräfte den höchsten Ja-Anteil aller Berufskategorien ausweist.

Antirassistische Erziehung

Der dritte Teil ist der antirassistischen Erziehung gewidmet. Einleitend setzt sich die Autorin mit der speziellen schweizerischen Situation auseinander (z.B. keine koloniale Vergangenheit) und legt, gestützt auf Arbeiten von Chris Mullard, ein theoretisches Fundament. Gross ist in diesem Bereich die Übereinstimmung mit der eingangs erwähnten Broschüre, die teilweise mehr ins Detail geht. Mullard unterscheidet drei Ebenen der antirassistischen Erziehung: eine ethische, eine räumliche und eine verbindende. «Räumlich» bezieht sich nicht auf einen geografischen, sondern einen sozial-erzieherischen Raum, in dem alle Fragen angesprochen werden können, das Verbindende meint, dass Gerechtigkeit im Zentrum steht, also Diskriminierungen aller Art angegangen und «bewährte Werte, Normen, Traditionen und Philosophien aus den unterdrückten Regionen der Welt» einbezogen werden. Der praxisbezogene Teil bietet wie erwähnt nicht Lektionsvorlagen, sondern eine Reflexion über Ansätze, Vorgehensweisen und Themen. Diese Reflexionen stützen sich auch auf die im zweiten Teil vorgestellte Befragung, beziehen also die Erfahrung von engagierten Lehrkräften mit ein.

Schlussbemerkung

Spezifisch schweizerische Studien zum Rassismus sind selten. Das Buch von Cintia Meier-Mesquita ist aber nicht nur deshalb besonders wertvoll, weil es hier eine Lücke schliesst. Der Lebenslauf der Autorin hat in der Studie deutliche Spuren hinterlassen; «blinde Flecken», die für den Zugang von «weissen» Mitteleuropäern/-innen, auch «Antirassisten/-innen», zum Thema typisch sind, kommen nicht vor. Die Studie illustriert sehr anschaulich,

wie der Anspruch auf «Wertfreiheit» in wissenschaftlicher Arbeit – besonders in sozialwissenschaftlicher – fehlt. Zum Abschluss die Angaben zur Autorin, zitiert aus der Broschüre «Aspekte antirassistischer Erziehung»:

Maria Cintia de Perpétua Meier-Mesquita ist Portugiesin indischen Ursprungs; sie wurde in Goa geboren und wuchs in Europa und in Afrika auf. Sie studierte Chemie und Soziologie und lebt seit mehr als zwanzig Jahren in der Schweiz. Zur Zeit lehrt und forscht sie am Institut für Soziologie der Universität Bern und ist Mitglied der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus*.

Antirassistische Pädagogik in Europa

Im zweiten Buch werden Erfahrungen und Ideen aus einer ganzen Reihe europäischer Länder zusammengetragen. Obwohl der Begriff «Pädagogik» im Titel steht, der hierzulande im Allgemeinen mit der Schulumgebung assoziiert wird, finden sich auch Beiträge zur Sozialarbeit, speziell zur Jugendarbeit. Die Zielsetzung kann mit einem Zitat aus dem Vorwort umschrieben werden: «Antirassistische Arbeit bedeutet, sich gegen den «Rassismus im eigenen Kopf» zu wehren und eine kritische Distanz sich selbst gegenüber zu schaffen und zu bewahren.» Illustriert ist das Buch mit mehrfarbigen Radierungen von Petar Waldegg. Die Mehrheit der Beiträge ist ursprünglich in einem italienischen Sammelband erschienen, sie wurden für diese Ausgabe überarbeitet. Erschienen ist das Buch im Drava Verlag, Klagenfurt, der kürzlich in Anerkennung seines publizistischen Engagements für ethnische Minderheiten und Flüchtlinge den europäischen Menschenrechtspreis «Offene Alpen» erhalten hat.

Theoretische Praxis

Die erste Hälfte der Beiträge ist um den Begriff «theoretische Praxis»

gruppiert. In «Die Erziehung der Nation» geht Walter Lorenz der teilweise unterschiedlichen Entstehung und Entwicklung des Nationalstaates in Europa nach (ohne auf die Schweiz einzugehen). Er betont, wie wichtig es ist, sich dessen Charakters bewusst zu sein, gerade bei antirassistischer Arbeit.

In «Beobachtungen zu interkultureller und antirassistischer Pädagogik aus italienischer Perspektive» plädiert Anna Aluffi-Pentiti für die Komplementarität von interkultureller und antirassistischer Pädagogik. Dabei gehe es eigentlich um die Konkretisierung pädagogischer Grundprinzipien.

In «Für einen Antirassismus ohne Schelte: Das Projekt «Vermittlung und Konfliktlösung durch Gleichaltrige»» kritisieren Gita Steiner-Khamsi und Carol Anne Spreen herkömmliche antirassistische und multikulturelle Jugendarbeit und stellen das in den Vereinigten Staaten weit verbreitete Projekt «peer-mediation and conflict resolution» vor, das eine Fixierung auf kulturelle, nationale oder «rassische» Eigenschaften vermeiden und eine persönliche Identität wählen hilft.

In ««Identität» und interkulturelle Erziehung» fordert Franz Hamburger nach einer Kritik des Begriffs «Identität», dass nicht Identitätsfragen, sondern gerechte gesellschaftliche Verhältnisse im Zentrum stehen sollen.

In «Die slowenische Jugend in den 90ern: Ursprünge und Potentiale der In-/Toleranz» befasst sich Vlado Miheljak mit den Auswirkungen des Zusammenbruchs der realsozialistischen Herrschaftssysteme auf die Jugend, die zu diesem Zeitpunkt noch die Schule besuchte und miterleben musste, wie praktisch über Nacht die bisher hochgelobten Führerpersönlichkeiten demontiert und zu «Unpersonen» erklärt wurden. Grundlage sind verschiedene grosse Umfragen unter Jugendlichen. Er kommt trotz ernüchternden bis erschreckenden Ergebnissen zum hoffnungsvollen Schluss, dass es sich lohnt, in Erziehung zur Toleranz zu investieren.

In «Verstrickt in den eigenen Rassismus: Minderheiten in einer anderen Rolle» begeht Vladimir Wakounig einen «Tabubruch». Er zeigt auf, wie gefährlich und auch in die Irre führend es ist, wenn sich Minderheiten spiegelbildlich zur Mehrheit verhalten und so zum simplifizierenden Dualismus – hier Mehrheit, dort Minderheit – beitragen, mit der Vorstellung von «unvereinbaren Lebenswelten».

Konkrete Fallbeispiele

Die zweite Hälfte der Beiträge ist unter dem Titel «Konkrete Fallbeispiele» gruppiert. Ausser dem ersten Beitrag – einer Zeitschriftenanalyse – sind alle ähnlich strukturiert. Im ersten Teil werden die theoretischen Grundlagen der Arbeit erläutert, darauf folgt die Vorstellung des Projekts oder der Projekte und zum Schluss werden ein Fazit und teilweise Rückschlüsse auf die Theorie gezogen.

In «Theoriedefizit und latenter Rassismus» analysiert Elisabeth Jaksche «einige Charakteristika des Diskurses über den Themenbereich «Interkulturelles Lernen» in österreichischen pädagogischen Fachzeitschriften». Sie schliesst daraus, das Fehlen einer Theoriediskussion habe verhindert, dass sich Ansätze zu einer antirassistischen Erziehung entwickeln konnten.

In «Subjektivität im interkulturellen Lernprozess» setzt sich Peter Gstettner vor allem mit Erinnerungsarbeit an die Opfer des Nationalsozialismus auseinander, die nicht automatisch zu einer antifaschistischen Haltung führt. Er entwickelt «methodisch-didaktische Prinzipien», welche die Hoffnung erlauben, dass solche Arbeit zumindest einen gewissen Erfolg erzielen kann.

In «Zugänge zu antirassistischer Jugendarbeit in Deutschland» entwickelt Bärbel Kampmann Prinzipien für antirassistische Jugendarbeit, aufgrund deren sie sich

kritisch «mit einer Reihe von Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung» auseinander setzt. Anhand von Beispielen aus Schulen erläutert sie ihre Methode der antirassistischen Arbeit.

«Anti-Rassismus / «Black Empowerment» in Grossbritannien» stammt von fünf Autoren/-innen: Karen Chouhan, Umami Esmail, Joë Joseph, Kurian Mathai, Jeff Modayil. Sie sind Gemeinwesenarbeiter/innen und «schwarze Aktivistinnen», wobei sich «schwarz» auf «alle Menschen asiatischer und afrikanischer Abstammung» bezieht. Sie machen deshalb nicht nur antirassistische Arbeit, «die sich an alle Menschen wendet», sondern vor allem auch «Black Empowerment», das «sich in erster Linie auf Schwarze in ihrem antirassistischen Kampf konzentriert»: «Eine der zentralen Herausforderungen bleibt, die mythisch besetzte Ideologie von der weissen Überlegenheit zu zerstören, die den westlichen Rassismus untermauert und die dazu verwendet wurde, derartige Ungerechtigkeiten zu rechtfertigen.»

In «Antirassistische Sozialarbeit im Spannungsfeld struktureller und individueller Rassismen» befasst sich Andreas Egger mit Flüchtlingsarbeit in rassistischen Strukturen am Beispiel Österreichs. Er thematisiert anhand von fünf Einblicken in die Praxis den Einfluss von rassistischen Strukturen wie von individuellen rassistischen Vorurteilen.

Edwin Hoffmann und Ruben Maduro stellen ««Artikel Eins» – ein interkulturelles Jugendarbeitsprojekt in den Niederlanden» vor. Der Name «Artikel Eins» bezieht sich auf die niederländische Verfassung, wo im ersten Artikel Gleichberechtigung und Diskriminierungsverbot umschrieben sind. Ziel des Projekts in einer Stadt mit einer Einwohnerzahl wie St. Gallen ist die «Förderung gleicher Menschen- und Staatsbürgerrechte und Bekämpfung des Rassismus».

Schlussbemerkung

Wer einen Überblick über neuere theoretische Ansätze zu antirassistischer Arbeit und konkrete Beispiele aus der Praxis sucht, wird in diesem Buch fündig. Auch wenn die Herausgeber/innen im Vorwort festhalten:

«Vorbildliches zum Thema «multikulturelles Zusammenleben» ist rar. Auch die Rassismusforschung hat noch wenig Herzeigbares aufzuweisen, das sich problemlos in die Praxis umsetzen liesse. Die hier gesammelten Beiträge machen jedoch deutlich, dass über «Rassismus» weniger durch quantitative Untersuchungen und statistische Erhebungen zu erfahren ist, als vielmehr durch qualitative Erkundungen von Situationen und Lebensumständen. Qualitative Untersuchungen und Lernarrangements beruhen auf dem Bestreben, die jeweiligen Erfahrungen des Subjekts mit Rassismus zur Geltung zu bringen, zu dokumentieren und zu reflektieren.»

CINTIA MEIER-MESQUITA Rassismus und antirassistische Erziehung, eine theoretische und empirische Studie.

Fribourg: Universitätsverlag Freiburg 1999
(ISBN 3-7278-1233-8)
244 Seiten, Fr. 39.–

CINTIA MEIER-MESQUITA Aspekte antirassistischer Erziehung

Eigenverlag 1998
40 Seiten, Fr. 5.–
(Bezug: Cintia Meier-Mesquita, Route de l'Aurore 2c, 1700 Fribourg)

ANNA ALUFFI-PENTINI, PETER GSTETTNER, WALTER LORENZ, VLADIMIR WAKOUNIG (HRSG.) Antirassistische Pädagogik in Europa, Theorie und Praxis

Klagenfurt: Drava Verlag (Slowenische Jahrbücher) 1999
(ISBN 3-85435-254-9)
296 Seiten, Fr. 31.50



Bücher/Livres/Libri

BRIGITTE KOSSEK

Gegen-Rassismen – Konstruktionen, Interaktionen, Interventionen

Hamburg, Berlin: Argument

(Sonderband 265) 2000

(ISBN 3-88619-265-2)

313 S., Fr. 44.80

Der Band vereinigt 13 Beiträge eines Symposiums, das 1997 im Europäischen Jahr gegen den Rassismus stattfand. Auf der Basis einer kritischen Auseinandersetzung mit herkömmlichen Rassismus- und Antirassismusbegriffen befassen sich alle Aufsätze mit neuen Formen und Artikulationen von Rassismus, die nicht mehr biologisch begründet sind, sondern sich um die Begriffe «Kultur», «Identität» und «Nation» formieren. So werden verschiedene Versionen von Rassismus und ihre Transformationen und Interaktionen mit anderen Machtssystemen wie Heterosexismus und Klassenhierarchien diskutiert. Institutionen, «reine» Gender-Konstruktionen, Identitäts- und Ausgrenzungspolitik wie auch der Multikulturalismus werden einer kritischen Analyse unterzogen. Die Beiträge verdeutlichen zudem die Notwendigkeit, selbst jene kritischen Analysen, die auf neueren Konzeptionen von mehrfach bestimmten Identitäten und Hybridität beruhen, nicht nur immer wieder im Hinblick auf ihre Verbindungen zur Macht, sondern auch hinsichtlich ihrer realen Potenziale für kritische Interventionen zu prüfen.

WALTER KÄLIN

Grundrechte im Kulturkonflikt. Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft

Zürich: NZZ Verlag 2000

(ISBN 3-85823-816-3)

332 S., Fr. 58.–

Der Berner Staats- und Völkerrechtsprofessor Walter Kälin hat sich mit dem Buch *Grundrechte im Kulturkonflikt* drei Ziele gesetzt: erstens, Wissen über die Rechtsprechung zu kulturell bedingten Grundrechtskonflikten in der Schweiz, Deutschland und weiteren westlichen Ländern zu vermitteln, zweitens die theoretischen Grundlagen dieser gerichtlichen Praxis aufzuarbeiten und drittens reflektierte Strategien für die Lösung solcher Konflikte zu skizzieren.

Ein Grundrechtskonflikt ist in der Terminologie von Kälin dann «kulturell bedingt», wenn sich wenigstens eine der Streitparteien auf kulturelle Werte oder Praktiken bezieht, um ein Recht auf Anderssein zu begründen oder zu bestreiten. Diese Vorannahme hängt systematisch mit dem grundrechtlichen Zugang zusammen: Grundrechte wie die Religionsfreiheit schützen nicht «Kulturen», sondern im besten Falle Individuen, die selbst definieren, was ihre kulturelle Identität ausmacht.

Kälin richtet den Fokus seiner Untersuchung auf den Migrationskontext in westlichen Einwanderungsgesellschaften, insbesondere der Schweiz. Inhaltlich behandelt er teilweise bekannte Fälle wie die Dispensation eines muslimischen Mädchens vom Schwimmbadunterricht oder das Verbot für eine Genfer Lehrerin muslimischen Glaubens, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen: beides Entscheide des schweizerischen Bundesge-

richts aus den Neunzigerjahren, die in der Öffentlichkeit kontrovers aufgenommen wurden. Aber auch viele andere weniger spektakuläre Gerichtsentscheide, etwa in Bezug auf Zwangsheiraten und Kinderehen, auf das Schächtverbot oder auf das Recht, in staatlichen Anstalten eine kulturell verträgliche Diät zu bekommen, werden teilweise ausführlich kommentiert. Die klare Systematik und die reichhaltigen Fallbeispiele in den mittleren drei Kapiteln geben dem Buch eine tragfähige Struktur und einen hohen Gebrauchswert. Kälin unterscheidet die staatliche, die öffentliche und die private Sphäre. Die Problemlage für kulturelle Grundrechtskonflikte ist in jeder dieser Sphären eine andere: Im Bereich der *staatlichen Sphäre*, wo eine Person (zum Beispiel im Gefängnis) dem direkten Zugriff der Staatsmacht ausgesetzt ist, geht es hauptsächlich um Rechtsgleichheit, das heisst um das Verbot der Diskriminierung von Angehörigen kultureller Minderheiten und den Anspruch auf gleichwertige kulturelle Rechte, wie sie den Angehörigen der Mehrheit zugestanden werden. In der *öffentlichen Sphäre* (darunter fällt der Schulbereich ebenso wie die Arbeitswelt) steht das Abwägen zwischen den Interessen der strukturellen Integration und der kulturellen Autonomie zur Debatte. Ausnahmeregelungen und Dispensationen sind als Resultat der Güterabwägung ebenso möglich wie Beschränkungen der kulturellen Freiheit. In Bezug auf den *Privatbereich* schliesslich steht die schwierige Frage im Zentrum, wann ein (normalerweise verpönter) staatlicher Eingriff aufgrund von Grenzen der Toleranz als geboten erscheint.

Die Grundrechtsdogmatik lässt einen nicht unerheblichen weltanschaulichen Spielraum, einen kulturellen Grundrechtskonflikt auf die eine oder andere Art zu entscheiden. Deshalb haben die angewandten «grundrechtspolitischen Konzepte» ein grosses Gewicht, beziehen die Rechtsprechenden aus ihnen doch das argumentative In-

strumentarium, um ihre Entscheidung zu begründen. Das von Kälin geförderte Konzept ist die «Anerkennung von kulturellen Minderheitenidentitäten» als Argument zur Durchsetzung individueller Grundrechte. Dabei werden die heiklen Fragen rund um die Fallen der Identitätspolitik zwar angeschnitten, aber nicht zu Ende gedacht.

Alles in allem plädiert Kälin für ein ausgewogenes Berücksichtigen der grundrechtspolitischen Prinzipien der staatlichen Neutralität, des Schutzes der Mehrheitsidentität und der Anerkennung des Andersseins von Minderheiten. Als orientierenden Leitwert des Abwägens empfiehlt er den Gesichtspunkt einer optimalen Förderung der strukturellen Integration der Zugewanderten in die Einwanderungsgesellschaft.

ALEX SUTTER

AZOUZ BEGAG

Fast überall

(aus dem Französischen von Regina Keil)

Zürich: Reihe BAOBAB bei

Nagel&Kimche 2000

(ISBN 3-312-00523-X)

190 S., Fr. 24.–

Nach den Erinnerungen an die Kindheit in «Azouz, der Junge vom Stadtrand» (siehe TANGRAM Nr. 6) schrieb Azouz Begag seine turbulente Zeit des Erwachsenwerdens nieder. Auch dieses Buch musste über 20 Jahre warten, um in deutscher Übersetzung greifbar zu sein. In all den Jahren hat es aber kaum an Aktualität eingebüsst, im Gegenteil. Die Diskriminierung und Ausgrenzung von Ausländerinnen und Ausländern ist heute aktueller denn je und beschränkt sich nicht nur auf Frankreich.

Der Junge Béni, dessen richtiger Name eigentlich Ben Abdallah ist, will sich abnabeln vom Elternhaus, von einem Vater, der mit wachsamem Auge alles im Griff haben möchte und doch einfach nicht versteht, was sich in Frank-

reich bei den gleichaltrigen Jungen abspielt. Dabei erscheint ihm seine algerische Herkunft immer wieder als Bleiklotz am Bein. Der Vater hat ganz andere Vorstellungen, wie die Zukunft seiner Kinder aussehen soll, will sie am liebsten in Algerien oder zumindest mit Algeriern und Algerierinnen zusammen sehen, um die vielen fremden Einflüsse, die täglich auf die gehütete Familienzelle wirken, möglichst draussen zu lassen. Aber er spürt schmerzlich, dass es ihm nicht gelingt, und so ist auch er hin- und hergerissen zwischen Stolz und Angst, wenn sich Beni erfolgreich integriert und gute Abschlusszeugnisse vorlegt oder wenn er sich seinem Auge entzieht und mit zwielichtigen Freunden verschwindet.

Azouz' Eltern sind algerische Einwanderer, die sich zunächst in einem Lyoner Bidonville angesiedelt haben und später in eine Sozialwohnung umgezogen sind. Zu Beginn von «Fast überall» ist die Familie eben gerade in eine noch etwas bessere Wohnung eingezogen, was zur Folge hat, dass in diesem Jahr keine Ferien in Algerien auf dem Plan stehen. Der fünfzehnjährige Béni langweilt sich zu Tode, denn alle seine Kameraden sind an der Côte d'Azur oder sonstwo, glaubt er jedenfalls, und im neuen Viertel kennt er noch niemanden. Auf der Suche nach etwas Abwechslung lernt er doch einige junge Anwohner kennen und wägt ab, ob er sich mit «angepassten» Gleichaltrigen oder vielleicht doch lieber mit gerissenen Älteren einlassen soll. Er entscheidet sich zunächst für die Letzteren, weil sie bedeutend aufregendere Abenteuer versprechen. Doch unser Béni ist zwar neugierig, hat aber auch ein Überich mit auf seinem Weg erhalten, das ihn immer wieder sorgfältig warnt vor allzu gewagten Dingen. Weil er ein guter Schauspieler ist, gelingt es ihm oft, bei seinen Kollegen Sympathie zu gewinnen. Allerdings hat er nicht immer dasselbe Glück bei Erwachsenen, die diesem schwarzhäarigen Jungen mit

dunklem Teint eher feindselig oder sogar mit offenem Rassismus begegnen. Da reichen seine naiven Sprüche nicht aus und auch das eigentlich charmante «Switchen» ins Hispanische oder ins Fremdarbeiterkauderwelsch bewirkt nur das Gegenteil von Spass: es trifft ihn selber und verunsichert ihn auch immer wieder.

Würde zum Beispiel France, die angebetete blonde und blauäugige Schulkollegin, mit ihm gehen, wenn er sie danach fragte, oder würde auch sie ihm die kalte Schulter zeigen und einen Franzosen vorziehen? Fast scheint es so auszusehen, als ob sie ihn besonders möge. In der Diskothek, in die auch sie geht, würde es sich zeigen ... Doch dahinein darf der Algerier nicht, obschon er in Frankreich geboren ist, das Geld dabei hat und die Haare extra mit dem Bügeleisen geglättet und mit Olivenöl glänzend gemacht hat. Ein bulliger Rausschmeisser bittet ihn unmissverständlich zur Umkehr.

Azouz Begag hat diese Erzählung wiederum voll Humor und Sprachwitz, der leider nicht immer übersetzbar ist, geschrieben. Er gibt damit auch einen schonungslosen Einblick in die Verhältnisse der französischen Vorstädte der 60er- und 70er-Jahre, in denen der Fremdenhass deutlich ausbrach und der bis heute nicht beigelegt werden konnte. Was Rassismus und Diskriminierung für die Menschen aus fremden Kulturen bedeutet und wie sie mit ihrer eigenen Kultur in Schwierigkeiten geraten, zeigt der Autor sehr anschaulich am eigenen Beispiel. Er klagt nicht an, nimmt sich selber nicht aus, gibt sich nicht als Held. Die Wünsche und Träume sind Wünsche und Träume eines jeden Jugendlichen, nur sind sie hier gefärbt mit dem Problem, von der Gesellschaft nicht akzeptiert zu werden. Fast alle Jugendlichen glauben einmal, nicht richtig zur Gesellschaft zu gehören. Wenn dieses Problem aber durch die Gesellschaft real verdeutlicht wird, dann ist der Weg zur Delinquenz, Gewalt oder Selbstaufgabe kurz.

Auch davon erzählt das Buch, und von der Wichtigkeit, einfach akzeptiert zu werden und dazugehören. Trotz der Gewichtigkeit des Inhalts liest sich das Buch flüssig und leicht und gibt an manchen Stellen zum Schmunzeln Anlass. (Lesealter: ab 13 Jahren)

HELENE SCHÄR

**«Retten Sie wenigstens mein Kind»
Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges
berichten**

Zürich: SJW 2000
(ISBN 3-7269-1002-6)
64 S., Fr. 9.80

Zur Zeit: Flüchtlingspolitik

Bern: BLMV 2000
Heft für Jugendliche: 28 S.
(Art.-Nr. 1.584.00)
Kommentar für Lehrkräfte: 20 S.
(Art.-Nr. 1.585.00)

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz gibt viel zu reden. Der Bergier-Bericht zur Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg einerseits, die heutige Asylpolitik andererseits haben in breiten Kreisen der Bevölkerung hitzige Diskussionen ausgelöst – auch unter Jugendlichen. Um das Thema in den Schulen behandeln zu können, haben der *Berner Lehr-*

mittelverlag (BLMV) und das *Schweizerische Jugendschriftenwerk* (SJW) je eine Publikation zur Flüchtlingspolitik herausgegeben, die sich an Jugendliche ab 13 Jahren und Erwachsene wenden.

Unter dem Titel «Retten Sie wenigstens mein Kind» veröffentlicht das SJW zehn Portraits, in denen Betroffene aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ihre persönlichen Erfahrungen schildern. Neben Flüchtlingen äussern sich eine Fluchthelferin, ein Soldat, ein Student sowie ein Grenzwächter.

Die vierte Ausgabe der vom Berner Lehrmittelverlag herausgegebenen Reihe «Zur Zeit» mit dem Titel «Flüchtlingspolitik» sucht an exemplarischen Themen, wie Gründe und Ablauf der Flucht, Aufnahme, Arbeits- und Wohnsituation, den Vergleich zwischen der Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und der Asylpolitik von heute. Die Portraits und Reportagen werden durch kurze und prägnante Sachinformationen zu den unterschiedlichen Zeitabschnitten und zur weltweiten Flüchtlingsfrage ergänzt. Das vierfarbige Heft, das Jugendliche ab 13 Jahren über einen stark personenbezogenen Zugang zum Thema anspricht, wird begleitet von einem Dossier für Lehrkräfte.

COMMISSION PROTESTANTE
ROMANDE SUISSE-IMMIGRÉS
Dossier 2000: Clandestin

Tout comme la Belgique, qui vient de terminer une vaste action de régularisation des «sans-papiers», la Suisse est interpellée par la présence et la situation d'hommes et de femmes sans statut légal sur son territoire.

En France, les sans-papiers ont occupé des églises. En Suisse romande, des groupes se mobilisent. Qui sont les clandestins? Comment vivent-ils?

Il est important que non seulement les chrétiens, mais tous les intéressés soient informés de cette situation. Il serait vain de nier que cette question est complexe. Sans idées préconçues, sans esprit de jugement, la CPRSI vous propose de regarder les faits et les situations en face.

Le dossier comprend:

- ▶ des fiches d'information, analyses, histoires de vie, etc.,
- ▶ une approche théologique,
- ▶ un jeu pour adolescents et adultes,
- ▶ des adresses de contact.

Le dossier peut être commandé au prix de Fr. 12.– à:
Mme. D. Schenk, Plan 2,
1092 Belmont



Pressespiegel Rassismus

1. HALBJAHR 2000

Antisemitismus

- Im Dornacher *Goetheanum* diskutieren Fachleute zum Thema «Judentum und Anthroposophie»: «War Steiner ein Rassist?» (SOZ, 16.1.00; TA, 20.1.00). Der *Bund der Freien Waldorfschulen* verlangt, zwei Südwestrundfunk-Berichte mit einer superprovisorischen Verfügung zu verbieten, die entsprechende Vorwürfe dokumentieren. Nach einem ablehnenden Entscheid am 24. März reichen die deutschen Steiner-Schulen ein Begehren nach einer einstweiligen Verfügung beim Bezirksgericht ein, das wiederum abgelehnt wird (TA, 10.5./14.6.00).
- Mehrere Holocaust-Leugner treffen sich unbehelligt im Kanton Wallis und debattieren zum Thema «Ist der Bergier-Bericht wissenschaftlich haltbar?». Als Organisatorin zeichnet Jürgen Grafs *Justice et Vérité*, dessen Generalsekretär René-Louis Berclaz, «candidat malheureusement à la charge de préfet et révisionniste entêté», einen Tag zuvor zu vier Monaten Gefängnis bedingt verurteilt wurde, weil er Holocaust-leugnende Schriftstücke in hundertfacher Ausführung öffentlich angeschlagen hatte (TA/TEMPS¹, 10.3.00; SOZ, 12.3.00). Gegen den Verein, der das Domizil bei Berclaz in Châtel-Saint-Denis hat und dem unter anderen auch Gaston Armand Amaudruz angehört, wird schliesslich auch noch Anklage erhoben, nachdem er sämtlichen eidgenössischen Räten einen «Gegenbericht Bergier» zustellt (TEMPS, 11.4.00; CDG, 13.4.00).
- Erst fünf Jahre nach Einreichung der Klage des *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes* (SIG) und der *Internationalen Liga für Men-*

schenrechte (LICRA) wird der bekannte Revisionist Gaston-Armand Amaudruz zu zwölf Monaten Gefängnis unbedingt verurteilt (TEMPS, 30.3.00; Tagespresse, 11.4.00; AZ/BZ/TdG/CDG/TEMPS, 4.4.00; JR, 6./13.4.00; Tagespresse, 11.4.00; WOZ/TdG, 13.4.00; TdG/TEMPS, 18.4.00). Nachdem Amaudruz bekannt gibt, das Urteil weiterziehen zu wollen (24H, 15.4.00), legt sein Pflichtverteidiger sein Amt nieder (AZ/CDG/TEMPS, 19.4.00).

- Das GfS-Forschungsinstitut stellt die Resultate einer Meinungsumfrage vor, die es im Auftrag der CICAD und des *American Jewish Committee* durchgeführt hat. Die Untersuchung, die einem in einer Vielzahl von Ländern erprobten Modell folgt, kam zu der Erkenntnis, dass ein Sechstel der Befragten antisemitische Vorurteile habe (Tagespresse, 16.3.00; TA/Bund, 18.3.00). Dieses Resultat, das weitgehend jenem anderer vergleichbarer Länder entspricht, löste eine kontroverse Debatte aus. Verschiedene Experten kritisieren die Studie als «von erstaunlicher Unbedarftheit» (*Bund/Facts*, 23.3.00; BZ, 28.3.00; TA, 29.3.00; NZZ, 30.3.00; IW/NZZ/BZ/TdG/TA/BUND, 31.3.00; SOZ, 9.4.00; TEMPS, 17.4.00; AZ, 23.4.00). Es wird unter anderem darauf hingewiesen, dass bisherige Studien der letzten 25 Jahre zu einer unveränderten und niedrigeren Anfälligkeit auf Antisemitismus schlossen. Im Nationalrat sorgt eine Interpellation im Mai (TA/CDG, 24.5.00), im Ständerat eine solche im Juni für Diskussion (NZZ, 19.6.00).
- Ein Mann muss einen Monat ins Gefängnis gehen, weil er einen jüdischen Passanten in Zürich ohne erkennbaren Auslöser und Beweggrund auf primitive Art und Weise angegriffen hatte (NZZ/TA,

14.4.00; JR, 30.3.00). Am Prozess stellte sich heraus, dass der Täter eigentlich beabsichtigt hatte, den bekannten Rechtsanwalt Sigi Feigel anzugreifen (AZ/TA/NZZ, 9.5.00).

- Das Bundesgericht bestätigt das Urteil gegen Jürgen Graf von 15 Monaten Gefängnis unbedingt (TA/BZ/TEMPS, 27.4.00). Sowohl gegen Graf wie auch gegen andere Revisionisten laufen bereits wieder neue Strafverfahren (WOZ, 10.2.00).
- Walter Stoll, bekannter als *Feldjäger vom Hochrhein* und notorischer Schmähbrieff-Versaffer antisemitischen Inhalts, wird zu vier Monaten Gefängnis bedingt verurteilt (BAZ, 28.4.00; JR, 4.5.00).
- Das Monatsmagazin MOMA widmet seine Juni-Ausgabe dem Thema Antisemitismus. Neben Themen wie den antisemitischen Briefen an Feigel, der SVP und Geschichtsrevisionismus finden auch zwei ausgiebige Redaktionsgespräche und ein Bericht zum Schweizer Antiziganismus darin Platz (MOMA, 6/00).

Antislimismus

- In seinem neuen Buch zum Islamismus kommt Rudolph Cimelli, Frankreich-Korrespondent der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, zum Schluss: «Lange Zeit wurde der Islamismus nicht wahrgenommen oder unterschätzt. Neuerdings besteht die Gefahr, ins andere Extrem zu verfallen. Eine Bedrohung vom Ausmass des einstigen Warschauer Paktes würden die Fundamentalisten auch dann nicht, wenn sie in mehreren islamischen Kernländern ans Ruder kämen. Sie sind sich nicht einig. Es fehlt der entschlossene Wille zur Hegemonie»² (*Bund*, 8.1.00).
- In der Schweiz leben heute rund 200 000 Menschen aus muslimischen Ländern. Muslime bilden nach den Christen die zweitgrösste

¹ Urteil GS.186/1999 vom 3.11.1999

² Cimelli, Rudolph: *Islamismus. Illustrationen von Tino Küng, 154 Seiten. Die Publikation kann unentgeltlich bezogen werden bei: Vontobel-Stiftung, Postfach, 8022 Zürich.*

Religionsgemeinschaft. Anlässlich ihrer Tagung zum Thema fordert die EKR deshalb «einen konstruktiven Dialog mit den hier anwesenden Musliminnen und Muslimen» und wendet «sich ausdrücklich gegen negative Darstellungen des Islam» (KIPA, 21.1.00). In einem Bericht unterstützt die EKR die heutige Rechtspraxis beim schlagzeilenträchtigen Kopftuchstreit und empfiehlt kantonalen und kommunalen Behörden pragmatische Lösungen: «Sie ist gegen ein generelles Verbot des Kopftuchtragens, findet aber gleichzeitig, Personen in symbolträchtigen Funktionen sollten darauf verzichten, herausragende Zeichen religiöser Zugehörigkeit zu tragen» (BUND, 19.1.00). Ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes wird zurzeit erwartet (TA/TEMPS, 19.1.00; AZ, 21.1.00; BAZ, 20.1./24.2.00).

- ▶ In ihrem Konzept für eine Zürcher Ausländerpolitik meint die SVP: «L'Islam se révèle de plus en plus un obstacle à l'intégration. Les musulmans augmentent pourtant de manière constante.» 24 HEURES schliesst aus dem Wortlaut: «Ce parti préconise clairement de priver les musulmans du droit à la naturalisation, si ce n'est de s'établir dans le pays.» Der Berner SVP-Fraktionspräsident kontert: «Notre initiative n'est pas xénophobe, car l'étranger dont la naturalisation est refusée par le peuple pourra continuer à habiter dans la cité» (24H, 1.3.00).

Zigeuner/Fahrende

- ▶ Nach dem Entscheid der Gemeindeversammlung von Belp BE, gar nicht erst auf das Geschäft «Schaffung einer Zone Standplatz für Fahrende» einzutreten, können die betroffenen zwei Familien für sechs Monate auf die Ämmematte zügeln (BUND, 14./18.1.00; BZ, 3.2.00).
- ▶ Boudevilliers entscheidet in einer Abstimmung mit 59 zu 41 Prozent gegen einen Standplatz für Fahrende mit maximal 40 Plätzen. Ein so-

zialdemokratischer Anwohner: «Je ne suis pas opposé à une place pour les gens du voyage, mais dans un endroit plus judicieusement choisi». Kommentar des Journalisten: «C'est-à-dire ailleurs» (TEMPS, 13.3.00).

- ▶ In Versoix wird mittels eines Referendums der in langjährigen Verhandlungen gereifte und von allen Beteiligten getragene Lösungsvorschlag für einen neuen Standplatz für die seit Jahrzehnten am Ort unter unwürdigen Bedingungen lebenden Fahrenden abgelehnt. Die EKR protestiert gemeinsam mit der *Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende* gegen «die zunehmende Gefahr, demokratische Grundrechte zur Diskriminierung von Minderheiten zu missbrauchen» (Tagespresse, 26.6.00).

Ausländer, Flüchtlinge und Asyl

- ▶ Die *Migrosbank* weigert sich, Lohnkonti für Asylsuchende zu eröffnen. Die *Crédit Suisse* weigert sich, Sparkonti für Asylsuchende zu eröffnen. Bei der *UBS* ist es den Filialleitern überlassen, ob sie für Asylsuchende ein Konto eröffnen wollen. Die Post verlangt dafür ein Depot von 1000 Franken (WW, 20.1.00; TA-MAGAZIN, 29.1.00; GBI-ZEITUNG, 9.2.00).
- ▶ Im kantonbernischen Grossrat holt ein FDP-Fraktionsmitglied und ehemaliger Gemeindepräsident von Huttwil BE Anfang Februar 2000 zum asylpolitischen Rundumschlag aus: «In der (von Tamilen bewohnten) Stadt Jaffna habe ihm vor diesen «eigenartigen Typen» gegraut», kriminelle Asylsuchende seien «einzupferchen, zum Beispiel in den Kavernen im Grimselgebiet». Er überlegt sich tags darauf in einer Pressemitteilung, ob er zur SVP übertreten sollte, die ihn aber nicht unbedingt will. Die Medienschelte pariert der Geschäftsführer des Sportzentrums mit einem «Ich war wohl zu emotional». Ein Wortführer der Rechtsradikalenszene und *Avalon*-Mitglied zeigt den Grossrat

wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm an (BZ, 2./9./10./12.2.00; BUND, 2./9./18.2.00).

- ▶ «Feindbild «Jugo»»: Die Pressestelle der Zürcher Stadtpolizei untersagt es einer Polizistin, gegenüber dem SCHWEIZERISCHEN BEOBACHTER Auskunft zu geben über ihre Erfahrungen mit «Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien: Kosovaren, Serben, Mazedoniern, Bosniern – in der Szene «Jugos» genannt»: «Unsere Leute sind nicht rassistisch.» Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Demoscope sehen heute lediglich ein Fünftel aller Schweizer und Schweizerinnen die Rolle der Ausländer im Land positiv. Laut GfS hatten 1997 die «meisten Einheimischen (...) überhaupt keine Mühe mit Fremden aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien oder Portugal. Doch 43 Prozent der Befragten meinten, «Bosnier und Serben seien in der Schweiz fehl am Platz»» (BEOBACHTER, 28.4.00).
- ▶ Ein Mann wird im Kanton Aargau wegen versuchter vorsätzlicher Tötung zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt: Er war im März 1998 einem Kameruner gefolgt, hatte ihn mit übelsten rassistischen Beschimpfungen eingedeckt, danach sieben Schüsse aus der Pistole auf ihn abgefeuert. Der Flüchtende hatte Glück im Unglück: Ihn «erwischte lediglich ein Abpraller des dritten Schusses, der den Unterarm streifte» (AZ, 4.5.00).
- ▶ Das Monatsmagazin MOMA widmet seine Juni-Ausgabe dem Thema «Integration – in Wort und Tat». Neben Besprechungen zu verschiedenen städtischen und kantonalen Integrationsleitbildern finden sich Essays zu «Integration auf dem Lande» und zu dem «Übergang von einer liberalen zur restriktiven Ausländerpolitik» sowie ein Gespräch mit EKR-Mitglied Cécile Bühlmann und den beiden Mitarbeitern des *Schweizerischen Forums für Migrationsstudien* (SFM) Hans Mahnig und Gianni D'Amato (MOMA, 6.00).
- ▶ Weil er davon überzeugt ist: «Solche Sprüche widersprechen dem Antirassismusgesetz», entsorgt ein

Zürcher Briefträger den Promover-sand der Schweizer Demokraten, anstatt ihn zu verteilen. Der Rechtsdienst der Post will nun zuerst prüfen, ob seine Aussage zutrefte, ansonsten er mit der Kündigung rechnen muss: «Ein Lastwagenchauffeur, der Vegetarier ist, kann es sich auch nicht leisten, kein Fleisch zu transportieren» (TA, 17.6.00).

Schule und Rassismus

- «Der Mord am St.Galler Lehrer (...) zeigte Wirkung: (...) In den drei Realschulen der Stadt (...) arbeitet seit August je ein Sozialarbeiter zu je 50 Prozent. (...) Zu Beginn der Stunden erheben sich die Schüler von den Sitzen, damit ihre Aufmerksamkeit wenigstens während zehn Sekunden dem Lehrer gilt. (...) In die Pflicht genommen werden auch die Eltern. (...) Ende 1999 hat eine Arbeitsgruppe zuhanden der Regierung Vorschläge unterbreitet, wie dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der schweizerischen Bevölkerung entsprochen und gleichzeitig die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung gefördert werden kann» (AZ/BAZ, 6.1.00).
- Nach dem klaren Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern, welches die Entlassung des Sekundarlehrers der Gemeinde Arch als rechtswidrig beurteilte, reicht der Gemeindeverband beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde ein (BUND, 2.2.00). Das Bundesgericht tritt dennoch auf die Beschwerde nicht ein (VPOD-MAGAZIN FÜR SCHULE UND KINDERGARTEN, 2./5.00). Erst daraufhin will sich die Schule von Arch der rassistischen Auswüchse an der Oberstufe annehmen, zu denen es auch 1999 gekommen war. «Pikant ist: Schon der entlassene Lehrer wollte das Thema anpacken.» Und: «Auch das Projekt *Das Fremde in der Schule verstehen* klammert Vergangenes weitgehend aus» (BUND, 15.6.00).

- Die Eltern einer Zweitklässlerin reichen zusammen mit dem *Luzerner Gewerkschaftsbund* (LGB) Beschwerde gegen den Entscheid des Luzerner St.-Karli-Schulhauses ein, sie trotz akzentfreier Kenntnis des Schweizerdeutschen in eine reine Ausländerklasse einzuteilen (AZ, 19.4.00). Hans Ulrich Stöckling, Präsident der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz, spricht sich in einem Interview für zeitlich limitiert getrennte Klassen für Ausländerkinder aus und wehrt sich gegen die ganz andere Meinung von EKR und Bundesrat, diese seien verfassungswidrig (TEMPS, 22.2.00; WEKAKTUELL, 2/00). In Genf gehen seit 30 Jahren neu eingereiste Kinder in eine Spezialklasse: «Il est rare que ce passage prenne plus d'un an. (...) La séparation est pensée, organisée comme facteur d'intégration et pourtant certains élèves ressentent parfois un certain étiquetage. Toute la question est: quel est l'objectif de l'institution?» (TEMPS, 28.2.00)
- Nach einem Streit mit zwei Mitschülern, in dem er als «sale négro!» betitelt wurde, wird ein angolanischer Schüler in La Sarraz VD mit sofortiger Wirkung von der Schule verwiesen. Nach dem Eingreifen der Erziehungsdirektion muss der Jugendliche wieder zugelassen werden: «Ses rares promenades au village sont hautement surveillées par des détectives improvisés. (...) On s'active pour que l'adolescent soit scolarisé dans un autre établissement vaudois, jusqu'à ce qu'il puisse gagner des contrées jurassiennes, si possible moins hostiles» (MATIN, 16.3.00; CDG, 21.3.00).
- Nicht die Fremdsprachigkeit, sondern die soziale Herkunft ist für das Niveau der gesamten Klasse ausschlaggebend. Zu diesem Schluss kommt eine im Auftrag der Bildungsdirektion des Kantons Zürich erstellte Studie, bei der rund 1500 Schülerinnen und Schüler und deren Lehrkräfte aus 80 Klassen befragt wurden, die sich auf 45 Schulen verteilen. Im Unterschied zu Studien in anderen europäischen Ländern weist das Berner

Institut für Pädagogik nach, dass in der Schweiz Mädchen grössere Nachteile als Fremdsprachige erleiden: «In Schweizer Schulen ist es immer noch ein Nachteil, Mädchen zu sein» (BUND, 20.3.00).

- 58% der 719 Lehrlinge an der Berufsschule Pfäffikon SZ stufen sich selbst als rechts bis rechts aussen ein, jeder Zwölfte findet das Hakenkreuz gut. Auch in der benachbarten Kantonsschule gibt es Rechte, aber die seien anders: «Das Niveau ist höher» (TA, 19.4.00; WW, 27.4.00).
- Eine für den Bund bei 20000 Rekruten und 1600 Eltern und Grosseltern durchgeführte Umfrage namens «Identität 2000» zeitigt brisante Ergebnisse: «76% der Rekruten wollen keine politische Integration von Ausländern. 46% befürchten, die Schweiz sei in zehn Jahren ein Ort der Überfremdung und der bedrohten Eigenart» (SB, 18.6.00).

Einbürgerungen

- Am 12. Januar 2000 findet in Beromünster LU ein jungparteiliches Podium der SVP zur dreimaligen Nichteinbürgerung zweier Zwillingsschwestern mit jugoslawischen Eltern statt (BUND, 7.1.00; AZ, 11.1.00; TA, 14.1.00). In der Sendung 10 VOR 10 von SF-DRS meint ein wütender Bürger: «Ich lasse mir keine Meinung aufzwingen. Und es würde auch bei einem vierten Anlauf ein Nein geben, sollte hier auch nur ein Journalist bei der Gemeindeversammlung auftauchen» (WW, 20.1.00). Am 11. Mai zeigt die Sendung DOK von SF-DRS den Dokumentarfilm «Beromünster, im Land der Schweizermacher». Nur die 191 alteingesessenen Bürger des 2326 Einwohner zählenden Beromünster dürfen über Einbürgerungen entscheiden (WoZ; 16.3.00; NZZ, 11.5.00; NLZ, 13.5.00).
- Die Westschweizer Kantone sowie Bern und Zürich haben sich nach der gescheiterten Bundesabstimmung von 1994 verpflichtet, junge

Ausländerinnen und Ausländer erleichtert einzubürgern. Die Konkordatskantone gewähren den Betroffenen auch ein Rekursrecht an den Bezirksrat (TA, 14.1.00). Der Kanton Baselland will zum Jubiläumsjahr 2001 Ausländern, die mindestens seit 20 Jahren dort wohnen, die Einbürgerung erleichtern (BAZ/BUND, 11.2.00; BAZ/TA, 24.5.00). 1999 wurde im Kanton ein Drittel weniger Leute eingebürgert als im Vorjahr (BAZ, 15.5.00).

- ▶ Der Kanton Genf, der sich spontan grosszügig gegenüber Ausländern aus Emmen gab, zeigt sichtlich Mühe mit der vorgeschlagenen Aufgabe der Erhebung von Einbürgerungstaxen bis zu 100000 Franken an die eigenen Ausländer: «L'abandon de cette pratique (...) aura nécessité des mois de locutions parlementaires. Pour ce faire, le consensus prêt à montrer l'exemple à la Suisse entière a cédé la place à une boiteuse majorité de circonstances» (TEMPS, 27.4.00).
- ▶ Die Stadtzürcher Debatte um die SVP-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» zieht sich über den ganzen beobachteten Zeitraum hinweg. In der ersten Debatte befasst sich der Gemeinderat unter anderem mit Fragen des Persönlichkeits- und Datenschutzes. Der Stadtrat sieht in der Bekanntgabe von Personendaten «ein grosses Potential zur Verletzung der persönlichen Freiheit und der Grundrechte». Der städtische Datenschutzbeauftragte bestätigt diese Befürchtung. In einer zweiten Debatte wittert der Stadtrat die Gefahr der Willkür (TA/NZZ, 14.1.00).
- ▶ Ein drittes Mal befasst sich der Gemeinderat von Zürich mit Einbürgerungsfragen am 9. Februar. Die Einbürgerungsgebühren und eine Beschränkung des Ausländeranteils in städtischen Siedlungen auf 25 Prozent stehen zur Debatte (NZZ/TA, 10.2.00; NZZ, 15.2.00; TA, 1.3.00). Mitte April spricht sich der Stadtrat für die Beibehaltung der Wohnsitzpflicht von mindestens sechs Jahren aus (NZZ, 7.4.00; TA, 11./19.4.00). Die SVP

scheitert schliesslich in einer Beschwerde, die auf rechtlichem Wege versuchte, Einbürgerungen vors Volk zu bringen (TA, 17.5.00).

- ▶ Im Kanton Zürich wurden 1999 rund 5000 Gesuche um Einbürgerung gutgeheissen. Der Leiter des Bereichs Bürgerrecht lobt: «Im Kanton Zürich haben Ausländer wohl die beste rechtliche Stellung, was Einbürgerungen betrifft (TA, 7.5.00). Ausser der Stadt ist keine Gemeinde im Kanton mit SVP-Initiativen konfrontiert worden. Die Stadt Winterthur stellt ein neues Integrationsleitbild in Aussicht, das die automatische Einbürgerung ausländischer Jugendlicher bei Volljährigkeit vorsieht, die hier geboren sind (TA, 2.3.00). Die Änderung des Befragungsprozederes lehnt das Parlament jedoch ab (TA, 11.4.00).
- ▶ Nicht einbürgern will die Gemeinde Wallisellen Kinder von abgewiesenen Asylsuchenden. Die Rekurse ziehen sich bis vor den Regierungsrat, der Gemeinderat «deponierte vorsorglich auch gleich eine staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht» (TA, 30.5.00). Die Bürgergemeinde Hedingen stimmt geheim über fünf Gesuche ab und lehnt zwei diskussionslos ab (NZZ, 3.5.00). In Rümlang wird im April eine Familie aus Ex-Jugoslawien nicht eingebürgert (NZZ, 2.6.00).
- ▶ Selektiv geht die Gemeinde Baar ZG mit Einbürgerungswilligen um: «11 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und drei Türken» verweigert sie ihr Ja, die anderen 12 Antragstellenden erhalten den roten Pass (TA, 7.3.00). In Alpnach, Arth, Schwyz, Künten AG und Othmarsingen AG scheitern die Angehörigen besagter Staaten am darauf folgenden Wochenende ebenfalls, an dem einzig Weggis LU sämtlichen Gesuchen zustimmt (WoZ, 16.3.00). Die Gemeinde Geuensee LU heisst bald darauf ebenfalls sämtliche Gesuche klar gut (NLZ, 4.4.00). Albertswil lehnt das Gesuch einer türkischen Familie (NLZ, 3.4.00), Kerns OW fünf Gesuche von Personen aus

Ex-Jugoslawien ab (TA/BUND, 17.4.00). Die reiche Gemeinde Freienbach SZ wehrt sich knapp gegen die Einbürgerung zweier Familien aus Ex-Jugoslawien ab (TA, 22.5.00).

- ▶ 1999 wurden 1000 Personen weniger als im Jahr zuvor eingebürgert, errechnet das Bundesamt für Ausländerfragen (BUND/TEMPS, 23.2.00, WoZ, 24.2.00). Einen Monat später gibt das EJPD an, «annähernd gleich viele wie im Vorjahr» seien eingebürgert worden (21698 Personen) (NZZ/NLZ/TA, 1.4.00). Wenn nicht durch Einbürgerungen für Nachwuchs gesorgt wäre, würde die Zahl der Schweizer Bürger 1999 sogar abnehmen, erklärt das Bundesamt für Statistik (BUND, 4.3.00).
- ▶ Die SVP-Pläne in Zürich und Bern sowie die Haltung der Romandie und vorab Genfs gegenüber der «Deutschschweizer Borniertheit» beschäftigen die SONNTAGSZEITUNG im Dossier Ende März: «Erhielten sämtliche Einwanderer mit langfristigen Niederlassungsbewilligungen (C-Bewilligung) den roten Pass, würde der Anteil der Nichtschweizer auf sechs Prozent absacken» (SOZ, 26.3.00).
- ▶ Gut eine Woche nach der Emmener Abstimmung kritisiert die Kommission gegen Rassismus ECRi des Europarats die schweizerische Einbürgerungspraxis. «Eine Kommission zeigt sich» in einem Bericht zur Schweiz³ «beunruhigt über Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz» (BUND/TA/BZ/NZZ/CDG, 22.3.00; TEMPS, 22./25.3.00).
- ▶ Im doppelseitigen Dossier «Zeitfragen» untersucht der Historiker Patrick Kury den Wandel der Einbürgerungsnormen im 20. Jahrhundert. Den springenden Punkt in der Debatte sieht Kury in der begrifflichen Verschiebung von der Assimilation hin zur Integration. Diese beginnt für ihn mit der Schaffung der *Eidgenössischen Kommission für Ausländerfragen* (EKA) im November 1970 und endet just Ende März 2000, als die EKA

³ <http://www.ecri.coe.int>

schliesslich in ihrem Konzeptpapier empfiehlt, nur noch von Integration zu sprechen. 1980 bis 1998 wurden laut Bundesamt für Ausländerfragen insgesamt 261 568 Personen eingebürgert (NZZ, 15.4.00).

Rechtsextremismus

- Am 22. Januar hält die Polizei 102 mutmassliche rechte Störer eines bewilligten «Antifaschistischen Abendspaziergangs» an (SoZ, 23.1.00; Tagespresse, 24.1.00). Trotz vorgängiger Appelle gegen Gewalt seitens bekannter SD-, SVP- und gar *Avalon*-Führer pilgern an die 250 Rechtsradikale nach Bern (BUND, 12./18./19.1.00). Die hohe Zahl der angereisten Naziskins und Hooligans erstaunt die Polizei nicht, die auch von Kontakten zu Etablierten zu berichten weiss (BUND, 2.2.00). «Seit Monaten bestehen in der Schweiz Sektionen der internationalen Skinhead-Bewegung *Blood and Honour* (WoZ, 27.1.00).
- Rund 30 Naziskins und Hooligans randalieren nach dem Barstreet-Festival 2000 auf der Berner Allmend. Dabei werden vier Personen verletzt (BZ, 7.2.00). Im Kanton Bern hat sich in den letzten zwei Jahren die Zahl der polizeilich als Skinheads registrierten Personen auf 120 verdoppelt. Neben der *Aarischen Front Bern* besteht im Oberaargau eine Zelle von *Blood and Honour*. Neu sei im vergangenen Jahr auch der Raum Burgdorf hinzugekommen (BZ, 23.2.00). In Lotzwil BE und Madiswil BE leitet die Polizei ein Strafverfahren gegen vier Jugendliche ein, die «öffentlich zugängliche Betriebseinrichtungen und Wände verschmiert sowie Parolen mit rassistischem Inhalt aufgesprayt» haben (BUND, 8.1.00).
- In seiner Aprilausgabe kommentiert das MEGAFON Übergriffe in Münchenbuchsee BE sowie an der Fasnacht in der Stadt Bern. Aus einem Pub im Dorfkern seien offensichtlich vermehrt gezielte Angriffe auf missliebige Jugendliche gestartet worden. Dieselben Umtriebe seien in einem Stammlokal in der Berner Altstadt beobachtet worden (MEGAFON, 4/00).
- Der Genfer Staatsrat will eine Hooligan-Datenbank aufbauen. «La police (...) n'a pas le droit de les ficher (...). Mais le critère de bande organisée est déterminant.» Damit wurden beispielsweise Personen in Genf anlässlich der Anti-WTO-Demonstrationen fichiert. In der Verwaltung bestehen bereits fünfzehn solcher Datenbanken (TdG, 26.1.00).
- Gemäss Bundespolizei gehört auch der *VolksSturm Unterland VSU* aus der Region Büllach ZH zur Bewegung der *Blood and Honour*. Anfangs Februar organisiert der VSU einen Treff mit Altnazis, darunter dem bekannten Holocaust-Leugner Werner Schaub, und Naziskins aus der gesamten Schweiz. Der Koch des Restaurants, in dem das Treffen stattfindet, hat den Saal unter dem Kürzel PJW, *Patriotische Jugend Winterthur*, gemietet und verlässt deshalb danach sofort seinen Arbeitsplatz. Die PJW figuriert im Staatsschutzbericht 1999 (TA, 7./8./21.2.00). Die Hälfte des Winterthurer Parlaments unterzeichnet eine Interpellation, die nach Einschätzungen und Massnahmen fordert (TA, 8.3.00).
- Die Schweiz will vermehrt gegen Rassismus im Internet antreten. In einem von ihr finanzierten Vorbereitungsseminar zur UNO-Konferenz gegen Rassismus stellt sie zwei Ideen vor: «D'une part il a mis en avant le modèle suisse qui prévoit d'engager la responsabilité pénale des fournisseurs d'accès (...). D'autre part, il veut convaincre les États les plus libéraux de limiter l'accès des sites racistes à leur seul espace national» (TEMPS, 18.2.00). Spezielle Filter werden bereits in Utah/USA für Schulen, Bibliotheken und Behörden hergestellt⁴ (Bund, 29.3.00).
- Mit einem Rechtsgutachten⁵ nimmt die Bundespolizei «Internet-Provider in die Pflicht»: «Access-Provider werden dazu angehalten, behördlichen Hinweisen nachzugehen und die entsprechenden Sites zu sperren. Hosting-Provider, die näher beim Anbieter positioniert sind, sollten zudem verdächtige Sites stichprobenweise kontrollieren. Keiner der beiden ist aber verpflichtet, strafbare Inhalte anzuzeigen» (WoZ, 2.3.00; Tagespresse 16.5.00; JR, 18.5.00; NLZ, 31.5.00; IW, 7.6.00).
- Die Homepage mit Links auf rassistische Homepages eines Assistenzprofessors an der ETH wird gesperrt. Die Bezirksanwaltschaft leitet eine Strafuntersuchung wegen Verstosses gegen Art. 261^{bis} StGB gegen ihn ein (NZZ, 23./24.2./3.3.00; BUND, 24.2.00).
- In Rotkreuz ZG verhindert die Polizei eine Schlägerei zwischen der linken und der rechten Szene am Rande der Fasnachtseröffnung. Die Teilnehmer aus der rechten Szene sind aus Zug und den anliegenden Kantonen angereist (NZZ, 21.2.00). Die Polizei nimmt die rechtsextreme Szene vermehrt ins Visier. Sie habe sich vergrössert, verlässliche Zahlen zur *Blood and Honour*-Organisation können vorerst nicht gegeben werden (NZZ, 8.3.00).
- In Aarau reiht sich ein Dutzend Oltener Naziskins in den 1.-Mai-Umzug ein und sucht die Auseinandersetzung mit dem «schwarzen Block» (AZ, 2.5.00).
- In der Nacht vom 22. Januar greifen Naziskins das autonome Zentrum in Lausanne an. Tags darauf beteiligen sich 1000 Personen an einer *promenade antifasciste*. (TEMPS, 25.1.00; CDG, 28.2.00; MEGAFON, 4/00).
- Am 27. März wird ein Molotowcocktail-Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Küsnacht ausgeübt. Vier Tatverdächtige werden verhaftet (NZZ, 22./24.3./2.4.00).
- Nach dem zweiten Eishockey-Finalspiel am 23. März 2000 kommt

⁴ Rosenthal, David: Arbeitspapier zur Bekämpfung von Rassismus im Internet, im Auftrag des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, <<http://www.rvo.cbl/docs/unracism.pdf>>

⁵ Schweizerische Bundespolizei: Die strafrechtliche Verantwortung von Internet-Service-Providern, Positionspapier, April 2000

es zu Ausschreitungen im Zürcher Hallenstadion (NZZ, 3.4.00). Auf dem Rasen des SC Kriens kommt es Ende April ebenfalls zu Ausschreitungen. Die Polizei schickt dabei einige Berner YB-Fans bereits am Bahnhof wieder zurück (NLZ, 1.5.00). Im Kanton Aargau schätzt die Polizei die Zahl der Naziskins auf 80 Personen ein (TA, 22.4.00). Im Staatsschutzbericht 1999 verzeichnet die Bundespolizei eine unübersehbare Nähe der «Fanszene – vor allem im Eishockey und Fussball – (...) zum Rechtsextremismus» (BZ, 16.5.00).

- ▶ «Immer mehr Jugendliche schwanken zwischen Fremdenhass und Fremdenangst. Denken, was viele Erwachsene denken. Bloss leben sie es eins zu eins aus.» Auch in Neubad BS sympathisieren einige mit den Skins: «Irgendwie verstehe ich sie. Wenn niemand sich wehrt, nehmen Ausländer sich immer mehr raus» (BAZ, 31.3.00).
- ▶ Das Forum für eine offene Kirche widmet den Schwerpunkt und die Titelseite der Aprilausgabe des AUFBRUCHS dem Thema «Neue Heiden». Ein darin erscheinendes Interview mit dem Professor für Theologie Niewiadomski (siehe seinen Beitrag in TANGRAM Nr. 6) druckt die BASLER ZEITUNG vollständig ab (AUFBRUCH, 4/00; BAZ, 4.4.00).
- ▶ Anfang April berichtet FACTS vom Bestreben der *Nationalen Partei Deutschland* (NPD), eine Sektion in der Schweiz zu gründen (FACTS, 14/00; BZ, 6./7.4.00). Nach Bekanntgabe der Parteigründung durch 60 Anwesende wird ein geplanter erster Kongress vom Wirt eines Berner Hotels vereitelt, der zuerst die Räumlichkeiten an die NPS vermieten wollte (BUND, 26./27.4.00; BZ/TA/BLICK, 27.4.00; NZZ, 27./28.4.00). Die *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* reicht Strafanzeige ein und verlangt gleichzeitig ein Verbot der Partei (AP, 28.4.00; BZ/BUND/TEMPS, 29.4.00). Rund 100 Jugendliche demonstrieren spontan gegen die neue Partei (SDA, 31.4.00). Während in Deutschland Tausende von NPD-Anhängern durch Aus-

schreitungen am Rande von 1.-Mai-Demonstrationen Stärke zeigen, löst sich die NPS wieder auf (BZ/NZZ/NLZ/TEMPS/BUND, 2.5.00; IW, 5.5.00; MEGAFON, 6/00).

- ▶ In ihrem fünften Staatsschutzbericht stellt die Bundespolizei eine Zunahme, Verjüngung und vermehrte Gewaltbereitschaft der Naziskin-Szene fest. Insbesondere die international erscheinende Gruppe *Blood and Honour* habe schnell an Stärke gewonnen.
- ▶ «Leicht kürzere Strafe für Brandsätze werfenden Jus-Studenten»: Der Urheber des Brandanschlags auf drei Asylunterkünfte im Kanton Aargau in den Jahren 1995 bis 1997 und rassistischer Flugblätter muss ein halbes Jahr weniger ins Gefängnis – «Aufgrund der Verzögerung des Falls» (AZ, 9.6.00). Das Bezirksgericht Baden hatte das am 18. November 1998 ausgesprochene Urteil erst Anfang März 2000 schriftlich begründet (NZZ, 4.3.00). «Die Verletzung des Beschleunigungsgebots ist ein Strafreduktionsgrund, der von den Schweizer Gerichten anerkannt wird» (TA, 24.2.00).
- ▶ In Malers LU feiern Naziskins unbehelligt eine interne Party (SOZ/SB, 11.6.00; NLZ/TEMPS, 13.6.00; NLZ, 15.6.00). Im Raum Littau/Wolhusen (LU) hat sich über die Jahre eine feste Naziskin-Szene etabliert (*vorwärts*, 23.6.00).

Rassismus-Strafnorm

- ▶ Die Antirassismus-Strafnorm wird fünfjährig. In dieser Zeit wurden etwa 130 bis 150 Fälle (CdG, 8.2.00) bzw. 200 (TA, 9.2.00) behandelt, die Strafnorm selbst wurde konkretisiert. «Viele Klagen laufen ins Leere: (...) Rund 70 Prozent der Verfahren wurden bislang eingestellt, (...) erst 40 Strafen in fünf Jahren» gesprochen. Die *Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz*, die inzwischen mit der *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* einen Gratisauskunftsdienst eingerichtet hat, zeigt dies in einer Fallsammlung auf (BEOBACHTER, 10/00).

Eine zuverlässige Statistik fehlt indessen noch: «Weder EKR noch die Bundespolizei können diesbezüglich genaue Auskunft erteilen.» Eines zeigt sich aber klar: «Urteile wegen Antisemitismus überwiegen» (NMZ, 5.4.00).

- ▶ Eine Serviererin, die sich in Winterthur geweigert hatte, drei Schwarzafrikaner zu bedienen, wird mit 1400 Franken gebüsst (TA, 7.1.00). In der St. Galler Innenstadtbar «Seeggerhaus» werden Schwarze nicht eingelassen (SGT, 19.2.00). Für die Krienser Bar Mad Wallstreet genügt es, Ausländer zu sein, um keinen Eintritt zu erhalten (BZ, 8.5.00). Ein Freiburger Cafétier wird zu 150 Franken Busse verurteilt, weil er einen rassistisch geprägten falschen «Asylantrag» aufgelegt hatte (TEMPS, 11.2.00).
- ▶ Bei seiner Albisgüetli-Rede am 1. März 1997 hatte Christoph Blocher gemeint, «den Juden geht es nur ums Geld». Zwei Privatpersonen reichen drei Jahre später eine Strafanzeige wegen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnorm ein (BAZ/BUND/TEMPS, 8.2.00). Damit gewinnt der Ehrverletzungsprozess an Bedeutung, den Blocher gegen den ehemaligen Chefredaktor des SONNTAGS-BLICKS angestrengt hatte. Dieser geht im Juni in die zweite Runde: «Das Obergericht hat einen Vergleichsvorschlag formuliert und den Parteien Bedenkfrist bis Ende Juni eingeräumt» (NZZ/TA, 15.6.00).
- ▶ Eine Beschwerde gegen die SVP-Plakatkampagne zur Asylinitiative, eingereicht von der Partei der Arbeit im Kanton Waadt, wird abgewiesen, weil Letztere dadurch nicht geschädigt wurde (TA, 10.2.00).
- ▶ «Das Bundesgericht (...) präzisiert» «seine eigene Rechtspraxis» und hält fest, dass die «Leugnung des Genozids – konkret an Juden im Dritten Reich – (...) auch dann strafbar» ist, «wenn die fraglichen Äusserungen gegenüber Dritten (...) gemacht wurden»⁶ (NZZ,

⁶ Urteil 6S.186/1999 vom 3.11.99 sowie BGE 124 II 121

10.3.00). Der Vertreter einer Mehrheit kann sich nicht auf die Antirassismus-Strafnorm berufen, entscheidet das Zürcher Bezirksgericht in einem Grundsatzurteil (TA/NMZ, 5.4.00; TDG, 11.4.00). Das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt stellt klar, dass der Ausdruck «Holocaust-Hysterie» nicht rassendiskriminierend sei. Dies geht aus einem Entscheid hervor, der vom Bundesgericht initiiert wurde⁷ (NZZ/BUND, 5.4.00).

Behörden, Verwaltung und Polizei

- «Der Bundesrat verteidigt die EKR gegen Angriffe der SVP. Die EKR leiste gute Sensibilisierungsarbeit». Sie habe «in den knapp vier Jahren ihres Bestehens (...) mit ihren fundierten Publikationen und sachdienlichen, fachlich begründeten Stellungnahmen sowie der breiten Öffentlichkeitsarbeit überzeugende Arbeit geleistet. Ihre Tätigkeit hat ein grosses Echo in der Verwaltung, den Medien, der interessierten Öffentlichkeit und nicht zuletzt bei Politikerinnen und Politikern gefunden», antwortet die Landesregierung auf ein Postulat des frisch gewählten Christoph Mörgeli zur Abschaffung der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus*, das von «27 Abgeordneten zumeist aus SVP-Reihen» unterzeichnet wurde. (NLZ/NMZ, 14.3.00).
- Im Fall Khaled Abuzarifeh wurde gegen die drei für den Ausschaffungstod (3. März 1999) des Palästinensers verantwortlichen Berner Polizisten und gegen einen Arzt aus dem Kanton Bern Strafuntersuchung wegen fahrlässiger Tötung angeordnet. Dem Ausschaffungshäftling wurde neben Hand- und Fussfesseln auch ein Mundklebeverband verpasst. Er erstickte in der Folge im Lift des Flughafens Kloten (BZ/BUND/TA/TEMPS 6.1.00).

Die Angehörigen warten immer noch auf eine Entschuldigung und Entschädigung (Hintergrundinformation im AUGENAUF-BULLETIN Nr. 28/Juli 2000).

- «Un adolescent dépose plainte contre trois policiers pour violences à son encontre. La police rétorque par une plainte pour menaces et violence contre autorités.» Schon mehrmals wurde die Genfer Kantonspolizei mit Klagen von Betroffenen konfrontiert: «Visar, 16 ans, a déposé plainte contre la police suite à une intervention au Lignon» (CDG, 8.11.99). «L'instance suprême de la Confédération a cassé une décision de la justice genevoise le 13 décembre dernier, à qui elle reproche d'avoir trop vite enterré un dossier. Deux retraités n'avaient pas apprécié l'intervention un peu trop musclée de la police à leur domicile»⁸ (CDG, 24.2.00). «Une citoyenne s'en était prise verbalement aux forces de l'ordre lors d'une arrestation musclée à Genève. Verbalisée, elle a été blanchie par le Tribunal de police (...) et lavée de toute accusation» (CDG, 28.3.00).
- Ein Zürcher Kantonspolizist, der einem «Häftling vor einem Transport die Handschellen absichtlich schmerzhaft eng anlegte, ihn schlug und an der Fessel zerrte», wird zu einer Busse von 800 Franken verurteilt. Die Beschimpfung «Drecksneger» wird im Urteil nicht gewürdigt (NZZ, 1./2.4.00).

Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus

- «Mit einer hochrangigen Delegation beteiligt sich die Schweiz an der Gedenkkonferenz zum Holocaust» (TA, 20.1.00), an der «sich Vertreter von über 40 Staaten in Stockholm» Ende Januar treffen (TA, 24.1.00). «La délégation helvétique, emmenée par Ruth Dreifuss, insistera pour lutter contre l'antisémitisme sur Internet»

(TEMPS, 26./27./28.1.00; Tagespresse, 28.1.00). «Ein Gedenktag zum Holocaust könne in der Schweiz wenig auslösen», meint die Schweizer Bundesrätin: «Möglich, aber gut zu überlegen sei jedoch ein Sondertag, um generell auf die Gefahren des Rassismus, der Ausgrenzung und der Fremdenfeindlichkeit aufmerksam zu machen» (TA, 29.1.00). Die Konferenz endet mit einer Resolution (JR, 3.2.00; IW, 4.2.00).

- Die *Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz* und die *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* richten «einen Gratisauskunftsdienst für Fragen betreffend Verletzung des Antirassismusgesetzes» ein. «Anfragen können jeweils mittwochs zwischen 17.00 und 19.00 Uhr an Telefon 01-218 50 30 oder jederzeit an die Faxnummer 01-218 50 31 gerichtet werden» (TA, 23.3.00; BEOBACHTER, 10/00).
- In der Westschweiz existiert bereits seit Mitte 1995 die Gratisnummer 0800-55 44 43 *SOS Racisme*, die ebenfalls von Privaten betrieben und finanziert wird. Seit Mitte Mai betreibt in Frankreich der Staat selbst die Nummer 114: «Des dizaines de milliers d'appels parviennent à la centrale chaque semaine. Paris montre par là une réelle volonté politique de lutter contre le fléau. (...) Les différents acteurs sociaux réclament un numéro de téléphone antiraciste gratuit sur le plan national» aussi en Suisse (Temps, 5.6.00).
- Ellen Ringier, «engagiert in zahlreichen Institutionen: *Rock gegen Hass*, *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus*, *Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz*, *Schweizer Freundeskreis Givat Haviva* und vielen mehr», erhält den seit 1994 vom Friedensinstitut Givat Haviva in Israel verliehenen *Haviva-Reik-Preis* (TA, 24.3.00).

SALVATORE PITTÀ, SILVIA SOMMER,
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES,
ARCHIV & DOKUMENTATION

⁷ Urteile 6P.132/1999 und 6S.488/1999 vom 3.3.00 – keine BGE-Publikation vorgesehen

⁸ Urteil 1P.636/1999



Revue de presse sur le racisme

1^{ER} SEMESTRE DE L'AN 2000

Antisémitisme

- ▶ Au *Goetheanum*, à Dornach, des spécialistes discutent du thème «Judaïsme et anthroposophie»: «Steiner était-il raciste?» (SoZ, 16.1.00; TA, 20.1.00). Le *Bund der Freien Waldorfschulen* exige que deux reportages de la SÜDWESTRUNDFUNK documentant cette question soient interdits par mesure supervisionnelle. La décision rendue le 24 mars est négative, sur quoi les écoles Steiner allemandes adressent au Tribunal de district une demande de mesure conservatoire, qui est elle aussi rejetée (TA, 10.5./14.6.00).
- ▶ Plusieurs négationnistes se réunissent impunément dans le canton du Valais pour débattre de la question «Le rapport Bergier est-il scientifiquement défendable?». La manifestation est organisée par le mouvement de Jürgen Graf *Justice et Vérité*, dont le secrétaire général, René-Louis Berclaz, «candidat malheureusement à la charge de préfet et révisionniste entêté», a été condamné le jour précédent à quatre mois de prison avec sursis pour avoir affiché publiquement des centaines d'exemplaires d'écrits niant la Shoah (TA/LE TEMPS¹, 10.3.00; SOZ, 12.3.00). Une accusation est également déposée contre le mouvement – qui est domicilié chez Berclaz à Châtel-Saint-Denis, et qui compte Gaston-Armand Amaudruz au nombre de ses membres – après qu'il a adressé à tous les conseillers des Chambres fédérales un «Contre-rapport Bergier» (LE TEMPS, 11.4.00; CDG, 13.4.00).
- ▶ Cinq années après le dépôt de la plainte de la *Fédération suisse des communautés israéliennes* (FSCI) et de la

Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme (LICRA), Gaston-Armand Amaudruz, révisionniste notoire, est condamné à douze mois de prison ferme (LE TEMPS, 30.3.00; presse quotidienne, 11.4.00; AZ/BZ/TdG/CDG/LE TEMPS, 4.4.00; JR, 6./13.4.00; presse quotidienne, 11.4.00; WOZ/TdG, 13.4.00; TdG/LE TEMPS, 18.4.00). Amaudruz ayant annoncé qu'il compte faire recours contre le jugement (24H, 15.4.00), son avocat commis d'office se démet de ses fonctions (AZ/CDG/LE TEMPS, 19.4.00).

- ▶ L'Institut de recherches GfS présente les résultats d'un sondage d'opinion qu'il a réalisé à la demande de la *Coordination intercommunautaire contre l'antisémitisme et la discrimination* (CICAD) et du *American Jewish Committee*. L'enquête, qui suit un modèle éprouvé dans de nombreux pays, conclut qu'un sixième des personnes interrogées ont des préjugés antisémites (presse quotidienne, 16.3.00; TA/BUND, 18.3.00). Ce résultat, qui correspond largement à celui d'autres pays, déclenche une controverse. Divers experts critiquent l'étude, lui reprochant d'être d'une «indigence étonnante» (BUND/FACTS, 23.3.00; BZ, 28.3.00; TA, 29.3.00; NZZ, 30.3.00; IW/NZZ/BZ/TdG/TA/BUND, 31.3.00; SOZ, 9.4.00; LE TEMPS, 17.4.00; AZ, 23.4.00). Ils indiquent notamment que diverses études faites au cours des 25 dernières années avaient conclu à une réceptivité moindre et inchangée à l'antisémitisme. Deux interpellations, déposées l'une au Conseil national au mois de mai (TA, CDG, 24.5.00), l'autre au Conseil des Etats au mois de juin, alimentent la discussion (NZZ, 19.6.00).
- ▶ A Zurich, un homme doit faire un mois de prison parce qu'il a agressé

primitivement, sans motif apparent, un passant juif (NZZ/TA, 14.4.00; JR, 30.3.00). Lors du procès, il s'avère que cet homme avait en fait l'intention d'agresser le célèbre avocat Sigi Feigel (AZ/TA/NZZ, 9.5.00).

- ▶ Le Tribunal fédéral confirme la condamnation de Jürgen Graf à une peine de 15 mois de prison ferme (TA/BZ/LE TEMPS, 27.4.00). De nouvelles procédures pénales sont en cours aussi bien à l'encontre de Graf que d'autres révisionnistes (WOZ, 10.2.00).
- ▶ Walter Stoll, plus connu sous le nom de *Feldjäger vom Hochrhein* et auteur notoire de lettres d'injures antisémites, est condamné à quatre mois de prison avec sursis (BAZ, 28.4.00; JR, 4.5.00).
- ▶ Le mensuel MOMA consacre son numéro du mois de juin au thème de l'antisémitisme. Outre les questions des lettres antisémites adressées à Feigel, de l'UDC et du révisionnisme, il publie les éléments de deux discussions approfondies qu'a eues sa rédaction et un rapport sur l'anti-tziganisme en Suisse (MOMA, 6/00).

Anti-islamisme

- ▶ Dans son dernier livre consacré à l'islamisme, Rudolph Cimelli, correspondant en France de la SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, conclut: «L'islamisme a longtemps été ignoré ou sous-estimé. Le risque, aujourd'hui, est de tomber dans l'excès inverse. Les intégristes ne représentent pas une menace aussi grande que celle du Pacte de Varsovie même s'ils arrivaient au pouvoir dans plusieurs pays islamistes d'importance. Ils ne sont pas d'accord et n'ont pas la volonté déclarée d'hégémonie»² (BUND, 8.1.00).
- ▶ Quelque 200 000 personnes originaires d'un pays musulman vivent en Suisse. Les Musulmans sont la

¹ Arrêt 6S.186/1999 du 3 novembre 1999

² Cimelli, Rudolph: *Islamismus. Illustrations de Tino Käng, 154 pages. La publication peut être commandée gratuitement auprès de: Fondation Vontobel, case postale, 8022 Zurich.*

- deuxième communauté religieuse au monde après les Chrétiens. Lors de sa réunion consacrée à la question, la CFR souhaite par conséquent «un dialogue constructif avec les hommes et les femmes musulmans vivant ici» et s'oppose «expressément aux représentations négatives de l'Islam» (KIPA, 21.1.00). La CFR soutient dans un rapport la jurisprudence actuelle dans les conflits concernant le port du foulard, qui font les gros titres des journaux, et recommande aux autorités cantonales et communales de chercher des solutions pragmatiques: «Elle est opposée à une interdiction générale du port du foulard islamique, tout en estimant que les personnes exerçant une fonction symbolique devraient renoncer à porter des signes évidents de leur appartenance religieuse» (BUND, 19.1.00). On attend actuellement un jugement dans ce sens de la Cour européenne de justice (TA/LETEMPS, 19.1.00; AZ, 21.1.00; BAZ, 20.1./24.2.00).
- Dans son programme de politique des étrangers, à Zurich, l'UDC écrit: «L'Islam se révèle de plus en plus un obstacle à l'intégration. Le nombre des musulmans augmente pourtant de manière constante.» 24 HEURES en conclut: «Ce parti préconise clairement de priver les musulmans du droit à la naturalisation, si ce n'est de s'établir dans le pays.» Le président du groupe UDC bernois conteste: «Notre initiative n'est pas xénophobe, car l'étranger dont la naturalisation est refusée par le peuple pourra continuer à habiter dans la cité» (24H, 1.3.00).

Tsiganes/Gens du voyage

- Après que l'assemblée communale de Belp/BE a décidé de ne même pas entrer en matière, dans la question de la «création d'une aire de stationnement pour les gens du voyage», les deux familles concernées déménagent pour six mois sur le terrain d'Ämmematte (BUND, 14./18.1.00; BZ, 3.2.00).

- Lors d'une votation, Boudevilliers s'oppose par 59 contre 41 pour cent des voix à la création d'une aire de stationnement pour les gens du voyage comptant 40 places au maximum. Un habitant socio-démocrate de la commune déclare: «Je ne suis pas opposé à une place pour les gens du voyage, mais dans un endroit plus judicieusement choisi.» Commentaire du journaliste: «C'est-à-dire ailleurs» (LE TEMPS, 13.3.00).
- A Versoix, un référendum aboutit au rejet d'une proposition de solution, mûrie au terme de longues négociations et soutenue par toutes les parties concernées, en faveur d'une nouvelle aire de stationnement pour les gens du voyage vivant sur place, depuis des décennies, dans des conditions indignes. La CFR proteste, d'entente avec la fondation *Assurer l'avenir des gens du voyage suisses*, contre «le risque croissant d'usage abusif des droits fondamentaux démocratiques pour discriminer des minorités» (presse quotidienne, 26.6.00).

Étrangers, réfugiés et asile

- La *Banque Migros* refuse d'ouvrir des comptes courants à des requérants d'asile. Le *Crédit Suisse*, lui, refuse de leur ouvrir des comptes d'épargne. A l'*UBS*, les directeurs de succursale sont libres d'ouvrir ou non des comptes au bénéfice des requérants d'asile. La Poste, elle, exige un dépôt d'un montant de 1000 francs (WW, 20.1.00; TA-MAGAZIN, 29.1.00; GBI-ZEITUNG, 9.2.00).
- Début février 2000, au Grand Conseil bernois, un membre du groupe radical, ancien président de la commune de Huttwil/BE, se lance dans une grande tirade politique sur l'asile: «Dans la ville de Jaffna (habitée par les Tamouls), j'ai frêmi à la vue de ces «drôles de types», les requérants d'asile criminels doivent être «parqués, par exemple dans les grottes de la région du Grimsel.» Le jour suivant, il se demande dans un communiqué de presse s'il ne devrait pas adhérer

à l'UDC, qui ne veut pas forcément de lui. Ce directeur de centre sportif pare à la rebuffade des médias en disant «Je me suis montré trop émotionnel». Un porte-parole de la scène radicale de droite, membre d'*Avalon*, porte plainte contre le député pour atteinte à la norme pénale antiracisme (BZ, 2./9./10./12.2.00; BUND, 2./9./18.2.00).

- «Les «Yougos»»: le service de presse de la police municipale zurichoise interdit à une femme policier de fournir des renseignements au SCHWEIZERISCHER BEOBACHTER sur les expériences qu'elle a faites avec des «réfugiés en provenance d'Ex-Yougoslavie: Kosovars, Serbes, Macédoniens, Bosniaques – appelés «Yougos» dans le milieu»: «Nos collaborateurs ne sont pas racistes.» D'après un sondage réalisé par l'institut Demoscope, seul un cinquième des Suisses estiment que les étrangers jouent un rôle positif dans notre pays. Selon l'Institut de recherches GfS, en 1997, la «plupart des Suisses (...) n'avaient aucun problème avec les étrangers en provenance d'Allemagne, de France, d'Italie, d'Espagne ou du Portugal. Mais 43 pour cent des personnes interrogées pensent que, «les Bosniaques et les Serbes n'ont pas leur place en Suisse» (BEOBACHTER, 28.4.00).
- Dans le canton d'Argovie, un homme est condamné à une peine de 3 ans de prison pour tentative de meurtre avec préméditation: en mars 1998, il avait suivi un Camerounais, l'avait couvert d'injures racistes horribles avant de tirer sept coups de pistolet sur lui. La victime avait eu de la chance dans son malheur: «seul le troisième coup l'a atteint par ricochet à l'avant-bras» (AZ, 4.5.00).
- Le mensuel MOMA consacre son numéro du mois de juin au thème «Intégration – dans la parole et dans les actes». Parallèlement aux discussions concernant les différents modèles d'intégration cantonaux et communaux, il donne à lire des essais sur l'intégration à la campagne et le passage d'une politique libérale à une politique restrictive des étrangers ainsi qu'un entretien

avec Cécile Bühlmann, membre de la CFR, et Hans Mahnig et Gianni D'Amato, deux membres du *Forum suisse pour l'étude des migrations* (FSM) (MOMA, 6/00).

- ▶ Parce qu'il est convaincu que «pareilles formules sont contraires à la loi antiracisme», un facteur zurichois jette le mailing promotionnel des Démocrates suisses au lieu de le distribuer. Le service juridique de la Poste doit vérifier si cette déclaration est exacte, auquel cas le facteur doit s'attendre à être licencié: «Un chauffeur de camion végétarien ne peut pas se permettre de refuser de transporter de la viande» (TA; 17.6.00).

École et racisme

- ▶ «Le meurtre d'un enseignant à St-Gall (...) n'est pas sans conséquence: (...) depuis le mois d'août, les trois écoles moyennes de la ville (...) ont engagé chacune un travailleur social à 50 pour cent. (...) Au début de chaque cours, les élèves se lèvent au moins dix secondes en témoignage de leur attention à l'égard de l'enseignant. (...) Les parents sont également associés à cette obligation. (...) Fin 1999, un groupe de travail a soumis des propositions au gouvernement concernant les possibilités de répondre au besoin de protection et de sécurité de la population tout en encourageant l'intégration de la population résidante étrangère» (AZ/BAZ, 6.1.00).
- ▶ Après que le Tribunal administratif du canton de Berne a pris la décision de déclarer contraire au droit le licenciement du maître secondaire de la commune d'Arch, l'Association des communes bernoises dépose un recours de droit public auprès du Tribunal fédéral (BUND, 2.2.00). Le Tribunal fédéral n'entre pas en matière (VPOD-MAGAZIN FÜR SCHULE UND KINDERGARTEN, 2./5.00). A la suite de quoi, seulement, l'école d'Arch exprime sa volonté de s'attaquer au problème des jeunes racistes du gymnase dont il avait été question en 1999. «Le

plus piquant est que l'enseignant licencié avait voulu aborder la question.» Et: «Le projet *Das Fremde in der Schule verstehen* évite lui aussi soigneusement de parler de ce qui s'est passé» (BUND, 15.6.00).

- ▶ Les parents d'une élève de 2^e font recours, avec le *Luzerner Gewerkschaftsbund* (LGB), contre la décision de l'école lucernoise St-Karli de la placer, malgré le fait qu'elle parle le suisse-allemand sans accent, dans une classe réservée aux étrangers (AZ, 19.4.00). Dans une interview, Hans Ulrich Stöckling, président de la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique, s'exprime en faveur de classes séparées, pour une durée temporaire, et s'oppose à l'opinion diamétralement opposée de la CFR et du Conseil fédéral selon laquelle ces classes sont anti-constitutionnelles (LE TEMPS, 22.2.00; WEKAKTUELL, 2/00). A Genève, les petits étrangers fraîchement arrivés fréquentent une classe spéciale depuis 30 ans: «Il est rare que ce passage prenne plus d'un an. (...) La séparation est pensée, organisée comme facteur d'intégration et pourtant certains élèves ressentent parfois un certain étiquetage. Toute la question est: quel est l'objectif de l'institution?» (LE TEMPS, 28.2.00)
- ▶ Après une bagarre avec deux autres écoliers, au cours de laquelle il a été traité de «sale négro!», un élève angolais de La Sarraz/VD est renvoyé de l'école avec effet immédiat. La Direction de l'instruction publique intervient et l'adolescent est réadmis: «Ses rares promenades au village sont hautement surveillées par des détectives improvisés. (...) On s'active pour que l'adolescent soit scolarisé dans un autre établissement vaudois, jusqu'à ce qu'il puisse gagner des contrées jurassiennes, si possible moins hostiles» (MATIN, 16.3.00; CDG, 21.3.00).
- ▶ Ce n'est pas la langue, mais l'origine sociale qui est déterminante pour le niveau d'une classe. Telle est la conclusion d'une étude réalisée à la demande de la direction de l'instruction publique du canton de Zurich, dans le cadre de laquelle environ 1500 élèves de 80 classes

ainsi que leurs enseignants ont été interrogés, représentant 45 écoles. A la différence des études faites dans d'autres pays européens, l'Institut de pédagogie bernois signale que les filles souffrent en Suisse de désavantages plus grands que les étrangers: «Dans les écoles suisses, le fait d'être une fille constitue encore un désavantage» (BUND, 20.3.00).

- ▶ 58% des 719 apprentis de l'école professionnelle de Pfäffikon/SZ se considèrent eux-mêmes de droite ou d'extrême-droite, un sur douze trouve que la croix gammée est une bonne chose. L'école cantonale voisine compte également des jeunes de droite, mais ils sont différents: «Le niveau est plus élevé» (TA, 19.4.00; WW, 27.4.00).
- ▶ Un sondage réalisé pour la Confédération auprès de 20 000 recrues et 1600 parents et grands-parents, intitulé «Identité 2000», aboutit à des résultats explosifs: «76 pour cent des recrues sont opposés à l'intégration politique des étrangers; 46 pour cent craignent que la Suisse soit dans dix ans un pays envahi par les étrangers, où les particularités nationales sont menacées» (SB, 18.6.00).

Naturalisations

- ▶ Le 12 janvier 200, un podium est organisé à Beromünster/LU par les jeunes de l'UDC sur le troisième échec de la demande de naturalisation de deux jumelles dont les parents sont yougoslaves (BUND, 7.1.00; AZ, 11.1.00; TA, 14.1.00). Dans l'émission 10 VOR 10 de la SF-DRS, un électeur en colère déclare: «Personne ne peut me dicter mon opinion. S'il fallait se prononcer une nouvelle fois, ce serait encore non, même en présence de ne serait-ce qu'un seul journaliste à l'assemblée communale» (WW, 20.1.00). Le 11 mai, l'émission DOK de la SF-DRS diffuse le film documentaire «Beromünster, im Land der Schweizermacher» (Beromünster, au pays des faiseurs de Suisses). Seuls 191 citoyens établis de longue

- date, sur les 2326 habitants que compte la commune, ont le droit de décider des naturalisations (WoZ, 16.3.00; NZZ, 11.5.00; NLZ, 13.5.00).
- Après l'échec de la votation fédérale de 1994, les cantons occidentaux ainsi que Berne et Zurich se sont engagés à faciliter la naturalisation des jeunes étrangers. Les cantons concordataires garantissent aux personnes concernées un droit de recours auprès du conseil de district (TA, 14.1.00). Le canton de Bâle-Campagne compte faciliter en l'an 2001 la naturalisation des étrangers vivant sur son territoire depuis au moins 20 ans (BAZ/BUND, 11.2.00; BAZ/TA, 24.5.00). En 1999, il a naturalisé un tiers d'étrangers de moins que l'année précédente (BAZ, 15.5.00).
 - Le canton de Genève, qui s'est spontanément montré généreux envers les étrangers d'Emmen, a manifestement de la peine à abandonner la perception d'une taxe de naturalisation pouvant atteindre 100 000 francs auprès de ses propres étrangers: «L'abandon de cette pratique (...) aura nécessité des mois de locutions parlementaires. Pour ce faire, le consensus prêt à montrer l'exemple à la Suisse entière a cédé la place à une boiteuse majorité de circonstances» (LE TEMPS, 27.4.00).
 - Le débat mené en ville de Zurich sur l'initiative de l'UDC visant à soumettre les naturalisations au peuple s'étend tout au long de la période observée. Une première fois, le Conseil municipal se penche sur les questions de la protection de la personnalité et des données. Le Conseil de ville zurichois voit, dans la communication de données personnelles, «un potentiel considérable d'atteintes à la liberté personnelle et aux droits fondamentaux.» Le délégué à la protection des données de la ville confirme cette crainte. Lors du second débat, le Conseil municipal subodore un risque d'arbitraire (TA/NZZ, 14.1.00).
 - Le Conseil de ville zurichois se consacre une troisième fois aux questions de naturalisation le 9 février. Le débat porte sur les taxes de naturalisation et une limitation à 25 pour cent de la proportion d'étrangers dans les quartiers urbains (NZZ/TA, 10.2.00; NZZ, 15.2.00; TA, 1.3.00). Mi-avril, le conseil municipal se prononce en faveur du maintien de l'obligation de résidence d'au moins six ans (NZZ, 7.4.00; TA, 11./19.4.00). L'UDC échoue finalement dans un recours cherchant à soumettre les naturalisations au Peuple par voie juridique (TA, 17.5.00).
 - Dans le canton de Zurich, quelque 5000 demandes de naturalisation ont été approuvées en 1999. Le responsable des questions de droit civil vante: «Dans le canton de Zurich, les étrangers ont une position juridique confortable en ce qui concerne les naturalisations» (TA, 7.5.00). Mis à part la ville, aucune commune du canton n'a été confrontée à l'initiative de l'UDC. La ville de Winterthur envisage un nouveau modèle d'intégration qui prévoit la naturalisation automatique des jeunes étrangers nés en Suisse à leur majorité (TA, 2.3.00). Le parlement s'oppose toutefois à la modification de la procédure d'enquête (TA, 11.4.00).
 - La commune de Wallisellen se refuse à naturaliser les enfants de requérants d'asile dont la demande a été rejetée. Les recours remontent jusqu'au gouvernement, le Conseil municipal «dépose à titre provisionnel un recours de droit public auprès du Tribunal fédéral» (TA, 30.5.00). La commune bourgeoise d'Hedingen se prononce à bulletin secret sur cinq requêtes et en rejette deux sans discussion (NZZ, 3.5.00). Rümlang refuse au mois d'avril la naturalisation d'une famille issue de l'ancienne Yougoslavie (NZZ, 2.6.00).
 - La commune de Baar/ZG opère sélectivement face aux candidats à la naturalisation: elle refuse son approbation à «11 personnes originaires de l'ancienne Yougoslavie et à trois Turcs», les douze autres requérants se voient accorder le passeport rouge à croix blanche (TA, 7.3.00). A Alpnach, Arth, Schwyz, Künthen/AG et Othmarsingen/AG, les ressortissants des mêmes États essuient également un revers le week-end suivant, où seule la commune de Weggis/LU donne suite à toutes les demandes (WoZ, 16.3.00). La commune de Geuenssee/LU approuve elle aussi toutes les requêtes qui lui sont adressées (NLZ, 4.4.00). Albertswil rejette la demande d'une famille turque (NLZ, 3.4.00), Kerns/OW cinq demandes de personnes issues de l'Ex-Yougoslavie (TA/BUND, 17.4.00). La riche commune de Freienbach/SZ s'oppose, de peu, à la naturalisation de deux familles originaires de l'ancienne Yougoslavie (TA, 22.5.00).
 - En 1999, on a naturalisé 1000 personnes de moins que l'année précédente, annonce l'Office fédéral des étrangers (BUND/LE TEMPS, 23.2.00; WoZ, 24.2.00). Un mois plus tard, le DFJP indique que la nationalité a été accordée à «presque autant de personnes que l'année précédente» (21 698 personnes) (NZZ/NLZ/TA, 1.4.00). Sans les naturalisations, le nombre des citoyens suisses aurait même diminué en 1999, explique l'Office fédéral de la statistique (BUND, 4.3.00).
 - Les plans de l'UDC, à Zurich et à Berne, ainsi que l'attitude de la Suisse romande et surtout de Genève face à «l'esprit borné des Allemaniques» préoccupent le SONNTAGSZEITUNG dans son dossier publié fin mars: «Si tous les immigrés titulaires d'un permis d'établissement (permis C) recevaient le passeport rouge à croix blanche, la proportion des non-Suisses tomberait à six pour cent» (SOZ, 26.3.00).
 - Une bonne semaine après la votation d'Emmen, la *Commission européenne contre le racisme et l'intolérance* (ECRI) du Conseil de l'Europe critique la pratique suisse en matière de naturalisations. Dans un rapport sur la Suisse³, elle se dit préoccupée par la xénophobie et l'intolérance (BUND/TA/BZ/NZZ/CDG, 22.3.00; LE TEMPS, 22./25.3.00).

³ <http://www.ecri.coe.int>

- ▶ Dans le dossier qu'il consacre aux questions d'actualité, l'historien Patrick Kury se penche sur l'évolution des normes de la naturalisation au XX^e siècle. Kury considère que le point crucial, dans le débat, réside dans le glissement conceptuel de l'assimilation vers l'intégration. Ce glissement commence, à ses yeux, avec la création de la *Commission fédérale des étrangers* (CFE), en novembre 1970, et aboutit fin mars 2000, lorsque ladite commission recommande, dans un document conceptuel, de ne plus parler que d'intégration. Entre 1980 et 1998, 261 568 personnes ont été naturalisées selon l'Office fédéral des étrangers (NZZ, 15.4.00).

Extrémisme de droite

- ▶ Le 22 janvier, la police arrête 102 perturbateurs, probablement de droite, lors d'une marche antifasciste autorisée (SOZ, 23.1.00; presse quotidienne, 24.1.00). Malgré les appels au calme lancés au préalable par des responsables connus des DS, de l'UDC et même d'*Avalon*, 250 radicaux de droite se rendent à Berne (BUND, 12./18./19.1.00). Le nombre important de skins nazis et de hooligans n'étonne pas la police, qui est également au courant de contacts avec des partis établis (BUND, 2.2.00). «Depuis des mois, il existe en Suisse des sections du mouvement skinhead international *Blood and Honour* (WOZ, 27.1.00).
- ▶ Quelque 30 skins nazis et hooligans vandalisent l'Allmend de Berne après le *Barstreet-Festival* 2000. Quatre personnes sont blessées (BZ, 7.2.00). Dans le canton de Berne, le nombre des personnes inscrites dans les registres de la police en tant que skinheads a doublé au cours des deux dernières années (passant à 120). Outre la *Aarische Front Bern*, il existe en Haute Argovie une cellule du mouvement *Blood and Honour*. L'année passée, la région de Berthoud est venue s'y rajouter (BZ, 23.2.00). A Lotzwil/BE et Madiswil/BE, la police engage une procédure pénale contre quatre jeunes qui ont «souillé des équipements ouverts au public et sprayé des murs de slogans à teneur raciste» (BUND, 8.1.00).
- ▶ Dans son numéro du mois d'avril, MEGAFON commente les agressions qui ont eu lieu à Münchenbuchsee/BE ainsi que lors du carnaval de la ville de Berne. Il semblerait que les attaques soient parties d'un pub situé au cœur du village, contre des adolescents indésirables. Des agissements de même nature auraient été observés dans un établissement de la vieille ville de Berne (MEGAFON, 4/00).
- ▶ Le Conseil d'État genevois veut créer une banque de données sur les hooligans. «La police (...) n'a pas le droit de les fichier (...). Mais le critère de bande organisée est déterminant». Ainsi, lors des manifestations anti-OMC qui se sont déroulées à Genève, des personnes ont été fichées. L'administration compte déjà une quinzaine de fichiers de cette sorte (TDG, 26.1.00).
- ▶ D'après la Police fédérale, le *Volks-Sturm Unterland* (VSU) de la région de Bülach/ZH fait lui aussi partie du mouvement *Blood and Honour*. Début février, le VSU a organisé une rencontre avec d'anciens nazis, dont le révisionniste notoire Werner Schaub, et des skins nazis issus de toute la Suisse. Le cuisinier du restaurant dans lequel la rencontre a lieu a loué la salle sous l'abréviation PJW, *Patriotische Jugend Winterthur*; il quitte son poste immédiatement après. Le PJW figure dans le rapport sur la protection de l'État de 1999 (TA, 7./8./21.2.00). La moitié du parlement de Winterthur signe une interpellation demandant des expertises et des mesures (TA, 8.3.00).
- ▶ La Suisse veut s'opposer davantage au racisme propagé sur Internet. Lors d'un séminaire de préparation de la Conférence de l'ONU contre le racisme, qu'elle finance, elle propose deux idées: «D'une part, mettre en avant le modèle suisse qui prévoit d'engager la responsabilité pénale des fournisseurs d'accès (...). D'autre part, convaincre les États les plus libéraux de limiter l'accès des sites racistes à leur seul espace national» (LE TEMPS, 18.2.00). Des filtres spéciaux sont déjà fabriqués en Utah, aux États-Unis, pour les écoles, les bibliothèques et les autorisés⁴ (BUND, 29.3.00).
- ▶ La Police fédérale implique dans une expertise juridique⁵ les fournisseurs d'accès à Internet: «Les fournisseurs d'accès sont tenus de suivre les instructions des autorités et de bloquer les sites en question. Les fournisseurs d'hébergement, qui sont positionnés plus près de l'offre, doivent en outre contrôler aléatoirement les sites suspects. Ni les uns ni les autres ne doivent toutefois dénoncer les contenus racistes» (WOZ, 2.3.00; presse quotidienne, 16.5.00; JR, 18.5.00; NLZ, 31.5.00; IW, 7.6.00).
- ▶ Le site Web d'un professeur assistant de l'EPFZ contenant des liens à des sites racistes est bloqué. Le procureur de district ouvre une enquête pénale pour atteinte à l'article 261^{bis} du code pénal (NZZ, 23./24.2./3.3.00; BUND, 24.2.00).
- ▶ A Rotkreuz/ZG, la police empêche une bagarre entre des extrémistes de gauche et de droite à l'occasion de l'ouverture du carnaval. Les participants de droite viennent de Zoug et des cantons voisins (NZZ, 21.2.00). La police braque de plus en plus ses projecteurs sur les milieux d'extrême droite. Leurs rangs ont grossi, mais il n'est pas possible pour le moment de fournir des chiffres fiables sur l'organisation *Blood and Honour* (NZZ, 8.3.00).
- ▶ A Aarau, une douzaine de skins nazis d'Olten rejoignent le défilé du 1^{er} mai et cherche la bagarre avec les antifascistes du «schwarzer Block» (AZ, 2.5.00).
- ▶ Dans la nuit du 22 janvier, des skins nazis attaquent le centre autonome de Lausanne. Le jour suivant, un millier de personnes prennent part à une *promenade antifasciste*. (LE TEMPS, 25.1.00; CDG, 28.2.00; MEGAFON, 4.00).

⁴ Rosenthal, David: *Arbeitspapier zur Bekämpfung von Rassismus im Internet, à la demande du Haut-Commissariat des Nations-Unies pour les droits de l'homme*, <<http://www.rvo.ch/docs/unracism.pdf>>

⁵ Avis de la Police fédérale suisse sur la responsabilité pénale des fournisseurs de services Internet, avril 2000

- Le 27 mars, un centre d'hébergement de requérants d'asile de Küssnacht est attaqué à coups de cocktails Molotov. Quatre suspects sont arrêtés (NZZ, 22./24.3./2.4.00).
- Après la deuxième finale de hockey sur glace, le 23 mars 2000, on assiste à des heurts entre supporters au Hallenstadion de Zurich (NZZ, 3.4.00). Sur la pelouse du SC Kriens, des bagarres ont également lieu fin avril. La police renvoie quelques supporters des YB bernois dès leur arrivée à la gare (NLZ, 1.5.00). Dans le canton d'Argovie, la police estime à 80 le nombre des skins nazis (TA, 22.4.00). Dans son rapport sur la protection de l'État de 1999, la Police fédérale note l'existence flagrante d'un lien entre «les supporter – surtout de hockey sur glace et de football – (...) et l'extrémisme de droite» (BZ, 16.5.00).
- «Les jeunes sont toujours plus nombreux à osciller entre haine et peur des étrangers. A penser ce que les adultes pensent. Mais ils le vivent au premier degré». A Neubad/BS, quelques-uns d'entre eux sympathisent avec les skins: «Quelque part, je les comprend. Si personne ne se défend, les étrangers se prendront toujours plus de libertés» (BAZ, 31.3.00).
- Le *Forum für eine offene Kirche* consacre son dossier et la couverture de son numéro d'avril de AUFBRUCH au thème des «nouveaux croyants». Le BASLER ZEITUNG reproduit intégralement l'interview du Professeur de théologie Niewiadomski (voir sa contribution au n° 6 de TANGRAM) (AUFBRUCH, 4/00; BAZ, 4.4.00).
- Début avril, FACTS rapporte les efforts investis par le *Nationale Partei Deutschland* (NPD) pour créer une section en Suisse (FACTS, 14/00; BZ, 6./7.4.00). Après l'annonce de la fondation du parti par 60 personnes, le gérant d'un hôtel bernois qui avait d'abord accepté de louer des locaux au NPS fait échouer la tenue d'un premier congrès (BUND, 26./27.4.00; BZ/TA/BLICK, 27.4.00; NZZ, 27./28.4.00). La *Fondation contre le racisme et l'antisémitisme* dépose une plainte pénale et

exige simultanément l'interdiction du parti (AP, 28.4.00; BZ/BUND/LE TEMPS, 29.4.00). Environ 100 adolescents manifestent spontanément contre le nouveau parti (SDA, 31.4.00). Pendant qu'en Allemagne des milliers de sympathisants du NPD se signalent par des exactions commises en marge des manifestations du 1^{er} mai, le NPS se dissout (BZ/NZZ/NLZ/LE TEMPS/BUND, 2.5.00; IW, 5.5.00; MEGAFON, 6/00).

- Dans son cinquième rapport sur la protection de l'État, la Police fédérale constate une augmentation, un rajeunissement et une plus grande disponibilité à la violence chez les skins nazis. Le mouvement international *Blood and Honour*, notamment, s'est rapidement développé.
- «Une peine de prison plus courte pour l'étudiant en droit incendiaire»: l'instigateur de l'incendie de trois centres d'hébergement de requérants d'asile, dans le canton d'Argovie, dans les années 1995 à 1997, et auteur de tracts racistes voit sa peine de prison raccourcie de six mois – «en raison du retard pris par l'affaire» (AZ, 9.6.00). Le Tribunal de district de Baden n'avait indiqué par écrit les motifs du jugement prononcé le 18 novembre 1998 que début mars 2000 (NZZ, 4.3.00). «L'atteinte portée au principe de célérité est un motif de réduction de peine reconnu par les tribunaux suisses» (TA, 24.2.00).
- A Malters/LU, des skins nazis organisent une fête sans être inquiétés (SoZ/SB, 11.6.00; NLZ/LE TEMPS, 13.6.00; NLZ, 15.6.00). Dans la région de Littau-Wolhusen/LU, les milieux skins nazis se sont véritablement établis avec les années (VORWÄRTS, 23.6.00).

Disposition pénale antiracisme

- La disposition pénale antiracisme a cinq ans. Depuis qu'elle existe, quelque 130 à 150 cas (CDG, 8.2.00), voire 200 (TA, 9.2.00) ont été traités. «Bien des plaintes n'aboutissent à rien (...) environ 70

pour cent des procédures ont été suspendues, (...) seules 40 peines ont été prononcées en cinq ans.» C'est ce que constate la *Société pour les minorités en Suisse*, qui a créé dans l'intervalle un service de renseignement gratuit avec la *Fondation contre le racisme et l'antisémitisme*, dans une récapitulation des affaires (BE-OBACHTER, 10/00). Mais il n'existe pas encore de statistique fiable sur la question: «Ni la CFR ni la Police fédérale ne peuvent fournir de renseignements précis sur la question.» Une chose est claire pourtant: «Les condamnations pour antisémitisme dominant» (NMZ, 5.4.00).

- A Winterthur, une serveuse de qui avait refusé de servir trois Africains est punie d'une amende de 1400 francs (TA, 7.1.00). Dans le bar Seeggerhaus de la ville de St-Gall, les Noirs ne sont pas admis (SGT, 19.2.00). Quant au bar Mad Wallstreet de Kriens/LU, il interdit sa porte à tous les étrangers (BZ, 8.5.00). Un cafetier fribourgeois doit payer 150 francs d'amende pour avoir déposé une fausse «demande d'asile» au contenu raciste (LE TEMPS, 11.2.00).
- Lors d'un discours, le 1^{er} mars 1997, Christoph Blocher avait dit que, «les Juifs ne s'intéressent qu'à l'argent». Deux particuliers portent plainte, trois ans plus tard, pour atteinte à la disposition pénale antiracisme (BAZ/BUND/LE TEMPS, 8.2.00). Le procès pour atteinte à l'honneur que Blocher avait intenté contre l'ancien rédacteur en chef du SONNTAGSBlick gagne de ce fait en importance. Il entre dans sa deuxième phase au mois de juin: «La cour suprême a formulé une proposition concordataire et accordé un délai de réflexion aux partis jusqu'à fin juin» (NZZ/TA, 15.6.00).
- Un recours déposé contre la campagne d'affichage de l'UDC, concernant l'initiative sur l'asile, par le Parti du travail du canton de Vaud est rejeté, parce que ce dernier n'en a pas souffert (TA, 10.2.00).
- «Le Tribunal fédéral (...) précise» «sa propre jurisprudence» et constate que la «négation du géno-

cide – concrètement de Juifs par le Troisième Reich – (...) est également punissable lorsque les déclarations incriminées ont été faites (...) envers des tiers»⁶ (NZZ, 10.3.00). Le représentant d'une majorité ne peut se réclamer de la disposition pénale antiracisme, tranche le Tribunal de district de Zurich dans un arrêt de principe (TA/NMZ, 5.4.00; TDG, 11.4.00). La cour d'appel du canton de Bâle-Ville pense que l'expression d'hystérie de la Shoah n'est pas raciste. C'est ce qui ressort d'une décision qui a été initiée par le Tribunal fédéral⁷ (NZZ/BUND, 5.4.00).

Autorités, administration et police

- ▶ «Le Conseil fédéral défend la CFR contre les attaques de l'UDC. La CFR fournit un excellent travail de sensibilisation.» Elle a «dans ses quatre années d'existence (...), par ses publications documentées et ses avis objectifs, professionnels et fondés ainsi que ses activités de relations publiques, fourni un travail convaincant. Ses activités ont reçu un écho important dans l'administration, dans les médias, auprès du public intéressé et, last, but not least, des politiques», répond le Gouvernement du pays à un postulat déposé par le fraîchement élu Christoph Mörgeli demandant la suppression de la *Commission fédérale contre le racisme*, qui a été signé par «27 parlementaires, la plupart issus des rangs de l'UDC» (NLZ/NMZ, 14.3.00).
- ▶ Dans l'affaire Khaled Abuzarifeh, une instruction pénale a été ordonnée contre les trois policiers bernois responsables de la mort du Palestinien lors de son expulsion (le 3 mars 1999) et contre un médecin du canton de Berne, pour homicide par négligence. Le prisonnier expulsé avait les mains et les pieds menottés, mais il était aussi bâillonné. Il est mort étouffé dans l'ascenseur de

l'aéroport de Kloten (BZ/BUND/TA/LE TEMPS, 6.1.00). Sa famille attend toujours des excuses et une indemnisation (informations de fond dans AUGENAUFBULLETIN Nr. 28/juillet 2000).

- ▶ «Un adolescent dépose plainte contre trois policiers pour violences à son encontre. La police rétorque par une plainte pour menaces et violence contre autorités». La police cantonale genevoise a déjà été confrontée plusieurs fois à des plaintes de victimes: «Visar, 16 ans, a déposé plainte contre la police suite à une intervention au Lignon» (CDG, 8.11.99). «L'instance suprême de la Confédération a cassé une décision de la justice genevoise le 13 décembre dernier, à qui elle reproche d'avoir trop vite enterré un dossier. Deux retraités n'avaient pas apprécié l'intervention un peu trop musclée de la police à leur domicile»⁸ (CDG, 24.2.00). «Une citoyenne s'en était prise verbalement aux forces de l'ordre lors d'une arrestation musclée à Genève. Verbalisée, elle a été blanchie par le Tribunal de police (...) et lavée de toute accusation» (CDG, 28.3.00).
- ▶ Un policier cantonal zurichois qui avait «intentionnellement trop serré les menottes passées à un prisonnier, avant son transport, l'avait battu et attaché au siège», est condamné à payer une amende de 800 francs. L'insulte de «nègre» n'est pas retenue dans le jugement (NZZ, 1./2.4.00).

Mesures contre le racisme et l'antisémitisme

- ▶ «La Suisse envoie une délégation de premier plan au Forum international sur l'Holocauste» (TA, 20.1.00), où se rencontrent fin janvier «des représentants de plus de 40 États (TA, 24.1.00). «La délégation helvétique, emmenée par Ruth Dreifuss, insistera pour lutter contre l'antisémitisme sur Inter-

net» (LE TEMPS, 26./27./28.1.00; presse quotidienne, 28.1.00). «Une journée de commémoration de la Shoah n'apporterait pas grand chose en Suisse», déclare la Conseillère fédérale: «Mais il serait bon d'envisager sérieusement une journée spéciale destinée à sensibiliser la population aux dangers du racisme, de l'exclusion et de la xénophobie» (TA, 29.1.00). La Conférence se termine par une résolution (JR, 3.2.00; IW, 4.2.00).

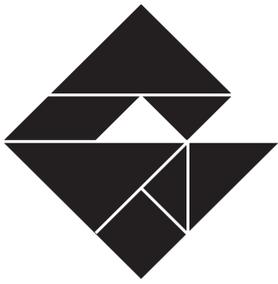
- ▶ La *Société pour les minorités en Suisse* et la *Fondation contre le racisme et l'antisémitisme* créent «un service de renseignements gratuit sur les questions d'atteintes à la loi antiracisme». «Les intéressés peuvent appeler le numéro de téléphone 01-218 50 30, le mercredi de 17h00 à 19h00, ou envoyer un fax au numéro 01-218 50 31» (TA, 23.3.00; BEOBACHTER, 10/00).
- ▶ La Suisse romande dispose depuis déjà mi-1995 d'un numéro d'appel gratuit: le 0800-55 44 43 de *SOS Racisme*, qui est également géré et financé par des particuliers. Depuis mi-mai, l'État français offre le numéro 114: «Des dizaines de milliers d'appels parviennent à la centrale chaque semaine. Paris montre par là une réelle volonté politique de lutter contre le fléau. (...) Les différents acteurs sociaux réclament un numéro de téléphone antiraciste gratuit sur le plan national» aussi en Suisse (LE TEMPS, 5.6.00).
- ▶ Ellen Ringier, qui est «engagée dans de nombreuses institutions: *Rock contre la haine*, *Fondation contre le racisme et l'antisémitisme*, *Société pour les minorités en Suisse*, *Cercle d'amis suisse de Givat Haviva* et d'autres encore», reçoit le prix *Haviva-Reik*, décerné depuis 1994 par l'institut pour la paix Givat Haviva en Israël (TA, 24.3.00).

SALVATORE PITTÀ, SILVIA SOMMER,
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES,
ARCHIV & DOKUMENTATION

⁶ Arrêt 6S.186/1999 du 3.11.99 et ATF 124 II 121

⁷ Arrêts 6P.132/1999 et 6S.488/1999 du 3.3.00 – pas de publication ATF prévue

⁸ Arrêt 1P.636/1999



Die Weltkonferenz gegen Rassismus: Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen

MURIEL BECK KADIMA

Anfang September 2001 findet die dritte UNO-Konferenz gegen Rassismus in Südafrika statt. Zur Vorbereitung werden regionale Vorbereitungskonferenzen veranstaltet, an welchen die Nichtregierungsorganisationen massgeblich beteiligt sind. Deren Rolle ist nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch in der Durchführung und Nachbearbeitung dieser Konferenzen wichtig.¹

Die Nichtregierungsbegleitarbeit der Europakonferenz

In allen Regionen der Welt laufen parallel zwei Vorbereitungsprozesse mit Blick einerseits auf die jeweilige regionale Vorbereitungskonferenz, andererseits auf die Weltkonferenz selbst.

Wie alle internationalen Konferenzen bieten auch diese eine Plattform für die Anliegen und Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und eine einmalige Chance für diese, das Thema Rassismus an die Öffentlichkeit zu bringen.

Aber auch die Regierungsstellen – zumindest in Europa – sowie die internationalen Organisationen sind sich bewusst, dass sie nur in enger Zusammenarbeit mit den NGO zu inhaltlich sinnvollen Resultaten auf diesem Gebiet kommen können. Gerade um das Ziel – es lautet «Von Prinzipien zur Praxis» – der europäischen Vorbe-

reitungskonferenz zu erreichen, ist es wichtig, die Erfahrungen der Betroffenen und der spezialisierten Organisationen mit einzubeziehen. Schon im Herbst 1998 hat die *Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats* (ECRI) ihr bekannte NGO zu einer schriftlichen Konsultation eingeladen, um die Themen der Konferenz zu bestimmen. Später wurden jene Organisationen, die an der Konsultation teilnahmen, zu einem Treffen nach Strassburg berufen. Obwohl der Aufwand für die Organisation gross ist und es schwierig ist, sich im Wirrwarr von Terminen, Dokumenten, Entscheidstrukturen, Mitspracheverfahren zurechtzufinden, ist es heute kaum vorstellbar, dass wichtige Konferenzen ohne Mitwirkung der Zivilgesellschaft abgehalten werden. Es braucht das Zusammenspiel von Regierung und Nichtregierungsbewegungen. Der Europarat hat deshalb sehr früh die NGO in die Vorarbeiten zur Europakonferenz einbezogen.

Das *Forum gegen Rassismus* (FGR) hat die Koordination der zivilgesellschaftlichen Vorbereitungsarbeiten in der Schweiz übernommen und arbeitet eng mit schwarzen, jüdischen, ethnischen und fahrenden Minderheiten zusammen, um diesen eine Plattform für ihre Anliegen zu gewährleisten. Es konnte Dank der Unterstützung des *Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten* (EDA) eine Projektleiterin anstellen, die im März 2000 mit interessierten Kreisen einen ersten inhaltlichen Austausch zu den für die Europakonferenz festgelegten Themen (Medien/Kommunikation, Rechtsschutz, Praxis und Politik, Bildung und Sensibilisie-

rung) organisierte. Zusätzlich bildete sich eine Diskussionsgruppe zum Thema der Roma. Die Resultate der Diskussionen finden sich in der ersten Nummer des *Bulletins*, das eigens dafür lanciert wurde. Es kann beim *Forum gegen Rassismus* bestellt werden. Im September soll ein zweites Treffen stattfinden. Ein drittes ist im November nach der Europakonferenz zur Nachbearbeitung und ersten Vorbereitung der Weltkonferenz geplant. Das *Forum gegen Rassismus* wird selbstverständlich die Vorbereitungsarbeiten auf internationaler Ebene weiterverfolgen und in der Schweiz umsetzen. Diese Vorbereitungsarbeit auf nationaler Ebene ist umso wichtiger, als pro Land nur zwei NGO an der Europakonferenz zugelassen werden, mit je nur einem Sitz.

Am ersten Vorbereitungstreffen im März 2000 hat sich herausgestellt, dass auch die Anliegen der schwarzen Bevölkerung in der Schweiz und in Europa in den Vorbereitungen bisher zu wenig berücksichtigt wurden. Deshalb hat sich nachträglich auch dazu eine Gruppe gebildet.

An diesem Beispiel ist klar zu erkennen, wie die kontinuierliche Arbeit einer spezialisierten Organisation Früchte tragen kann. Dank der langjährigen Zusammenarbeit mit Antirassismusorganisationen und andern spezialisierten Gremien auf europäischer, internationaler und nationaler Ebene war das FGR seit Beginn in den Vorbereitungsprozess involviert. Es konnte die Anmeldetermine einhalten, kann jetzt qualifizierte inhaltliche Arbeit leisten, Relais zwischen Basisorganisationen und den Organisatoren/-innen der Europa- und der Weltkonfe-

¹ «The OHCHR believes that the success of the conference will in no small part be determined by the active engagement of civil society in the Conference, in the NGO Forum that will parallel the World Conference, and in the Preparatory process leading up to the WCAR», Auszug aus einem E-Mail-Rundschreiben an Nichtregierungsorganisationen von Laurie Wisebeg, Verbindungsperson des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte mit den NGO.



renz sein und Anliegen von Betroffenen weiterleiten.

Zwei Dokumente werden an der Europakonferenz verabschiedet werden, eine «Politische Erklärung» der Regierungschefs und «Allgemeine Schlussfolgerungen», die von allen Teilnehmenden gemeinsam erarbeitet werden. Auch hier ist es wichtig, ständig mit den Stellen in Verbindung zu stehen, die Entwürfe erarbeiten, damit sichergestellt werden kann, dass wichtige Anliegen nicht unter den Tisch fallen. So warfen die NGO in der Vorbereitung Fragen auf, die in den Entwürfen nicht vorhanden waren (Verbot von diskriminierenden Reden und Hassparolen, «Islamophobie» als eine Form von Diskriminierung, die historische Verantwortung Europas im Verbreiten rassistischer Theorien und Praxis), und machten Formulierungsvorschläge. Wären die NGO nicht ständig am Ball, würden solche Prozesse aus politischen Gründen immer wieder behindert, wenn nicht sogar verhindert. Gewissen Regierungsvertretern und Mitgliedern von internationalen Gremien ist sehr wohl bewusst, dass politisch heikle Positionen über NGO-Eingaben eine gewisse Chance erhalten, berücksichtigt zu werden. Deshalb benützen auch sie vermehrt ihre Verbindungen zu uns.

Der Vorbereitungsprozess der Weltkonferenz

Auf UNO-Ebene hat im Mai 2000 eine erste vorbereitende Kommission für die Weltkonferenz getagt. Natürlich waren auch da zahlreiche NGO aus der ganzen Welt, aber vor allem jene internationalen NGO, die permanent die UNO-Arbeit beobachten, anwesend. Neben inhaltlichen Interventionen und klaren Forderungen zum Beispiel zu den Kriterien für die Teilnahme von NGO an der Weltkonferenz haben sie auch damit begonnen, die eigene NGO-Begleitarbeit zu strukturieren. Regionale Vertretungen wurden pro-

visorisch in ein Komitee gewählt. Dieses soll bis November in regionalen Prozessen definitiv gewählt werden. Es wird danach die Aufgabe haben, einerseits sicherzustellen, dass die Mitsprache der NGO während der ganzen Vorbereitungszeit sowie an der Konferenz selbst so weit wie möglich ausgestaltet wird. Andererseits soll es die *plaque tournante* zwischen den regionalen und nationalen NGO und der UNO-Vorbereitungsarbeiten sein.

Auch hier gilt es für das Forum, ständig am Ball zu bleiben, damit die Stimme der Schweizer Zivilgesellschaft Gehör findet.

Inhaltliche Anliegen

Die Europakonferenz will ausdrücklich zukunftsweisend sein und praktische Antirassismusbearbeitung thematisieren. Dementsprechend lauten die vier von ihr gewählten Themen (im französischen Original):

- 1) *Protection juridique aux niveaux sub-national, national, régional et international pour lutter contre le racisme et la discrimination qui y est associée.*
- 2) *Politiques et pratiques adoptées aux niveaux sub-national et national pour lutter contre le racisme et la discrimination qui y est associée.*
- 3) *Education et sensibilisation à la lutte contre le racisme, la discrimination qui y est associée et l'extrémisme aux niveaux local, national, régional et international.*
- 4) *Information, communication et médias.*

Themen, welche der UNO wichtig sind, werden so an der Europäischen Konferenz weitgehend ausgeblendet. Sie drückt sich um die Auseinandersetzung mit der rassistischen Geschichte Europas, der Kolonialzeit und dem Sklavenhandel sowie mit den Auswirkungen dieser Phänomene auf die heutigen Machtverhältnisse zwischen den Weltregionen, die weiterhin Rassismus erzeugen (siehe Migrations-, aber auch Weltwirtschaftspolitik).

An der ersten Sitzung des vorbereitenden Komitees wurde der folgende Leitsatz festgelegt, und die nachfolgenden Themen wurden in eine provisorische Agenda aufgenommen (im französischen Original):

Unis contre le racisme: Egalité, Justice, Dignité.

- 1) *Sources, causes, formes et manifestations actuelles du racisme, de la discrimination raciale, de la xénophobie et de l'intolérance qui y est associée.*
- 2) *Victimes du racisme, de la discrimination raciale, de la xénophobie et de l'intolérance qui y est associée.*
- 3) *Mesures de prévention, éducation et protection ayant pour but l'élimination du racisme, de la discrimination raciale, de la xénophobie et de l'intolérance qui y est associée, aux niveaux national, régional et international.*
- 4) *Provisions de dédommagements effectifs, recours, réparation (compensation) et autres mesures aux niveaux national, régional et international.*
- 5) *Stratégies pour parvenir à une complète et effective égalité, en incluant la coopération au niveau international et le renchérissement des Nations Unies et des autres mécanismes internationaux pour combattre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée, ainsi que leurs suivis.*

Für weitere Informationen verweisen wir auf das Bulletin des *Forums gegen Rassismus* (zu beziehen über: Forum gegen Rassismus, Neuen-gasse 8, Postfach 6145, 3001 Bern; Telefon 031-311 51 53; Fax 031-312 40 45; forum.against.racism@freesurf.ch) sowie auf folgende Websites:

- ▶ UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (für Informationen zur Weltkonferenz): <http://www.unhchr.ch>
- ▶ Europarat (für Informationen zur europäischen Konferenz): <http://www.ecri.coe.fr>
- ▶ NGO-Seite mit Informationen zur Weltkonferenz: <http://www.hri.ca/racism>
- ▶ NGO-Seite mit europaorientierten Informationen: <http://www.icare.to>



Résumé

La troisième conférence des Nations Unies contre le racisme aura lieu en septembre 2001 (après celles de 1978 et de 1983) en Afrique du Sud. Des conférences régionales précéderont cette rencontre. L'une d'entre elles sera organisée, en Europe, par la Commission européenne contre le racisme et l'intolérance (ECRI). Elle aura lieu du 11 au 13 octobre 2000 à Strasbourg. Les organisations non gouvernementales (ONG) se retrouveront les 10 et 11 octobre dans le cadre d'un forum des ONG.

L'engagement des organisations non gouvernementales dans le domaine des droits de l'homme revêt des aspects très divers. La dénonciation des violations des droits de l'homme en est l'aspect le plus connu. Mais leurs activités peuvent aussi revêtir des formes toutes autres: relations publiques, sensibilisation en matière de justice et d'égalité des chances, élaboration de conventions internationales, réglementations nationales ou encore plans d'actions, lobbying en vue de la mise en vigueur de ces mesures et application dans le domaine de la formation, de la politique, des

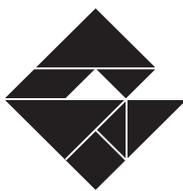
médias ou de la pratique. Les ONG s'opposent souvent, mais pas toujours, aux institutions gouvernementales. Dans de nombreux cas, il est fait appel à leurs connaissances pour la rédaction d'études ou la collaboration au sein de délégations.

En Suisse, le Forum contre le racisme (FCR) assure la coordination des travaux préparatoires en vue des deux conférences. Grâce au soutien du Département fédéral des affaires étrangères, le FCR a été en mesure d'engager une responsable de projet pour la coordination. Un processus d'échange avec les ONG a été immédiatement mis en place. Le 18 mars 2000, le FCR a organisé une première discussion de fond sur les thèmes qui seront abordés à la conférence européenne. Le 4 septembre, une seconde rencontre aura lieu avec la délégation gouvernementale. Une troisième est prévue en novembre après la conférence européenne; elle permettra de faire le point, puis de procéder aux premiers travaux préparatifs en vue de la conférence mondiale.

L'action des ONG doit demeurer permanente si l'on veut éviter que les problèmes importants soient escamotés pour des raisons politiques.

dern auch im polnischen Fernsehen gezeigt. Rassismus, Nationalismus, Faschismus, Diskriminierung, Asylpolitik haben eine europäische Dimension, auch wenn sie oft rein nationalen Bezug zu haben scheinen. Während auch schweizerische rassistische Organisationen starke europäische Verbindungen pflegen, machen neben der EKR noch zu wenige schweizerische NGO bei UNITED mit. Vieles spricht für ein Zusammengehen der antirassistischen Bewegung über die Grenzen hinaus. Die «Festung Europa» muss auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene bekämpft werden – eine Ebene alleine reicht nicht.

- UNITED publiziert alle zwei Monate den «Calendar of Internationalism», der detaillierte Daten über Kampagnen, Aktionen, Seminare und die dazugehörigen Kontaktadressen enthält (auch auf der Homepage einsehbar).
- Das «Directory of Internationalism» wird jedes Jahr überarbeitet und enthält Adressen von über 1500 Organisationen aus dem Arbeitsfeld.
- In verschiedenen Intervallen werden praktische Hilfen zur Subventionsbeschaffung, Kampagnenorganisation usw. angeboten, sowie Plakate, CDs und Bücher verteilt. Diese stammen von UNITED oder den Netzwerkorganisationen.
- Mit drei Kampagnen pro Jahr (Antirassismus-Woche im März, Flüchtlingstag im Juni, Erinnerung an die Reichspogromnacht im November) bietet die Organisation eine europaweite Plattform für alle Mitglieder, ob grösser oder kleiner.
- Jedes Jahr findet im Sommer eine grosse UNITED-Konferenz statt. Dieses Jahr kamen in Portugal über 60 Personen aus allen Ländern Europas zusammen, um unter anderem über die Lage der Roma und Fahrenden, über Minderheitenrechte und freien Personenverkehr, über Neokolonialismus und den Vertrag von Amsterdam zu diskutieren.
- Schliesslich bietet UNITED spezifische Konferenzen vor allem auch in osteuropäischen Ländern an. So



UNITED for Intercultural Action

Seit dessen Gründung 1992 sind über 500 Nichtregierungsorganisationen aus 49 europäischen Ländern Mitglied bei UNITED geworden. Das Netzwerk mit Sitz in Amsterdam ist nicht zuletzt durch seine kontinuierliche Dokumentationsarbeit zu einem der wichtigsten politisch unabhängigen Ansprechpartner für Medien, Regierungen und Öffentlichkeit geworden.

UNITED führt eine Liste von über 2000 Menschen, die in weniger als zehn Jahren in allen europäischen Ländern an den Folgen der europäi-

schen Abschottungspolitik gestorben sind – auch in der Schweiz: 1998 ertrank ein Mensch in der Tresa/TI, 1999 erstickte ein Mensch bei der Ausschaffung durch die Flughafenpolizei Kloten in einem Lift. Zwei Tage nachdem 1998 ein Hammerskin-Fest in der Westschweiz verboten worden war, fand es in Ostdeutschland statt. Die Verlobte des aus dem Film «Skin or Die» bekannten Neuenburger Naziskin kommt aus Polen; der Film wurde nicht zuletzt dank der Vermittlung von UNITED-Mitglie-



werden «antirassistische Telefone», die Unterstützung von Asylsuchenden, Grundwissen zur Gestaltung von Kampagnen oder politischen Aktivitäten angeboten. Diese Tagungen geben nicht nur neue Inputs und Vergleichsmöglichkeiten, sondern auch viel Basiswissen und das Bewusstsein, nicht allein gegen einen Goliath zu kämpfen.

- ▶ Mit den beiden Homepages, verschiedenen Mailinglisten und einer Präsenz vor Ort wird UNITED auch dafür sorgen, dass anlässlich der europäischen Konferenz zur Vorbereitung der UNO-Weltkon-

ferenz gegen Rassismus von 2001 nicht nur die Sicht der Regierungen zu Wort kommt.

Kontakt:

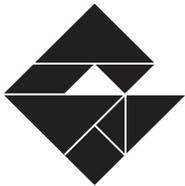
UNITED for Intercultural Action
against Racism, Fascism and Nationalism
Postbus 413
NL-1000 AK Amsterdam
Tel. +31-20-683 47 78,
Fax +31-20-683 45 82;
united@united.non-profit.nl;
<http://www.united.non-profit.nl/>
<http://www.icare.to>

ler, Kunz, Laubacher, Maurer, Oehrli, Pfister Theophil, Scherer Marcel, Schliuer, Speck, Spuhler, Stahl, Stamm Luzi, Weyeneth, Zuppiger (27)

Begründung

Zu 1. a)

Rassendiskriminierende Vorkommnisse bilden in unserem Land zum Glück die Ausnahme. Von den öffentlichen Frieden gefährdenden rassistischen Strömungen kann nicht die Rede sein. Die Rechtsbehelfe zur Abwehr rassendiskriminierender Akte im Verfassungs-, Verwaltungs-, Zivil- und Strafrecht sind hinreichend und vollständig, wie insbesondere die Rechtsprechung zum am 1. Januar 1995 in Kraft gesetzten Artikel 261^{bis} StGB zeigt. Entgegen der Annahme des Bundesrates in seiner Botschaft über den Beitritt der Schweiz zum internationalen Übereinkommen von 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 2. März 1992 (92.029, S. 53) ist aus heutiger Erkenntnis eine eidgenössische Kommission keineswegs notwendig, sondern im Gegenteil überflüssig. Gegen die Beibehaltung der EKR sprechen weitere Gründe: Offenbar ist der Bundesrat entgegen seiner eigenen, in der erwähnten Botschaft (S. 54) geäußerten Absicht und im Widerspruch zu seiner Verordnung über ausserparlamentarische Kommissionen sowie Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes (Kommissionenverordnung) vom 3. Juni 1996 (SR 172.31) nicht in der Lage, für eine ausgewogene Zusammensetzung der EKR im Sinne von Artikel 9 der genannten Verordnung zu sorgen, wie schon ein flüchtiger Blick auf die Namen der Kommissionsmitglieder zeigt. Die bisherige Tätigkeit und Führung der EKR sind absolut ungenügend und nicht länger tolerierbar. Die EKR, insbesondere aber deren dreiköpfiges Präsidium, hat sich nicht nur zu einer unschweizerischen



.....
**Postulat Mörgeli: Abschaffung
der Eidg. Kommission gegen Rassismus
(Nationalrat, 99.3645)**
.....

**Wortlaut des Postulates
vom 22. Dezember 1999**

1. a) Der Bundesrat wird beauftragt, die Abschaffung der von ihm mit Beschluss vom 23. August 1995 eingesetzten *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* (EKR) zu prüfen und den Eidgenössischen Räten darüber Bericht zu erstatten.
b) Der Bundesrat wird beauftragt, als Eventuallösung an Stelle der Abschaffung der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* eine Einschränkung und klare Definition ihres Aufgabenbereichs zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.
2. Der Bundesrat wird beauftragt, die nachstehend vorgeschlagene Revision von Artikel 57 Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG, SR 172.010) zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten:

Neuer Absatz 2:

Die Eidgenössischen Räte befinden auf Vorschlag des Bundesrates und in Abständen von einem Jahr über die Einsetzung und die Auflösung ausserparlamentarischer Kommissionen.

Neuer Absatz 3:

Für die ausserparlamentarischen Kommissionen erlässt der Bundesrat Bestimmungen über deren Zusammensetzung, Wahl, Aufgaben und Verfahren. Die Öffentlichkeitsarbeit und der Verkehr mit in- und ausländischen Behörden sowie mit privaten Organisationen fallen in die ausschliessliche Zuständigkeit des Bundesrates bzw. des zuständigen Departements.

Neuer Absatz 4:

Aufsichtsbehörde über die ausserparlamentarischen Kommissionen ist der Bundesrat. Jedermann ist nach Massgabe von Artikel 71 Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021) zur Aufsichtsbeschwerde gegen ausserparlamentarische Kommissionen befugt.

Mitunterzeichnende

Baader Caspar, Baumann J. Alexander, Bigger, Bortoluzzi, Brunner Toni, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Föhn, Freund, Frey Walter, Giezendanner, Glur, Kaufmann, Kel-



Quasizensurbehörde gegen zahlreiche Gemeinde- und Kantonsbehörden entwickelt; darüber hinaus wird sie vom jetzigen Präsidium auch zu Wahlkampfzwecken missbraucht, wobei die Verantwortlichen auch nicht vor eindeutig ehrverletzenden Pressemeldungen zurückschrecken (vgl. die Pressemeldung der EKR vom 20. Oktober 1999 gegen Nationalrat Dr. Ch. Blocher).

Skandalöserweise wurde das Plenum darüber vom Präsidium nicht vorgängig informiert, was dem Geschäftsreglement der EKR eindeutig widerspricht («In die Kompetenz des Plenums fallen u.a.: (...) Genehmigung von (...) Stellungnahmen, Vernehmlassungen, Berichten und Studien.»).

Zu 1. b)

Selbst im Fall der Beibehaltung der EKR drängen sich Reformmassnahmen auf: Das vom Bundesrat der EKR mit Beschluss vom 23. August 1995 erteilte Mandat ist viel zu weit gefasst, enthält über weite Strecken nicht praktikable und nicht judiziable Leerformeln (z. B. «Bekämpft jegliche Form von direkter oder indirekter Rassendiskriminierung und schenkt einer wirksamen Prävention besondere Beachtung»). Die EKR ist mandatsgemäss befugt, eigene Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Zwar muss sie vor Veröffentlichungen von Mitteilungen, Berichten etc. die Zustimmung des EDI einholen. Trotz dieser Sicherungsmassnahme erlangt die EKR diese Zustimmung sogar zu ehrverletzenden Veröffentlichungen. Zu streichen ist auch die Befugnis der EKR, direkte Kontakte mit Amtsstellen der Kantone (und von Gemeinden) zu pflegen: Die EKR benützt diese Kontaktnahmen vorab zu verfassungswidrigen, indirekten Zensurmassnahmen.

Zu 2.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung ausserparlamentarischer Kommissionen vermögen

nicht durchwegs zu befriedigen. Nicht zu beanstanden sind unter diesem Gesichtspunkt Spezialgesetze, die eine ausserparlamentarische Kommission ausdrücklich und rechtlich einwandfrei vorsehen (so z. B. das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, SR 974.0, Artikel 14). Von solchen spezialgesetzlichen Regelungen abgesehen findet sich einzig in Artikel 57 Absatz 2 RVOG der Begriff der ausserparlamentarischen Kommission. Diese Vorschrift räumt dem Bundesrat indessen nicht die von ihm in Anspruch genommene Zuständigkeit zur Einsetzung und Reglementierung ausserparlamentarischer Kommissionen ein. Ebenso wenig lässt sich eine solche Kompetenz des Bundesrates direkt aus der Bundesverfassung herleiten (Artikel 85 Ziffer 1a aBV; Artikel 182 und Artikel 187 nBV). Angesprochen ist das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung, des Näheren eine kohärente und ausgewogene Zuständigkeits-, Verantwortlichkeits- und Kontrollordnung (vgl. Botschaft betreffend ein neues Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz [RVOG] vom 16. Oktober 1996, BBl 1996 V 9). Die bisherige rechtliche Regelung ist stark verbesserungsbedürftig. Die hier vorgeschlagene Teilrevision von Artikel 57 RVOG trägt einer ausgewogenen und klaren Zuständigkeitsordnung zwischen Parlament und Bundesrat Rechnung. Die Zahl der ausserparlamentarischen Kommissionen hat ungebührlich zugenommen. Viele von ihnen sind überflüssig, belasten unnötigerweise den Bundeshaushalt, entwickeln im Unterschied zur integrierten Bundesverwaltung eine unerwünschte Eigendynamik und schwächen damit die Führungsrolle der Regierung. Der Nutzen ausserparlamentarischer Kommissionen, insbesondere der ständigen, ist im Vergleich zu ad hoc vom Bundesrat beigezogenen reinen Expertengremien in der Regel sehr bescheiden oder über-

haupt nicht vorhanden (Beispiel EKR). Gewisse Kantone sind mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie die Zahl ihrer ausserparlamentarischen Kommissionen drastisch herabgesetzt haben. Die gleiche Arbeit ist nunmehr auch auf Bundesebene zu leisten.

Stellungnahme des Bundesrates

Zu Punkt 1

Aufgrund des Parlamentsbeschlusses vom 9. März 1993 und nach Annahme der Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Verbot der Rassendiskriminierung) in der Volksabstimmung vom 25. September 1994 trat die Schweiz am 29. November 1994 dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 bei, das am 29. Dezember 1994 in Kraft trat.

In seiner Botschaft vom 2. März 1992 über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Übereinkommen von 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und über die entsprechende Strafrechtsrevision sprach sich der Bundesrat klar für die Bildung einer Eidg. Kommission gegen Rassismus aus. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Bekämpfung der Rassendiskriminierung pädagogische, soziologische, kulturelle, föderalistische, entwicklungs- und migrationspolitische sowie juristische Aspekte umfasse. Die Aufgaben einer solchen Kommission umschrieb der Bundesrat wie folgt: Forschung und Analyse, Dokumentation, Erarbeitung von Berichten, Koordination und Durchführung konkreter Präventionsmassnahmen sowie Beratung des Bundesrates (BBl 1992 III 321f.).

Auf dieser Grundlage hat der Bundesrat das Mandat und die Zusammensetzung der Kommission am 23. August 1995 festgelegt. Die Zusammensetzung der Kommis-

sion erfolgte gemäss den Vorgaben von Artikel 9 der Verordnung vom 3. Juni 1996 über ausserparlamentarische Kommissionen sowie Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes (SR 172.31).

Der Bundesrat lehnt mit Entschiedenheit die Anschuldigung ab, die Aktivitäten der Kommission verstiesse gegen ihr Mandat oder die Verfassung. Im Gegenteil, in den knapp vier Jahren ihres Bestehens hat die Kommission mit ihren fundierten Publikationen (Berichten, dem halbjährlich erscheinenden Bulletin TANGRAM) und sachdienlichen, fachlich begründeten Stellungnahmen sowie der breiten Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit (Kampagnen, Fachtagungen, Pressekonferenzen) überzeugende Arbeit geleistet. Ihre Tätigkeit hat ein grosses Echo in der Verwaltung, den Medien, der interessierten Öffentlichkeit und nicht zuletzt bei Politikerinnen und Politikern gefunden.

Die Kommission leistet zudem einen wesentlichen Beitrag bei der Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen, welche die Schweiz mit der Inkraftsetzung des Übereinkommens übernommen hat (siehe Art. 2 Abs. 1 Bst. e und Art. 7 des Übereinkommens).

Aus diesen Gründen sieht der Bundesrat keinen Anlass, das Postulat zu Punkt 1 entgegenzunehmen.

Zu Punkt 2

Der Begriff der ausserparlamentarischen Kommission findet sich nicht – wie im Postulat angenommen – nur in Spezialgesetzen und im Artikel 57 Absatz 2 RVOG. Die Ausführungsbestimmungen für die Einsetzung, Zusammensetzung und den Betrieb der ausserparlamentarischen Kommissionen finden sich in der entsprechenden Verordnung vom 3. Juni 1996 (SR 172.31). Gemäss Artikel 3 werden ausserparlamentarische Kommissionen durch Bundesgesetz, Bundesbeschluss oder gestützt auf Artikel 57 RVOG eingesetzt. Kommissionen mit Entscheidbefugnissen (sog. Behördenkommis-

sionen) bedürfen immer einer gesetzlichen Grundlage (vgl. Art. 5 Abs. 3).

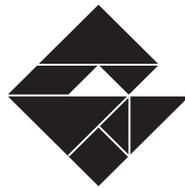
Das Parlament hat demzufolge ein wesentliches Mitspracherecht bei allen Behördenkommissionen sowie bei allen Kommissionen, die aufgrund einer spezialgesetzlichen Bestimmung eingesetzt werden. Die Verwaltungskommissionen sind hingegen Gremien, deren Einsetzung ausdrücklich in der Kompetenz des Bundesrates und der Departemente liegt. Eine Einflussnahme des Parlaments in diesem Bereich würde der mit Erlass des RVOG dem Bundesrat eingeräumten Organisationsautonomie widersprechen und ist daher abzulehnen.

Die Berichterstattung und die Information der Öffentlichkeit werden gemäss Artikel 11 der Kommissionenverordnung individuell in der jeweiligen Einsetzungsver-

fügung einer Kommission oder in einem spezialgesetzlichen Erlass geregelt. Eine Aufsichtsfunktion des Bundesrates ergibt sich aus der im RVOG festgelegten Kompetenz zur Einsetzung ausserparlamentarischer Kommissionen. Die Anliegen des Postulates sind in diesem Punkt somit bereits erfüllt. Der Bundesrat ist überzeugt, dass sich die bisherige Aufteilung der ausserparlamentarischen Kommissionen in Behördenkommissionen einerseits und Verwaltungskommissionen andererseits bewährt hat und die Kommissionen in beiden Formen Wichtiges leisten. Es besteht deshalb kein Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen.



Postulat Mörgele: Dissolution de la Commission fédérale contre le racisme (Conseil national, 99.3645)

Texte du postulat du 22 décembre 1999

1. a) Le Conseil fédéral est prié d'examiner la dissolution de la *Commission fédérale contre le racisme* (CFR) qu'il avait instituée par arrêté en date du 23 août 1995, et d'établir à ce sujet un rapport à l'adresse des Chambres.
1. b) Le Conseil fédéral est prié, au cas où il ne la dissoudrait pas, d'examiner la possibilité de restreindre son champ d'action en le définissant de manière précise, et d'établir à ce sujet un rapport.
2. Le Conseil fédéral est prié d'examiner la révision de l'article 57 LOGA (RS 172.010) que je propose ci-après, et d'établir à ce sujet un rapport:

Alinéa 2 (nouveau)

Les Chambres fédérales décident d'année en année, sur proposition du Conseil fédéral, de mettre sur pied ou de dissoudre des commissions extra-parlementaires.

Alinéa 3 (nouveau)

Le Conseil fédéral édicte des dispositions relatives à la composition des commissions extra-parlementaires, à la nomination de leurs membres, à leurs tâches et à leurs procédures. Les rapports avec le public et les contacts avec les autorités, suisses et étrangères, et avec les organisations privées sont de la compétence exclusive du Conseil fédéral ou du département fédéral concerné.

Alinéa 4 (nouveau)

L'autorité de surveillance des commissions extra-parlementaires est



le Conseil fédéral. Chacun est autorisé, dans la limite de l'article 71 de la loi fédérale sur la procédure administrative (RS 172.021), à dénoncer une commission extra-parlementaire à l'autorité de surveillance.

Cosignataires

Baader Caspar, Baumann J. Alexander, Bigger, Bortoluzzi, Brunner Toni, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Föhn, Freund, Frey Walter, Giezendanner, Glur, Kaufmann, Keller, Kunz, Laubacher, Maurer, Oehrl, Pfister Theophil, Scherer Marcel, Schliier, Speck, Spuhler, Stahl, Stamm Luzi, Weyeneth, Zuppiger (27)

Développement

Ad 1. a)

Les événements à caractère raciste sont fort heureusement exceptionnels en Suisse et on ne peut pas dire qu'il y ait dans notre pays des courants racistes menaçant la paix publique. Les moyens dont nous disposons pour empêcher les actes racistes et que nous offrent le droit constitutionnel, le droit administratif, le droit civil et le droit pénal sont larges et suffisants. La jurisprudence, en particulier sur l'article 261^{bis} du code pénal, article entré en vigueur le 1^{er} janvier 1995, le montre du reste parfaitement. Contrairement à ce qu'affirmerait le Conseil fédéral dans son message du 2 mars 1992 concernant l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale de 1965 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale (92.029, p. 53), on sait aujourd'hui qu'on n'a nullement besoin d'une commission fédérale contre le racisme, autrement dit que celle-ci est superflue.

D'autres arguments parlent en faveur de sa suppression: contrairement à ses intentions déclarées (cf.

p. 54 du message susmentionné) et à l'ordonnance du 3 juin 1996 sur les commissions extra-parlementaires, les organes de direction et les représentants de la Confédération (ordonnance sur les commissions; RS 172.31), le Conseil fédéral n'est en effet pas en mesure de lui assurer une composition représentative au sens de l'article 9 de cette dernière ordonnance; il suffit pour s'en convaincre de jeter un coup d'œil aux noms des membres. De plus, les activités menées jusqu'à présent par la *Commission fédérale contre le racisme* sont totalement insatisfaisantes et ne sauraient être tolérées plus longtemps. Cette commission et tout particulièrement son collègue présidentiel tricéphale s'est transformée en une quasi-autorité de censure d'un grand nombre d'autorités communales et cantonales, ce qui n'a rien de suisse; de plus, elle est aussi utilisée par son collègue présidentiel actuel à des fins électorales, ses responsables n'hésitant pas à diffuser des communiqués de presse diffamatoires (cf. le communiqué du 20 octobre 1999 contre notre collègue Christoph Blocher).

Il est scandaleux que le plénum n'en ait pas été préalablement informé par le collègue présidentiel comme le prévoit expressément le règlement de la commission puisque c'est au plénum et à lui seul d'autoriser les prises de position, les rapports et les études de la commission.

Ad 1. b)

Si l'on maintient la CFR il faudra la réformer d'urgence, car le mandat qu'elle a reçu du Conseil fédéral le 23 août 1995 est conçu de manière trop large et renferme de longues formules creuses qu'il est impossible de mettre en pratique (du genre «elle combat toute forme de discrimination raciale directe ou indirecte et attache une attention particulière à la prévention»). De par son mandat, la CFR est tenue d'informer le public, mais pour publier un communiqué ou un rapport par exemple, elle doit avoir le

feu vert du DFI. Cela ne l'empêche pas d'obtenir l'autorisation de diffuser des informations diffamatoires. Il faudra aussi lui enlever la compétence d'établir des contacts directs avec les services des cantons (et des communes), vu qu'elle les utilise au premier chef pour censurer de manière indirecte lesdits services, en violation de la Constitution.

Ad 2

Les bases légales qui autorisent la création de commissions extra-parlementaires ne sont pas totalement satisfaisantes. Je n'ai rien ici contre les lois spéciales qui prévoient expressément la création d'une commission extra-parlementaire, laquelle est alors parfaitement légale (cas, par exemple, de la loi fédérale du 19 mars 1976 sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, RS 974.0, art. 14). Du reste, abstraction faite de ces lois spéciales, on ne trouve le terme de commission extra-parlementaire qu'à l'article 57, alinéa 2, LOGA. Et encore, cette prescription ne donne pas au Conseil fédéral la compétence, qu'il s'arroge, de créer et de réglementer des commissions extra-parlementaires. Cette compétence ne se déduit pas plus directement de la Constitution (art. 85, ch. 1a, aCst; art. 182 et 187 nCst.). Ce qui m'interpelle, ce sont les rapports entre le Parlement et le gouvernement, et plus exactement la répartition cohérente et équilibrée des compétences, des responsabilités et des contrôles (cf. le message du 16 octobre 1996 concernant une nouvelle loi sur l'organisation du gouvernement et de l'administration {LOGA}, FF 1996 V 9). La solution juridique actuelle a grandement besoin d'être améliorée. La révision partielle de l'article 57 LOGA que je propose ici partage de manière claire et équilibrée les compétences entre le Parlement et le gouvernement.

Le nombre des commissions extra-parlementaires a augmenté de manière excessive. Beaucoup d'entre elles sont superflues, coûtent inuti-

lement cher aux contribuables, contrairement à l'administration fédérale intégrée développent une dynamique propre indésirable et par conséquent affaiblissent le rôle de directeur du gouvernement. Leur utilité, notamment celle des commissions permanentes, est en règle générale très mince, voire inexistante (cas de la CFR), comparée à celle des purs groupes d'experts ad hoc mandatés par le Conseil fédéral. Certains cantons ont donné l'exemple en réduisant leur nombre de manière draconienne. La Confédération doit en faire autant de son côté.

Avis du Conseil fédéral

Ad point 1

Sur la base de la décision prise par le Parlement le 9 mars 1993 et après adoption des amendements au Code pénal et au Code pénal militaire (interdiction de la discrimination raciale), lors du scrutin populaire du 25 septembre 1994, la Suisse a adhéré le 29 novembre 1994 à la Convention internationale du 21 décembre 1965 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale, qui est entrée en vigueur le 29 décembre 1994.

Dans son message du 2 mars 1992 concernant l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale de 1965 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale et la révision y relative du droit pénal, le Conseil fédéral s'est clairement prononcé en faveur de la création d'une commission fédérale contre le racisme. Il y précisait notamment que la lutte contre la discrimination raciale revêt des aspects pédagogiques, sociologiques, culturels, fédéralistes et juridiques ainsi que des aspects de politique en matière de migration et de développement. Il définissait la tâche incombant à une telle commission comme suit: procéder à des recherches et à des analyses, réunir de la documentation, élaborer des rap-

ports, coordonner et réaliser des mesures de prévention concrètes, conseiller le Conseil fédéral (FF 1992 III 316).

C'est sur cette base que le Conseil fédéral a déterminé le mandat et la composition de la commission le 23 août 1995. La composition de la CFR est conforme aux prescriptions de l'article 9 de l'ordonnance du 3 juin 1996 sur les commissions extra-parlementaires, les organes de direction et les représentants de la Confédération (RS 172.31).

Le Conseil fédéral rejette avec détermination l'accusation selon laquelle les activités de la commission iraient à l'encontre de son mandat ou violeraient la Constitution. Au contraire: au cours de ses quatre années d'existence la commission a, par ses publications bien documentées (rapports, bulletin TANGRAM paraissant deux fois par an), ses prises de position pertinentes, dûment motivées et le travail de relations publiques et de sensibilisation qu'elle effectue à grande échelle (campagnes, séminaires, conférences de presse), réalisé un travail probant. Son activité a recueilli un écho favorable au sein de l'administration, auprès des médias et des milieux intéressés de l'opinion, sans oublier les politiciens.

La commission apporte par ailleurs une contribution non négligeable à la mise en œuvre des obligations de droit public international que la Suisse a contractées avec l'entrée en vigueur de la convention (voir art. 2, al. 1, let. e et art. 7 de la convention).

Pour les raisons qui viennent d'être exposées, le Conseil fédéral ne juge pas nécessaire d'accepter le postulat en ce qui concerne le point 1.

Ad point 2

La notion de commission extra-parlementaire ne figure pas exclusivement, comme l'avance l'auteur du postulat, dans des lois spéciales et à l'article 57, alinéa 2 LOGA. L'ordonnance du 3 juin 1996 sur les commissions (SR 172.31) règle les modalités d'application pour insti-

tuer, composer et gérer une commission extra-parlementaire. Aux termes de l'article 3 de ladite ordonnance, les commissions extra-parlementaires sont instituées par une loi fédérale, par un arrêté fédéral ou sur la base de l'article 57 LOGA. Les commissions disposant d'un pouvoir de décision (commissions décisionnelles) doivent avoir une base légale (cf. art. 5 al. 2).

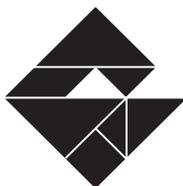
Le Parlement a par conséquent un droit de regard sur toutes les commissions décisionnelles et sur toutes celles instituées sur la base d'une disposition inscrite dans une loi spéciale. Les commissions consultatives sont en revanche des organes dont la création ressort expressément au Conseil fédéral et aux départements. Une ingérence du Parlement dans ce domaine violerait l'autonomie accordée au Conseil fédéral par la LOGA en matière d'organisation et doit donc être rejetée.

Le système de rapport et l'information de l'opinion sont, aux termes de l'article 11 de l'ordonnance sur les commissions, réglés au cas par cas dans la décision instituant la commission concernée ou dans un acte législatif spécifique. La compétence d'instituer les commissions extra-parlementaires que la LOGA confère au Conseil fédéral implique la fonction de surveillance sur ces dernières. Les demandes du postulat sont donc déjà satisfaites sur ce point.

Le Conseil fédéral est convaincu que la répartition actuelle des commissions extra-parlementaires en commissions décisionnelles et en commissions consultatives a fait ses preuves et que les unes comme les autres effectuent un travail important. Il n'est donc pas nécessaire d'agir dans ce domaine.

Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de rejeter le postulat.



Postulato Mörgeli: Revoca del mandato alla Commissione federale contro il razzismo (Consiglio nazionale, 99.3645)

Testo del postulato del 22 dicembre 1999

1. a) Il Consiglio federale è incaricato di esaminare l'opportunità di sciogliere la Commissione contro il razzismo (CFR) da lui istituita in forza di decreto il 23 agosto 1995 presentando un rapporto in merito alle Camere.
1. b) Come eventuale soluzione alternativa, il Consiglio federale è incaricato di esaminare l'opportunità di limitare e definire chiaramente il campo di attività della CFR presentando un rapporto in merito alle Camere.
2. Il Consiglio federale è incaricato di esaminare la revisione dell'articolo 57 della legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (LOGA, RS 172.010) proposta qui di seguito presentando un rapporto in merito:
 Nuovo capovero 2:
 Su proposta del Consiglio federale e a intervalli annuali, le Camere decidono sull'istituzione e sullo scioglimento di commissioni extraparlamentari.
 Nuovo capovero 3:
 Il Consiglio federale emana disposizioni sulla composizione, la nomina, i compiti e la procedura delle commissioni extraparlamentari. Le relazioni pubbliche e i contatti con autorità svizzere e straniere nonché con organizzazioni private spetta esclusivamente al Consiglio federale, risp. ai dipartimenti competenti.
 Nuovo capovero 4:
 Il Consiglio federale è l'autorità di vigilanza sulle commissioni extraparlamentari. In virtù dell'articolo 71 della legge federale sulla procedura amministrativa (RS 172.021), chiunque può presentare ricorso presso l'autorità di vigilanza contro le commissioni extraparlamentari.

Cofirmatari

Baader Caspar, Baumann J. Alexander, Bigger, Bortoluzzi, Brunner Toni, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Föhn, Freund, Frey Walter, Giezendanner, Glur, Kaufmann, Keller, Kunz, Laubacher, Maurer, Oehrli, Pfister Theophil, Scherer Marcel, Schlüer, Speck, Spuhler, Stahl, Stamm Luzi, Weyeneth, Zuppiger (27)

Motivazione

1. a)

Fortunatamente nel nostro Paese aggressioni per motivi razzisti rappresentano delle eccezioni. Non si può parlare di tendenze razziste in grado di mettere in pericolo la pace pubblica. I rimedi giuridici previsti nella Costituzione, nel diritto amministrativo, civile e penale per proteggere da espressioni di discriminazione razziale sono sufficienti e completi, come mostrano ad esempio le disposizioni dell'articolo 261^{bis} CP entrato in vigore il 1° gennaio 1995. Contrariamente all'opinione del Consiglio federale espressa nel messaggio del 2 marzo 1992 (92.029) concernente l'adesione della Svizzera alla Convenzione internazionale del 1965 sulle eliminazione di tutte le forme di discriminazione razziale, i dati oggi ci confermano che una Commissione federale non è affatto necessaria, al contrario è superflua. Ma esistono altri motivi per non continuare a tenere in vita la CFR: a quanto pare, contrariamente a quanto espresso nel messaggio di cui sopra e previsto nell'ordinanza del 3 giugno 1996 sulle commissioni extraparlamentari, nonché gli organi di direzione e i rappresen-

tanti della Confederazione (RS 172.31, ordinanza sulle commissioni), il Consiglio federale non è in grado di assicurare una composizione equilibrata della CFR ai sensi dell'articolo 9 dell'ordinanza citata, come mostra già un veloce esame dell'elenco dei membri della Commissione. L'attività e la gestione della CFR svolte finora sono assolutamente insufficienti e non possono essere tollerate più a lungo. La CFR, ma in particolare il triumvirato della presidenza, non solo si è rivelata quasi un'autorità di censura priva di ogni caratteristica elvetica e in lotta contro numerosi poteri pubblici comunali e cantonali, ma addirittura viene manipolata dall'attuale presidenza per la campagna elettorale. In più i responsabili non esitano ad emettere comunicati stampa il cui contenuto offende chiaramente l'onore di alcune persone (cfr. il comunicato stampa della CFR del 20 ottobre 1999 contro il consigliere nazionale Dr. Ch. Blocher). Scandalosamente, i membri della Commissione non erano stati precedentemente informati dalla presidenza, contrariamente a quanto previsto dal regolamento della CFR («Tra le varie competenze della seduta plenaria annoveriamo: (...) autorizzazione di (...) pareri, procedure di consultazione, rapporti ed analisi.»).

1. b)

Ma anche nel caso in cui si decidesse di non sciogliere la CFR, sono necessarie delle riforme: il mandato affidato dal Consiglio federale alla CFR con decisione del 23 agosto 1995 è formulato in modo troppo esteso, in ampie parti contiene formule vuote («... opporsi a qualsiasi forma di discriminazione razziale diretta o indiretta e rivolgere un'attenzione particolare a misure di prevenzione efficaci.») non atte ad essere messe in pratica. In virtù del mandato la CFR può informare il pubblico di propria iniziativa, anche se prima della pubblicazione di comunicati, rapporti, ecc., deve chiedere l'ap-

provazione del DFI. Nonostante questa misura di sicurezza, la CFR ottiene l'autorizzazione anche in caso di dichiarazioni offensive. Deve essere anche ritirato il permesso della CFR di avere contatti diretti con gli uffici cantonali (e comunali): la CFR li utilizza soprattutto per imporre misure anti-costituzionali di censura indiretta.

2.

Le basi legali per l'istituzione di commissioni extraparlamentari non sono del tutto soddisfacenti. Sotto questo punto di vista, non possono essere criticate leggi speciali che prevedono commissioni extraparlamentari in maniera esplicita e legalmente ineccepibile (ad es. la legge federale sulla cooperazione allo sviluppo e l'aiuto umanitario internazionali del 19 marzo 1976, RS 974.0, articolo 14). Ma a parte queste, il termine «commissioni extraparlamentari» si trova solo nell'articolo 57 capoverso 2 LOGA. Questa disposizione d'altronde non concede al Consiglio federale la competenza di istituire commissioni extraparlamentari ed emanare regolamenti in proposito, come ha fatto. Tantomeno è possibile dedurre tale competenza del Consiglio federale direttamente dalla Costituzione (articolo 85 numero 1a Cost.; articoli 182 e 187 n Cost.). Si parla del rapporto tra Parlamento e Governo, in particolare di un ordinamento coerente ed equilibrato per competenze, responsabilità e controllo (cfr. il messaggio concernente una nuova legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione [LOGA] del 16 ottobre 1998, FF 1996 V 9). La normativa vigente ha bisogno di essere migliorata. La proposta di revisione parziale dell'articolo 57 LOGA, come presentata in questo contesto, tiene conto di un regolamento equilibrato e chiaro tra Parlamento e Consiglio federale.

Il numero di commissioni extraparlamentari è aumentato a dismisura. Molte di loro sono superflue, pesano inutilmente sul bilancio, svilup-

pano, a differenza dell'amministrazione, una dinamica propria non auspicata e ciò facendo indeboliscono il ruolo dirigenziale del Governo. L'utilità delle commissioni extraparlamentari, in particolare di quelle permanenti, a paragone con i gruppi di esperti riuniti ad hoc dal Consiglio federale, è molto scarsa o non esistente del tutto (ad esempio la CFR). Alcuni Cantoni hanno dato il buon esempio, diminuendo drasticamente il numero delle loro commissioni extraparlamentari. Ora è tempo che lo stesso lavoro sia prestato a livello federale.

Parere del Consiglio federale

Punto 1

In virtù del decreto parlamentare del 9 marzo 1993 e dopo l'approvazione della modifica del CP e del codice penale militare (divieto di discriminazione razziale) con la votazione popolare del 25 settembre 1994, la Svizzera ha aderito il 29 novembre 1994 alla Convenzione internazionale sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione razziale del 21 dicembre 1965, entrata in vigore il 29 dicembre 1994.

Nel suo messaggio del 2 marzo 1992 concernente l'adesione della Svizzera alla Convenzione internazionale del 1965 sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione razziale e sulla corrispondente revisione del CP, il Consiglio federale si è espresso chiaramente a favore della costituzione di una commissione federale contro il razzismo. In particolare ha fatto notare come la lotta alla discriminazione razziale assuma connotazioni pedagogiche, sociologiche, culturali, federalistiche e giuridiche come pure aspetti legati alla politica in materia di sviluppo e di migrazioni. Il Consiglio federale ha descritto i compiti di una commissione di questo genere come segue: ricerca ed analisi, documentazione, redazione di rapporti, coordinamento ed esecuzione di concrete misure preventive, consu-

lenza al Collegio governativo (FF 1992 III 267ss.).

Su queste basi, il Consiglio federale ha fissato mandato e composizione della Commissione il 23 agosto 1995. La composizione della Commissione segue le indicazioni dell'articolo 9 dell'ordinanza del 3 giugno 1996 sulle commissioni extraparlamentari, nonché gli organi di direzione e i rappresentanti della Confederazione (RS 172.31, ordinanza sulle commissioni).

Il Consiglio federale respinge con decisione l'accusa secondo la quale le attività della Commissione debbano essere ritenute contrarie al mandato o alla Costituzione. Anzi, nei quasi quattro anni della sua esistenza, la Commissione ha fornito un lavoro convincente con pubblicazioni approfondite (rapporti, bollettino semestrale Tangram), pareri oggettivi, opportuni e professionali, ed un'ampia attività di relazioni pubbliche e di sensibilizzazione (campagne, convegni, conferenze per la stampa) che ha trovato una vasta risonanza nell'amministrazione, nei mass media, nel pubblico interessato e non da ultimo presso i politici.

Inoltre la Commissione contribuisce notevolmente alla realizzazione degli impegni internazionali che la Svizzera si è assunta con l'entrata in vigore della Convenzione (vedi l'art. 2 cpv. 1 lett. e ed art. 7 della Convenzione).

Per questi motivi, il Consiglio federale non vede motivo di accettare il punto 1 del postulato.

Punto 2

Il termine «commissione extraparlamentare» non è citato, come riferisce il postulato, solo in leggi speciali e nell'articolo 57 capoverso 2 LOGA. L'ordinanza del 3 giugno 1996 (RS 172.31) disciplina la costituzione, la composizione e la gestione di commissioni extraparlamentari. In virtù dell'articolo 3, le commissioni extraparlamentari sono istituite tramite legge federale, decreto federale o ai sensi dell'articolo 57 LOGA. Le commissioni con potere decisionale



necessitano sempre di una base legale (cfr. art. 5 cpv. 3).

Di conseguenza il Parlamento ha un importante diritto di codicisione in tutte le commissioni con potere decisionale e in tutte le commissioni istituite in base ad una disposizione contenuta in una legge speciale. Le commissioni consultive sono invece gruppi la cui costituzione è esplicitamente di competenza del Consiglio federale o dei dipartimenti. Un'ingerenza del Parlamento in questo settore sarebbe contrario all'autonomia organizzativa concessa al Consiglio federale con l'emanazione della LOGA e dovrebbe perciò essere respinta.

Ai sensi dell'articolo 11 dell'ordinanza sulle commissioni, i rapporti e l'informazione al pubblico sono regolati individualmente nella relativa decisione di istituzione di

ogni commissione o in un atto legislativo speciale. La funzione di sorveglianza del Consiglio federale è dedotta dalla competenza a costituire commissioni extraparlamentari prevista nella LOGA. Le richieste del postulato in questo punto sono dunque già soddisfatte.

Il Consiglio federale è convinto che la divisione esistente tra le commissioni extraparlamentari in commissioni con potere decisionale da una parte e commissioni consultive dall'altra abbia dato buoni successi e che le commissioni di ambedue le forme forniscano un importante lavoro. Non è dunque necessario intervenire in questo ambito.

Dichiarazione del Consiglio federale

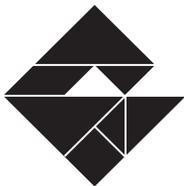
Il Consiglio federale propone di respingere la mozione.

gen eingeht, will er sich allgemein zur Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche in Emmen äussern. Der Bundesrat ist betroffen und sehr enttäuscht über das Ergebnis dieser Abstimmung. Das Resultat zeigt eine gefährliche Tendenz, die sich bereits in anderen Gemeinden bei solchen Abstimmungen bemerkbar gemacht hat.

In der Schweiz wird in der Regel an der Gemeindeversammlung, im Gemeindeparlament oder an der Urne über Einbürgerungen entschieden. Die Einbürgerung wird somit als demokratischer Entscheid und nicht bloss als Verwaltungsakt verstanden. Dahinter steht die Auffassung, dass damit eine gute Integration der eingebürgerten Person in die Gemeinde garantiert werden soll. Mit anderen Worten: Der Entscheid bedeutet, wenn er positiv ausfällt, dass der neue Bürger bzw. die neue Bürgerin in die Gemeinschaft integriert und willkommen ist. Die erfolgreiche Einbürgerung soll eigentlich den Endpunkt einer erfolgreichen Integration darstellen. Demzufolge müsste ein negativer Entscheid bedeuten, dass die einheimische Bevölkerung die entsprechende Person noch als zu wenig integriert betrachtet.

Die Ausgestaltung des Einbürgerungsverfahrens auf Gemeindeebene kann aber zu einem stossenden Ergebnis führen, wenn Personen abgelehnt werden, die eigentlich bereits gut in die Gesellschaft integriert sind und alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen.

Das Beispiel von Emmen und andere, ähnliche Fälle haben Folgendes gezeigt: Der Grundgedanke des Einbürgerungsverfahrens, nämlich die Verknüpfung objektiver Kriterien mit der Integration in der Gemeinde, wird unterlaufen, wenn bloss die Staatsangehörigkeit der Ausländerinnen und Ausländer berücksichtigt wird. Emotionale Einflüsse spielen überdies oft eine zu wichtige Rolle, weil es schwierig ist, Persönlichkeit und Beurteilung von Einbürgerungsbewerbern transparent zu machen.



Nichteinbürgerungen in Emmen: Nationalratsdebatte Refus de naturalisation d'Emmen: débat au Conseil national

A la suite du refus délibéré des électeurs d'Emmen de naturaliser des personnes venant de Turquie et de pays de l'ex-Yougoslavie (voir la revue de presse «Naturalisations»), un grand nombre d'interventions ont été déposées au Conseil national.¹ Toutes les interventions ont été traitées lors de l'heure des questions du Conseil national, le 20 mars. Au cours de la discussion, la conseillère fédérale Ruth Metzler a qualifié le résultat du scrutin de douteux du point de vue des droits fondamentaux et dans un Etat de droit, et a fait remarquer que l'on pourrait y voir de la discrimination raciale.

In Anschluss an die gezielte Nichteinbürgerung von Menschen aus der Türkei und aus Ländern des früheren Jugoslawien in Emmen (siehe Presseschau «Einbürgerun-

gen») wurde im Nationalrat eine Vielzahl von Vorstössen deponiert.¹ Die Vorstösse wurden in der Fragestunde des Nationalrats vom 20. März dieses Jahres gemeinsam behandelt. Im Lauf der Debatte bezeichnete Frau Bundesrätin Ruth Metzler das Abstimmungsergebnis aus grundrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht als fragwürdig und wies darauf hin, dass es als Rassendiskriminierung ausgelegt werden könnte.

Angesichts der Bedeutung der Frage drucken wir die Debatte im vollen Wortlaut ab.

BR Ruth Metzler

Bevor der Bundesrat in der Sache auf die vor allem juristischen Fra-

¹ Voir la liste au bout de cet article

¹ Siehe Liste am Schluss des Artikels

Beispiele wie Emmen machen zudem deutlich, dass die heutige Regelung zu Entscheiden führen kann, die auch aus grundrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht fragwürdig sind. Es besteht hier ein Spannungsfeld zwischen demokratischen Prinzipien einerseits und der verfassungsrechtlich gebotenen Respektierung der Grundrechte sowie fundamentaler rechtsstaatlicher Grundsätze andererseits. Ein ähnliches Spannungsfeld bestand zum Beispiel auch bei der Einführung des Frauenstimmrechtes im Kanton Appenzell Innerrhoden, mit dem sich letztlich auch das Bundesgericht auseinander zu setzen hatte.

Die Gemeinden sind bei der Erteilung ihres Bürgerrechtes autonom. Eine Änderung der geltenden Rechtslage mit dem Ziel, eine grössere Rechtssicherheit zu erlangen und Rekursmöglichkeiten einzuführen, könnte allenfalls auf kantonaler Ebene vorgenommen werden. Die Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sind angesichts der geltenden Verfassungsgrundlage dagegen sehr beschränkt. Einige Fragestellerinnen und Fragesteller nehmen denn auch grundrechtliche Probleme auf, namentlich die Vereinbarkeit der Einbürgerungspraxis mit dem Willkürverbot, mit dem Prinzip der Menschenwürde, dem Diskriminierungsverbot und dem Datenschutz.

Hinsichtlich des Datenschutzes wirft die Bekanntgabe von persönlichen Daten im Einbürgerungsverfahren heikle rechtliche Fragen auf. Im konkreten Beispiel von Emmen ist aus datenschutzrechtlichen Gründen darauf hinzuweisen, dass die betroffenen Personen ihre Einwilligung zur Veröffentlichung dieser Daten gegeben haben. Allerdings ist zu bedenken, dass ihnen auch gar nichts anderes übrig ge-

blieben ist, denn sie wären sonst nicht vorgeschlagen worden.

Der Bundesrat ist aber ganz klar der Auffassung, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden die Grundrechte und die Verfassungsgrundsätze respektieren müssen.

Schliesslich haben andere Fragestellerinnen und Fragesteller die Frage der Vereinbarkeit des Einbürgerungsverfahrens mit der Staatsangehörigkeitskonvention des Europarates und mit dem Übereinkommen der Uno zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aufgeworfen. Was die Uno-Konvention angeht, hat der Bundesrat bereits ausführlich zu einer Inter-

«Beispiele wie Emmen machen zudem deutlich, dass die heutige Regelung zu Entscheiden führen kann, die auch aus grundrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht fragwürdig sind»

pellation de Dardel vom 6. Oktober 1999 (99.3500, «Verfahren bei Einbürgerungen») Stellung genommen. Der Bundesrat hielt in seiner Stellungnahme fest, dass eine Unvereinbarkeit mit den Bestimmungen des Übereinkommens nicht festgestellt werden kann. Vor dem Hintergrund der Konvention muss das Abstimmungsresultat in Emmen allerdings, wie gesagt, als problematisch bezeichnet werden. Es könnte als Rassendiskriminierung ausgelegt werden.

Die Konvention des Europarates über Staatsangehörigkeit vom

6. November 1997, welche bereits von einer Vielzahl von Staaten unterzeichnet worden ist, verlangt im Übrigen, dass beim Einbürgerungsverfahren jede Form von Diskriminierung aufgrund der nationalen Herkunft zu unterbinden ist und mindestens in dieser Beziehung eine Beschwerdemöglichkeit gegen negative Entscheide bestehen muss.

Weil gegen Entscheide der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach unserem Recht Beschwerdemöglichkeiten nicht ausdrücklich vorgesehen sind, wäre ein Beitritt mit erheblichen rechtlichen Schwierigkeiten verbunden. Der Bundesrat ist klar der Auffassung,

dass willkürliche Einbürgerungsentscheide vermieden werden sollen und das Einbürgerungsverfahren harmonisiert, vereinfacht und beschleunigt werden soll. Wir werden dem Parlament noch in dieser Legislatur eine neue Vorlage zur erleichterten Einbürgerung junger, in der Schweiz geborener Ausländerinnen und Ausländer unterbreiten. Damit würde ein Teil des vorliegenden Problems gelöst. Eine Arbeitsgruppe meines Departementes ist zurzeit daran, diese Vorlage auszuarbeiten. Sie prüft unter anderem auch die Frage der gene-

rellen Einführung eines Rechtsmittels gegen ungerechtfertigte Ablehnungen von Einbürgerungen.

Der Bundesrat wird nach Erstellung des Schlussberichtes, der Ende Jahr vorliegen soll, zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Stellung nehmen. Der Bundesrat möchte aber nochmals betonen, dass die Grundrechte und Verfassungsgrundsätze auch von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern respektiert werden müssen. Sie tragen hier eine grosse Verantwortung.



Ruth-Gaby Vermot (SP, BE)

Frau Bundesrätin, ich bedanke mich sehr für Ihre Antwort. Trotzdem möchte ich noch nachfragen. In meiner Frage geht es ja um die Staatsangehörigkeitskonvention des Europarates von 1997, die tatsächlich bereits von sehr vielen Staaten unterschrieben worden ist. Sie haben eine neue Vorlage über die Einbürgerung von jüngeren Leuten, die in der Schweiz geboren worden sind, erwähnt. Ist es nicht möglich, die Staatsangehörigkeitskonvention im gleichen Arbeitsgang zu prüfen und die Beschwerdemöglichkeiten zu geben? Ich denke, dass es da einen Weg geben muss, dass wirklich Beschwerde eingereicht werden kann; die Konvention würde dazu Hand bieten.

Jean Jacques Schwaab (SP, VD)

Je vous remercie, Madame la Conseillère fédérale, pour votre réponse un petit peu embarrassée, si je puis dire. Vous dites à deux reprises que les citoyens doivent respecter les droits constitutionnels, mais le Conseil fédéral ne répond pas clairement à ma question: «Est-ce que la procédure populaire de naturalisation est compatible avec l'article 8 alinéa 2 de la constitution stipulant l'interdiction de toute discrimination?»

Jean-Nils de Dardel (SP, GE)

Madame la Conseillère fédérale, je constate que cette affaire d'Emmen a causé un véritable électrochoc et que cela se ressent dans la réponse du Conseil fédéral qui admet, maintenant, que ce type de consultation par votation pour des naturalisations pose des problèmes de violation des droits humains, qui sont absolument insupportables. Et plus particulièrement, je constate que, maintenant, le Conseil fédéral admet qu'il y a violation des normes de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale.

J'ai deux questions:

1. La première question est en relation avec les mesures que le Conseil fédéral veut prendre. On constate que, malheureusement, il annonce des mesures pour la fin de l'actuelle législature. Je pense que c'est beaucoup trop tard. Les victimes de ce genre de consultation vont maintenant se multiplier. On peut s'attendre à ce qu'il y ait des victimes, dans leurs droits de l'homme et de la femme, dans leurs droits fondamentaux, qui deviennent extrêmement nombreuses. Le Conseil fédéral ne peut pas attendre, il doit prendre des mesures dans des délais extrêmement brefs. Par exemple, est-ce qu'on peut envisager un arrêté fédéral urgent pour que ce genre de procédure cesse le plus rapidement possible?
2. Il est très important que l'autorité, et notre Gouvernement le tout premier, montre sa détermination dans ce genre d'affaire. Est-ce qu'il ne serait pas opportun que le Conseil fédéral reçoive les victimes du vote d'Emmen?

Paul Rechsteiner (SP, SG)

Das Resultat von Emmen ist eine Schande für die Demokratie in der Schweiz, denn die Demokratie setzt die Respektierung der Minderheiten voraus. Das ist gerade in der vielgestaltigen Schweiz so, die ja die Minderheiten respektieren muss und darauf aufgebaut ist. Nun eine Frage an Sie, Frau Bundesrätin, als Bürgerin von Appenzell Innerrhoden. Die Innerrhoderinnen haben ja endlich das Stimmrecht – dieses Menschenrecht – mit Hilfe des Bundesgerichtes zugestanden erhalten. Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass auch in Bezug auf Emmen diese Möglichkeit geschaffen werden muss, um diesen betroffenen Menschen in Emmen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Franco Cavalli (SP, TI)

Der Bundesrat ist auf meine Frage nicht eingegangen. Ich habe ge-

sagt, dass die welsche Presse in Bezug auf diese Ereignisse von «signes nauséabonds» gesprochen hat, was übersetzt nicht, wie es hier steht, «zum Himmel schreiend», sondern «ekelerregend» heisst. So schlecht steht es heute mit unserem nationalen Zusammenhalt. Dies ist ein sehr wichtiges Problem. Deswegen möchte ich, dass der Bundesrat sich dieses Problem endlich zu Herzen nimmt. Wollen Sie dies tun?

Hans Widmer (SP, LU)

Ich habe eine Frage zum Vorgehen. Ich finde zwar, Sie haben die Einheit der Materie gewahrt, indem sie die Antworten auf mehrere Fragen in einem Paket zusammengekommen haben, aber die Perspektiven, aus denen heraus gefragt wird, hätten es unseres – oder meines – Erachtens gerechtfertigt, vertiefter auf die einzelnen Fragen einzugehen. Z. B. auf meine, wo im Hinblick auf ein klar vorliegendes Dokument eine kleinere Analyse gefragt gewesen wäre. Sind Sie bereit, meine Frage gleichsam in eine Interpellation überzuführen, um diesem Aspekt wirklich das nötige Gewicht zu geben?

Vreni Hubmann (SP, ZH)

Frau Bundesrätin, Sie haben gesagt, dass die Einführung von Rekursmöglichkeiten in diesem Bereich Sache der Kantone sei. Meine Frage betrifft aber das Bürgerrechtsgesetz, das ist ein Bundesgesetz. Warum soll der Bund nicht in der Lage sein, hier selber zu legislieren?

Regine Aepli Wartmann (SP, ZH)

Ich bin über die deutlichen Worte des Bundesrates dankbar. Ich erwarte bei diesem Thema aber auch eine gewisse Nachhaltigkeit. Es ist für das ganze Land ein sehr ernsthaftes Thema, was von verschiedenen Vorrednerinnen und Vor-



rednern bereits gesagt wurde. Ich habe eine konkrete Frage: Sie haben gesagt, auch der Bundesrat sei der Meinung, das ganze Einbürgerungsverfahren sollte beschleunigt, vereinfacht und vereinheitlicht werden. Werden diese Forderungen, diese Bedürfnisse, auch Eingang in die Vorlage finden, die Sie nun am Vorbereiten sind?

Josef Zisyadis (-, VD)

Celui qui vous parle ici en ce moment, s'il avait habité à Emmen, ne siégerait certainement pas dans cette Chambre, le Conseil national. Comme vous avez dit qu'il y avait urgence à faire quelque chose concernant les naturalisations des jeunes de la deuxième génération, alors je vous demande si vous êtes prête à étudier, en cette année qui va faire débiter le troisième millénaire, un arrêté fédéral urgent qui ferait que tous les étrangers qui sont là depuis plus de 12 ans, qui ont rempli toutes les conditions, soient naturalisés en bloc dans ce pays. Je vous demande si vous êtes prête à étudier cette mesure.

BR Ruth Metzler

Ich möchte vorerst an der Zusatzfrage Widmer anknüpfen. Ich denke, dass es vertretbar ist, wenn in einer Fragestunde, in der zu einem Thema so viele Fragen gestellt werden, einzelne Fragen nicht konkret und in aller Ausführlichkeit beantwortet werden können, vor allem dann, wenn man dreizehn Fragen zum gleichen Thema en bloc zusammennimmt. Zur Frage Vermot, ob man die Staatsangehörigkeitskonvention im Zuge der Arbeiten an der Vorlage betreffend die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz geboren sind, sowie an weiteren Änderungen im Bereich der Prozedur behandeln werde: Das ist etwas, das man gleichzeitig auch noch anschauen kann. Ich sehe kei-

nen Grund, der dagegen sprechen würde.

Zu Frage Schwaab, wonach sich der Bundesrat nicht deutlich zur Frage geäußert habe, ob die Volksabstimmung in Emmen rassendiskriminierend und durch die Bundesverfassung verboten sei: Dazu ist zu sagen, dass eine Volksabstimmung nicht grundsätzlich einfach eine Rassendiskriminierung darstellt. Das Resultat der Abstimmung in Emmen kann aber als solche interpretiert werden. Das heisst, die Tendenz, die man in der kürzeren Vergangenheit feststellen konnte – nicht nur in Emmen, sondern es gab in der Vergangenheit verschiedene Abstimmungen, die diese gefährliche Tendenz aufzeigten –, könnte die Gefahr eines Missbrauches der Volksrechte darstellen.

Herr de Dardel hat eingangs festgehalten – wenn ich das richtig verstanden habe –, der Bundesrat habe gesagt, dass internationale Konventionen verletzt würden. Das hat der Bundesrat nicht gesagt; es werden keine internationalen Konventionen verletzt, aber es besteht zum Teil die Problematik, dass man ihnen allenfalls nicht beitreten könnte.

Zur Bemerkung, dass wir mit unserer Vorlage zu spät seien und nicht zuwarten, sondern Massnahmen ergreifen sollten: Hier ist wichtig zu sagen, dass wir nicht warten, sondern an der Arbeit sind. Es handelt sich aber nicht nur um juristisch, sondern auch um politisch heikle Fragen, und diese wollen wir wirklich eingehend prüfen und uns die nötige Zeit dafür nehmen. Für eine Vorlage betreffend die Einbürgerung jugendlicher Ausländer, die in der Schweiz geboren sind, haben wir die Arbeit auf andere Fragen ausgeweitet; darauf komme ich bei der Beantwortung der Frage Aeppli (00.5064) noch zurück.

Herr Rechsteiner Paul hat den Vergleich mit den Frauen von Appenzel Innerrhoden aufgeworfen, die heute das volle Stimmrecht haben. Ihm geht es darum, einen Entscheid zu finden, aufgrund dessen die Ausländerinnen und Ausländer

auf einem rechtlich legitimen Weg, wenn die Integration gegeben ist, eine Einbürgerung erhalten können. Das ist gerade eine Frage, die wir im Rahmen unserer Arbeiten prüfen, ob z.B. ein Rechtsmittel in Erwägung gezogen werden muss, damit man gegen willkürliche bzw. negative Einbürgerungsentscheide noch etwas in der Hand hat. Wie wir das letztlich aber regeln, kann ich Ihnen heute noch nicht abschliessend sagen; ich kann auch die Frage nicht beantworten, ob man solche Einbürgerungen der Volksabstimmung entziehen soll. Hier stehen wir in einem Spannungsfeld verschiedener Werte, die wir in unserem Staat haben. Deshalb ist es auch so schwierig, ein Gleichgewicht zu finden; es macht keinen Sinn, Volksabstimmungen einfach sofort zu verbieten. Vielleicht müssen wir das Volk auf anderem Wege integrieren können, ohne eine direkte Urnenabstimmung, aber z.B. über die Wahl des Gremiums, das über Einbürgerungen entscheidet. Das Entscheidende ist letztlich, dass jene Personen, welche die Frage beurteilen, sie auch tatsächlich beurteilen können: Ist die Integration im erforderlichen Ausmass gegeben oder nicht?

Herr Cavalli hat die Frage aufgeworfen, ob der nationale Zusammenhalt durch solche Abstimmungen gefährdet sei. Meines Erachtens ist der nationale Zusammenhalt dadurch nicht gefährdet, denn sowohl in der Deutschschweiz wie auch in der Romandie stellt man fest, dass das Ergebnis der Abstimmung in Emmen viele Leute schockiert und enttäuscht hat. Deshalb wird dieses Ergebnis in der ganzen Schweiz eben als etwas wahrgenommen, wo man wirklich fragen muss, ob das in Zukunft noch so möglich sein soll.

Herr Widmer stellt die Frage, ob ich bereit sei, seine Frage quasi als Interpellation zu übernehmen: Herr Widmer, ich möchte Ihnen sagen, dass dem nichts entgegensteht, Ihre Frage als Interpellation einzureichen.



Frau Hubmann hat die Frage aufgeworfen, warum der Bund nicht in der Lage sei, selber zu regulieren. Artikel 38 Absatz 2 der Bundesverfassung hält fest, dass der Bund «Mindestvorschriften über die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern» erlässt; Mindestvorschriften, die durch die Kantone, die ja letztlich auch die Einbürgerungsbewilligung erteilen, eingehalten werden müssen.

Noch zur Frage Aeppli, ob in diesen Arbeiten auch Punkte wie die Beschleunigung mit einbezogen seien: Ja, im Gesamtpaket, an dem wir arbeiten, sind die Beschleunigung, Vereinfachung und Harmonisierung des Verfahrens sowie eben auch die Frage, ob ein Rechtsmittel gegen negative Entscheide eingeführt werden soll oder nicht, enthalten.

Dann noch die letzte Frage, diejenige von Herrn Zisyadis: ob der Bundesrat bereit sei, den Erlass eines dringlichen Bundesbeschlusses zu prüfen, der z.B. Personen, die zwölf Jahre und länger hier sind, die Einbürgerung en bloc ermöglichen sollte. Ich kann Ihnen sagen: Zwölf Jahre sind die Mindestvorschrift, die der Bund vorgibt, aber die Kantone und die Gemeinden haben auch ihre Kompetenzen; die sind in unserer Bundesverfassung garantiert. Wir tragen uns nicht mit dem Gedanken, eine solche Vorlage zu bringen.

Hanspeter Seiler, Präsident des NR

Die restlichen Fragen werden schriftlich beantwortet. Damit erhalten alle die entsprechenden Antworten, nicht nur diejenigen, die im Saal anwesend waren.

Franco Cavalli: *Emmen und nationaler Zusammenhalt / Emmen et la cohésion nationale* (00.5056)
 Hans Widmer: *Einbürgerungspraxis und Menschenrechte / Procédure de naturalisation et droits de l'homme* (00.5057)
 Vreni Hubmann: *Einbürgerungen in Emmen / Naturalisations à Emmen* (00.5058)
 Regine Aeppli Wartmann: *Emmen. Einbürgerungsverfahren / Emmen. Procédure de naturalisation* (00.5064)

Ursula Koch: *Einbürgerungsvorschriften in Emmen / Procédure de naturalisation à Emmen* (00.5066)
 Ursula Wyss: *Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen / Naturalisation facilitée des jeunes étrangers* (00.5067)
 Josef Zisyadis: *Einbürgerungsverfahren / Procédure de naturalisation* (00.5069)
 Hildegard Fässler: *Richtiges Einbürgerungsgremium / Quels organes pour la naturalisation?* (00.5076)



.....

ECRI: Recommandation de politique générale N° 5: La lutte contre l'intolérance et les discriminations envers les musulmans (CRI [2000] 21)

.....

La Commission européenne contre le racisme et l'intolérance:

Rappelant la Déclaration adoptée par les chefs d'État et de gouvernement des États membres du Conseil de l'Europe lors de leur premier Sommet tenu à Vienne les 8–9 octobre 1993;

Rappelant que le Plan d'action sur la lutte contre le racisme, la xénophobie, l'antisémitisme et l'intolérance défini dans le cadre de cette Déclaration a invité le Comité des Ministres à mettre en place la *Commission européenne contre le racisme et l'intolérance* qui a pour mandat, entre autres, de formuler des recommandations de politique générale à l'intention des États membres;

Rappelant également la Déclaration finale et le Plan d'action adoptés par les chefs d'État et de gouvernement des États membres du Conseil de l'Europe lors de leur deuxième Sommet tenu à Strasbourg les 10–11 octobre 1997;

Soulignant que cette Déclaration finale confirme le but des États membres du Conseil de l'Europe de construire une société européenne plus libre, plus tolérante et plus juste et appelle également à l'intensification du combat contre le racisme, la xénophobie, l'antisémitisme et l'intolérance;

Rappelant que l'article 9 de la Convention européenne des Droits de l'Homme protège le droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion;

Rappelant également le principe de non-discrimination contenu à l'article 14 de la Convention européenne des Droits de l'Homme;

Considérant les propositions contenues dans la Recommandation N° 1162 relative à la contribution de la civilisation islamique à la culture européenne, adoptée par l'Assemblée parlementaire le 19 septembre 1991;

Prenant note des conclusions du séminaire sur la religion et l'intégration des immigrés organisé par le Comité européen sur les migrations à Strasbourg les 24–26 novembre 1998;

Soulignant que les États membres du Conseil de l'Europe montrent une grande diversité pour ce qui concerne les dispositifs institutionnels gouvernant les relations entre l'État et la religion;

Étant convaincue que la coexistence paisible des religions dans une société pluraliste est basée sur le respect de l'égalité et de la non-discrimination entre les religions dans un État démocratique avec une claire séparation entre la loi étatique et les préceptes religieux;

¹ Ruth-Gaby Vermot: *Einbürgerungsvorkommission und Konvention des Europarates bezüglich Staatsangehörigkeit / Naturalisations à Emmen et ratification de la Convention du Conseil de l'Europe sur la nationalité* (00.5047)

Jean Jacques Schwaab: *Einbürgerungsverfahren / Procédure de naturalisation* (00.5049)

Jean-Nils de Dardel: *Abstimmung über Einbürgerungsgesuche in Emmen / Votation à Emmen sur des naturalisations* (00.5052)

Paul Rechsteiner: *Verweigerung der Einbürgerung aus ethnischen Gründen / Refus de la naturalisation pour des motifs ethniques* (00.5055)



Rappelant que le judaïsme, le christianisme et l'islam se sont influencés mutuellement et ont influencé pendant des siècles la civilisation européenne et rappelant dans ce contexte la contribution positive qu'apporte l'islam au développement des sociétés européennes dont il est une composante intégrante;

Inquiète devant certains signes de montée de l'intolérance religieuse envers l'islam et les communautés musulmanes dans les pays où cette religion n'est pas celle de la majorité de la population;

Regrettant vivement que soit véhiculée parfois une image déformée de l'islam, reposant sur des stéréotypes hostiles destinés à faire percevoir cette religion comme une menace;

Repoussant toute vision déterministe de l'islam et reconnaissant la grande diversité interne qui caractérise la pratique de cette religion; Fermement convaincue de la nécessité de lutter contre les préjugés dont souffrent les communautés musulmanes et soulignant que ces préjugés peuvent se manifester à différents niveaux, notamment par des attitudes négatives en général, mais aussi, à des degrés variables, par des discriminations, et par de la violence et du harcèlement;

Rappelant que, malgré les signes d'intolérance religieuse mentionnés ci-dessus, l'un des traits marquants de l'Europe d'aujourd'hui est l'accentuation de la diversité des croyances dans des sociétés pluralistes;

Rejetant toutes les manifestations d'extrémisme religieux;

Soulignant que le principe de société multiconfessionnelle et multiculturelle va de pair avec le désir des religions de coexister dans le contexte de la société dont elles font partie;

recommande aux gouvernements des États membres, lorsque des communautés musulmanes sont installées et vivent en situation minoritaire dans leur pays:

- ▶ de s'assurer que les communautés musulmanes ne soient pas discriminées pour ce qui est de la manière

dont elles organisent et pratiquent leur religion;

- ▶ de sanctionner de façon appropriée, en fonction du contexte national, les discriminations fondées sur la religion;
- ▶ de prendre les mesures nécessaires pour que soit pleinement garantie la liberté de pratique religieuse et de porter dans ce contexte une attention particulière à supprimer les barrières légales ou administratives faisant inutilement obstacle tant à l'édification de lieux de culte adéquats en nombre suffisant pour la pratique de la religion islamique qu'au bon déroulement de ses rites funéraires;
- ▶ de s'assurer que les institutions publiques soient sensibilisées à la nécessité de prendre en compte, dans leur pratique quotidienne, les légitimes besoins culturels et autres découlant du caractère multiconfessionnel de la société;
- ▶ de contrôler s'il existe dans la pratique des discriminations fondées sur la religion pour ce qui concerne l'accès à la citoyenneté et, le cas échéant, de prendre les mesures nécessaires pour y mettre fin;
- ▶ de prendre les mesures nécessaires pour supprimer toute manifestation de discrimination dans l'accès à l'éducation fondée sur des motifs de croyance religieuse;
- ▶ de prendre des mesures, si nécessaire sur le plan législatif, pour lutter contre la discrimination au motif de la religion dans l'accès à l'emploi et dans la vie du travail;
- ▶ d'encourager les employeurs à développer et à adopter des «codes de bonne conduite» pour lutter contre la discrimination au motif de la religion dans l'accès à l'emploi et dans la vie du travail, ainsi que, le cas échéant, à tendre au développement de lieux de travail représentatifs de la diversité de la société en question;
- ▶ d'évaluer si les membres des communautés musulmanes font l'objet de discriminations liées à l'exclusion sociale et, le cas échéant, de prendre toute mesure nécessaire pour lutter contre ces phénomènes;
- ▶ de porter une attention particulière à la situation des femmes musul-

manes étant donné que celles-ci peuvent souffrir à la fois des discriminations envers les femmes en général et des discriminations envers les musulmans;

- ▶ de veiller à ce que les programmes dans les écoles et dans l'enseignement supérieur – notamment dans le domaine de l'enseignement de l'histoire – ne présentent pas d'interprétation déformée de l'histoire des religions et des cultures et ne fondent pas leur vision de l'islam sur des perceptions d'hostilité et de menace;
- ▶ de veiller à ce que l'enseignement des religions à l'école respecte le pluralisme culturel et d'assurer la formation des enseignants à cet effet;
- ▶ d'avoir avec les communautés musulmanes locales des échanges de vues sur les moyens de leur faciliter le choix et la formation d'imams connaissant la société dans laquelle ils travailleront et en ayant, si possible, une certaine expérience;
- ▶ d'encourager le dialogue volontaire aux niveaux local et national pour sensibiliser la population aux points sur lesquels une attention particulière doit être portée afin d'éviter les conflits sociaux et culturels;
- ▶ d'encourager la réflexion au sein des professions liées au domaine de la communication, notamment celles du secteur des médias et du secteur de la publicité, sur l'image de l'islam et des communautés musulmanes reflétée par ces derniers et sur la responsabilité qui incombe aux professionnels de ces secteurs de ne pas véhiculer des préjugés et des informations basées sur des partis-pris;
- ▶ d'assurer le suivi et l'évaluation de l'efficacité de toutes mesures ayant été prises dans l'objectif de lutter contre l'intolérance et les discriminations envers les musulmans.

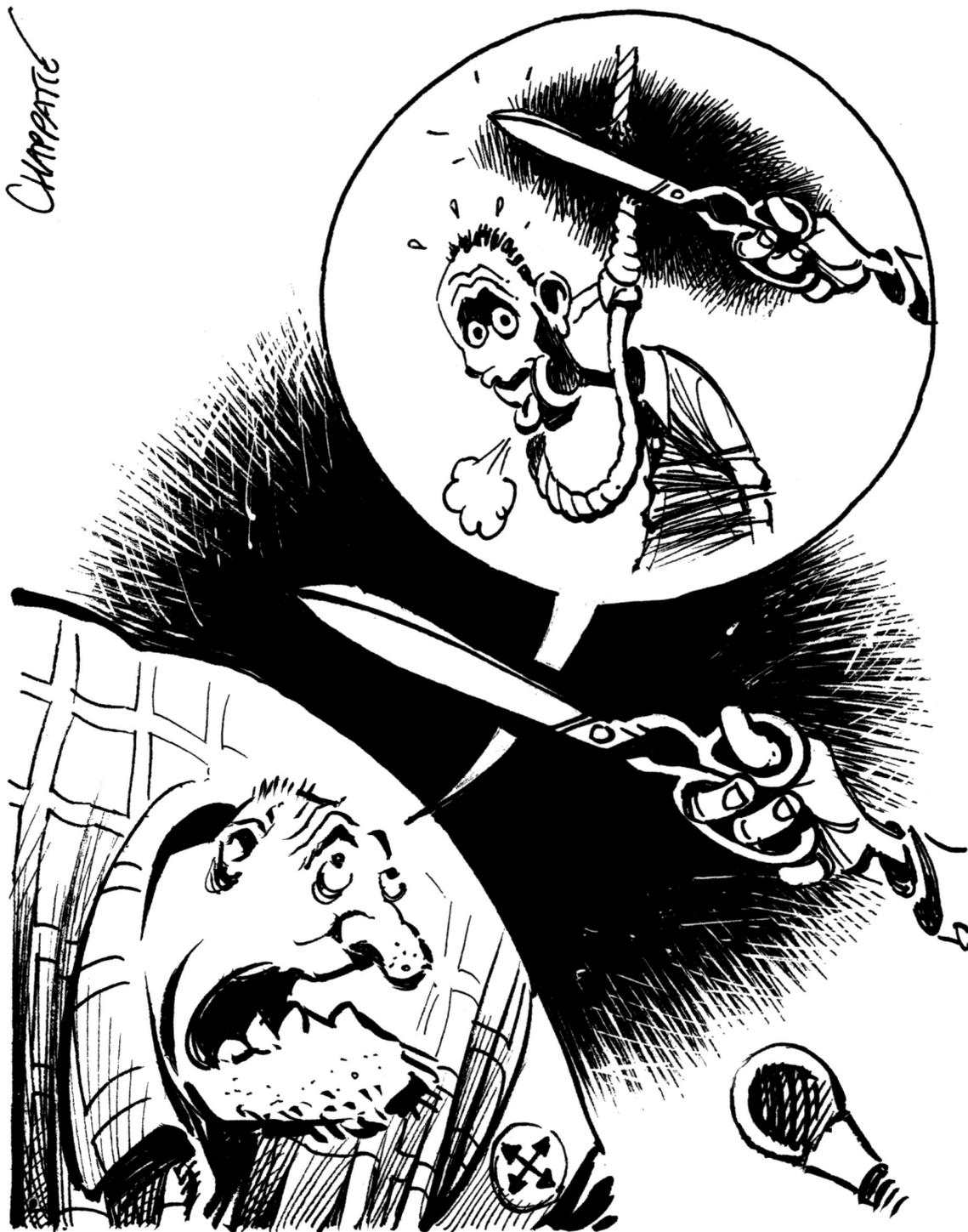
Secrétariat de l'ECRI,
Direction Générale des Droits
de l'Homme – DG II,
Conseil de l'Europe,
F-67075 Strasbourg Cedex;
Tel. +33-3-88 41 29 64;
Fax +33-3-88 41 39 87;
combat.racism@coe.int



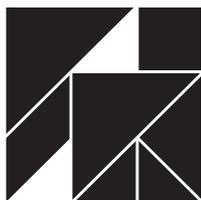
© CHAPPATTE



Am 15. September 1994 im HEBDO erschienen – vor der Abstimmung zur Antirassismus-Strafnorm



Paru dans L'HEBDO du 15 septembre 1994 – avant la votation sur la loi contre le racisme



Fachtagung / Journée de réflexion 2001

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt Discrimination sur le marché du travail

16. JANUAR 2001
BERN, UNIVERSITÄT (KUPPELSAAL)

Die diesjährige Fachtagung der EKR wird gemeinsam mit dem *Schweizerischen Forum für Migrationsstudien* (SFM) in Neuchâtel organisiert werden. Sie widmet sich dem Thema der Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern sowie Angehörigen ethnischer Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt. An der Tagung werden Experten und Expertinnen aus der Schweiz und dem Ausland Resultate ihrer Forschung und möglicher Gegenmassnahmen präsentieren (Sensibilisierung der Arbeitgeber, rechtliche Massnahmen etc.). Die Veranstaltung ist Teil eines Forschungsprojekts des SFM, das

vom *Schweizerischen Nationalfonds* finanziert wird und an dem sich die EKR beteiligt. Ziel des Projekts ist es, die Diskriminierung der Ausländerinnen und Ausländer auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zu erfassen und Gegenmassnahmen vorzuschlagen.

La CFR et le FSM organiseront conjointement la Journée de réflexion 2001 consacrée au thème de la discrimination des étrangers et des minorités ethniques sur le marché du travail, ainsi que de sa prévention.

Différents experts suisses et étrangers présenteront les résultats de leurs recherches ainsi qu'un bilan des expériences visant à lutter con-

tre ce type d'abus (sensibilisation des employeurs, mesures législatives, etc.). Une discussion portant sur le cas de la Suisse est prévue. Cette journée se situe dans le cadre d'un projet de recherche du FSM financé par le FNRS et la CFR dans le but de mesurer le degré de discrimination des étrangers sur le marché du travail suisse et de répertorier les outils de prévention envisageables.

*Für nähere Informationen:
Pour toute information complémentaire,
s'adresser au:*

Sekretariat EKR, 3003 Bern;
Secrétariat de la CFR, 3003 Berne,
Fax 031-322 44 37;
ekr-cfr@gs-edi.admin.ch



Publikation / Publication / Pubblicazione

Die kantonalen Verfahren zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern

Gemeinsam mit der *Eidgenössischen Ausländerkommission* und dem *Bundesamt für Ausländerfragen* hat die EKR eine dreisprachige Broschüre herausgegeben, die einen detaillierten Überblick über die kantonalen Einbürgerungsverfahren gibt.

Die Studie kann zum Preis von Fr. 13.– bezogen werden bei:
BBL-EDMZ, 3003 Bern
(Art. Nr. 301.312.dfi)

Les procédures cantonales de naturalisation ordinaire des étrangers

Conjointement avec la *Commission fédérale des étrangers* et l'*Office fédéral des étrangers*, la CFR a publié une documentation qui présente une vue d'ensemble des dispositions formelles à l'échelon cantonal.

L'étude est disponible au prix de 13 francs auprès de:
OFCL-OCFIM, 3003 Berne
(n° art. 301.312.dfi)

Le procedure cantonali di concessione ordinaria della nazionalità a stranieri

In collaborazione con la *Commissione federale degli stranieri* e con l'*Ufficio federale degli stranieri*, la CFR ha pubblicato una documentazione che offre un dettagliato sguardo d'insieme delle procedure cantonali di concessione della nazionalità.

La documentazione può essere ordinata al prezzo di 13 franchi presso:
UFCL-UCFSM, 3003 Berna
(art. n. 301.312.dfi)



<http://www.edi.admin.ch/ekr-cfr/>

Diesen Herbst wird die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* endlich über eine eigene Homepage im Internet verfügen.

Mit ihrer Homepage will die EKR vor allem Grundinformationen liefern und Materialien zum Herunterladen (im .txt- und .rtf-Format) zur Verfügung stellen: Neben Hintergrundinformationen über die Kommission und zum Thema Rassismus werden alle Pressemitteilungen und die halbjährliche Presseschau verfügbar sein.

Unsere Website ist über die Homepage des *Eidgenössischen Departements des Inneren* zu erreichen und wird voraussichtlich folgende Adresse haben:

<http://www.edi.admin.ch/ekr-cfr/>

Cet automne, la *Commission fédérale contre le racisme* aura enfin sa page d'accueil sur l'Internet.

Grâce à sa page d'accueil, la CFR souhaite avant tout fournir des informations de base et mettre à la disposition des intéressés du matériel qu'ils pourront charger sur leurs PC (en format .txt et en format .rtf). Outre des informations sur la commission elle-même et sur le racisme, on y trouvera la revue de presse semestrielle et tous les communiqués de presse publiés par la CFR.

Cette page d'accueil est accessible en passant par celle du *Département fédéral de l'intérieur* aura probablement l'adresse suivante:

<http://www.edi.admin.ch/ekr-cfr/>

La *Commissione federale contro il razzismo* potrà disporre a partire dal prossimo autunno di una propria homepage in Internet.

Con quale offrire informazioni generali e documentazione da scaricare (formati .txt e .rtf): oltre alle indicazioni sulla Commissione ed a informazioni sul razzismo, sarà possibile scaricare tutti i comunicati stampa e la rivista semestrale della stampa.

La homepage della CFR sarà raggiungibile attraverso la homepage del *Dipartimento federale dell'interno* e l'indirizzo sarà probabilmente il seguente:

<http://www.edi.admin.ch/ekr-cfr/>



Agir autrement contre le racisme: que peut faire le travail social et pédagogique?

24 NOVEMBRE 2000, 9h00-17h30
UNIVERSITÉ OUVRIÈRE DE GENÈVE

La journée s'adresse aux praticiens et aux chercheurs engagés dans l'action et la réflexion sociales et pédagogiques contre le racisme; les travailleurs sociaux, le personnel des services de santé et des administrations, de la justice, les médiateurs, les responsables associatifs et les enseignants des écoles primaires et secondaires, et des écoles professionnelles.

Éléments de programme:

Conférence de Ch. Rozjman: Quels nouveaux moyens d'action face aux

racismes, au-delà de l'imprécation et de la répression?

Présentation de deux recherches menées dans le cadre du PNR 40: «Violence raciste en Suisse romande», (Eckmann M., Salberg A.C., Bolzman C. et Grünberg K.) et «Expériences pédagogiques menées avec des élèves et apprentis» (Eser Davolio M.) (voire les articles correspondants dans ce numéro de TANGRAM)

Des ateliers permettront d'examiner des outils d'action tels la médiation, l'éducation et l'intervention socio-pédagogique.

contributions de Eva Wyss, Directrice de programme PNR 40, et Boël Sambuc, Vice présidente de la *Commission fédérale contre le Razzismo*

Renseignements

Monique Eckmann, IES
Tél. 022 322 14 61
monique.eckmann@ies.unige.ch

Inscriptions

Eva Wyss, directrice PNR 40
Tél. 031 318 48 08
ewyss@compuserve.com



Impressum

TANGRAM – BULLETTIN DER EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION GEGEN RASSISMUS
TANGRAM – BULLETTIN DE LA COMMISSION FÉDÉRALE CONTRE LE RACISME
TANGRAM – BOLLETTINO DELLA COMMISSIONE FEDERALE CONTRO IL RAZZISMO
TANGRAM – BULLETTIN DA LA CUMISSIUN FEDERALA CUNTER IL RAZZISSEM

Nr. 9, September/septembre/settembre 2000

Herausgeberin/Editeur/Editore: Eidgenössische Kommission gegen Rassismus/Commission fédérale contre le racisme/
Commissione federale contro il razzismo

Redaktion/Rédaction/Redazione: Sekretariat der EKR, GS-EDI, 3003 Bern;
Tel.: 031-324 13 31; Fax: 031-322 44 37; E-Mail: michele.galizia@gs-edi.admin.ch

Verantwortlich/Responsable/Responsabile: Michele Galizia

Redaktion dieser Nummer/rédaction de ce numéro/redazione per questo numero:
Michele Galizia, Alex Sutter

Erscheint zweimal jährlich/Paraît deux fois par année/Pubblicazione semestrale

Auflage/Tirage/Tiratura: 10 000

© EKR/CFR

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht; Belegexemplar an die EKR
Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à la CFR
Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia alla CFR.

Vertrieb/Diffusion/Diffusione, Abonnement/Abonnements/Abbonamenti: EDMZ, 3000 Bern
(Art. Nr. 301.300.9/00)

Preis/Prix/Prezzo: Gratis/Gratuit/Gratuito

Layout: Eleganti & Keller, Typo·Graphic·Design, Luzern

Korrektorat: Textkorrektur Terminus, Luzern

Die Meinung, die in den Beiträgen vertreten wird, muss nicht jener der EKR entsprechen

L'opinion émise dans les textes ne reflète pas forcément celle de la CFR

L'opinione espressa negli articoli non riflette necessariamente quella della CFRG



Bestellung Commande Ordinazione

TANGRAM erscheint zweimal im Jahr, jeweils im März und im September.

Es richtet sich an jene, die mit der Umsetzung antirassistischer Massnahmen zu tun haben, aber auch an alle weiteren interessierten Personen und Organisationen.

Mit sachbezogenen Artikeln zu Schwerpunktthemen will TANGRAM zur Diskussion und zur Meinungsbildung beitragen und Informationen im weiteren Umfeld des Themas Antirassismus bereitstellen.

Bitte *senden* Sie TANGRAM regelmässig an die folgende Adresse:

TANGRAM paraît deux fois par an, en mars et en septembre.

Il s'adresse non seulement à tous ceux qui ont affaire à la mise en œuvre de mesures antiracistes, mais aussi à toutes les personnes et organisations intéressées.

Par le biais d'articles spécialisés sur des thèmes spécifiques, TANGRAM souhaite contribuer à la discussion et à la formation d'opinion, et fournir des informations allant au-delà de l'antiracisme proprement dit.

Veillez *envoyer* régulièrement TANGRAM à l'adresse ci-dessous:

TANGRAM appare semestralmente, a marzo e a settembre.

Si rivolge a coloro che si occupano di mettere in atto provvedimenti antirazzistici, ma anche a tutte le persone e le organizzazioni che si interessano del problema.

Con la pubblicazione di articoli sugli argomenti più cruciali, TANGRAM intende contribuire alla discussione e alla formazione dell'opinione pubblica, nonché a fornire informazioni sull'ampia tematica dell'antirazzismo.

Vi prego di *inviare* TANGRAM regolarmente al seguente indirizzo:

Name, Vorname/Nom, prénom/Cognome, nome: _____

Strasse/Rue/Via: _____

PLZ, Ort/NPA, localit /CAP, localit : _____

Bitte *streichen* Sie die folgende Adresse aus Ihrem Verteiler:

Veillez *biffer* l'adresse suivante de la liste de distribution:

Vi prego di *cancellare* il seguente indirizzo dall'elenco dei destinatari:

Name, Vorname/Nom, prénom/Cognome, nome: _____

Strasse/Rue/Via: _____

PLZ, Ort/NPA, localit /CAP, localit : _____

Adress nderung:

Changement d'adresse:

Cambiamento d'indirizzo:

Name, Vorname/Nom, prénom/Cognome, nome: _____

Strasse/Rue/Via: _____

PLZ, Ort/NPA, localit /CAP, localit : _____





Publikationen der EKR Publications de la CFR Pubblicazioni della CFR

Bulletin TANGRAM (dreisprachig/trilingue)			
Antirassismus-Strafnorm / L'article sur la discrimination raciale	1996	gratis	
Medien und Rassismus / Médias et racisme	1997	gratis	
Zigeuner / Tsiganes	1997	gratis	
Lässt sich Rassismus beobachten? (Forschung) / Est-ce qu'on peut observer le racisme? (Recherche)	1998	gratis	
Kinder- und Jugendbücher / Livres pour les enfants et les jeunes	1998	gratis	
Religion und Esoterik / Religion et ésotérisme	1999	gratis	
Muslime in der Schweiz / Les musulmans en Suisse	1999	gratis	
Farbige in der Schweiz / La Suisse de couleur	2000	gratis	
Antirassismus / Antiracisme	2000	gratis	
Rassismus und Geschlecht / Racisme et genre	2001	gratis	
Arbeitswelt / Le monde du travail	2001	gratis	
Kampagne «Der schöne Schein» / Campagne «Les belles apparences»			
Plakate / Affiches (22 x 47 cm, Set à 7 Sujets) (D, F, I)		gratis	
Postkarten / Cartes postales (Set à 7 Sujets) (D, F, I)		gratis	
Videospots / Vidéoclip (D, F, I)		15.–	
SPOCK – Zeitung für junge Arbeitnehmer in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern (deutsch)/ Journal pour les employés jeunes en collaboration avec les partenaires sociaux (français/italien)	1997/98	gratis	
Berichte / Rapports			
Antisemitismus in der Schweiz. Ein Bericht zu historischen und aktuellen Erscheinungsformen mit Empfehlungen für Gegenmassnahmen L'antisémitisme en Suisse. Rapport sur les manifestations historiques et actuelles avec recommandations d'actions (D, F, I, E)	1998	10.–	
Diskriminierungsverbot und Familiennachzug. Eine Studie zur Frage der Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern im schweizerischen Recht (nur auf Deutsch)	1998	12.80	
Präsentation des ersten Berichts der Schweiz vor dem UNO-Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (zusammen mit der EDA-Direktion für Völkerrecht) Présentation du rapport initial de la Suisse devant le comité de l'ONU pour l'élimination de la discrimination raciale (en commun avec la direction du droit international public) (D, F)	1998	gratis	
Getrennte Klassen? Ein Dossier zu den politischen Forderungen nach Segregation fremdsprachiger Kinder in der Schule Des classes séparées? Dossier sur les demandes politiques de ségrégation des enfants parlant une langue étrangère à l'école (D, F, I)	1999	gratis	

Geben Sie bitte Anzahl und die gewünschte Sprache an / Indiquez le nombre et la langue désirée:

Name, Vorname/Nom, prénom/Cognome, nome: _____

Strasse/Rue/Via: _____

PLZ, Ort/NPA, localité/CAP, località: _____



TANGRAM 9

Gemeinsam gegen Rassismus Ensemble contre le racisme Insieme contro il razzismo



DORIS ANGST

Umsetzung der Konvention gegen Rassismus

ALEX SUTTER

Schweizerische NGO aktiv gegen Rassismus



BRIGITTA GERBER

Antirassistische Bewegungen in der Schweiz

ALEXANDRE MARIETHOZ

Vers un antiracisme pluriel



RUEDI TOBLER

Das Forum gegen Rassismus – eine erfolgreiche Misserfolgsgeschichte



MARGRITH VON FELTEN ET AL.

Solidarité sans frontières – gegen einen Abbau der Grundrechte

THOMAS KESSLER

Integral gegen Rassismus – für Ausländerintegration



Jüdische Öffentlichkeitsarbeit – eine Standortbestimmung

*MONIQUE ECKMANN, ANNE-CATHERINE SALBERG,
CLAUDIO BOLZMAN, KARL GRÜNBERG*

Violence raciste en Suisse romande



MIRYAM ESER DAVOLIO

Rassismusprävention in der Schule



MONIQUE ECKMANN

Perspectives pour une pédagogie antiraciste
